G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Wilfried v. Bredow
Intersystemare Kooperation und Abrüstung

Richard Bünemann
Zur Auseinandersetzung um die Berufsverbote

Frank Deppe
Die „Europäische Gemeinschaft" in der Stagnation

Christoph Butterwegge
Zu Theorie und Praxis der Jungsozialisten

Jürgen Roth
Bundeswehr, BGS, Polizei — Hüter der Verfassung?

Horst Löffler und Ulrich Schreyer
Die spontanen Streiks 1973

Marko Markov
Tendenzen in der Entwicklung Bulgariens

1'74

Januar 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1974

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1973 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und EWG-Ländern . . . . . *Anatoli Subkow* 4

Island nach dem Fischereikrieg . . . . . *Ragnar Arnalds* 8

Mitbestimmungsdiskussion in Schweden . . . . *Ursula Gentz-Pellaton* 11

HAUPTAUFSÄTZE

Intersystemare Kooperation und Abrüstung . . . . *Wilfried v. Bredow* 17

Zur Auseinandersetzung um die Berufsverbote . . . *Richard Bünemann* 27

Die „Europäische Gemeinschaft" in der Stagnation . . . . *Frank Deppe* 33

Zu Theorie und Praxis der Jungsozialisten in der SPD *Christoph Butterwegge* 48

Bundeswehr, BGS, Polizei — Hüter der Verfassung? . . . . *Jürgen Roth* 69

Die spontanen Streiks 1973. Verlauf, Ergebnisse und Analysen . . . . . *Horst Löffler und Ulrich Schreyer* 77

Tendenzen in der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Bulgariens . . . . . *Marko Markov* 89

MEDIENKRITIK

Der Terror der Kommentatoren . . . . *Günter Giesenfeld/Wulf D. Hund* 96

BUCHER

Freeman/Jahoda u. a., Die Zukunft aus dem Computer? . . *Edgar Gärtner* 97

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 98

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

UNO-Resolutionen zur Reduzierung der Militärhaushalte der Ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats (Wortlaut) 100

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 10. und 11. Dezember 1973 in Brüssel (Wortlaut) 102

Kommuniqué über den Besuch von Bundeskanzler Willy Brandt in Prag vom 12. Dezember 1973 (Wortlaut) 104

Übersicht über den Stand der internationalen Beziehungen der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam . . . 105

Offener Brief an den hessischen Kultusminister zur Unterstützung der Berufung Horst Holzers an die Universität Marburg vom 6. Dezember 1973 (Wortlaut) 106

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 1/1974

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Dezember 1973

1. 12. — Uruguay. Die Regierung verhängt ein Verbot gegen 13 Parteien und Organisationen, darunter die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei, die für „illegal" erklärt werden. Die beiden Parteiorgane, „El Popular" und „Cronica", müssen ihr Erscheinen einstellen. Den Gewerkschaften wird jede politische Aktivität untersagt.

3.—7. 12. — Ungarn/Bulgarien. Eine bulgarische Partei- und Regierungsdelegation stattet Ungarn einen Besuch ab. Die Delegation steht unter Leitung von Parteisekretär Todor Shiwkoff und Ministerpräsident Stanko Todoroff. Die ungarischen Gesprächspartner sind Parteisekretär Janos Kadar und Ministerpräsident Jenö Fock. In einem Kommuniqué heißt es: „Um zu normalen Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und der BRD zu kommen, halten es die Partner für unerläßlich, daß die Regierung der BRD nicht im geringsten von dem Übereinkommen der vier Großmächte über Westberlin abweicht. Das ist die Voraussetzung für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Volksrepublik Bulgarien zur Bundesrepublik Deutschland."

4. 12. — Dänemark. Die vorzeitig angesetzten Parlamentsneuwahlen (Wahlbeteiligung 88,7 %) führen zu einer wesentlichen Mandatsverschiebung; sämtliche im Folketing vertretenen Parteien müssen beträchtliche Stimmenverluste hinnehmen. Neu in das Parlament können die

von dem Steueranwalt Mogens Glistrup gegründete Fortschrittspartei, die Zentrumsdemokraten des ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Erhard Jacobsen, die Kommunisten und drei weitere Parteien einziehen. Zusammensetzung des Folketing: Sozialdemokraten 46 Sitze (1971: 70), Liberale 22 (30), Sozialliberale 20 (27), Konservative 16 (31), Sozialistische Volkspartei 11 (17), Fortschrittspartei 28, Demokratisches Zentrum 14, Christliche Partei 7, Kommunistische Partei 6, Gerechtigkeitspartei 5, Linkssozialisten 5. Ministerpräsident Anker Jörgensen (Sozialdemokrat) reicht noch in der Wahlnacht seinen Rücktritt ein und wird zunächst mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte beauftragt. — Am 19. 12. übernimmt der Vorsitzende der Liberalen Partei, Poul Hartling, den Vorsitz eines Minderheitskabinetts.

6. 12. — U S A. Bundesrichter Warren Burger vereidigt den republikanischen Politiker Gerald R. Ford als 40. Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten. Ford, dessen Nominierung das Repräsentantenhaus zuvor mit 387 gegen 35 Stimmen gebilligt hatte, tritt die Nachfolge des am 10. 10. zurückgetretenen Vizepräsidenten Spiro T. Agnew an.

6.—7. 12. — B R D / P o l e n. Der polnische Außenminister Stefan Olszowski konferiert in Bonn mit den Ministern Scheel, Schmidt und Friderichs. In den Gesprächen werden Einzelheiten des für das erste Halbjahr 1974 vorgesehenen Besuches von Parteisekretär Edward Gierek in der Bundesrepublik erörtert. Schmidt und Friderichs werden von Olszowski nach Warschau eingeladen.

6.—9. 12. — I r l a n d. Die Premierminister von Großbritannien und der Republik Irland, Edward Heath und William Cosgrave, sowie der Regierungschef von Nordirland, Brian Faulkner, treffen in Sunningdale bei Ascot mit Vertretern der nordirischen Labour Party (Katholiken), der Unionisten (Protestanten) und der Alliance Party zusammen. Ergebnis der Konferenz ist ein umfangreiches Dokument, das Bestimmungen über einen „Rat für Irland" enthält. Der Rat soll aus Vertretern der „beiden Teile Irlands" bestehen und einen „Ministerrat mit Exekutiv- und Harmonisierungsbefugnissen" sowie eine„ beratende Versammlung mit Konsultativ- und Kontrollbefugnissen" umfassen.

7. 12. — U N O. Die Generalversammlung akzeptiert mit 83 gegen 2 Stimmen (China, Albanien) bei 38 Enthaltungen (u. a. USA, Großbritannien und Frankreich) einen sowjetischen Antrag, der die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats auffordert, ihre Militärbudgets um zehn Prozent zu kürzen und einen Teil der freiwerdenden Mittel den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"). — Am 12. 12. gibt ein Sprecher der Vereinten Nationen die Stärke der im Nahen Osten stationierten UN-Streitkräfte mit 4339 Mann an. In den Einheiten vertreten sind Österreich (387 Mann), Kanada (1037), Finnland (620), Indonesien (34), Irland (268), Panama (425), Peru (497), Polen (447) und Schweden (624). Die Kosten betragen 30 Mill. Dollar für die ersten sechs Monate. — Am 18. 12. wird die 28. Ordentliche Generalversammlung der Vereinten Nationen beendet.

10. 12. — D D R. In einem Interview mit Rundfunk und Fernsehen der UdSSR erklärt SED-Sekretär Erich Honecker: „Jeder Versuch, Westberlin in das Staatssystem der BRD einzubeziehen, würde die Lage einseitig verändern und das vierseitige Abkommen eklatant verletzen. Die DDR bleibt bei ihrer Position, das vierseitige Abkommen wie alle anderen abgeschlossenen Verträge exakt einzuhalten."

10.—11. 12. — N A T O. Mit der Herbsttagung des Ministerrates, dem die Außenminister der Mitgliedstaaten angehören, wird in Brüssel eine Serie von NATO-Konferenzen beendet. Vorausgegangen waren eine Ministertagung der „Eurogroup" (6. 12.), eine Zusammenkunft des militärischen Planungsausschusses (7. 12.) sowie ein „Arbeitsessen" der Außenminister der Bundesrepublik, der USA, Großbritanniens und Frankreichs (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

11. 12. — C S S R / B R D. In Prag wird der „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik" (Text in „Blätter", Heft 7/1973, S. 790 ff.) unterzeichnet. Von seiten der BRD unterzeichnen Bundeskanzler Willi Brandt und Außenminister Walter Scheel und von seiten der CSSR Ministerpräsident Lubomir Strougal und Außenminister Bohuslav Chnoupek. Die beiden Außenminister nehmen außer-

dem einen „Briefwechsel über humanitäre Fragen" vor. Anschließend wird folgendes Kommuniqué veröffentlicht: „Die Regierungen der BRD und der CSSR sind übereingekommen, mit dem heutigen Tage diplomatische Beziehungen aufzunehmen und Botschaften in Prag und Bonn zu errichten. Beide Staaten werden demnächst ihre Vertreter im Range von Botschaftern ernennen." Bundeskanzler Brandt, der in Prag auch mit Parteisekretär Gustav Husak zusammentrifft und von Präsident Ludvik Svoboda empfangen wird, kehrt mit Außenminister Scheel am 12. 12. nach Bonn zurück (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

— USA/Israel. Das Repräsentantenhaus genehmigt auf Antrag Präsident Nixons mit 364 gegen 52 Stimmen Militärhilfe für Israel in Höhe von 2,2 Mrd. Dollar.

14. 12. — FDP. Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei teilt in Bonn mit, er werde den FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenminister Walter Scheel, als Kandidaten für die Neuwahl des Bundespräsidenten am 15. Mai 1974 vorschlagen. Scheel habe der Nominierung bereits zugestimmt.

14.—15. 12. — EG. Zu einer „Gipfelkonferenz" treten in Kopenhagen die Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammen. Vertreten sind Bundeskanzler Brandt (BRD), Staatspräsident Pompidou (Frankreich), Premierminister Heath (Großbritannien) sowie die Ministerpräsidenten Leburton (Belgien), Jörgensen (Dänemark), den Uyl (Niederlande), Werner (Luxemburg), Cosgrave (Irland) und Rumor (Italien), die von ihren Außenministern begleitet werden. Am Rande der Konferenz, in deren Mittelpunkt die Energiepolitik und Probleme einer Wirtschafts- und Währungsunion stehen, kommt es zu einem Treffen mit den Außenministern Algeriens, Tunesiens, des Sudan und der Vereinigten Emirate, die sich ebenfalls in Kopenhagen aufhalten.

21. 12. — Naher Osten. UN-Generalsekretär Waldheim eröffnet im Palais des Nations in Genf die Friedenskonferenz über den Nahen Osten. Teilnehmerstaaten sind die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Ägypten, Jordanien und Israel. Syrien, das ebenfalls eingeladen wurde, bleibt der Konferenz fern. Mit Ausnahme Jordaniens sind alle Delegationen auf der Eröffnungssitzung durch ihre Außenminister vertreten. Waldheim erklärt in seiner Ansprache, Zweck der Konferenz sei es, die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates vom November 1967 (Text in „Blätter", Heft 11/1973, S. 1231) zu erfüllen. Außerhalb des Konferenzsaales kommen der sowjetische Außenminister Gromyko und der israelische Außenminister Eban zu einem längeren Gespräch zusammen. — Am 22. 12. wird beschlossen, die Beratungen zu vertagen, um israelischen und ägyptischen Militärs die Möglichkeit zu geben, über eine gegenseitige „Truppenentflechtung" zu verhandeln. — Am 26. 12. konstituiert sich im Palais des Nations eine israelisch-ägyptische militärische Arbeitsgruppe, deren Vorsitz der Kommandant der UN-Friedenstruppe im Nahen Osten, der finnische General Siilasvuo führt.

— BRD/Bulgarien. In Bonn und Sofia wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten bekanntgegeben und der Austausch von Botschaftern angekündigt.

— BRD/Ungarn. In Bonn und Budapest wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten bekanntgegeben und der Austausch von Botschaftern angekündigt.

— Vietnam. Während eines eintägigen Aufenthalts in Paris trifft der amerikanische Außenminister Kissinger mit dem nordvietnamesischen Politbüromitglied Le Duc Tho zusammen. Über die Unterredungen der beiden Politiker werden Einzelheiten nicht bekanntgegeben.

29. 12. — Spanien. Staatschef General Franco ernennt den bisherigen Innenminister Carlos Arias Navarro zum neuen Ministerpräsidenten. Arias Navarro tritt die Nachfolge von Admiral Luis Carrero Blanco an, der am 20. 12. einem Attentat zum Opfer gefallen war.

31. 12. — Israel. Bei den Wahlen zur Knesset verringert sich die Mehrheit der regierenden Koalition von bisher 72 auf 65 der insgesamt 120 Parlamentssitze. Die stärkste Koalitionspartei, die Vereinigte Arbeiterpartei (Maarach) erhält 51 (1969: 56) Sitze. Die im „Likud" zusammengeschlossenen Oppositionsparteien, die der Regierung „Kapitulationspolitik" vorwerfen, erhalten 39 (1969: 32) Mandate.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und EWG-Ländern

Die Entwicklung der Verbindungen zwischen der UdSSR und den Ländern des Gemeinsamen Marktes zeugt vom beiderseitigen Streben, den Weg zu gegenseitigem Verständnis und guter Nachbarschaft freizumachen. Die Nachkriegsentwicklung in Europa hat unseren Kontinent an eine Grenze geführt, die die Periode der Konfrontation abschließt und die Perspektive einer großangelegten politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit auftut.

Die in letzter Zeit zutage tretende Bereitschaft der Länder des Gemeinsamen Marktes zu einer weiteren Ausdehnung der Zusammenarbeit und Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses mit der Sowjetunion wirkt sich auf die Gesamtlage in Europa und in der ganzen Welt sehr günstig aus. Man kann freilich nicht behaupten, daß die in der UdSSR und Westeuropa vorhandenen kolossalen Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit schon in vollem Umfang genutzt werden. Man braucht Zeit, um einen präzis funktionierenden ökonomischen Mechanismus solcher Verbindungen in Gang zu setzen. Außerdem sind einige Projekte der Zusammenarbeit von einem derartigen Ausmaß, daß es einer größeren Vorbereitung zu ihrer Verwirklichung bedarf. Gleichzeitig erfordert die allseitige Entwicklung der außenwirtchsaftlichen Verbindungen der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes einige beiderseitige Umstellungen in der Handelsstruktur, die gegenseitige Anpassung der Wirtschaftsstrukturen. Jeder der zusammenarbeitenden Partner kann nur dann auf den Verkauf seiner Produktion rechnen, wenn er die Partnermärkte eingehend erforscht und seine Ökonomik auf die Herstellung der nötigen Erzeugnisse ausrichtet.

Die sowjetische Ökonomik entwickelt sich auf gesamtstaatlicher Plangrundlage. Das gilt auch für die Entfaltung der außenwirtschaftlichen Verbindungen der UdSSR mit beliebigen anderen Ländern. Eine langfristige Planung der Zusammenarbeit ermöglicht es der UdSSR, die Ziele der Entwicklung der außenwirtschaftlichen Verbindungen auf fünf, zehn, fünfzehn und noch mehr Jahre im voraus genau zu bestimmen und ihre nationalen finanziellen und materiellen Ressourcen zur Erreichung dieser Ziele einzusetzen. Ein solches Verfahren kann ungeachtet gewisser Schwierigkeiten auch für die westeuropäischen Firmen in ihren Verbindungen mit der Sowjetunion nützlich sein. Jedenfalls ermöglicht es ihnen, sich langwährende Aufträge zu sichern und die erforderliche Organisierung von Produktion und Absatz in die Wege zu leiten.

Eine andere wichtige Besonderheit der sowjetischen Verbindungen mit Ländern des Gemeinsamen Marktes ist das Prinzip der Gegenseitigkeit beim Warenaustausch. Das will heißen, daß die Sowjetunion sich nicht das Ziel setzt, vorwiegend Exporteur oder Importeur zu sein. Wenn die UdSSR in irgendeinem Land des Gemeinsamen Marktes einkauft, so ist sie bestrebt, auch ihre Waren in diesem Land abzusetzen. Nicht jede einzeln genommene westeuropäische Firma ist in der Lage, ihren Handel mit den Organisationen der Sowjetunion auszubalancieren — sie kann möglicherweise vorwiegend Verkäufer oder Käufer von Waren in der UdSSR sein. Daher kann nur die Verflechtung von Staats- und Firmen-Zusammenarbeit wirklich weitgehende Perspektiven außenwirtschaftlicher Verbindungen der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes eröffnen.

Eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Entwicklung der Zusammen-

arbeit der UdSSR mit den Ländern des Gemeinsamen Marktes ist die Gewährleistung des gegenseitigen Vorteils.

Nur der reale spürbare Nutzen für jeden Partner kann zu einer stabilen und dauerhaften Entwicklung der Zusammenarbeit beitragen. Diese Bedingung setzt die sorgfältige Auswahl der Objekte der Zusammenarbeit, die Ausfindigmachung und Ausnutzung gegenseitig vorteilhafter Entwicklungsformen der außenwirtschaftlichen Verbindungen voraus. Gegenseitiger Vorteil in der Zusammenarbeit muß vorsehen, daß sich die Partner gegenseitig meistbegünstigen bei der Verzollung, bei der Erhebung von Gebühren und anderen Formalitäten bei der Ein- und Ausfuhr von Waren. Gegenseitiger Vorteil kann durch die Ausschaltung jeglicher Formen von Diskriminierung in der Zusammenarbeit, durch die Förderung geschäftlicher Verbindungen zwischen den Organisationen der UdSSR und den Ländern des Gemeinsamen Marktes gesichert werden.

Die Entfaltung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Westeuropa hat zu spürbaren Fortschritten geführt, und zwar in erster Linie im Außenhandel. Der Warenaustausch der UdSSR mit Ländern Westeuropas ist von 1965 bis 1972 von 2,0 auf 4,1 Mrd Rubel gestiegen. Diese Ziffern zeugen von der dynamischen Entwicklung der gegenseitigen Verbindungen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß 1972 der gesamte Außenhandelsumsatz der UdSSR 26 Mrd Rubel betrug und 1975 bis auf etwa 30 Mrd Rubel ansteigen wird. Angesichts dieser Welthandelsbeziehungen der Sowjetunion ist der Handel zwischen der UdSSR und den Ländern des Gemeinsamen Marktes einstweilen noch recht bescheiden.

Die potentiellen Möglichkeiten zur Entfaltung der außenwirtschaftlichen Verbindungen der Sowjetunion mit den Ländern des Gemeinsamen Marktes könnten viel stärker und effektiver ausgenutzt werden, wenn sich, abgesehen von der Erweiterung des traditionsgemäßen Handels, die Zusammenarbeit in anderen aussichtsreichen Formen entwickeln würde.

Eine davon wäre die Vereinigung von Investitionen der interessierten Organisationen der UdSSR, Firmen und Banken der Länder des Gemeinsamen Marktes zwecks beiderseitig vorteilhafter Nutzung sowjetischer Rohstoffressourcen und ihrer Lieferung nach Westeuropa. Die Sowjetunion besitzt immense Vorräte an Holz, Erdöl, Erdgas, Eisenerz, chemischen Rohstoffen und Buntmetallen. Sie kann ihren inneren Bedarf durch diese Vorräte auf Jahrzehnte und Jahrhunderte decken. Die Sowjetunion verkauft Rohstoffe an die Länder des Gemeinsamen Marktes, aber die Potenzen eines solchen Handels sind viel höher als der bislang erreichte Stand. Sowjetische Ressourcen könnten das Defizit der Länder des Gemeinsamen Marktes in einigen wichtigen Arten von Brennstoff, Rohstoff und Materialien erheblich reduzieren.

Für die Produktion von Rohstoffen ist eine höchst wichtige ökonomische Besonderheit kennzeichnend, die sich unmittelbar in den Formen und Methoden der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit widerspiegelt. Sie hängt mit dem Bedarf der Rohstoffbranchen an riesigen Investitionen zusammen. So muß zum Beispiel auf jeden Rubel oder Dollar Produktion, die in den Rohstoffbranchen gewonnen wird, drei- bis fünfmal und mitunter sieben- bis zehnmal soviel investiert werden wie zum Beispiel im Maschinenbau oder in der Nahrungsmittelindustrie. Für ihren inneren Rohstoffbedarf investiert die Sowjetunion in diesen Zweigen in der Regel ihre eigenen nationalen Mittel. Aber beim Ausbau des Rohstoffexports in andere Länder kann die Sowjetunion nicht nur auf diese Weise verfahren. Das könnte in der UdSSR zu einer Reduzierung des Programms der weiteren Entwicklung des Wohnungsbaus, des Bildungs- und Gesundheitswesens so-

wie vieler Zweige der Industrie und Landwirtschaft führen. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern soll das Wachstum des Wohlstandes in der Sowjetunion nicht hemmen, sondern, im Gegenteil, beschleunigen.

Folglich kann die Erweiterung des Rohstoffimports aus der UdSSR seitens anderer Länder, darunter auch des Gemeinsamen Marktes, unter der Bedingung ihrer Investitionsteilnahme an der Entwicklung der sowjetischen Brenn- und Rohstoffbranchen real sein. Die Sowjetunion selbst hat in diesen Branchen bereits kolossale Summen investiert und wird das auch weiter tun. So steigt infolge der Milliarden Rubel-Investitionen die Kraftstromproduktion in der UdSSR von 1970—1975 von 740 Mrd kWh auf 1030—1070 Mrd kWh, die Erdölgewinnung von 349 Mio Tonnen auf 480—500 Mio Tonnen, die Erdgasgewinnung von 198 Mrd Kubikmeter auf 300—320 Mrd Kubikmeter. Der weitere Ausbau der Gewinnung und Ausbeutung einheimischer Brenn- und Rohstoffe gibt der UdSSR die Möglichkeit, die Stahlschmelze 1975 auf 142 bis 150 Mio Tonnen gegenüber 116 Mio im Jahre 1970, die Aluminiumproduktion um 50—60 % und die Kupferproduktion um 35—40 % zu steigern usw.

Die Zusammenlegung der Kapitalanlagen der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes zwecks Ausdehnung der Produktion und Ausfuhr sowjetischer Rohstoffe ist vor allem auf der Kreditgrundlage aussichtsreich. Erhaltene Kredite bezahlt die Sowjetunion durch zu vereinbarten Terminen erfolgende Rohstofflieferungen zu Weltmarktpreisen. Dadurch bekommen die Partner der Sowjetunion feste Garantien, daß sie für einige Jahrzehnte mit Rohstoffen versorgt werden. So haben zum Beispiel die BRD, Italien und Frankreich Garantien in bezug auf sowjetische Erdgaslieferungen für einige Jahrzehnte im voraus. Von großer Bedeutung ist auch ein anderer Aspekt einer solchen Zusammenarbeit: Die Kredite, die die UdSSR in irgendeinem Land des Gemeinsamen Marktes erhält, werden einzig und allein in dem betreffenden Land für den Einkauf von Anlagen und Materialien verwendet, die die sowjetischen Rohstoffbranchen benötigen. Dadurch werden die Betriebe westeuropäischer Firmen mit sowjetischen Aufträgen zusätzlich ausgelastet. In den Ländern des Gemeinsamen Marktes nimmt das Interesse für die Nutzung sowjetischer Roh- und Brennstoffvorräte zu. So unterstützt eine Reihe Firmen in der BRD die Idee des gemeinsamen Baus eines Kraftwerks in der UdSSR und von Kraftwerksanlagen für Fernübertragung auf viele tausend Kilometer in der BRD. Auf diese Weise kann der Mangel an Kraftstromreserven in der BRD nutzbringend ausgeglichen werden.

Die außenwirtschaftlichen Verbindungen der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes erfahren dank eines solchen Verfahrens der Zusammenarbeit wie industrielle Kooperierung einen wesentlichen Aufschwung. Ein Ergebnis dieser gegenseitig vorteilhaften Verbindungen war der überaus große Auftrag der Sowjetunion bei der italienischen FIAT über die Lieferung der Ausrüstung für das Pkw-Werk in der Stadt Togliatti. Hueller und Rheinstahl in der BRD und andere Firmen der Länder des Gemeinsamen Marktes haben mit der Lieferung von Ausrüstungen für das Lkw-Werk an der Kama begonnen. Eine Übereinkunft über den Bau eines Hüttenkombinats im Bezirk Kursk unter Teilnahme von Firmen der BRD wurde erzielt. Das Projekt der Teilnahme der französischen Industrie an der Schaffung eines großen Holzindustriekomplexes auf dem Territorium der UdSSR ist in Vorbereitung.

Die industrielle Kooperation kann nicht einseitig verlaufen. Die sowjetischen Bau- und Industrieorganisationen sind ebenfalls am Verkauf von Anlagen und Ausrüstungen für Industrieobjekte in den Ländern des Gemeinsamen Marktes interessiert. Nur auf dieser Basis kann die Aktivität west-

europäischer Firmen in der Sowjetunion erweitert werden. Zur Entwicklung der Wirtschaftsverbindungen der UdSSR mit Italien trägt der steigende Import von Passagierflugzeugen JAK 40, von Tragflügelbooten, verschiedenen Werkzeugmaschinen, Geräten und anderen Industrieerzeugnissen aus der UdSSR bei.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der UdSSR und Frankreichs basiert nicht nur auf der Einfuhr französischer Ausrüstungen in die Sowjetunion, sondern auch auf Lieferungen sowjetischer Industrieerzeugnisse nach Frankreich. Von Bedeutung dafür wird die Teilnahme der Sowjetunion am Bau großer Industriekomplexe in Frankreich sein, so z. B. am Bau eines Hüttenkombinats in Fos-sur-Mer, in der Nähe von Marseille. Ein Beispiel für effektive Industriekooperation liefert die gemeinsame Herstellung von Metallschneidemaschinen mit Programmsteuerung durch die französische Firma Alcatel und einige sowjetische Betriebe. Die Gründung gemischter sowjetisch-französischer Gesellschaften trägt zur Realisierung sowjetischer Ausrüstungen in Frankreich und damit auch zum Ausbau des Absatzmarktes für französische Erzeugnisse in der UdSSR bei. So wurde durch die Tätigkeit der Gesellschaft Stanko-France die Unterzeichnung von Kontrakten über die Lieferung sowjetischer Werkzeugmaschinen für die französischen Firmen Renault, Peugeot, Chausson, Ratier-Foret, Constructions de Clichy und andere möglich.

Das riesige Industriepotential der Sowjetunion kann in der Kooperierung mit der BRD, England, Belgien und anderen Ländern des Gemeinsamen Marktes weitgehend ausgewertet werden. Die sowjetische Industrie ist in der Lage, am Bau von großen modernen Wärme-, Wasser- und Atomkraftwerken, Hüttenwerken, Maschinenbauwerken und Objekten anderer Zweige teilzunehmen. In manchen Fällen kann durch die Vereinigung von ökonomischen und technologischen Ressourcen der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes die Schaffung neuer, vollkommener Maschinen und Ausrüstungen ermöglicht werden, die sowohl im Westen als auch im Osten nutzbringende Verwendung finden können.

Die Basis des sowjetischen wissenschaftlich-technischen Potentials bilden mehr als fünftausend wissenschaftliche Forschungsinstitute, in denen annähernd eine Million Wissenschaftler tätig sind. Aber in unserem Zeitalter der stürmischen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution kann kein Land, ob groß oder klein, seine Wissenschaft und Technik ohne Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit entwickeln. Infolge ihres großen wissenschaftlich-technischen Potentials entwickelt die Sowjetunion konsequent die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit allen daran interessierten Staaten. Typisch hierfür sind die Verbindungen zwischen der UdSSR und Frankreich. Auch in der Zusammenarbeit mit Italien und Belgien haben wir bereits Erfahrungen gesammelt. Günstige Perspektiven bietet auf diesem Gebiet die Schaffung der Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD. In vielen Zweigen von Wissenschaft und Technik stehen die Errungenschaften der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes auf einem hohen Niveau. Doch in der Wissenschaft und Technik gibt es immer viele ungelöste Probleme, wo eine Zusammenarbeit den Teilnehmern nur zum Nutzen gereichen kann. Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern des Gemeinsamen Marktes erlaubt es, Zeit und Mittel zu sparen und in der Forschungsarbeit die besten Ergebnisse zu erzielen.

Geschäftskreise und wissenschaftliche Organisationen der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes er-

halten immer großzügigere Möglichkeiten, die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften voneinander kennenzulernen. Zu diesem Zweck werden beiderseitige Reisen von Vertretern verschiedener Organisationen, Beratungen, Praktikantenaustausch, Ausstellungen von Apparaten, ihre Erprobungen, Austausch von Mustern der Erzeugnisse, wissenschaftliche Symposien usw. veranstaltet. Die Kontakte im Bereich gemeinsamer Forschungen werden ausgedehnt. So unterzeichneten sowjetische Organisationen Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit großen Gesellschaften in der BRD — Hoechst, BASF, Henkel, Siemens und AEG-Telefunken — wie auch mit anderen Firmen der Länder des Gemeinsamen Marktes.

Erfolgreich entwickeln sich die wissenschaftlich-technischen Verbindungen in vielen wichtigen Bereichen: Raumforschung, friedliche Nutzung der Atomenergie, Physik hoher Energien, Medizin, Fernsehen, Landwirtschaft usw. So können Physiker und Ingenieure der UdSSR und Frankreichs eine Reihe hervorragender Leistungen für sich verbuchen, die das Resultat ihres gemeinsamen Schaffens sind. Zu den gemeinsamen kosmischen Experimenten gehört zum Beispiel auch die Arbeit mit dem französischen Laser-Reflektor, der 1970 mittels einer sowjetischen automatischen Station auf den Mond gebracht worden ist. Auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie werden gemeinsame Experimente in der UdSSR unter Ausnutzung des superstarken sowjetischen Protonenbeschleunigers und der französischen Wasserstoffblasenkammer „Mirabelle" durchgeführt. Die Wissenschaftler beider Länder arbeiten in solchen Forschungsbereichen zusammen wie Reaktoren, gesteuerte Reaktion der Kernsysteme, Radiationsschutz, Bearbeitung von Uranerz.

Es besteht eine Übereinkunft über die Anreicherung von französischem Uranerz in der UdSSR. Das angereicherte Uran wird als Brennstoff in dem französischen Atomkraftwerk „Fessenheim" verwendet werden, das 1975 anlaufen soll. Fachleute der UdSSR und Frankreichs haben gemeinsam das Farbfernsehsystem „Secam" ausgearbeitet, das nicht nur in diesen beiden, sondern auch in anderen Ländern eingesetzt wird und erfolgreich funktioniert. Gute Ergebnisse zeitigt die Zusammenarbeit der UdSSR und Frankreichs in der Landwirtschaft, im Bauwesen und in der Architektur, im Eisenbahnverkehr, in der Ozeanographie. Diese Beispiele, die man noch durch eine Reihe anderer ergänzen könnte, zeugen von den überaus großen Möglichkeiten einer weiteren allseitigen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes in Wissenschaft und Technik, bei der Auswertung der Resultate des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Wirtschaft dieser Länder.

Die Zusammenarbeit der UdSSR und der Länder des Gemeinsamen Marktes in allen Sphären (Wissenschaft, Technik, Bauwesen, Produktion, Realisierung) und allen ihren Formen (Handel, Kredit, Kooperation) eröffnet Perspektiven zur Ausdehnung der gegenseitig vorteilhaften außenwirtschaftlichen Verbindungen sowohl für Länder als auch für Firmen. Feste wirtschaftliche Verbindungen werden zu einem guten Fundament der Zusammenarbeit in Europa und können der weiteren Entwicklung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen im Interesse Europas und der ganzen Welt dienen.

Anatoli Subkow, Moskau

Island nach dem Fischereikrieg

Rund drei Wochen lang stand die Zukunft der isländischen Linkskoalition

auf der Kippe. Die Gründe dafür führen zurück zu den Zusammenstößen zwischen isländischen Küstenwachbooten und britischen Fregatten, die sich im letzten Sommer innerhalb der 50-Meilen-Fischereigrenze rings um die Insel ereigneten. Zunächst hatten die Fregatten lange Zeit hindurch immer wieder bewußt versucht, Kollisionen herbeizuführen. Wochenlang hatten die britischen Fregattenkapitäne über die europäischen Presseagenturen ungestraft die Falschmeldung verbreitet, die Kollisionen seien von den Booten der isländischen Küstenwacht verursacht worden. Daraufhin beschloß die Regierung Islands, die britische Regierung davon zu unterrichten, daß im Falle weiterer Kollisionen die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen würden. Einige Tage danach verursachten britische Fregatten wiederholte Zusammenstöße mit isländischen Küstenwachbooten. Diesmal konnte jedoch mit ausgezeichnetem Filmmaterial, das Kameraleute des schwedischen Fernsehens aufgenommen hatten, bewiesen werden, wer für diese Kollisionen verantwortlich war. Die isländische Regierung erklärte daraufhin, die diplomatischen Beziehungen würden abgebrochen, falls die britische Marine die isländische Fischereizone nicht innerhalb von zehn Tagen verlassen habe.

Dann geschah das Unerwartete: der britische Premierminister befahl seinen Fregatten, die isländische Fischereizone zu verlassen, und lud gleichzeitig den Premierminister Islands zu privaten Gesprächen nach London ein. Der isländische Premier, Olafur Johannesson, hatte seitens der Regierung kein Mandat erhalten, mit dem britischen Premierminister eine Vereinbarung zu treffen. Bei seiner Rückkehr erklärte er jedoch, er befürworte einen bestimmten Abkommensentwurf, den ihrem jeweiligen Kabinett vorzulegen die Premierminister übereingekommen waren. Es war klar, daß Johannesson durch sein unübliches Vorgehen die Zusammenarbeit innerhalb der Koalitionsregierung auf das schwerste gefährdete. Am gleichen Tag, an dem sie den Entwurfstext erhielt, übermittelte die Parlamentsfraktion der Volksallianz den übrigen Koalitionsparteien ein Schreiben, in dem der Entwurf Punkt für Punkt scharf kritisiert wurde. Auf der anderen Seite erklärten die rechtsgerichteten Parteien, sie unterstützten Johannesson, und zwar insbesondere wegen seiner ohne Konsultation der Volksallianz unternommenen Verhandlungen mit Heath. Während der nächsten drei Wochen herrschte völlige Ungewißheit im Hinblick auf das Weiterbestehen der Regierung.

Die Volksallianz lehnt eine Vereinbarung mit England über die Fischereigrenzen nicht grundsätzlich ab. Sie hat jedoch strikte Forderungen aufgestellt, denen ein entsprechendes Abkommen sowohl im Hinblick auf seine Schutzfunktion als auch mit einer unzweideutigen Klausel über die ausschließliche Rechtszuständigkeit Islands entsprechen muß. Das Abkommen wird vermutlich zwei Jahre lang gültig sein, und es wird die Gewässer Islands von allen britischen „schwimmenden Fischfabriken" und Tiefkühl-Fangschiffen befreien. Unglücklicherweise ist das Abkommen nicht ganz klar, soweit es die Jurisdiktion betrifft. Die isländischen Koalitionsparteien haben jedoch die Verabschiedung eines Gesetzes vereinbart, mit dem alle Zweifel darüber beseitigt werden sollen, daß die Überwachung von den Isländern selbst ausgeübt wird. Das Gesetz spricht den Isländern das einseitige Recht zu, Fischdampfer zu entladen, die die Bestimmungen ihrer Fangerlaubnis verletzen. Die Art und Weise, wie das Abkommen auf isländischer Seite gehandhabt wird, ist also von äußerster Wichtigkeit.

Seit über zwei Jahren befaßt sich die Linksregierung mit dem Problem der Fischereigrenzen. Die größten NATO-Mitglieder haben in dieser Auseinandersetzung Island gegenüber sämt-

lich eine feindliche Haltung eingenommen. Die skandinavischen Länder verhalten sich zögernd und haben außer freundlichen Wünschen wenig oder nichts beigesteuert. Von britischer Seite wurde der Verkauf der Fische aus isländischen Trawlern in englischen Häfen verboten; sechs Fregatten und drei Beobachtungsschiffe wurden in die 50-Meilen-Zone geschickt, wo die Royal Air Force sie täglich mit Aufklärungsflügen unterstützte. Alle Länder außer der Bundesrepublik und Großbritannien zogen von Anfang an ihre Schiffe aus der isländischen Fischereizone zurück; die britische Fangflotte setzte unter enormen Kosten ihre Arbeit fort.

Die isländische Ausdehnung der Fischereigrenze auf 50 Meilen verfolgte ein dreifaches Ziel. Erstens sollten die Fischbestände durch Beschränkung und Organisation des Fischfangs um Island gesichert werden. Zweitens wollte man die anderen Länder auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, die Fischbestände im Nordatlantik zu erhalten. Die öffentliche Meinung sollte für dieses Ziel mobilisiert werden; und man wollte eine vorteilhafte Entwicklung des internationalen Seerechts begünstigen. Drittens schließlich war beabsichtigt, den Anteil Islands am Gesamtertrag des Fischfangs in isländischen Gewässern zu vergrößern.

Während der Regierungsperiode der Linkskoalition ist es zu einer Erneuerung der Fischereiflotte von Grund auf gekommen. Als die Amtszeit der gegenwärtigen Regierung begann, war die Trawler-Flotte des Landes seit über zehn Jahren von über 50 auf rund 20 Schiffe zusammengeschrumpft, und von diesen 20 waren die meisten über zwanzig Jahre alt. In den letzten beiden Jahren wurden rund 50 neue Trawler modernster Konstruktion gekauft. Sie stammen in der Hauptsache aus Norwegen, Spanien und Japan; die meisten haben eine Wasserverdrängung von 400 bis 500 Tonnen. Island ist nicht, wie das nördliche Norwegen, von einer Riff- und Schärenbarriere umgeben. Im Winter müssen die Fische auf offener See gefangen werden, wo die Bedingungen zu den schwierigsten der Welt gehören, vor allem wegen der Eisbildung und der heftigen Stürme, die fast ohne Vorwarnung plötzlich einsetzen. Ein robuster Trawler, von durchschnittlicher Größe und ausgerüstet mit den kompliziertesten Geräten, ist daher eine absolute Notwendigkeit für jede Ortschaft an der Nord- und Ostküste; er ist die Basis der Fischverarbeitung an Land. Der Ankauf der Trawler wurde ermöglicht durch staatliche Darlehen, die bis zu 85—90 % des Preises ausmachten. Die Trawler gehören in der Mehrzahl verschiedenen kommunalen Einrichtungen, Kooperativen, Gemeindeverwaltungen und solchen Tiefkühlanlagen, über deren Aktienmehrheit Gemeindeverwaltungen verfügen.

Trotz ernsthafter interner Meinungsverschiedenheiten wegen der Art und Weise, in der die Verhandlungen mit Großbritannien geführt wurden, kann nicht bestritten werden, daß wir jetzt einen Sieg errungen haben — zwei Jahre nach dem Amtsantritt der Linksregierung und dem Beginn ihrer entschiedenen Politik in der Frage der Fischereigrenzen.

Ein bemerkenswertes Ergebnis wurde erreicht; Endziel ist jedoch eine 200-Meilen-Zone wirtschaftlicher Jurisdiktion, wie sie wahrscheinlich in einigen Jahren im Völkerrecht verankert sein wird. Das Abkommen mit Großbritannien gilt nur für die Dauer von zwei Jahren, und die Regierung hat dem Althing (dem isländischen Parlament) bereits einen Gesetzentwurf zugeleitet, in dem die Fischereigrenze auf 200 Meilen ausgedehnt wird.

In dem Maße, wie die Ausdehnung der Fischereizone aufhört, das zentrale Thema isländischer Politik zu sein, wird sie abgelöst durch ein anderes, nicht weniger kritisches Thema: die Einlösung des vor zwei Jahren in der Erklärung zur Koalitionspolitik gemach-

ten Versprechens, die US-Streitkräfte würden veranlaßt, das Land noch in dieser Regierungsperiode zu verlassen. Gespräche mit den USA haben bereits Fortschritte gemacht, wobei es allerdings den Anschein hat, als wollten die Amerikaner ihre Position nur äußerst widerstrebend aufgeben.

Mit Recht kann hier festgestellt werden, daß Island von den USA niemals irgendwelche Geldmittel für die Benutzung des Militärstützpunktes erhalten hat und daher in keiner Weise von den Amerikanern wirtschaftlich abhängig ist. Rund tausend Isländer haben ihre Arbeitsplätze im Bereich des amerikanischen Stützpunktes, und ihre Löhne stellen zusammen mit dem Verkauf von Milch und anderen Produkten die einzigen Einnahmen dar, die Island vom Militärstützpunkt erhält. Es wäre nicht schwierig, für diese tausend Angestellten des Flughafens Keflavik bei Bedarf einträglichere Arbeitsplätze zu finden, da in Island gerade großer Mangel an Arbeitskräften herrscht. Außerdem wird Keflavik sich wahrscheinlich in Zukunft zu einem expandierenden internationalen Flughafen entwickeln, wobei Arbeitsplätze für Tausende von Isländern entstehen werden.

Die Frage des Abzugs der US-Streitkräfte aus Island wird eine viel ernstere Belastungsprobe für die Koalitionsregierung darstellen als das Problem des Fischereikriegs, da es nicht völlig klar ist, ob die Fortschrittspartei als größte Regierungspartei geschlossen für den Abzug der Truppen stimmen wird oder ob einige ihrer Althing-Abgeordneten in dieser Frage ausscheren. Falls jedoch der Abzug der US-Truppen nicht erfolgt, dann ist klar, daß die Volksallianz die Regierung verlassen wird.

Ragnar Arnalds, Reykjavik

Mitbestimmungsdiskussion in Schweden

Während in der Bundesrepublik bei den Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung auf gewerkschaftlicher Seite immer wieder eine Einschränkung unternehmerischer Machtbefugnisse gefordert wurde, haben Kritiker den „Doppelcharakter" (Frank Deppe) der Mitbestimmung herausgehoben: sowohl Mitbestimmung im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft als auch Mitbestimmung am Arbeitsplatz funktionieren so, wie es die gesamtgesellschaftliche Situation und das Bewußtsein der Mitbestimmungsträger zulassen. Sie kanalisieren Unmut, ohne die Machstrukturen in der Arbeitswelt entscheidend zu beeinflussen, wenn sie noch nicht bewußt als Mittel der Beschäftigten gehandhabt werden. Sie verkehren sich dann leicht in ein Mittel in der Hand des Arbeitgebers: „Machtlos, aber trotzdem guter Laune" (C. W. Mills), sollen sich die Betroffenen in bewußtloser Arbeitszufriedenheit wiegen. Andererseits können Mitbestimmungsmodelle betriebliche Tatsachen schaffen, die die Ausgangsposition der Beschäftigten entscheidend verbessern: die DGB-Forderung, „den Machtunterworfenen (vollen Einfluß) auf Einsetzung und Kontrolle der Machthaber" (Farthmann) zu geben, zielt auf einen Endpunkt, der auch Startpunkt werden kann.

In Schweden gab es eine entsprechende Mitbestimmungs-Diskussion lange Zeit nicht; die Gewerkschaften selbst hatten sich 1907 in einem Abkommen mit dem Arbeitgeberverband wichtige Forderungen auch für die Zukunft versagt, um das Koalitionsrecht zu erhalten. Sie gestanden den Unternehmern das unbeschränkte Recht zu, die Arbeiter frei anzustellen und zu entlassen (heute eingeschränkt, vgl. Hans-Herbert Gaebel in der „Frankfurter Rundschau" vom

31. März 1973) sowie die Arbeit zu leiten und zu verteilen. Zwar untersuchten der schwedische Gewerkschaftsbund (LO) und die schwedische Arbeiterpartei seit 1920 gemeinsam Wirtschaftsdemokratie- und Sozialisierungsfragen, doch wurden diese Untersuchungen schließlich 1936 (also schon unter sozialdemokratischer Regierung) ergebnislos abgebrochen. 1946 endlich glaubte man bei LO, den Unternehmern einige Befugnisse wieder abgetrotzt zu haben im „Abkommen über Unternehmensausschüsse"; diese Ausschüsse sind schon deshalb nicht mit dem bundesdeutschen Betriebsrat zu vergleichen, weil sie ausschließlich beratende Funktionen haben, auch ist ihnen der Unternehmer in keinem Fall zur Information verpflichtet (im BVG sind die Unterrichtungsrechte des Betriebsrats u. a. in § 90 geregelt). Schon 1951 rührte sich im Gewerkschaftsbund Kritik an den mangelnden Befugnissen, die den Unternehmensausschuß abhängig vom guten Willen des Unternehmers machten, abhängig von seinem Interesse, ihm „bei der Produktionssteigerung behilflich" zu sein; so ein Gewerkschaftler. Hinzu kommt, daß die Gewerkschaften einer sehr weitgehenden Friedenspflicht vor Einleitung von Streikabstimmungen unterliegen (die nur mit Zustimmung des Dachverbandes gefaßt werden dürfen — dieser ist, ebenso wie die sozialdemokratische Partei Schwedens, stark zentralgesteuert). So wurde es 1938 im sogenannten Saltsjäbad-Abkommen zwischen LO und Arbeitgeberverband ausgehandelt.

Wie stellt sich die Situation aus der Perspektive der Betroffenen dar, wie reagieren sie darauf? Die Betroffenen, das sind ca. 91 % der Erwerbstätigen, die „unselbständig" sind, bei uns ca. 84 %. Dieser Unterschied spiegelt die vergleichsweise fortgeschrittene wirtschaftliche Konzentration in Schweden wider.

Sicher hat Schweden „den hohen Lebensstandard in einem Wohlstandsland, in dem sich fast jeder sein Freizeithobby aussuchen kann" (so eine vom Arbeitgeberverband herausgegebene Broschüre für Einwanderer) — aber auch in Schweden wird Wohlstand nicht nur am Freizeitkonsum gemessen. Nun gut, ist nicht Schweden ein Wohlfahrtsstaat, dessen Ausgaben für Soziales sich von 1960 bis 1970 etwa verdreifacht haben (27,5 % des Staatshaushalts gingen 1972/73 ans Sozialministerium, in der Bundesrepublik sind es 1973 18,8 %)? Hier aber liegt die Krux: im Bedarfsfalle die Hand aufhalten können und sie dabei, versteht sich, immer schön ruhig halten — ist das die Stellung zur Gesellschaft, die die Mehrzahl der Schweden sucht? Beruhigt es sie, daß sie zwar unter Umständen von ihrem Arbeitsplatz wegrationalisiert werden, aber dann materielle Unterstützung erwarten können, vielleicht sogar für mehrmalige Umschulung im Leben? Immerhin waren von den 48,9 % erwerbstätigen Schweden im ersten Halbjahr 1973 — bei uns waren es 1972 42,8 % — durchschnittlich 2,6 % arbeitslos; dazu kommen noch einmal schätzungsweise 2 % „latent Arbeitslose", d. h. Personen, die sich nicht um Arbeit bemühten, da sie nicht glaubten, am Ort — meist in den dünner besiedelten Gebieten Nord- und Mittelschwedens — welche zu finden. Man sollte dazu noch berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit ohne das staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramm, das z. B. mit Archiv- und Forstarbeiten aufwartet, und ohne die u. a. von der Arbeitsmarktbehörde organisierten Umschulungsprogramme noch höher wäre; sie läge dann für das erste Halbjahr 1973 bei ca. 5 %. In diesem Zeitraum machten durchschnittlich 1,2 % der arbeitenden Bevölkerung eine Umschulung durch.

Staatliche materielle Sicherung gegen „Wechselfälle des Lebens" als Non-plus-ultra des Erreichbaren anzusehen, fällt selbst schwedischen Sozialdemokraten nicht ein, auch wenn sich die Schweden energischer Unmutsäußerungen im Vergleich zu anderen westeuropäischen

Ländern weitgehend enthalten — abzulesen an der Streikstatistik. Interessen lassen sich auf die Dauer nicht überspielen, das wissen sowohl Unternehmer als auch Regierung in Schweden, geeint im Interesse an politischer Stabilität. Der Arbeitgeberverband förderte verschiedene Versuche mit neuen Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit in angeschlossenen Unternehmen; die Sozialdemokraten wurden aktiv: die „soziale Erneuerung der Produktion" (Palme) als Ziel weist darauf hin, daß man hier Herde des Unmuts ausgemacht hat. Um die Sache zu konkretisieren, wurde 1969 beim schwedischen Industrieministerium eine „Unternehmensdemokratiekommission" ins Leben gerufen, die Erfahrungen mit Arbeitermitsprache und Bedingungen für demokratischere Betriebsstrukturen untersuchen sollte. So erfuhren erst einmal mehrere staatliche Unternehmen mit Hilfe von Experten, daß 90 % der Arbeiter festen statt Akkordlohn wollten.

1969 begann auch eine Stockholmer Soziologengruppe mit Edmund Dahlström als Leiter, die Möglichkeiten für mehr Arbeitereinfluß in den staatlichen nordschwedischen Eisenerzbergwerken zu untersuchen. Dieses vom Unternehmen, LKAB, initiierte Projekt „Partnerschaftliche Beratung und Einfluß der Beschäftigten" geriet „mitten ins Zentrum der Ereignisse" (Dahlström): eine nachdrückliche Unmutsäußerung arbeitender Schweden. Im Winter 1969/70 streikten die LKAB-Arbeiter in Svapavara, Kiruna und Malmberget fast zwei Monate lang; sie kämpften nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen und für Festlohn statt Akkordlohn, sondern auch für demokratischere Verhältnisse im Betrieb. Sie wollten sich damit bei LKAB und bei ihrer Gewerkschaft Gehör verschaffen: im Laufe der 60er Jahre hatte sich die Lohnentwicklung der Bergarbeiter ständig verschlechtert, sie war in diesem Zeitraum die schlechteste aller schwedischen Industriearbeiter.

LKAB ist seit 1957 eine mehrheitlich staatliche Aktiengesellschaft, seit zwei Jahren integriert in AB Statsföretag, eine AG von staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen. Das Unternehmen, das 95 % seiner Produktion exportiert und 8 % des gesamten Exports von Schweden stellt, ist in Nordschweden neben dem Eisenwerk NJA in Luleå die einzige bedeutende Industrie; mehr als die Hälfte der Einwohner von Norrbotten beziehen ihr Einkommen direkt oder indirekt vom Eisenerz. Wirtschaftlich ist die Verstaatlichung dem Unternehmen gut bekommen: von 1957 bis 1969 stieg die Eisenerzproduktion pro Beschäftigtem von 1600 bis nahezu 4000 t jährlich. Die Steigerung ging mit Rationalisierungsmaßnahmen Hand in Hand, auf der Akkordstrecke blieben Arbeitsplatzsicherheit besonders der älteren Arbeiter (für die es noch heute keine „Besitzstandswahrung" gibt, wenn sie die besser bezahlten Untertagearbeiten nicht mehr schaffen), Gesundheit und Sicherheit der Arbeit und die Ansprüche an eine Demokratisierung am Arbeitsplatz: LKAB ließ von einem amerikanischen Organisationsberater ein Führungssystem einsetzen, das ganz auf Steuerung von oben zugeschnitten und entsprechend auch mit den Beschäftigten nicht diskutiert worden war.

Der Streik war formal erfolgreich. Hat sich seit 1970 bei LKAB schon etwas getan, was den Namen Demokratisierung im Betrieb verdient und vielleicht für Schweden und andere Länder, wenn nicht Beispiel, so doch Ansporn sein kann?

Die Dahlström-Gruppe konnte dieser Frage nicht mehr nachgehen: ihre Analyse der Streikursachen wurde von LKAB nicht akzeptiert; ob sie daraufhin ging oder gegangen wurde, blieb unklar. Dafür setzten Wissenschaftler das Projekt fort, deren Fachrichtung „eher Soziotechnik denn etwas anderes" versprach; so sie selbst: eine Arbeitspsychologin, eine Arbeitssoziologin und ein Diplomingenieur unter

der Leitung des Arbeitspsychologen Jan Kronlund, alle vom Psychotechnischen Institut der Universität Stockholm. Ihr Bericht, im Mai 1973 unter dem Titel „Demokratie ohne Macht" (Demokrati utan makt) in Stockholm erschienen, soll zweierlei klären: Wieweit wurden Probleme der Arbeiter nach dem Streik gelöst — wie werden bei LKAB heute Entscheidungen, die die Arbeiter direkt angehen, getroffen: wer schafft die betrieblichen Tatsachen?

Der erkämpfte Monatslohn wird positiv gesehen: „Man ging fast überall rein (gemeint: auch bei gesundheitsschädlicher Gaskonzentration), um Geld zu kriegen. Das ist jetzt vorbei." „Nun ist man vorsichtig und sagt eher Bescheid; wir gehen in keinen Querschlag mehr, wenn es gefährlich ist." Schwere und mittelschwere Unfälle haben drastisch abgenommen, leichte zugenommen, doch betont die Kronlund-Gruppe, daß die Arbeit weiter risikoreich ist, weil LKAB es sich erspart hat, die Sicherheitsbestimmungen zu verbessern.

Verschlimmert statt abgeschwächt haben sich die Umweltprobleme beim Untertagebau, der immer tiefer unter die Erde geht. Weiterhin wird mit Diesel- statt mit Elektroantrieb gefördert. Das ist zwar kostengünstiger, doch gesundheitsgefährdend.

Statt des Prämienakkords von vor 1970 sitzt den Arbeitern jetzt der Produktionsplan im Nacken (jede Arbeitsgruppe kann wöchentlich feststellen, ob sie sich unter die zehn besten der ausgehängten Rangliste vorgearbeitet hat): an seine Erfüllung wurde im März 1970 die Einführung des festen Lohns geknüpft.

Der Bericht der Kronlund-Gruppe macht wiederholt deutlich, daß staatliche Unternehmen in Schweden dem gleichen Zwang zur Produktivitätssteigerung unterliegen wie private — LKAB konkurriert auf dem Weltmarkt; 95 % der Produktion werden exportiert — und daß sie gleiche Strategien einsetzen: von Arbeitszufriedenheit als Bedingung ungestörter Produktion geht man beim schwedischen Arbeitgeberverband und bei den staatlichen Unternehmen aus. Wieso aber hat sich die Arbeitsplatzsituation bei LKAB seit 1970 nur unwesentlich verbessert?

Statt konkreter Arbeitsplatzverbesserungen offerierte das Unternehmen der Streikleitung 1970 ein Paket von Vorschlägen, das einen Ausbau der (schon 1968 eingeleiteten) „partnerschaftlichen Beratung" (samrad) zusammen mit der Einführung des festen Lohns vorsah. Bedingung war: die Arbeiter schluckten beides auf einmal, und das taten sie nach zwei Monaten Streik. Hatte die Unternehmensleitung im „Paket" also Monatslohn, Erfüllung des LKAB-Produktionsplanes und das neue „Partnerschaftssystem" (samverkanssystem) verknüpft, so war und ist übergeordnetes Ziel in jedem Fall der Produktionsplan, der nicht partnerschaftlich zustandekommt. Mußte das System deshalb zu einem reinen Druckinstrument zur Erreichung des Produktionsziels verkommen?

Zunächst einmal war das Druckinstrument *Streik* der Arbeiter entschärft, konkrete Forderungen harrten ihrer Behandlung in zwei ständigen Ausschüssen (Produktions- und Personalausschuß) und weiteren nach Bedarf (z. B. für Lufthygiene und Probleme älterer Arbeiter). Wie der Unternehmensausschuß, dem sie unterstehen, setzen sich diese Ausschüsse aus Vertretern der Beschäftigten und der Arbeitgeberseite zusammen, wie er können sie die alleinentscheidende Unternehmensleitung nur beraten (Ausnahmen: ein Ausschuß, der Arbeitervorschläge honorieren kann, und der Freizeitausschuß). Während die Arbeiter in Detailfragen Forderungen durchsetzen konnten, blieben Vorschläge auf der Strecke, die mehr als von LKAB eingeplant gekostet hätten — so Maßnahmen zur Verbesserung der Grubenluft. Dem Arbeiterargument: „Die Luft ist so, daß man da unten nicht mehr arbeiten kann!" hielten Experten des Unternehmens

Statistiken entgegen zum Beweis, daß die zulässigen Grenzwerte eingehalten würden. Die Arbeiter selbst verfügen nicht über Experten, um die langfristige Schädlichkeit zu hoher Mittelwerte beweisen zu können; die Bergarbeitergewerkschaft hat nur *einen* hauptamtlichen ombudsman (Beauftragten) für diesen Bereich.

Von LKAB wurde ein ombudsman im Angestelltenverhältnis eingesetzt, der weder für die eine noch für die andere Seite, sondern ausschließlich für die Einleitung partnerschaftlicher Beratungen zuständig sein sollte. Die Meinung der Wissenschaftler, daß solche „symmetrischen Beziehungen" eine Unmöglichkeit seien, fand direkte Bestätigung: seit der ombudsman Anfang 1972 LKAB verließ, ist der Posten vakant.

Das „Paket" führte neben Ausschüssen und ombudsman Arbeitsgruppenbesprechungen zwischen Arbeitern und Vorarbeitern ein, einmal monatlich nötigenfalls auf Anweisung von oben abzuhalten. Auf diesen Besprechungen können die Arbeiter Probleme vorbringen, doch geht es nicht um Verbesserung der Arbeitsplätze, sondern um die Lösung von Problemen, die den Produktionsplan gefährden. So gestand die Unternehmensleitung den Besprechungen nur beratenden Einfluß zu und sorgte für Steuerung von oben: die von ihr eingebrachten Produktionsschwierigkeiten sind vorrangig zu behandeln, der Vorarbeiter bzw. Besprechungsleiter muß die Tagesordnung vorher festlegen. Zwar kann er Forderungen der Arbeiter nach oben weitergeben, wenn er keine Angst vor Sanktionsmöglichkeiten wie Umsetzung und Beförderungsstopp hat — da er sich das jedoch kaum leisten kann, sind die Arbeiter mit ihm häufig unzufrieden.

Die vier Wissenschaftler üben harte Kritik an der zuständigen Gewerkschaft; man darf in diesem Zusammenhang als Bundesdeutscher nicht vergessen, daß sich alle schwedischen Gewerkschaften — in jedem Fall ihre Vorstände — viel stärker als bei uns der Sozialdemokratie verbunden fühlten und fühlen; die Mitgliedschaft in der SAP ist automatisch Folge des Eintritts in eine LO-Gewerkschaft. LO-Vertreter sitzen in über 40 staatlichen Organen, von der Arbeitsmarktbehörde und der Schulbehörde bis zum schwedischen Rundfunk. Die Bergarbeitergewerkschaft hat sich die Hände selbst gebunden, indem sie mit LKAB 1970 eine Übereinkunft über „wirtschaftliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Tätigkeit" traf und damit ihre Loyalität mit dem Partnerschaftssystem bekräftigte; d. h., so der Schluß, auch die Gewerkschaft band sich an die Einhaltung der Produktionsziele. Ihre Loyalität gebietet ihr jetzt, mit gewerkschaftlichen Aktionen zu warten, während Probleme der Arbeiter in den partnerschaftlichen Ausschüssen zur Debatte stehen; sie muß zusehen, wenn die Unternehmensleitung auf Arbeitsgruppenbesprechungen die Reaktionen auf bestimmte Fragen „vortestet", ohne daß in der Gewerkschaft schon darüber diskutiert wurde.

Der schwedische Gewerkschaftsbund stellte auf seinem Kongreß 1971 den Zusammenhang „höhere Produktivität = höhere Arbeitszufriedenheit" als Ziel lokaler Zusammenarbeit mit den Unternehmern ausdrücklich in Frage. Ein Bericht „Unternehmensdemokratie" wurde vorgelegt, demzufolge man sich in Zukunft mehr auf zu erweiternde Verhandlungsrechte als auf Partnerschaft verlassen will. Offenbar hat man in steigendem Maße Schwierigkeiten, die Linie, auf der 1946 das „Abkommen über Unternehmensausschüsse" geschlossen wurde, zu vertreten. Doch die dargestellte Besinnung darauf, daß Interessengegensätze auszutragen und nicht auszuwischen sind, bleibt Geste, wenn sich eine Gewerkschaft schon die Hände gebunden hat. Während die Kronlund-Gruppe die Notwendigkeit eines auf materielle Arbeitsplatzbedingungen erweiterten Verhandlungsrechts der Gewerkschaften und lokaler

gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen betont, setzt sie deshalb gleichzeitig auf eine kritisch und deshalb aktiver gewordene Mitgliedschaft.

Daß auch im Bereich staatlicher Unternehmen aufgrund der Untersuchung Skepsis angebracht ist, ob demnächst in Schweden die Demokratie bis hinter die Fabriktore reicht, mag das Schicksal der Unternehmensdemokratiekommission belegen: nachdem dieses Fachleutegremium AB Statsföretag eine Ausweitung der formellen Macht der Beschäftigten empfohlen hatte, wurde es 1972 kaltgestellt und weitgehend seiner Arbeitsmöglichkeiten entledigt.

Ursula Gentz-Pellaton

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

31 *Rau,* Koexistenz und Revolution. Zur Dialektik sozialistischer Aktion. 200 S. DM 12,80

32 *Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus. 216 S. DM 9,80

33 *Hervé,* Studentinnen in der BRD. Eine soziologische Untersuchung. 206 S. DM 12,80

34 *v. Bredow* (Hrsg.), Zum Charakter internationaler Konflikte. Studien aus West- und Osteuropa. 195 S. DM 9,80

36 *Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der „Bund der Religiösen Sozialisten", Vorwort von Wolfgang Abendroth. 296 S. DM 14,80

37 *Altvater/Brentano/Frister/Fülberth/Jens/Kühnl/Rendtorff/Stuby* u. a., Protokoll des Kongresses „Wissenschaft und Demokratie". 142 S. DM 9,80

38 *Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1917– 1933. 304 S. DM 14,80

40 *Abdel Hadi/ El-Labadi/Paech/Sommer/Weingartz,* BRD, Israel und die Palästinenser. Eine Fallstudie zur Ausländerpolitik. 208 S. DM 9,80

42 Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Medizinerkongresses am 20./21. Januar 1973. 424 S. DM 14,80

43 *Bethge/Roßmann* (Hrsg.), Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. 384 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Intersystemare Kooperation und Abrüstung

Von Wilfried v. Bredow

Seit dem ersten Einsatz von Kernwaffen, 1945 in Hiroshima und Nagasaki, der eine neue und schreckliche Qualität der Vernichtungswaffen ankündigte (eine Ankündigung, die durch die waffentechnische Entwicklung der folgenden Jahrzehnte unmißverständlich bestätigt wurde), gibt es eine dem Drängen der Weltöffentlichkeit auf Abrüstung mehr oder weniger ernsthaft entsprechende große Zahl von Abrüstungsplänen und Rüstungskontrollmaßnahmen. Die Frage, weshalb es in den 50er Jahren so wenige waren und welche Faktoren seit der Mitte der 60er Jahre ein langsames Abebben des Kalten Krieges auf den verschiedenen Ebenen der internationalen Beziehungen bewirkt haben, ist noch nicht hinreichend geklärt. Die Hinweise auf die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zwischen sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaften mögen einen wichtigen Faktor, der für diesen Wandel mitverantwortlich ist, treffen. Aber es mangelt ihnen doch an genügender Präzision bei der Bestimmung dessen, was für Kräfte bei einer solchen Bezugnahme ins Verhältnis gesetzt werden und wie man sie im einzelnen gewichten soll. Einig sind sich jedoch Wissenschaftler und Politiker aus Ost und West (mit wenigen, sehr konservativen Ausnahmen) daß in den Ost-West-Beziehungen ein Entspannungsprozeß zu beobachten ist und daß er insbesondere nach der verspätet vorgenommenen Einreihung der Bundesrepublik Deutschland unter der Regierung Brandt/Scheel in Europa eine verheißungsvolle Dynamik angenommen hat. Dieses letzte Adjektiv klingt zunächst ein wenig voreilig-optimistisch, weil über die Zukunft der Entspannung in Europa und der inter-systemaren Kooperation nur vage Vermutungen angestellt wurden. „Europa ist irgendwie im Aufbruch. Aber ist dies ein Aufbruch zum *Frieden*?", fragt etwa Johan Galtung [1]).

Wenn wir von dem Ziel ausgehen, daß Entspannung und inter-systemare Kooperation Europa dem Frieden [2]) ein Stück näher bringen sollen, und ferner davon, daß einer der allerwichtigsten Schritte in Richtung auf mehr Frieden die Vereinbarung einer wirksamen Truppen- und Rüstungsverminderung (als erste einer Reihe von Maßnahmen, die auf Abrüstung hinzielen) ist, dann stehen wir vor der Frage, in welcher Form die Ost-West-Entspannungspolitik mit ihrem Resultat, nämlich einer wachsenden (wenngleich quantitativ beschränkten) inter-systemaren Kooperation positive Impulse für die Abrüstungsbemühungen in Europa geben kann.

Hier sollen weder ökonomische noch strategische Analysen über die Folgen von möglichen Rüstungsreduzierungen in kapitalistischen oder sozialistischen Ländern vorgenommen werden. Stattdessen konzentriert sich der folgende Versuch auf die Skizzierung einiger alternativer Positionen hinsichtlich des Problems des Übergangs vom jetzigen System gegenseitiger Abschreckung im herkömmlichen

---

1) Johan Galtung, Europa — bipolar, bizentrisch oder kooperativ?, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 41/72 vom 7. 10. 1972, S. 3.
2) Wir wollen an dieser Stelle die in liberaler Terminologie formulierte Friedens-Definition von Johan Galtung als ein Muster für eine allgemein akzeptable Friedens-Definition zitieren: „Frieden ist mehr als Überleben: er beinhaltet die autonome und gerechte Entfaltung aller Teile eines Ganzen nach deren Neigung, bis hinunter zur autonomen Entfaltung des Individuums, welches stets die Grundeinheit und der alleinige Adressat politischen Strebens ist." Johan Galtung, Europa, a. a. O., S. 3.
3) Entfällt.

Sinne zu einem System des „Abrüstungswettlaufs" [4]) in Europa. Trotz aller Vereinfachung stellen diese Positionen keine Modelle dar, sondern lassen sich konkreten politischen Standorten zuordnen. Die Akzentuierung dieses Problems erscheint aus einer Reihe von Gründen gerechtfertigt. Erstens fehlen trotz der Aktualität des Themenkomplexes Untersuchungen über diese Übergangsproblematik. Oder sie wird in ihrer Bedeutung verharmlost. Zweitens mangelt es an diesem Punkt in besonderem Maße an der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis. Drittens läßt sich an dieser Stelle des Entspannungsprozesses bereits deutlich erkennen, ob und in welchem Maße er dem obersten Ziel der Schaffung von mehr Frieden dient. Und viertens kann man an dieser Stelle des Entspannungsprozesses auch Handlungsmöglichkeiten der kritischen Öffentlichkeit in Europa vermuten.

Antagonistische Kooperation als Form der Systemkonkurrenz

Bevor die unterschiedlichen Positionen zum Problem der möglich gewordenen Überwindung des Drohsystems in Europa dargestellt werden können, ist es nützlich, noch einmal die Art und Weise zu beleuchten, wie die Systemkonkurrenz zwischen „Ost" und „West", also zwischen Kapitalismus und Sozialismus und den ihnen entsprechenden Ländern, nach dem Ende des Kalten Krieges ausgetragen wird. In den Diskussionen über die Möglichkeiten und Grenzen der inter-systemaren Kooperation ist, zumindest im Westen, ein Gesichtspunkt vergleichsweise wenig zur Sprache gekommen: der Inhalt dessen, was denn nun die Unterschiedlichkeit der Systeme ausmacht.

Es scheint in höchstem Maße realitätsgerecht zu sein, zunächst einmal beim Wort zu nehmen, was mit Begriffen wie „Systemkonkurrenz" oder „Systemauseinandersetzung" angesprochen ist. Die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus als zwei unterschiedlichen sozialen Organisationsmustern und Wertsystemen kann nämlich in der Tat als eines der durchschlagendsten und weiter an Gewicht gewinnenden Strukturprinzipien der Weltpolitik betrachtet werden, und zwar sowohl im internationalen Rahmen als auch in innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen (z. B. in Westeuropa).

Der „Wettkampf der Systeme" nahm seit den späten 40er und in den 50er Jahren Formen an, die mehr als nur einmal den Weltfrieden (im engen Sinne des „Schweigen der Kanonen") arg gefährdeten. Logisch gesehen, liegt es spätestens seit dem „atomaren Patt" im Interesse jeder der an dieser Auseinandersetzung beteiligten Parteien, wenn ihr Konflikt (also der „Ost-West-Konflikt") so kanalisiert werden kann, daß solche Gefährdungen ausbleiben, auch wenn dies nicht immer erkannt worden ist. Deshalb hat man verschiedentlich im Westen die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen vom Kalten Krieg mit seinen militärischen Drohungen und ökonomischen Sanktionen [5]) hin zu Verhandlungen über Kooperation als einen rationalen, über den Systemen wirkenden Annäherungsprozeß gedeutet. Kann man aber das Insgesamt der Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion seit dem Beginn der 60er Jahre oder entsprechende Abmachungen zwischen Ost- und Westeuropa bis hin zur Unterzeichnung von Dokumenten, die die Beteiligten auf eine Politik der „friedlichen Koexistenz" verpflichten, deshalb im Sinne vieler Anhänger einer Konvergenz von kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften erklären? Wohl doch nicht:

4) Vgl. Philipp Sonntag, Politische und rüstungstechnische Kriterien für einen Abrüstungswettlauf, in: Eine andere Verteidigung? Alternativen zur atomaren Abschreckung, München 1973, S. 104.
5) Vgl. Gunnar Adler-Karlsson, Der Fehlschlag. Zwanzig Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West, Wien/Frankfurt/Zürich 1971.

die prinzipielle Auseinandersetzung der Systeme bleibt auch auf absehbare Zukunft hin Grundmuster der Ost-West-Beziehungen. Wir haben es bei der intersystemaren Kooperation also mit einer Spielart der Systemkonkurrenz zu tun, allerdings einer, bei der die Beteiligten insgesamt ein geringeres Risiko der allgemeinen Vernichtung tragen und bei der die Möglichkeit größer ist, daß die einzelnen Mitglieder der beteiligten Gesellschaften weniger stark belastet werden.

Um die Besonderheit dieser Art Zusammenarbeit zu kennzeichnen, scheint der Begriff der „antagonistischen Kooperation" nicht ungeeignet. Antagonistische Kooperation als inter-systemares Handlungsmuster ist dann sinnvoll, wenn beide Parteien sich vor Probleme gestellt sehen, deren Lösung jeder einzelnen von ihnen ohne die Hilfe der anderen nur in weniger befriedigender Weise möglich ist, wenn absehbar ist und kalkuliert werden kann, daß beide Parteien durch die Kooperation so viel gewinnen, daß ihnen ihr eigener Gewinn wichtiger erscheint als der des anderen, und wenn drittens die Kooperation nicht den Tatbestand des Antagonismus der kooperierenden Parteien zu verwischen droht, d. h. von einer Partei als Überwindungs-Strategie eingesetzt wird. Jede dieser drei Bedingungen muß ausführlich erläutert werden, was hier nur angedeutet werden kann.

1) Als gemeinsame Probleme, die ohne die Hilfe des Gegenüber nicht gelöst werden können, sind zunächst die in den Rüstungskontrollverhandlungen aufgegriffenen Probleme zu kennzeichnen. So interessant und anregend die von einigen Friedensforschern vertretene These von der dominierenden Priorität binnen-gesellschaftlicher Motive für Entscheidungen auf dem Rüstungssektor ist, so darf man sie doch nicht überstrapazieren — indem man etwa die Erfolglosigkeit solcher inter-systemarer Rüstungskontrollverhandlungen apriori unterstellt. Darüber hinaus verbindet sich mit der Ost-West-Kooperation eine ganze Reihe von ökonomischen, wissenschaftlichen und technologischen Interessen.

2) Der antagonistische Gehalt dieser Kooperation kommt aber bereits in der zweiten Bedingung klar zum Ausdruck. Zwar gehört in den Katalog offizieller Kooperations-Eigenschaften auch die Formel vom „gegenseitigen Nutzen". Was heißt das? Selbstverständlich geht es den Sozialisten keineswegs darum, daß als Konsequenz der Kooperation der Kapitalismus sich verjüngt, die Profite der Unternehmer auf Kosten der Löhne der Arbeiter steigen usw. Auch wird man kaum einen im „Ostgeschäft" engagierten Unternehmer aus der BRD oder jedem anderen kapitalistischen Land finden, der damit bessere Lebensbedingungen in sozialistischen Ländern schaffen und den Sozialismus stärken will. Aber — er nimmt es in Kauf. Denn so selbstverständlich sich der Nutzen bei Kooperation auf alle Beteiligten verteilen muß, weil sie sonst kaum zustande kommen dürfte, so unterschiedlich erfolgen doch die Gewichtungen dieses Nutzens. In antagonistischer Kooperation will jede Partei sich nur dann engagieren, wenn der Nutzen der eigenen Seite für größer als der der anderen Seite gehalten wird, d. h. wenn der der anderen Seite den eigenen nicht neutralisiert [6]). In der Praxis kommt man den Konsequenzen dieser Bedingung nicht leicht auf die Spur, weil z. B. in kapitalistischen Gesellschaften höchst unterschiedliche Auffassungen über den „eigenen Gewinn" herrschen, und diese Auffassungen und ihre Vertreter stehen in einem zuweilen erbitterten innenpolitischen Gefecht (vgl. etwa die unterschiedlichen Interpretationen der Ostpolitik innerhalb der SPD/FDP-Regierung).

[6]) Hier finden sich Möglichkeiten für diplomatische Taktiken, so indem man in Verlautbarungen nach außen (wie vielfach im Westen geschehen) das Interesse der eigenen Seite an solcher Kooperation herunterspielt und das der anderen Seite über-akzentuiert.

3) Antagonistische Kooperation ist undenkbar ohne sie begleitende Abgrenzung, die die Funktion hat, den Antagonismus der Gesellschaftsformationen im Bewußtsein der Bevölkerung wachzuhalten. Abgrenzung — inhaltlich unterschiedlich und auch formal anders, weil bestimmt von den Regelungsmechanismen der einzelnen Gesellschaften — läßt sich in beiden Systemen konstatieren. Sie soll unerwünschte Folgen, vom Gegenüber möglicherweise erwartete und unterstützte Folgen der Kooperation verhindern.

Wenn man diese Bestimmungen der antagonistischen Kooperation aufnimmt und weiter vertieft, gelangt man vielleicht eher an einen Punkt, von dem aus sich die politische und soziale Entwicklung in den Ost-West-Beziehungen — „von der Konfrontation zur Kooperation" — stimmiger erklären und von dem aus die Möglichkeiten und Grenzen dieser Zusammenarbeit sich präziser formulieren lassen. Daß sie Möglichkeiten birgt, die zivilisations-gefährdenden Begleiterscheinungen der Systemkonkurrenz in den Griff zu bekommen, wird theoretisch kaum noch bestritten. Worauf es aber jetzt ankommt, ist das Ausschöpfen dieser Möglichkeiten antagonistischer Kooperation.

Konferenz-Diplomatie

Spektakuläre Ansätze zur Ausleuchtung der Möglichkeiten antagonistischer Kooperation waren und sind die verschiedenen Konferenzen über die einzelnen Aspekte solcher Zusammenarbeit, wobei die multilateralen Vorbereitungskonferenzen oder Konferenzen in Helsinki (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und Wien (Konferenz über Truppenabbau und Rüstungsverminderung in Mitteleuropa) zu Recht die meiste Aufmerksamkeit erhielten. In den Diskussionen vor dem Beginn konkreterer Gespräche über diese Konferenzen, die in der Bundesrepublik geführt wurden, ist — zumeist in wenig präziser Terminologie — das Für und Wider solcher Unternehmungen vor allem unter dem Gesichtspunkt einer nach machtpolitischen Mechanismen funktionierenden Taktik zur Sprache gebracht worden. Dies hat, unrealistisch es zu leugnen, auch seine Berechtigung — auf diplomatischer Ebene sind die Auseinandersetzungen um Fragen der Tagesordnung und dergleichen für diesen Komplex, wie man weiß, von symbolischer Substanz. Allerdings ist es verfehlt, wenn man den „machtpolitischen" Gesichtspunkt verabsolutiert.

Wichtiger erscheint die Frage, wie die verschiedenen Abkommen ineinandergreifen. Dabei darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß die Ost-West-Konferenzen erst dann ihre Entspannungs-Funktion voll erfüllen können, wenn man sie nicht als einmalige, demonstrative politische Aktionen betrachtet, sondern dafür Sorge getragen wird, daß sie als eine Art diplomatisches Fundament für feste und dauerhafte institutionalisierte Kontakte und Regelungen werden. Die Erwartungen lassen sich hier schwer auf einen Nenner bringen. Für Gerda Zellentin, die in der BRD mit vorsichtigem Nachdruck den Gedanken einer Europäischen Sicherheitskonferenz aufgegriffen und unterstützt hat, soll damit z. B. über einen **ersten „konservativen** Schritt zur Respektierung und Anerkennung der Grenzen und Staaten" zugleich eine „friedliche Veränderung des Status quo", d. h. langfristig eine „Demokratisierung und Liberalisierung in beiden Teilen Europas", eingeleitet werden [7]). Zugleich jedoch sieht sie in den Truppenreduzierungs-Verhandlungen die Gefahr, daß „lediglich Entspannungseuphorie" bewirkt wird und damit letztlich die Sowjetunion profitiere [8]).

[7]) Gerad Zellentin, Europa 1985, a. a. O., S. 149.
[8]) Gerad Zellentin, Europa 1985, a. a. O., S. 147 f.

Das, was mit dem neuerdings oft gebrauchten Wort von der Entspannungseuphorie gemeint ist, ließe sich vielleicht treffender als zunehmende Distanz der Bevölkerung vieler Länder Westeuropas und Nordamerikas zu den Militärapparaten kennzeichnen und geht auf zahlreiche Ursachen zurück [9]). Auf jeden Fall erscheint es nicht sehr nützlich, wenn man die sich anbahnende antagonistische Kooperation unabhängig von inter-systemaren Vereinbarungen auf dem Militärsektor betrachtet, wie man andererseits jedoch auch nicht in dieser Kooperation einzig das Abkommen über eine „kooperative Rüstungssteuerung" [10]) sehen sollte. Sicherheit und Zusammenarbeit gehören, das wird in der nach verschiedenen kleineren semantischen Querelen allgemein akzeptierten Bezeichnungen für die Konferenz in Helsinki noch einmal unterstrichen, zusammen.

Von der Konfrontation zur Kooperation — Übergangsstrategien

In den Reden führender Politiker aus Ost und West taucht dieser freundlich gemeinte Topos in letzter Zeit nicht selten auf: Das internationale System und insbesondere Europa befinden sich im Stadium des Überganges von der Konfrontation zur Kooperation. Indes haben nicht erst die oben angestellten Überlegungen über die Charakteristika antagonistischer Kooperation zu Vermutungen Anlaß gegeben, daß es mit diesem Übergang so ganz problemlos denn doch nicht sei. Auch ein kurzer Überblick über den Ablauf der gesamteuropäischen Politik zeigt, daß es hier eine ganze Reihe von Mißverständnissen, falschen Interpretationen, gezielten und ungezielten Rückschlägen gibt. Eine Garantie für den Erfolg der Entspannungspolitik existiert nicht. Um so wichtiger erscheint es deshalb, die verschiedenen Positionen darzustellen und zu durchleuchten, von denen aus einzelne Akteure der Ost-West-Politik den so oft beschworenen Übergang einleiten wollen.

a) Inter-systemare Kooperation und Entspannung als mögliche Gefährdungen der Position des „freien Westens"?

Es mag deprimierend wirken, wenn zunächst eine Auffassung zur Sprache gebracht wird, nach der eine Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen in Richtung auf mehr Frieden und Entspannung als letztlich unerwünscht gilt. Nicht nur die Logik der Darstellung, sondern auch die politische Realität — zumindest in der Bundesrepublik Deutschland — verlangen jedoch diese Reihenfolge, findet doch gerade diese Auffassung in großen Teilen der im politischen Leben der BRD keineswegs zur quantité négligeable rechnenden CDU/CSU Unterstützung. So kritisiert Hans Rühle die Vorstellung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems, als deren Grundlage er ein „Ideensyndrom" zu erkennen meint, das aus folgenden Teilen besteht [11]):

— einem wachsenden Anti-Amerikanismus, worunter bereits jede Frage nach dem Sinn der Anwesenheit von US-Truppen in Europa subsummiert wird, völlig unangesehen der Tatsache, daß dann auch ein wachsender Teil des Senats der USA als anti-amerikanisch eingestuft werden müßte;

— einer wachsenden Kritik am gegenwärtigen Abschreckungssystem, wie sie vor allem viele Friedens- und Konfliktforscher vorgelegt haben;

— der wachsenden Unpopularität von Militärausgaben;

9) Vgl. dazu: Wilfried v. Bredow, „Sinkender Wehrwille", in: „Liberal", 15. Jg. 1973, H. 2, S. 94—111.
10) Vgl. dazu: Wolf Graf v. Baudissin, Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aus der Sicht der BRD, in „Deutschland-Archiv", 6. Jg. 1973, H. 1, S. 87 ff.
11) Hans Rühle, Sicherheitspolitik auf sozialistisch, in: „Die politische Meinung", 18. Jg. 1973, H. 148, S. 75 ff.

— der wachsenden Faszination, der viele Industrielle zu erliegen scheinen, die sich vom Osthandel ein großes Geschäft erhoffen;

— dem sich ausbreitenden Pazifismus, der mit Konzepten wie dem einer „sozialen Verteidigung" systemüberwindende Kraft gewinnen möchte;

— der Reformeuphorie vieler Anhänger von sozial-liberalen Regierungen;

— der Enttäuschung über die geringen Fortschritte bei der Formierung einer politischen Union Westeuropas;

— den hier und da anzutreffenden Träumereien über ein neutralisiertes Deutschland.

Einzelne der hier versammelten und als sich ergänzend hingestellte politischen Strömungen haben in den letzten Jahren z. B. in der BRD gewiß an Zugkraft gewonnen. Es bedürfte jedoch sehr detaillierter Untersuchungen über ihre wahren Ursachen und Ausmaße. Ganz abstrus ist es und nur durch die allerdings reale Angst des Autors und der von ihm repräsentierten politischen Kreise vor einem weiteren Verlust ihrer Glaubwürdigkeit zu erklären, wenn hier ein „Ideensyndrom" diagnostiziert wird, gegen das dann als Therapie die alten schwarzweiß malenden Antikommunismus-Thesen verschrieben werden.

Nach den hier referierten Auffassungen ist die Entspannung zwischen Ost und West nur vordergründig und scheinbar. In Wirklichkeit bröckelt die Position des „freien Westens" ab, wenn man sich auf diese Politik einläßt. Kooperation mit sozialistischen Ländern sollte besser auf ein Minimum herabgeschraubt werden. Die Perspektiven dieser Strategie lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß eine Rekonstruktion des Kalten Krieges angestrebt und die damit verbundenen Kosten bewußt in Kauf genommen werden.

b) Stärkung der westlichen Militärapparate als Voraussetzung von inter-systemarer Kooperation und Entspannung?

Im Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates vom 13. und 14. Juni 1973 in Kopenhagen finden sich u. a. folgende Sätze: „Der Fortschritt in Richtung auf bessere Ost-West-Beziehungen und die Verminderung der Spannungen in Europa hätten ohne den unerschütterlichen Verteidigungswillen und die erforderliche militärische Verteidigungsfähigkeit des Westens nicht erzielt werden können. Die Minister stellten nachdrücklich fest, daß ein wirksames Verteidigungssystem eine Grundvoraussetzung für den weiteren Fortschritt darstellt... Die Minister brachten ihre volle Zuversicht zum Ausdruck, daß das Bündnis auch weiterhin ein lebenswichtiges Element für die Wahrung des Friedens, die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen und die Förderung größerer Sicherheit und erhöhten Wohlergehens ist" [12]). Problematisch erscheint hier in jedem Fall die bruchlose Verknüpfung einer *Militärallianz* [13]) mit Fortschritten in der Entspannung und inter-systemaren Kooperation. Selbst virulente Verfechter der These, daß erst die Summe von militärischen und gleichzeitigen Entspannungsbemühungen den Erfolg der letzteren garantiere, müssen zumindest den Anschein von Unlogik dieser These zugestehen [14]).

Die Sätze aus dem NATO-Kommuniqué verweisen jedoch auf das politische Gewicht, das dieser Auffassung zukommt: sie bildet den Kern des Entspannungs-

12) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" („Bulletin"), Nr. 74 vom 19. 6. 1973, S. 739.
13) Die NATO ist ihrem Selbstverständnis nach nicht nur ein Militärbündnis, sondern umfaßt auch andere Gebiete. Aber hier liegt natürlich ihr hauptsächliches Betätigungsfeld und ihr proklamierter Daseinszweck.
14) So z. B. D. Portner/G. Schulz, Sein oder Nichtsein — Die Bundeswehr im Fadenkreuz der Kritik. Antworten auf 55 kritische Argumente, Regensburg 1972, S. 123.

Verständnisses seitens fast aller Regierungen des Westens, insbesondere auch der Bundesregierung. In zahlreichen Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern, zumal der Verteidigungsminister Schmidt (1969—1972) und Leber (seit 1972) wird dieses Entspannungs-Verständnis propagiert und mit Hilfe nicht weniger Publikationen [15]) einer nicht recht überzeugten Öffentlichkeit deutlich zu machen versucht, daß Entspannungspolitik nur gelingen kann, „wenn sie zugleich angemessene Verteidigungsanstrengungen neben der Entspannungsbereitschaft zur Grundlage hat [16]). Je nach dem Argumentationszusammenhang wird das expansive Wesen der sozialistischen Staaten durch ihre Ideologie (mittels einiger collagierter Zitate von Marx, Engels, Lenin), durch die Kontinuität großrussischen Machtstrebens oder durch eine Mischung beider Erklärungen zu beweisen versucht, wobei unter militärpolitischen Gesichtspunkten solcher Diskussion die Hinweise auf den Umfang der Truppen und Bewaffnung der Staaten des Warschauer Paktes nicht fehlen. Die NATO-Staaten müssen deshalb alles unternehmen, um das „relative Gleichgewicht" der Militärapparate in Europa nicht zu gefährden. „Auch und gerade im Zeichen beginnender Entspannungsverhandlungen wird ein ausreichendes Potential zur Abschreckung, zur Krisenbewältigung und für die Verteidigung einsatzbereit gehalten werden müssen" [20]). Was man aus dieser Sicht deshalb mit intersystemarer Kooperation (jetzt im weitesten Sinne des Wortes) erreichen möchte und erreichen zu können glaubt, ist eine Stabilität im Bereich strategischer Waffen unter Beibehaltung, ja Festigung bestehender militärpolitischer Strukturen. „Diese militärischen Maßnahmen müssen durch Vereinbarungen über Fragen der politischen Absicherung der Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten wie Wissenschaft, Kultur und Technik und durch einen freieren Austausch von Menschen und Informationen in Europa ergänzt werden" [21]). Zusammengefaßt ergibt sich als Programm: „Sicherheitspolitik muß zwischen Gegnerschaft und partieller Zusammenarbeit, zwischen Bewahrung des Status quo und friedlichem Wandel, zwischen Abschreckung durch Rüstung und Rüstungsbegrenzung durch Kontrolle ein Gleichgewicht bewahren" [22]).

Niemand wird behaupten können, an diesem Programm ließe sich auch nur ein Gran Entspannungseuphorie entdecken. Auf der anderen Seite erscheint die Anstrengung seiner Verfechter, die Ost-West-Beziehungen als eine Mischung aus Antagonismus und Kooperation zu interpretieren, als durchaus realitätsgerecht. Dennoch bleiben Zweifel, ob diese Konzeption die in ihr angelegten Widersprüche auch auszuhalten vermag oder ob sie nicht doch letzten Endes entspannungshemmend wirkt. Anhand einer regierungsnahen Interpretation der Truppenabbau-Konferenz sollen diese Zweifel demonstriert werden. Für ihren Autor gehört der Vorschlag einer Streitkräfteverringerung in Europa zu den Hauptproblemen, die zwischen Ost und West zu regeln sind [23]). Die NATO-Länder verbinden mit diesem Projekt die Absicht, das bestehende Gleichgewicht in Europa auf einem geringeren Stand zu stabilisieren. Da es aber kein Kriterium gibt, das die Gleichgewichtigkeit der militärischen Kräfte eindeutig festzustellen erlaubt [24]), ist mit dieser Proklamation nicht viel ausgesagt.

15) Vgl. die in hoher Auflage in der Regie des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung für die Hand von Sozialkundelehrern bestimmte und an diese kostenlos verteilte Arbeit von G. Walpuski, Verteidigung + Entspannung = Sicherheit, Bonn-Bad Godesberg 1973.
16) Georg Leber bei seiner Amtseinführung, zit. nach Portner/Schulz, a. a. O.
17) bis 19) Entfallen.
20) Ebda., S. 742.
21) Ebda., S. 744.
22) Ebda., S. 745.
23) Gerhard Wettig, MBFR: Motor der Aufrüstung oder Instrument der Friedenssicherung?, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 24/73 vom 16. 6. 1973.
24) Es sei denn, man bezeichnet jeden Zustand als gleichgewichtig, in dem es nicht zu militärischen Auseinandersetzungen und/oder zu einseitigen politischen Erfolgen infolge des Drohens mit militärischen Mitteln kommt.

Immerhin erlaubt sie, auch in die beginnende Entspannungsperiode die im Kalten Krieg entwickelten Maßstäbe hineinzutragen: für den Westen ist das MBFR-Projekt ein Instrument der Friedenssicherung. Anders im Osten: „Für die UdSSR und ihre Bundesgenossen ist also das Problem einer wechselseitigen Streitkräfteverringerung ein Instrument zur Manipulation der intereuropäischen Beziehungen" [25]). Dies wird zwar nicht begründet, aber um so nachdrücklicher behauptet. Es versteht sich von selbst, daß Entspannungspolitik zwischen zwei antagonistischen Systemen schwierig und mühselig ist. Wenn man darüber hinaus die Entspannung jedoch als eine besonders trickreiche Fortsetzung des Kalten Krieges betrachtet, die im Grunde sogar ein noch verstärktes Mißtrauen gegenüber den Aktionen der anderen Seite erfordert, fesselt man nicht nur sich selbst im circulus vitiosus des Abschreckungsdenkens, sondern man torpediert damit zugleich jeden Fortschritt in Richtung auf weitere Entspannung.

c) Inter-systemare Kooperation und Rüstungskontrolle als Konservierung bestehender Strukturen und verdeckte Aufrüstung?

Zu den schärfsten Kritikern der oben geschilderten „Zwei-Säulen-Theorie" von der notwendigen Ergänzung von Militär- und Entspannungspolitik gehören in vielen westeuropäischen Ländern die Vertreter eines Teils der Friedens- und Konfliktforschung. Ihre Argumente gewinnen sie u. a. aus der Analyse der westlichen Verhandlungsposition für das M(B)FR-Projekt [26]). „Vergangene Rüstungskontrollverhandlungen haben gezeigt, daß das Prinzip der Gleichgewichtigkeit und Symmetrie in der Tendenz einer in die Verhandlungen eingebauten Obstruktion möglicher Erfolge gleichkommt" [27]). So, wie die Verhandlungen jetzt angelegt sind, werden sie auf jeden Fall kompliziert und damit von langer Dauer sein. Es ist also durchaus denkbar, daß solche Verhandlungen auch zur Beruhigung eines zumindest marginal wachgewordenen öffentlichen Bewußtseins" [28]) dienen. Es besteht die Gefahr, daß die Inhalte solcher Rüstungskontroll-Verhandlungen nichts anderes als eine Effizienzsteigerung der Militärapparate auf der Basis ihrer Umstrukturierung von personalintensiven zu technologieintensiven Streitkräften sein sollen: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle. „Ein MBFR-Abkommen hinsichtlich der europäischen Militärapparate käme nur dann einem echten Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungskontrollabkommen gleich, wenn sichergestellt wäre, daß aufgrund eines solchen Abkommens Eingriffe in die drei wesentlichen Dimensionen der Militärapparate gleichermaßen erfolgen würden: 1) in den Personalbestand, 2) in die Beschaffungsprogramme und 3) in die Forschungs- und Entwicklungsprogramme" [29]).

Diesen Ansätzen zu einem eigenen Programm steht jedoch die übergroße Skepsis vieler Autoren gegenüber, die eine schrittweise Überwindung der jetzigen Formen der Ost-West-Konfrontation für unwahrscheinlich, wenn nicht für unmöglich halten. Selbstverständlich muß man hier differenzieren: die Friedensforscher bilden keine Fraktion. Ein größer werdender Teil unter ihnen neigt seit einiger Zeit sogar dazu, trotz ihrer Skepsis die Entspannungsbemühungen in Europa zu unterstützen. Unterlegt ist dem jedoch bei vielen ein Gefühl der Ohnmacht und Ratlosigkeit, wie sie z. B. in dem folgenden Diktum zum Ausdruck kommt: „Nachdem erkennbar wird, daß KSZE, MBFR, SALT, die Ostverträge und die anderen diplomatischen Veranstaltungen höchstwahrscheinlich nicht zu

25) G. Wettig, MBFR, a. a. O., S. 4.
26) Vgl. u. a. Wilfried v. Bredow, MBFR und europäische Sicherheit, in: „Blätter", 2/1973, S. 120—131.
27) D. Senghaas/V. Rittberger/B. Luber, MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 13/73 vom 31. 3. 1973, S. 36.
28) Dieter Senghaas, Aufrüstung durch Rüstungskontrolle. Über den symbolischen Gebrauch von Politik, Stuttgart 1972, S. 121.
29) Senghaas/Rittberger/Luber, a. a. O., S. 37.

einem dauerhaften Frieden, zur Sicherheit der Völker vor einem alles vernichtenden Krieg und zur Abrüstung führen — für West wie Ost ist die Verteidigungspolitik mit- und gegeneinander das ‚Standbein' ihrer internationalen Beziehungen, die Entspannungspolitik das jederzeit zurücknehmbare ‚Spielbein' — nachdem offensichtlich geworden ist, daß die sogenannte Friedenspolitik der bürgerlichen Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten die Lasten des westlichen Proletariats, der östlichen Produzenten und der afroasiatischen und lateinamerikanischen Völker nicht verringert, stellt sich für die Linke die Frage, welche Position sie zur Entspannungspolitik einnehmen soll" [30]). Angesichts der hier skizzierten abstrakten Erwartungen an den Entspannungsprozeß stellt sich die Gegenfrage, ob eine inter-systemare Politik, die ihnen entsprechen kann, überhaupt vorstellbar ist — die Vermutung spricht dagegen. Die Argumentationskette von Egbert Jahn und anderen, die im übrigen auch den Verdacht einer Eliten-Verschwörung der Supermächte locker mit einschließt, wobei es hier Berührungspunkte mit extrem konservativen Kritikern der Entspannungspolitik gibt (bei umgekehrtem Vorzeichen natürlich), endet, muß enden in einem schwer nachvollziehbaren Trotzdem-Plädoyer für Entspannung und intersystemare Kooperation, obwohl keinerlei Abhilfe gegen deren angeblich negativen Seiten parat steht.

Was diese Position jedoch trotz ihrer Widersprüche für unsere Diskussion relevant werden läßt, ist ihre analytische Schärfe in der Kritik der „Zwei-Säulen-Theorie". Wie bereits angedeutet, werden hier unübersehbar einige Hinweise auf die Möglichkeit realer Abrüstungsvereinbarungen geliefert. Klaus Jürgen Gantzel hat in diesem Zusammenhang ein Modell vorgeschlagen, das darauf abzielt, „durch die schrittweise Reduzierung der militärischen Drohapparate eine tragfähige Grundlage für eine offizielle Entspannung zu schaffen" [31]). Umgesetzt in politische Maßnahmen bedeutet das, daß die NATO mit einseitigen, gradualistischen Abrüstungsschritten zu beginnen hätte. Für die Bundesrepublik Deutschland schlägt Gantzel vor: „Es müßte offiziell angekündigt und realisiert werden, daß zunächst für einen Zeitraum von zwei Jahren die Verteidigungsausgaben auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren, also nicht weiter erhöht werden. Es müßte eine Umrüstung eingeleitet werden, die offensive Waffen zugunsten defensiver verringert. Es müßten alle Forschungs- und Entwicklungsprogramme für Offensivwaffen auf Eis gelegt werden" [32]). Dieser Vorschlag versteht sich als Denkanstoß, er sollte aufgegriffen werden.

d) Inter-systemare Kooperation als Schrittmacher von Rüstungsbegrenzung

Die erste der oben dargestellten Positionen ist eine Beharrungsstrategie, der inter-systemare Kooperation und Ost-West-Entspannung verdächtig sind, die sie allenfalls als eine Vorstufe zur Exportierung des eigenen Systems akzeptieren würde.

Die zweite Position basiert auf dem voreilig mittels machtpolitischer Argumente harmonisierten Widerspruch, daß man erst vor dem Hintergrund einer auszubauenden Militär- und Sicherheitspolitik erfolgreich eine Ost-West-Entspannung erreichen könne. Daß weiter ausgreifende Fortschritte in diese Richtung dadurch blockiert werden, ist absehbar.

Die dritte Position umfaßt einerseits tiefgehende Skepsis über die Möglichkeiten, inter-systemare Kooperation wahrhaft friedensfördernd werden zu lassen, andererseits aber auch konkrete Vorschläge für erste Abrüstungsschritte.

30) Egbert Jahn, Gesellschaftspolitische Implikationen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, in: „antimilitarismus-information", 3. Jg. 1973, H. 2, S. 36.
31) Klaus Jürgen Gantzel, MBFR: Plädoyer gegen falsche Prämissen und für den Mut zum begrenzten Risiko in der westlichen Verhandlungsposition, in: G. Slotta (Hrsg.), Chance für Europa. Aktuelle Beiträge zur Europäischen Sicherheitskonferenz, München 1973, S. 45.
32) Ebda., S. 55 f.

Während die erste Position, wiewohl sie noch keineswegs endgültig überwunden ist, an dieser Stelle nur mehr die Distanz zwischen aktuellen Überlegungen und politischen Strategien der letzten beiden Jahrzehnte verdeutlichen soll, bieten sich — mit unterschiedlichem Gewicht in Theorie und Praxis — die beiden anderen Positionen als Übergangsstrategien von der Konfrontation zur Kooperation an. Beiden aber eignen, wie wir gesehen haben, Mängel, und es ist deshalb zu überlegen, ob nicht aus einzelnen akzeptablen Teilstücken dieser beiden Positionen eine stimmigere und nützlichere Konzeption gewonnen werden könnte. Elemente dieser Konzeption müßten sein:

— Der „diplomatische Realismus" der „Zwei-Säulen-Theorie", der zumindest in der Form nachvollzogen werden kann, daß man die Dimension des Umschwungs in den Ost-West-Beziehungen nicht überschätzt und deshalb sich allzu rasche Abrüstungserfolge verspricht.

— Ein adäquates Bild von den die Rüstungsentwicklung beeinflussenden Faktoren.

— Konkrete Vorschläge für die Reduzierung der Militärapparate, wobei in der Tat darauf zu achten ist, daß hier nicht unter falschem Etikett Umrüstung oder gar Aufrüstung betrieben wird.

— Konkrete Vorschläge für den politischen Bereich inter-systemarer Kooperation, also Vorstellungen darüber, wie die ökonomische, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit neben ihrem jeweils unmittelbaren Nutzen für die Beteiligten auch zur Verbesserung des allgemeinen politischen Klimas in Europa so beitragen kann, daß das heute noch weitgehend vorherrschende apriori-Mißtrauen zumindest in Offenheit und Aufnahmebereitschaft verwandelt wird. Ohne diesen Prozeß nämlich erscheint die Hoffnung auf wirksame Streitkräfte-Reduzierung verfrüht.

— Eine deutlich und unmißverständlich ausformulierte Beschreibung des Ziels der inter-systemaren Kooperation und der Entspannung, die von beiden Parteien in dieser Form akzeptiert wird. Daß antagonistische Kooperation nur dann funktionieren kann, wenn die Legitimitätsgrundlagen der Beteiligten eben nicht dadurch angegriffen werden, ist an anderer Stelle betont worden. Wenn es nicht gelingt, ein gemeinsam anvisierbares Ziel auf der Ebene hehrer Allgemeinheit zu formulieren, muß man eben nüchterner beginnen.

Ein relativ wenig spektakulärer Ansatzpunkt für konkrete Schritte in Richtung auf erkennbare Rüstungsreduzierungen muß darin bestehen, im Anschluß an die Ergebnisse der KSZE und mit der Absicht, sie zu institutionalisieren, die hier behandelten Themen mehr und erfolgreicher zu solchen der kritischen Öffentlichkeit zu machen. So gesehen, haben nicht Rüstungskontroll-Verhandlungen heute Priorität, sondern all die Maßnahmen und Verhandlungen, die einen Abbau des inter-systemaren Mißtrauens intendieren. Das, was an Rüstungskontroll-Vereinbarungen bisher erreicht ist, unterlag mit Recht der Kritik vieler Beobachter, weil es längst nicht weit genug ging. Nur schätzt man diese Vereinbarungen falsch ein, wenn man bei ihrer Beurteilung nicht auch berücksichtigt, daß sie zuverlässige Indikatoren für die Reichweite des gegenseitigen Mißtrauens und die Reichweite einer neuen Atmosphäre antagonistischer Kooperation sind.

Neben den unmittelbaren Auswirkungen für die Beteiligten hat jede Art von inter-systemarer Kooperation auf diesem Feld eine kaum zu überschätzende Funktion. Erst wenn sie mehr und mehr die Kommunikation zwischen Ost und West bestimmt, werden qualitative Rüstungsbegrenzungsschritte in Richtung auf eine

Abrüstung möglich. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen auf diesem Gebiet [33]) rücken erst dann in den Bereich des Möglichen, wenn die Perzeptionsmuster der politischen Entscheidungsträger und der Bevölkerungen nicht mehr die des Kalten Krieges sind. Die hierzulande seit neuestem immer zahlreicher werdenden Warnungen vor einer „Entspannungseuphorie" übersehen, daß deren Kern viel realistischer ist als die Rüstungseuphorie der Anhänger militärischen Denkens. Dies zu verdeutlichen, ist eine wichtige, dringende Aufgabe. Es geht ja nicht darum, daß die eine Partei von heute auf morgen ihre Waffen niederlegt und sich der anderen wie der Hl. Sebastian auf Gnade oder Ungnade anbietet. Stattdessen geht es darum, daß die Existenz der Rüstungen und ihre Weiterentwicklung einen neuen Weltkrieg und damit den Untergang der Zivilisation statistisch immer wahrscheinlicher machen, daß andererseits die Kosten für den Unterhalt und die Weiterentwicklung dieser Rüstungen den Gesellschaften Lasten aufbürdet, die anomische Konsequenzen haben [34]). Wer angesichts dieser Tatsachen sich dem Drängen auf Rüstungsbegrenzung und Abrüstung verschließt, mag sich für einen Realisten halten, er ist aber ein Zyniker.

Zur Auseinandersetzung um die Berufsverbote

Von Richard Bünemann

Die bundesweite Bürgerinitiative „Weg mit den Berufsverboten" entstand im Frühjahr 1973 mit dem Ziel, „die vielfältigen Bedenken" gegen den Ministerpräsidentenbeschluß „gesammelt und konzentriert einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren und auch ausländische Erfahrungen und Stellungnahmen in die Diskussion einzubeziehen". Es sollte eine Beteiligung aller derjenigen gesichert werden, „die mit Kritik und Bedenken gegen den Ministerpräsidentenbeschluß hervorgetreten sind" [1]). Der Anstoß zu einer ersten Zusammenkunft Mitte März in Frankfurt ging von einem kleinen Initiatorenkreis aus, dessen Federführung in Hamburg lag. Von Anfang an arbeiteten in der Initiative Bürger mit, die ein breites Spektrum politischer Meinungen vertraten, das von entschiedenen Liberalen über Sozialdemokraten bis hin zu Kommunisten reichte. Die Initiative wurde von Mitgliedern politischer Parteien, aber auch von parteipolitisch nicht gebundenen Personen unterstützt [2]).

33) Vgl. in diesem Zusammenhang: J. Galtung, D. Senghaas (Hrsg.), Kann Europa abrüsten? Friedenspolitische Optionen für die siebziger Jahre, München 1973 (Reihe Hanser, 138).
34) Vgl.: Die wissenschaftlich-technische Revolution und das Problem der Erhaltung des Friedens, Texte eines Symposions des Internationalen Instituts für den Frieden Wien, in: „Wissenschaft und Frieden", H. 2/1973.
1) Schreiben des Initiatorenkreises der Hamburger Konferenz „Weg mit den Berufsverboten", Hamburg o. D. (Februar 1973) an die Teilnehmer der ersten Vorbesprechung in Frankfurt/M.
2) Aufruf zu einer Konferenz mit internationaler Beteiligung gegen Berufsverbote, Frankfurt/M, 17. 3. 1973, mit den ersten Unterschriften zur Unterstützung der Konferenz.

Das Projekt, mit dem die Initiative entstand, war eine eintägige Konferenz mit internationaler Beteiligung über „Funktion und Folgen der antidemokratischen Berufsverbote in der BRD", die am 12. Mai 1973 stattfand und als „Hamburger Konferenz" bekannt geworden ist [3]). Der Aufruf zu dieser Konferenz wurde von 12 391 Mitbürgern unterzeichnet, die Konferenz von mehr als 1300 Personen besucht, von etwa 1000 Spendern ging ein Gesamtbetrag von 26 185,66 DM ein [4]). Das Presseecho ging über die Bundesrepublik hinaus, vor allem bis nach Frankreich und Skandinavien. In der Abschlußresolution der Hamburger Konferenz heißt es:

„Die Initiative, die zu der Hamburger Konferenz geführt hat, wird weitergeführt ... Sie wird Kontakt zu allen örtlichen Initiativen halten ..., den Meinungsaustausch intensivieren, informieren und dokumentieren. Sie wird weiterhin bemüht sein, die verschiedenen demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Handeln zusammenzubringen" [5]).

Am 12. Juni 1973 konstituierte sich um den Kern der Mitglieder des sechsköpfigen Organisationsausschusses der Hamburger Konferenz ein fünfzehnköpfiger Arbeitsausschuß *) der Initiative „Weg mit den Berufsverboten". Seine erste Aufgabe sah der Arbeitsausschuß darin, den Kontakt mit möglichst allen örtlichen Bürgerinitiativen, Komitees und Aktionsausschüssen gegen Berufsverbote herzustellen, die sich in der Bundesrepublik häufig auch zur Unterstützung einzelner, vom Ministerpräsidentenbeschluß betroffener Mitbürger gebildet, im allgemeinen aber grundsätzlichen politischen Charakter hatten. Der Organisationsausschuß der Hamburger Konferenz konnte erhebliches Kontaktmaterial einbringen. Der Arbeitsausschuß der Initiative hat inzwischen in allen Bundesländern außer im Saarland mit mehr als hundert örtlichen und einzelnen regionalen Gruppen Verbindung aufgenommen, von denen die meisten in ihrem Namen zum Ausdruck bringen, daß sie sich gegen Berufsverbote richten. Einige Gruppen sagen bereits mit ihrem Namen aus, daß sie zur Verteidigung der Grundrechte oder der demokratischen Rechte im öffentlichen Dienst gegründet worden sind, für Freiheit im Beruf oder gegen Antikommunismus und Berufsverbote eintreten wollen. Die Gruppen nennen sich Aktion, Aktionsbündnis, Aktionskomitee, Arbeitsgemeinschaft, Solidaritätskomitee, Bürgerinitiative oder Bürgerkomitee [6]). Im Jahr 1973 veranstaltete der Arbeitsausschuß der Initiative mit Vertretern der örtlichen Gruppen zwei zentrale Aktionskonferenzen, am 24. Juni in Mainz und am 8. September in Bonn. Dabei wurden Informationen über den Stand der Auseinandersetzung um die Berufsverbote ausgetauscht sowie Aktionen aufeinander abgestimmt. Der Aufbau einer eigenen Organisation ist nicht beabsichtigt. Der Arbeitsausschuß der Initiative hat die örtlichen Gruppen regelmäßig mit Anschriften- und Referentenlisten, Rundbriefen und Pressemitteilungen versorgt. Dadurch wurde die Kommunikation der örtlichen Initiativen untereinander gefördert, ihr Informationsstand auf dem laufenden gehalten und der Kreis der beteiligten Gruppen verbreitert. Außerdem hat der Arbeitsausschuß sich einen Überblick über die zahlreichen Organisationen zu verschaffen gesucht, die sich gegen die Berufsverbote ausgesprochen haben, und sie teilweise unter schwerpunktmäßiger Berücksichtigung von Gewerkschaften, Jugend- und Studentenorganisationen in den

3) Teilnehmerkarte für die Konferenz mit internationaler Beteiligung gegen Berufsverbote am 12. 5. 1973.
4) Abrechnung der Hamburger Konferenz usw. Druckschreiben an alle Förderer und Teilnehmer, Hamburg, 1. 9. 1973.
5) Abschlußresolution der Hamburger Konferenz usw., Druckschrift.
6) Adressenliste und Ergänzungslisten: Bürgerinitiativen, Komitees und Organisationen gegen Berufsverbote (Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten", hektographiert).
*) Mitglieder: Hans Altendorf; Horst Bethge; Dr. Richard Bünemann, MdL; Jens Flegel; Pastor Wolfgang Grell; Helga Kern; Ingrid Kurz; Friedrich Neunhöffer; Erich Roßmann; Ingrid Schuster; Eckart Spoo; Helmut Stein; Gerhard Stuby; Jürgen Vahlberg, MdB; Gerhard Weber, MdBü.

Verteiler seiner Informationen aufgenommen. Die umfassendste Einzelinformation ist der von Horst Bethge und Erich Roßmann herausgegebene Band: Der Kampf gegen die Berufsverbote [7]).

Bei der Abstimmung von Aktionen der örtlichen Initiativen ging es zunächst um die Anregung des Arbeitsausschusses, zum 20. September — dem Treffen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten zur Aussprache über den Extremistenbeschluß — möglichst viele öffentliche Aktionen zu organisieren sowie zahlreiche Briefe an den Bundeskanzler und an die Ministerpräsidenten, besonders von Betriebsgruppen und Organisationen, zu initiieren. Wie weit die örtlichen Komitees diese Anregung aufnahmen, ist schwer zu sagen. In Bonn wurden jedenfalls am 19. September demonstrative Straßendiskussionen durchgeführt. Der Arbeitsausschuß selbst versandte unter anderem am 5. September an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bürgerschaften ein Schreiben mit informativen Anlagen zur Frage der Berufsverbote [8]). Eine Pressekonferenz, die der Arbeitsausschuß am 18. September in Bonn abhielt, hatte nur geringe Ausstrahlungskraft.

Von größerer Wirkung als der Koordinierungsversuch zum 20. September war zweifellos die bald nach der Hamburger Konferenz beschlossene Aktionswoche gegen Berufsverbote, die vom 25. bis 29. Oktober im ganzen Bundesgebiet durchgeführt wurde und teilweise bis in den November hinein auslief. Die Aktionswoche war vom Arbeitsausschuß der Initiative, unter anderem mit Zeitungsflugblättern und auf beiden Aktionskonferenzen mit einem Teil der örtlichen Komitees, gründlich vorbereitet worden [9]). Die Woche stand unter dem Motto: „Freiheit im Beruf, Demokratie im Betrieb, weg mit den Berufsverboten!" Wo es örtliche Fälle gab, sollte die Einstellung der Betroffenen in den öffentlichen Dienst gefordert werden. Die Bilanz der Aktionswoche [10]) ist eine Fülle von Veranstaltungen an mehr als 120 Orten in der Bundesrepublik. Dazu gehören 24 Großstädte, viele Mittel- und Kleinstädte sowie in Einzelfällen auch kleinere Gemeinden, die im Einzugsgebiet von Städten liegen. Bis auf das Saarland hat die Bewegung gegen die Berufsverbote in allen Bundesländern Fuß gefaßt, ist aber unterschiedlich weit entwickelt. In einigen Orten ist im Rahmen der Aktionswoche erstmalig durch neugegründete Initiativen und Komitees über die Berufsverbote informiert worden, so in Buxtehude (Kreis Stade/Niedersachsen) und in Friedberg/Hessen. In anderen Orten, wo seit etwa zwei Jahren Aktivitäten organisiert wurden, sind neue Aktionsformen entwickelt worden, wie z. B. in Hamburg, wo Thesen zum Berufsverbot an öffentlichen Gebäuden (Verfassungsschutzamt, Schulbehörde, Rathaus usw.) angeschlagen wurden. Hamburg mit seinem schleswig-holsteinischen Hinterland, Münster/Westfalen, Göttingen und Mainz, aber auch Nürnberg und andere Großstädte, besonders in Nordrhein-Westfalen, haben sich während der Aktionswoche als Schwerpunkte herausgebildet. Dabei ist die Nähe der Universitäten nicht zu übersehen, aber, wie in Nürnberg, mancherorts auch die Mitarbeit von Gewerkschaftern und protestantischen Christen unverkennbar. Wiederholt wurde, wie in der DGB-Jugend in Köln, Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Intellektuellen praktiziert. Neben Dozenten und Lehrern haben Betriebsräte, Betriebsjugendsprecher und Gewerkschaftssekretäre auf zahlreichen Veranstaltungen gesprochen.

---

7) Horst Bethge und Erich Roßmann (Hrsg.), Der Kampf gegen die Berufsverbote, Köln 1973, 384 S., 12,80 DM.
8) Druckschreiben der Initiative etc. an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der Landtage und Bürgerschaften, Hamburg, 5. 9. 1973, mit drei Anlagen.
9) Vierseitiges Zeitungsflugblatt: Weg mit dem Berufsverbot, verantwortlich Hans Altendorf, Norderstedt o. D. (August—September 1973); Zweiseitiges Zeitungsflugblatt: Weg mit dem Berufsverbot, verantwortlich Erich Roßmann, Recklinghausen o. D. (Oktober 1973).
10) Entwurf von Ingrid Kurz und Horst Bethge, Zwischenbilanz der Aktion gegen Berufsverbote (Hamburg o. D., Anfang November 1973, hektographiert, 2 S.).

Häufig wurde mit Parteipolitikern und Mandatsträgern diskutiert. Dabei entzogen sich die Befürworter der Berufsverbote fast überall systematisch der öffentlichen Aussprache. Diese Haltung zeigt, daß sie sich argumentativ in der gegenwärtigen politischen Situation in einer schwachen Lage befinden. Ihre soziale Basis ist schmaler geworden, auch wenn sie noch in der Lage sind, ihre Interessen machtpolitisch durchzusetzen. Durchgängig ist in allen Aktionen der Charakter grundsätzlicher Übereinstimmung sichtbar geworden: die Forderung nach Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses und die Rücknahme bereits ausgesprochener Berufsverbote. Das gilt auch für die Veranstaltungen, auf denen sich Abgeordnete von SPD und FDP gegen die Berufsverbote aussprachen. Die Gesamtproblematik wurde jedoch differenziert angegangen. In der Einschätzung wichtiger Einzelfragen gab es zuweilen Unterschiede. Auf den meisten Veranstaltungen wurde immer wieder hervorgehoben, daß es dieselben Kräfte in der Bundesrepublik sind, die Berufsverbote im öffentlichen Dienst fordern, den faschistoiden Militärputsch in Chile offen oder versteckt begrüßen, die Autonomie der Gewerkschaften zu beschneiden suchen und die Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten in allen Bereichen einschüchtern, disziplinieren oder in ihrer materiellen Existenz bedrohen wollen.

Außer auf Veranstaltungen der örtlichen Komitees und Initiativen wurden von ihnen durch etwa vierhundert Informationsstände viele Tausende von Bundesbürgern mit den Problemen der Berufsverbote konfrontiert. Informative Flugblätter wurden zu Hunderttausenden gedruckt und verteilt. Bei etlichen Veranstaltungen war es für die demokratischen Kräfte notwendig, sich deutlich von den Auffassungen linker Splittergruppen abzugrenzen, die mit der Ablehnung der Position, das Grundgesetz zu verteidigen und die Grundrechte zu realisieren, den Keim der Spaltung in die Bewegung zu tragen versuchten. Dabei handelte es sich offenbar hauptsächlich um maoistische Gruppen („Chaoten"), vor allem der KPD/AO. Eine gewisse Unsicherheit herrschte teilweise in der Einschätzung der Regierungsabsichten nach der Beratung der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers vom 20. September. Nicht überall wurde erkannt, daß die Diskussion um das angebliche Spannungsverhältnis zwischen Treuepflicht und Parteienprivileg ein Scheingefecht darstellt und daß dieses Spannungsverhältnis aus der Verfassung in keiner Weise abzuleiten ist. Insgesamt hat die Aktionswoche, zumindest in Ansätzen, gezeigt, daß an vielen Orten, besonders im konkreten Fall eines vom Ministerpräsidentenbeschluß betroffenen Mitbürgers, die gemeinsamen Anschauungen demokratischer Kräfte stärker gewesen sind als jahrzehntelang propagierte Vorbehalte dagegen, gemeinsam zu handeln. Die Bewegung gegen die Berufsverbote ist in den letzten Monaten sicher breiter geworden, wenn ihre Aktualität auch durch die Energiekrise zunächst in den Hintergrund gedrängt zu sein scheint. Wichtig ist, daß der politische Zusammenhang zwischen Unterdrückung von Demokraten im öffentlichen Dienst und aktiv für die Interessen ihrer Kollegen kämpfender Gewerkschafter in den Betrieben sowie von Journalisten und Pastoren im meinungsbildenden Sektor immer mehr herausgestellt wurde.

Der Arbeitsausschuß der Initiative hat sich unmittelbar nach dem Auslaufen der Aktionswoche vorrangig mit zwei drängenden Fragen befaßt: einmal mit seiner Einstellung zu den „Chaoten" und zum anderen mit der Beurteilung der Regierungsabsichten. Zur ersten Frage wurde einmütig eine klare Distanzierung von solchen Gruppen und Personen beschlossen, die durch Wort und Tat, vor allem aber durch Gewaltanwendung, ihre Ablehnung des Grundgesetzes kundtun. Schwieriger war es, eine einheitliche Beantwortung der zweiten Frage zu erarbeiten. Dazu ist der Meinungsbildungsprozeß im Arbeitsausschuß noch nicht abgeschlossen. Bisher stehen sich zwei Auffassungen gegenüber:

1) Die einen sind der Ansicht, daß es keiner neuen gesetzlichen Regelungen bedarf, da die Rechts- und Verfassungslage völlig klar sei. Sie befürchten, daß jede Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes zu einer Verschlechterung des gegenwärtigen Rechtszustandes im Sinne des Rechtsschutzes für den einzelnen führen wird. Sie weisen in diesem Zusammenhang auf die Erklärung von Bundeskanzler Brandt vom 20. September 1973 hin, wonach für die Bundesregierung „kein Zweifel" daran besteht, „daß für sie in ihrer eigenen Praxis die Treuepflicht der Beamten Vorrang vor dem Parteienprivileg habe", zumindest so lange, bis eine Entscheidung über eine klare Beurteilung des „Spannungsverhältnisses" zwischen der Treuepflicht des Beamten und dem Parteienprivileg durch das Bundesverfassungsgericht erfolgt sei [11]). Gegen diese Äußerung des Bundeskanzlers wird im Arbeitsausschuß eingewandt, daß es insofern kein Spannungsverhältnis von Verfassungstreue der Beamten und Parteienprivileg gibt, als auch Art. 33 GG (Treuepflicht des Beamten) seine inhaltliche Bestimmung aus dem Norminhalt der Verfassung selbst bezieht und nicht etwa umgekehrt aus vorverfassungsrechtlichen oder neben der Verfassung entwickelten Grundsätzen, die zum Norminhalt der Verfassung in Widerspruch stehen. Auch rechtsstaatliche Kompetenzregelungen wie die Monopolisierung der Verfassungswidrigkeitserklärung von Parteien beim Bundesverfassungsgericht nach Art. 21 GG sind Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Inwieweit diese Kompetenzregelungen abänderbar sind, richtet sich nach Art. 79 III GG (unverzichtbare fundamentale Demokratie- und Rechtsstaatsprinzipien). Außerdem ist im Arbeitsausschuß darauf hingewiesen worden, daß die von Bundeskanzler Brandt verkündete Praxis der Bundesregierung auf jeden Fall dem Beschluß des SPD-Parteitages von Hannover widerspricht, wonach „die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen politischen Partei ... einer Mitarbeit im öffentlichen Dienst *nicht entgegen(steht)*". Der SPD-Parteitag war davon ausgegangen, daß nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. März 1961 „bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei *rechtlich geltend machen*" kann [12]). Es muß daher befremden, daß der Bundeskanzler fünf Monate später eine neue Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht für wünschenswert hielt.

2) Die andere Position, die im Arbeitsausschuß der Initiative vertreten worden ist, lautet, daß die von der Bundesregierung angekündigte Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes das Recht antikapitalistischer Demokraten positiv garantieren muß, im Rahmen des öffentlichen Dienstes für die Verwirklichung der demokratischen Chancen unseres Grundgesetzes zu kämpfen. Gleichzeitig ist durch die Gesetzesnovelle der Mißbrauch zu verhindern, der bisher durch Lücken bzw. Interpretationsspielräume den Herrschenden die Freiheit zur verfassungswidrigen und willkürlichen Existenzbedrohung von Demokraten und Sozialisten ließ. Nur wenn konkret fixierte Prinzipien in die Gesetzesnovelle hineingeschrieben werden, kann der Ministerpräsidentenbeschluß aufgehoben und die Praxis der Berufsverbote für Linke in der Bundesrepublik wirksam eingeschränkt werden. Nur wenn solche Prinzipien uneingeschränkt und in eindeutiger Formulierung übernommen werden, kann die Gesetzesnovelle die Unterstützung antikapitalistischer Demokraten finden. An diesen rechtsstaatlichen Kriterien, die beispielsweise auf dem SPD-Parteitag in Hannover beschlossen wurden, wird die Gesetzesnovelle der Bundesregierung ebenso wie die Position der „Ultralinken" gemessen werden müssen. Dazu ist zu sagen, daß es im Arbeitsausschuß keine

[11]) Kommuniqué des Bundespresseamts über die Erklärung des Bundeskanzlers gegenüber den Ministerpräsidenten zum Radikalenbeschluß, Bonn, 20. 9. 1973 („Frankfurter Rundschau", Nr. 221, 22. 9. 1973).
[12]) Beschluß des SPD-Parteitages von Hannover, 14. 4. 1973, Ministerpräsidentenerlaß, Nr. 2 (SPD-PV: Parteitag Hannover 1973, Angenommene und überwiesene Anträge (o. O. und o. J., S. 103).

Meinunsgverschiedenheiten darüber gibt, daß von einem im öffentlichen Dienst Beschäftigten von einem dem Anspruch nach demokratischen Staat eine besondere Verfassungsloyalität verlangt werden muß, d. h. Treue gegenüber der demokratischen Grundsubstanz unserer Verfassung, gegenüber den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes.

Die beiden Auffassungen stehen sich im Arbeitsausschuß nicht schroff gegenüber. Sie sind so lange spekulativ, bis das Bundesinnenministerium zumindest einen Referentenentwurf veröffentlicht, an dem ausgemacht werden kann, wohin die Fahrt geht. Bisher hat die Bundesregierung es — entgegen ihrer Ankündigung — mit der Novelle zum Beamtenrechtsrahmengesetz nicht eilig gehabt. Die Erklärung, daß man „mit Hochdruck" — seit Monaten! — an einer schwierigen juristischen Materie arbeite, ist weder stichhaltig noch aufrichtig. Für dieses Gesetz, so stellte eine bürgerlich-liberale Tageszeitung kürzlich zu Recht fest, bedarf es „weniger der weiteren Arbeit ... als vielmehr der politischen Entscheidung" [13]). Manche meinen, diese Entscheidung sei längst gefallen und die Auguren warteten nur einen günstigen Zeitpunkt für ihren Coup ab. Wir werden sehen und jederzeit bereit sein müssen.

Die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" will im Jahre 1974 die Aktionen — Demonstrationen, Informations-, Argumentations- und Aufklärungstätigkeiten — im In- und Ausland verstärken. Sie lädt für den 19. Januar zu einer dritten Aktionsberatung mit den örtlichen Initiativen, Komitees und Gruppen ein. Sie empfiehlt den Initiativen usw., im Frühjahr Regionalkonferenzen abzuhalten, und voraussichtlich wird am 11./12. Mai ein „Kolloquium mit internationaler Beteiligung" veranstaltet werden. Für die Initiative ist der Kampf gegen die Berufsverbote ein Kampf um die Verwirklichung von Geist und Buchstaben des Grundgesetzes und damit der Abwehr von Einengungen und Verletzungen der vom Grundgesetz vorgeschriebenen demokratischen Grundordnung. Die Politik der Berufsverbote diskriminiert politische Gesinnungen und trifft damit den grundrechtlich gesicherten Prozeß der freien öffentlichen Meinungsbildung fundamental. Die Diskriminierung von Gesinnungen hat zur Konsequenz, daß über die Hauptbetroffenen, die Mitglieder der DKP, hinaus Jungsozialisten, Sozialdemokraten, Radikaldemokraten und Radikalliberale unter den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gestellt werden können. Die Diskriminierung von einzelnen zieht daher alle fortschrittlichen demokratischen Richtungen, Organisationen und Gruppierungen in den Bann der Illegalisierung und Kriminalisierung. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in Bremervörde sein gefährliches Gift verspritzt: „Heute genügt es nicht mehr zu sagen", rief Carstens aus, „daß man SPD-Mitglied ist, um glaubhaft zu machen, daß man überzeugter Demokrat und Verfechter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist" [14]). Wie vieler Infamien christdemokratischer Politiker bedarf es noch, bis die Führung der SPD erwacht und den ihr aufgezwungenen Klassenkampf annimmt? Wann endlich erkennen der Bundeskanzler, die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und die führenden Freidemokraten, daß sie ihren politischen Gegnern mit dem Ministerpräsidentenbeschluß Munition für den Kampf gegen alles, was links von den Christdemokraten steht, geliefert haben?

---

13) „Süddeutsche Zeitung", Nr. 274, 27. 11. 1973.
14) Karl Carstens auf einer CDU-Versammlung in Bremervörde, Ende September 1973, nach SK, „Das Sozialistische Nachrichtenmagazin", 16. Jg. 1973, Oktober, S. 12.

Die „Europäische Gemeinschaft" in der Stagnation*)

Von Frank Deppe

Seit der Haager Gipfelkonferenz des Jahres 1969 scheint die tiefe Integrationskrise, die seit 1963 die EWG in allen Bereichen bedroht hatte, überwunden. Die Erweiterung der Sechser- zur Neunergemeinschaft wurde zum 1. Januar 1973 verwirklicht. Die Pariser Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 bestätigte das Programm zur Vertiefung der Integration durch den schrittweisen Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion, durch die Erarbeitung gemeinsamer Konzeptionen auf den Gebieten der Sozial-, Regional- und der Industriepolitik.

Die EWG ist aufgrund ihrer in den letzten Jahren stetig ausgebauten, führenden Handelsposition auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht nur zu einer „Realität" geworden; sie hat darüberhinaus durch ihren Aufstieg das Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Staaten gründlich verändert. Der Konflikt zwischen Westeuropa und den — wirtschaftlich, politisch und vor allem ideologisch stark geschwächten — USA reflektiert diese gewandelte imperialistische Kräftekonstellation. Das Projekt einer neuen „atlantischen Partnerschaft" unter der Vorherrschaft der USA, im April dieses Jahres von Henry Kissinger vorgetragen [1]), kann schon jetzt angesichts der einmütigen Ablehnung durch die EWG-Mitgliedstaaten als gescheitert betrachtet werden. Mit unverminderter Härte stehen sich die gegensätzlichen Interessen Westeuropas und der USA bei der Vorbereitung der noch in diesem Jahr beginnenden GATT-Konferenz sowie bei der anstehenden Reform des Weltwährungssystems gegenüber.

So sehr diese Verschärfung innerimperialistischer Gegensätze den Abbau des einst gewaltigen Vorsprungs der USA in Produktivität und Technologie, damit die tendenzielle Angleichung der globalen Verwertungsbedingungen des Kapitals zur Grundlage hat, so darf doch nicht übersehen werden, daß im Resultat des westeuropäischen Integrationsprozesses die Widersprüche nach innen, d. h. die Interessengegensätze zwischen den EWG-Mitgliedstaaten, nicht harmonisiert, sondern eher polarisiert wurden. Die großen europäischen Erwartungen der 50er Jahre — die ehrgeizigen Pläne der Föderalisten ebenso wie die der pragmatischen Funktionalisten — sind gescheitert. Mehr und mehr erschöpft sich die EWG in der schon bald nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge realisierten Zollunion. Ihre Hauptaufgabe liegt bei der Koordinierung der Handelspolitik der

Der Artikel befaßt sich mit der nachstehend aufgeführten neueren EWG-Literatur:

*) C. J. Friedrichs, Europa — Nation im Werden? Europa-Verlag, Bonn 1972.
A. Müller-Armack, Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke. R. Wunderlich und C. E. Poeschel, Tübingen/Stuttgart 1971.
A. Müller-Armack/R. Haase/V. Merx und J. Starbatty, Stabilität in Europa. Strategien und Institutionen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft. Econ-Verlag, Düsseldorf/Wien 1971.
H. Willgerodt, Voraussetzungen einer europäischen Währungsunion, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 23. Band, 1972, S. 51—79.
R. Hellmann, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Dokumentation. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1972.
H. v. d. Groeben/E.-J. Mestmäcker, Ziele und Methoden der europäischen Integration. Bericht über eine Arbeitsgemeinschaft im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld. Athenäum-Verlag, Frankfurt/M 1972.
Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme. Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e. V., Band 33. R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1973.

1) H. Kissinger, „Das Jahr 1973 ist das Jahr Europas", in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 26. 4. 1973, S. 7/8. Dort wird der US-Anspruch auf die Führung des imperialistischen Lagers wie folgt definiert: „Die Vereinigten Staaten haben globale Interessen und Verantwortungen. Unsere europäischen Verbündeten haben regionale Interessen." Weitgehend im Sinne von Kissingers Konzeption argumentiert W. Diebold Jr., „Die Rolle Europas in den bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen", in: „Europa-Archiv", 15/1973, S. 501—514.

Gemeinschaftsländer, sowohl untereinander als auch gegenüber „Drittländern". Was jedoch über die Zollunion hinaus an realen Elementen einer Vergemeinschaftung — d. h. der Herausbildung binnenmarktähnlicher Verhältnisse im EWG-Raum *und* der Vergemeinschaftung der Politik durch die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenz an supranationale Entscheidungsorgane — verwirklicht werden konnte, erscheint angesichts der Postulate der Römischen Verträge und angesichts des frühen europäischen Enthusiasmus als reichlich kümmerlich.

Insofern bedeuten die Integrationserfolge seit 1969 noch keineswegs eine Weiterentwicklung der EWG im Sinne einer tiefgreifenden Vergemeinschaftung. Sie lassen vielmehr erkennen, daß Aktionsspielraum und Autonomieanspruch der Einzelstaaten innerhalb der Gemeinschaft kontinuierlich zu Lasten der Supranationalität ausgedehnt wurden. Supranationalität heißt heute nicht mehr: Formulierung und Realisierung gemeinsamer, überstaatlicher Interessen und deren politische Institutionalisierung, sondern: Herstellung von zeitweiligen Kompromissen zwischen den Interessen der Mitgliedstaaten, wobei jeweils die Interessengegensätze der ökonomisch und politisch stärksten Länder — namentlich der BRD und Frankreichs, nach der Erweiterung ergänzt um Großbritannien — im Mittelpunkt solch mühsamer Kompromißbildungen stehen. So erweist sich der widersprüchliche Doppelcharakter des westeuropäischen Integrationsprozesses auch darin, daß mit den Integrationserfolgen seit 1969 jene Elemente, die die Krisen der 60er Jahre ausgelöst haben, keineswegs beseitigt sind. Unter den Auswirkungen der Permanenz der internationalen Währungskrise seit 1969 und der verschärften Klassenauseinandersetzungen seit 1968 in den EWG-Ländern selbst sind einerseits die Tendenzen der Desintegration, zur Rekonstruktion nationalstaatlicher Autonomie weiter befördert worden. Andererseits erzwingt die Gefahr des Auseinanderbrechens der Gemeinschaft den kurzfristigen Kompromiß als bestimmendes Moment der Gemeinschaftspolitik.

In der neueren sozialwissenschaftlichen Diskussion kommen diese widersprüchlichen Entwicklungstendenzen deutlich zum Ausdruck. Zunächst ist in den letzten Jahren ein neu belebtes Interesse der bürgerlichen Sozialwissenschaften an den sozialökonomischen und politischen Problemen der westeuropäischen Integration zu konstatieren. Auch die Brüsseler EG-Kommission treibt solche Forschungsaktivitäten voran. Die in den letzten Jahren veröffentlichten Untersuchungen — so z. B. der Bericht „Zur Industriepolitik der Gemeinschaft" (1970), der von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Pierre Uri erarbeitete „Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft" (1971), die ersten Ergebnisse des konzentrationsanalytischen Studienprogramms der Kommission (vgl. Erster Bericht über die Entwicklung der Wettbewerbspolitik, 1972) sowie der Bericht der „Vedel-Kommission" über die „Frage einer Erweiterung der Befugnisse des europäischen Parlaments" (1972) — stellen wichtige Beiträge zur Erforschung der ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses dar. Zugleich polarisiert sich allerdings die bürgerliche Integrationskonzeption in der Einschätzung der Dimensionen und Perspektiven der Vergemeinschaftung. Nachdem die neofunktionalistische Integrationstheorie spätestens während der Krise 1965/66 ihre Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft eingebüßt und bis heute ihre Agonie nicht überwunden hat[2]), reflektiert das unverbundene Nebeneinander von Optimismus und Pessimismus, von skeptischer Distanz und pragmatischem Bemühen, wenigstens das Erreichte zu bewahren, das begriffliche Unvermögen der bürgerlichen Sozialwissenschaften angesichts der inneren Widersprüchlichkeit der Integration.

[2]) Vgl. z. B. R. D. Kaiser, „Toward the copernican phase of regional integration theory", in: „Journal of Common Market Studies", Vol. X, No. 3, March 1972, S. 207—232.

Schon im Titel des Buches von *C. J. Friedrich* „Europa — Nation im Werden?" wird der Glaube des alten Föderalisten suggeriert, als ob — trotz der „von Tagesschriftstellern" (S. 262) viel beschworenen Krisen der Integration — die Vergemeinschaftung auch in den 60er Jahren fortschreite und daß diese Trends „vorwärts weisen". Der Optimismus des Verfassers gründet sich darauf, daß er weniger die formellen und institutionellen Aspekte der Integration untersucht, sondern informelle Vorgänge — den wachsenden Konsens, die Herausbildung eines „Gemeinschaftsbewußtseins" bei Personengruppen und Verbänden — in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt. Ihm geht es um den Nachweis, daß — insbesondere in den Reihen der „Führungseliten" — eine „allgemeine Verfestigung des pro-europäischen Gefühls" zu beobachten ist. So gelangt er zu der Schlußfolgerung: „Trotz allem sind die wirtschaftlichen Verbindungen immer stärker geworden, und jedes Jahr ist die Integration im Wirtschaftsleben und in der Arbeiterschaft gewachsen, wie auch in der Landwirtschaft, den Gemeinden und Universitäten und neuerlich auch in den Massenkommunikationsmitteln" (S. 239). Selbst das Ansteigen der Anzahl der Eheschließungen zwischen Deutschen und Franzosen erscheint unter diesem Gesichtspunkt als ein wichtiger Indikator des zunehmenden informellen Konsensus. Die Krisen der Integration sind für Friedrich nur temporäre Erscheinungen, notwendige Artikulationen des Widerspruchs von Gemeinschafts- und Nationalinteresse, deren zerstörerische Potenz freilich immer mehr durch die reale Vergemeinschaftung eingeschränkt werde. In diesem Sinne wird die Krise von 1965/66, in der die französischen Unternehmer- und Bauernverbände sowie die reformistischen Gewerkschaften gegen die Politik De Gaulles votierten, von Friedrich interpretiert: sie demonstrierte, daß jene Politik, die das mögliche Auseinanderfallen der EWG als bewußtes Risiko kalkulierte, die Loyalität der Betroffenen verliert und zu einer Kurskorrektur gezwungen wird.

Im Grunde geht es Friedrich weniger um eine wissenschaftlich exakte Analyse des Integrationsprozesses als vielmehr um die Sammlung von Einzelargumenten, die beweisen sollen, daß die mehr als tausendjährige europäische „Kulturgemeinschaft", die auch in der Periode der Herausbildung der Nationalstaaten niemals real zerbrochen war, nach 1945 in eine neue Phase der Integration eingetreten sei — eine Vergemeinschaftungstendenz, die durch den Trend zur globalen Regionalisierung forciert werde. Diese globale und universelle Betrachtungsweise erklärt wohl auch die Großzügigkeit, die Friedrich dem historischen Detail gegenüber walten läßt: Das Material, das er zur Analyse der neueren Integrationsvorgänge heranzieht, ist weitgehend veraltet. Fragwürdige demoskopische Umfragen (denen im übrigen die Ergebnisse der letzten Volksabstimmungen ins Gesicht schlagen) müssen wissenschaftliche Beweise ersetzen. Die Integrationskrisen nach 1966, also vor allem die Konflikte um die Währungs- und Wirtschaftsunion und der Aufschwung der nationalen Klassenkämpfe, die Auswirkungen der internationalen Währungskrise und die aktuellen Gegensätze zwischen Westeuropa und den USA werden erst überhaupt nicht in die Analyse mit einbezogen; denn zweifellos müßten gerade diese Entwicklungen Friedrichs optimistische Gesamtschau erheblich eintrüben. Dazu kommen wissenschaftliche Fehlleistungen, die auch einem „Altmeister" der bürgerlichen Politologie nicht unterlaufen sollten: so — um nur zwei Punkte herauszugreifen — die Behauptung, daß der Gemeinsame Markt die Schranken der Kapitalbewegung beseitigt habe (S. 240), oder die ganz und gar unhaltbare These, daß die sozialistisch-demokratische Gewerkschaft CGT in Frankreich „in den letzten Jahren durch den autoritären Trend der französischen Regierung noch weiter geschwächt worden" sei (S. 161). Das Buch von C. J. Friedrich muß daher als ein wenig überzeugender Versuch gewertet

werden, dem Gedanken des Föderalismus in der europäischen Diskussion wieder größere Geltung zu verschaffen.

Alfred Müller-Armack war als Professor der Wirtschaftswissenschaften und als langjähriger Staatssekretär von Ludwig Erhard nicht nur einer der Begründer der Ideologie der „sozialen Marktwirtschaft", sondern auch praktisch mit der Realisierung dieser Konzeption in der Innen- und Außenpolitik der BRD — vor allem also der westdeutschen Europa-Politik — befaßt. Seine autobiographischen Notizen „Auf dem Wege nach Europa" vermitteln ein weniger optimistisches Bild der Geschichte und Perspektiven des europäischen Integrationsprozesses als die globale Vergemeinschaftungsideologie von C. J. Friedrich. Die Darstellung der Verhandlungen von Rom (1953), der Konferenz von Messina (1955), der Beratungen bis zur Ratifizierung der Römischen Verträge (1955—1957) bis hin zur Krise um den ersten britischen Beitrittsantrag (1961) ist zwar wenig originell, gleichwohl macht sie die tiefen Interessengegensätze besonders zwischen der BRD und Frankreich deutlich, die schon in der Gründungsphase — etwa in der Frage der sozialen Harmonisierung, des Ausmaßes der außenwirtschaftlichen Liberalität der EWG oder der Institutionalisierung der Supranationalität — aufeinanderprallten. Daß diese Gegensätze in den 60er Jahren fortwirkten und in der Krise von 1965/66 noch an Schärfe gewannen, ist Müller-Armack zufolge nur Ausdruck jener Renationalisierungstendenz, die im Rahmen der Zollunion und trotz der wachsenden Verflechtung der Volkswirtschaften gereift ist. „In der Agrarpolitik, in der Energiepolitik und in der Konjunkturpolitik sind gerade mit fortschreitender Verwirklichung der Zollunion Anzeichen dafür zu finden, daß die nationalwirtschaftlichen Interessen sich verstärkt in den Vordergrund drängen und der allgemeinen Integration zur Gefahr werden" (S. 261). Voller „Wehmut" beklagt er so resümierend den mangelnden „Schwung" zur Bewältigung der anstehenden Gemeinschaftsaufgaben, der noch die beiden Jahre zwischen der Konferenz von Messina und der Unterzeichnung in Rom ausgefüllt habe (S. 262).

Aufschlußreich sind die zahlreichen Hinweise Müller-Armacks auf die kontroversen europapolitischen und außenwirtschaftlichen Standpunkte innerhalb der BRD-Regierung, die schon seit 1953/54 von Adenauer auf der einen und Erhard auf der anderen Seite repräsentiert wurden. Diese Konflikte bestimmten maßgeblich die innenpolitische Krise des Jahres 1959, als Adenauer u. a. unter Hinweis auf den labilen außenpolitischen Standpunkt Erhards in der Einschätzung der EWG seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zurückzog [3]). Schließlich wirkten diese Widersprüche um die optimale Strategie der westdeutschen Politik noch in dem Streit zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" in der CDU/CSU fort, nachdem Ludwig Erhard 1963 Bundeskanzler geworden war [4]).

Müller-Armack vertrat zusammen mit Erhard und dem in der Schweiz lebenden Nationalökonomen Wilhelm Röpke [5]) die Konzeption eines „offenen" Weltwirtschaftssystems, das die verschiedenen Formen des nationalstaatlichen Protektionismus der Zwischenkriegsperiode überwinden sollte. Die 1947 geschaffene OEEC (seit 1960: OECD) erschien ihnen als ein geeignetes Instrument, eine europäische Freihandelszone — unter Einschluß Großbritanniens — zu verwirklichen. Die EWG hingegen betrachteten sie — wegen ihrer Beschränkung auf die sechs Mitgliedstaaten der Montanunion — als ein tendenziell protektionistisches Gebilde, dem a priori die Gefahr einer neuen Segmentierung und Abschließung des Weltmarktes anhaftete. Darüber hinaus begriff sich diese Gruppe der „Funktio-

[3]) Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen. 1955—1959, Frankfurt/M und Hamburg 1969, S. 528 ff.
[4]) Vgl. W. Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1970, S. 322 ff.
[5]) Vgl. W. Röpke, Gemeinsamer Markt und Freihandelszone, in: ORDO, 10. Band, Düsseldorf und München: 1958, S. 31—62.

nalisten" als ein Zentrum des Widerstandes gegen alle Formen des wirtschaftspolitischen „Dirigismus", den sie als das tragende Prinzip insbesondere der französischen Wirtschaftspolitik zu erkennen vermeinte und der sie zu der grotesken Schlußfolgerung verleitete, daß gleichsam durch die Hintertür der EWG der BRD ein sozialistisches Prinzip der Wirtschaftslenkung aufoktroyiert werden sollte. Vor diesem Hintergrund wird das Bemühen von Erhard und Müller-Armack um eine Abschwächung des Supranationalitäts-Prinzips in den Römischen Verträgen verständlich. Sie verhinderten, daß die Kommission der EWG nach dem Vorbild der Hohen Behörde der Montanunion konzipiert wurde: „Der Ministerrat wurde Entscheidungsorgan, und man unterließ das Experiment, einem Gremium von wenigen Kommissionsmitgliedern eine Macht zuzuspielen, die letztlich nicht parlamentarisch kontrolliert wurde und überdies von Männern gehandhabt werden sollte, die zum Teil ihrer Wesensart nach der Verantwortung für eine so umfassende Aufgabe nicht gewachsen waren" (S. 66).

So sehr sich in Einzelfragen die „Funktionalisten" um Erhard auch durchsetzen mochten — und damit unfreiwillig Vorarbeit für die spätere gaullistische Politik der weiteren Abwertung der Kommission leisteten —, so setzten sich in den grundlegenden Orientierungen dennoch die „Institutionalisten" (Adenauer, v. Brentano, Hallstein, Etzel) durch — vor allem beim Scheitern der Bemühungen um die multilaterale Assoziierung der OEEC-Länder mit der EWG im Jahre 1958 (S. 205 ff.). Sie dachten — wie Müller-Armack sehr unpräzis ausführt — weniger ökonomisch und weltwirtschaftlich, sondern vielmehr politisch. „Sie wollten erst einmal die Gemeinschaft der Sechs festigen und zu einer politischen Institution ausgestalten" (S. 97). Über die Ursachen dieser Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Erhard, zwischen den „außenpolitischen Konzeptionen beider Männer", wird der Leser freilich im unklaren belassen, es sei denn, er gäbe sich mit dem Hinweis auf die „Unterschiedlichkeit der Charaktere" (S. 244) zufrieden.

Aufschlußreicher als die Informationen über die Europa-Politik der BRD und ihre Widersprüche ist allerdings das politische Bewußtsein, die Mentalität dieses Ordinarius und Staatssekretärs, dessen frühere religionssoziologische Studien in der Tradition Max Webers gerade die „Quellen und Triebkräfte des Geistes" für das Verständnis der europäischen Wirtschaftsgeschichte erschließen wollten. Der weltbeherrschende Gegensatz des 20. Jahrhunderts, der insbesondere die Nachkriegsgeschichte universal durchdringt, ist für ihn die „letzte Alternative" zwischen „freiheitliche(r) Wirtschaftsorganisation oder Kollektivismus" (S. 12), also: zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der Antikommunismus ist die alles beherrschende Maxime seines Denkens und Handelns. Dieser spannt sich von der „Sorge, ... eine politische Vereinigung einzugehen mit Ländern (hier: Italien, d. V.), die eine starke kommunistische Partei aufwiesen" (S. 74/75), über die aggressive Konzeption für die ersten Verhandlungen mit der Sowjetunion im Jahre 1955 (S. 78 ff.) bis hin zum unverhohlenen, peinlichen Ekel, der beim „ersten kurzen Eindruck vom Leben in einem kommunistischen Staate" (hier: Jugoslawien 1954) (S. 133) aufkommt. Faschisten und ultrareaktionäre Klerikale werden hingegen von Müller-Armack durchgängig mit feinfühlender Sympathie und Verständnis vorgestellt: Ob es sich um seine ersten Kontakte mit Ministern der faschistischen Horthy-Diktatur in Ungarn 1943 (S. 24 ff.), um das Verständnis für die portugiesische Kolonialpolitik in Afrika, um die „liebenswürdige und bescheidene" Art spanischer Großgrundbesitzer (S. 156) bzw. um die offene Bewunderung des portugiesischen Diktators Salazar handelt (S. 161/162) — stets dominiert das Bild eines Europa, das in „abendländischer Freiheit" und in der „Verteidigung des christlichen Glaubens" (S. 27) verwurzelt ist und das in der

Konfrontation mit dem Marxismus-Leninismus, der „Ersatzglaubensbewegung" der östlichen Welt (S. 78), geschützt werden muß. Hier enthüllt Müller-Armack in eindrucksvoller Klarheit jene ideologischen Triebkräfte und Motivationen, die — ohne in den Widerstreit außenpolitischer Konzeptionen innerhalb der Adenauer-Regierung zu geraten — die herrschende Europa-Politik der 50er und der frühen 60er Jahre bestimmten.

Unter dem Titel „Stabilität in Europa" hat Müller-Armack zusammen mit *R. Haase, V. Merx* und *J. Starbatty* ein Konzept für eine „europäische Stabilitätsgemeinschaft" vorgelegt. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen die Widersprüche zwischen den EWG-Ländern bei der Realisierung der Währungs- und Wirtschaftsunion, die durch die Auswirkungen der weltweiten Krise des kapitalistischen Währungssystems (die Höhepunkte dieser Krise nach 1971 sind noch nicht in die Untersuchung einbezogen) noch verschärft wurden. Im Gefolge des Zusammenbruchs der ehemaligen Reservewährungen (Pfund Sterling und US-Dollar) zerbrach nicht nur das 1944 in Bretton Woods beschlossene internationale Währungssystem; auch innerhalb der EWG wirkten verstärkt desintegrative Faktoren, die durch den Rekurs auf nationale währungspolitische Maßnahmen zum Schutze der eigenen Währungen, durch verzweifelte Versuche, die Folgen der internationalen Währungskrise auf die „Partner" abzuwälzen, induziert wurden. Schon im Jahre 1969 wurde dieser chaotische Zustand sichtbar, als die plötzliche Abwertung des französischen Franc und die vorübergehende Wechselkursfreigabe der DM ohne nennenswerte Konsultationen mit der Kommission und den Partnerländern erfolgten. Im Mai 1971 — nachdem gerade im März nach langem Tauziehen ein Konzept für die Währungs- und Wirtschaftsunion verabschiedet war — konnte der Ministerrat der EWG nur noch ein gemeinsames Verständnis für nationalstaatliche Einzelaktionen gegen die massiven Devisenzuflüsse aus dem Ausland artikulieren. Die BRD und die Niederlande gaben ihre Wechselkurse frei; die übrigen Mitgliedstaaten behielten ihre festen, unveränderten Wechselkurse bei. Es dauerte fast ein Jahr, bis nach der Abwertung des Dollar im Dezember 1971 wieder gemeinsame Schritte zur Verwirklichung der Währungs- und Wirtschaftsunion unternommen wurden. Die Verengung der Bandbreiten zwischen den EWG-Währungen, die am 21. März 1972 beschlossen wurde (freilich sind das britische Pfund und die italienische Lira schon wieder aus der „Schlange im Tunnel" ausgeschieden), der Beschluß zum gemeinsamen Floaten der EWG-Währungen gegenüber den Außenwährungen vom 11. März 1973 sowie die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds zum 1. April 1973 — all diese Schritte mögen als Überwindung des währungspolitischen Chaos in der EWG erscheinen. Gleichwohl lassen die nach wie vor gegebene Labilität einzelner EWG-Währungen, die verschärften nationalen Kontrollen des Kapitalverkehrs, der offene Konflikt zwischen den EWG-Partnern über die Position, die bei den anstehenden GATT-Verhandlungen einzunehmen ist, erkennen, daß trotz erster gemeinsamer Schritte auf dem Gebiet einer westeuropäischen Währungspolitik nach wie vor tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten — vor allem zwischen der BRD und Frankreich — vorherrschen. Der de facto außerordentlich geringe Vergemeinschaftungsgrad auf dem Gebiet der Währungspolitik wird gegenwärtig durch die völlige Unklarheit über die zweite Stufe der Währungs- und Wirtschaftsunion demonstriert.

Müller-Armack und seine Mitarbeiter formulieren ein scheinbar einfaches Konzept: Die wachsende internationale Verflechtung des Warenaustausches und der Produktion erfordert die Schaffung einer internationalen Stabilitätsgemeinschaft, da sonst der Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität, zwi-

schen binnen- und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht, schließlich der Konflikt zwischen den divergierenden Zielsetzungen der nationalen Wirtschaftspolitik die Gefahr der internationalen Instabilität — des Übergreifens von Inflation, der Entstehung protektionistischer Formen der Handelspolitik etc. — begünstige. Dieses Ziel kann optimal nur durch die international verbindliche Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik sowie durch den „Verzicht auf Souveränitätsrechte zugunsten supranationaler wirtschaftspolitischer Institutionen erreicht werden". „Die beste Lösung ist eine auf einer funktionellen Integration aufbauende Koordinierung der wirtschaftspolitischen Ziele und des Mitteleinsatzes bei stabilen Wechselkursen" (S. 121). Als die zweitbeste Lösung — sofern die optimale, „progressive" Strategie nicht zu verwirklichen ist — propagieren die Verfasser die nationale Flexibilität der Wechselkurse, die es einem Staat bzw. einer Staatengruppe ermögliche, sich zumindest gegen internationale Inflationsübertragungen zu schützen (S. 21 und S. 121/122).

Das Währungssystem von Bretton Woods vermochte diesen Anforderungen nicht zu entsprechen; denn bei der divergierenden wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Nationalstaaten konnte es keine funktionierenden Abstimmungen zum Ausgleich internationaler Handelsbilanz- und Währungsdisparitäten geben (S. 63). So tritt die EWG in den Mittelpunkt der Betrachtung: die Verwirklichung der Zollunion und die zunehmende konjunkturelle Abhängigkeit der Mitgliedsländer verstärkt die Gefahr der schnelleren Übertragung von Ungleichgewichten. „Die konjunkturelle Interdependenz innerhalb der EWG ist schon heute hoch; sie wächst mit zunehmender Verflechtung dermaßen schnell an, daß bei einer mangelhaften Abstimmung der Ziele und der Koordinierung der Wirtschaftspolitik eine Stagnation der Integration oder sogar das Auseinanderbrechen der EWG zu befürchten ist" (S. 126/127). Zugleich jedoch ist im Rahmen der Währungs- und Wirtschaftsunion die Chance gegeben, die EWG als einen „regionalen Stabilitätsblock", damit als „Keimzelle einer internationalen Stabilitätsgemeinschaft" auszubauen (S. 123). Bei der Untersuchung der Frage, inwieweit diese Chance genutzt wurde, gelangen die Verfasser freilich zu außerordentlich negativen Resultaten: Im Bereich der Koordination der nationalen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik hat es „nicht nur keine Fortschritte, sondern sogar Rückschritte gegeben" (S. 71). Weder in Perioden des ungleichmäßigen Konjunkturverlaufs — wie z. B. 1963/64, als inflationäre Tendenzen übergriffen — noch in Perioden ökonomischer und sozialer Krisen — wie z. B. während und nach dem französischen Mai des Jahres 1968 — noch in der Bewältigung der Auswirkungen der internationalen Währungskrise wurden reale Kooperationsansätze in der Wirtschaftspolitik verwirklicht. Auch der europäische Agrarmarkt, der gemeinhin als die Klammer der Integration erscheint, wird als „Mißgeburt" klassifiziert (S. 97). Seine Renationalisierung sei schon längst im Gange.

Im folgenden analysieren Müller-Armack und seine Mitarbeiter die Auseinandersetzungen um die Währungs- und Wirtschaftsunion, die nach der Haager Konferenz von 1969 mit dem sogenannten „Werner-Bericht" eingeleitet wurden. Kompromißlos weisen sie — in Anlehnung an den ersten westdeutschen Stufenplan, der noch vor der Einsetzung der Werner-Gruppe vorgetragen wurde — „die frühzeitige Einführung monetärer Maßnahmen (Bandbreitenverengung, Kreditmechanismen), die eigentlich das Ergebnis des Integrationsprozesses sein sollten", zurück (S. 129). Demgegenüber fordern sie als ersten Schritt die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik sowie die Übertragung wesentlicher wirtschaftspolitischer Entscheidungskompetenzen auf gemeinschaftliche Organe. „Über den Erfolg und Mißerfolg der Bemühungen, eine regionale Stabilitätsgemeinschaft und Wäh-

rungsunion zu schaffen, entscheidet die politische Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur institutionellen Integration" (S. 154). Der „Brüsseler Kompromiß" vom Februar 1971, der entsprechend den französischen Forderungen einen währungspolitischen Schwerpunkt für die erste Etappe der Währungs- und Wirtschaftsunion setzte und die von der BRD geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in die zweite Phase verlegte (ohne sie schon zu konkretisieren), wird von den Verfassern als eine schwere Niederlage der westdeutschen Politik, als „Einschwenken der Deutschen auf die französische Position" (S. 175), schließlich als das „Ende vom Traum der politischen Union" (S. 180) gewertet. Da die Brüsseler Beschlüsse als eine mögliche „schiefe Ebene" gesehen werden, auf der die EWG-Partnerstaaten in die Inflation rutschen (S. 181), überrascht es nicht mehr, wenn von der BRD-Regierung eine harte Konfrontationspolitik gegenüber der EWG — insbesondere gegenüber Frankreich — gefordert wird. Allein ein „konjunktur- und währungspolitischer Alleingang" (S. 182) könne noch vom Wege des Inflationismus abführen. Angesichts der pessimistischen Bewertung der Zukunftsaussichten der europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion wird eine „Politik am Rande des Scheiterns" empfohlen (S. 183), wie sie ein De Gaulle bereits in der Krise 1965/66 praktizierte. Durch diesen Druck soll Frankreich gezwungen werden, die westdeutschen Vorstellungen über den Inhalt der Währungs- und Wirtschaftsunion zu akzeptieren. Es zeigt sich also, daß angesichts des Scheiterns der Integration von Müller-Armack und seiner Gruppe der „zweitbesten Lösung", der nationalen Autonomie in bezug auf die Außenwirtschafts- und Währungspolitik, der Vorzug vor einer Anpassung an eine internationale „Inflationsgemeinschaft" gegeben wird.

Müller-Armacks Stabilitätsstrategie erweist sich als eine höchst unrealistische Strategie des westdeutschen Kapitals. Zwar artikuliert sie das gewachsene Selbstbewußtsein seiner ökonomischen und politischen Potenz, den Führungsanspruch der BRD-Konzeption für die gesamte europäische Gemeinschaft — aber dabei wird von der Realität abstrahiert, daß die Partnerländer der BRD die EWG immer auch als ein Instrument zur Domestizierung der überragenden Machtstellung des BRD-Kapitals begriffen haben und daß ein Alleingang der BRD, der das Auseinanderbrechen der Gemeinschaft bewußt mit einkalkulierte, gerade die überragende ökonomische Machtposition des BRD-Kapitals gefährden könnte. *Hans Willgerodt* — wie Müller-Armack ein Ordo-Liberaler — kommt daher — trotz einer ähnlichen Einschätzung der Inflationsgefahren, die für die BRD von den währungspolitischen Beschlüssen vom März 1971 und 1972 ausgehen — zu einer differenzierteren Bewertung der westdeutschen Europa-Politik. Er verweist nicht nur auf die strukturellen Ursachen des protektionistischen Eigeninteresses des auf dem Weltmarkt immer noch relativ schwachen französischen Kapitals, dessen Konkurrenzfähigkeit von starken binnen- und außenwirtschaftlichen, staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismen abhängt, sondern respektiert zugleich die mit der französischen Währungspolitik gekoppelten politischen Zielsetzungen. „Ein unabhängiges Auftreten Europas in der Weltpolitik, mindestens ein Heraustreten aus der bisher eingenommenen Stellung des nur sekundären Bündnisgenossen, wird von französischer Seite seit langem gefordert und kann für die allgemeine Politik mit hervorragenden Gründen verteidigt werden. Insofern nimmt also die französische Politik ein legitimes europäisches Allgemeininteresse wahr" (S. 61).

Die potentielle weltpolitische Rolle, die die EWG vor allem in der Auseinandersetzung mit den USA und den sozialistischen Ländern ökonomisch, politisch und militärisch übernehmen soll, erzwingt immer auch die Kompromißbereitschaft

der BRD in aktuellen währungs- und wirtschaftspolitischen Fragen; denn zweifellos würde ein Auseinanderbrechen der EWG gerade diese Perspektive der „dritten Weltmacht Europa" zerstören [6]). So modifiziert Willgerodt die militante Alles-oder-Nichts-Strategie von Müller-Armack. Er fordert die Ergänzung der gemeinsamen Währungspolitik um eine „marktwirtschaftliche Ordnung", um Maßnahmen der Finanz- und Strukturpolitik, „die dazu dienen, die Inflationsmentalität zu brechen" (S. 73), schließlich um die Einrichtung eines gemeinsamen Kapitalmarktes in der EWG (S. 76). Freilich bleibt ihm angesichts der derzeit geringen Chancen zur Realisierung einer koordinierten Finanz- und Konjunkturpolitik in der EWG letztlich nur noch der Appell an den „Willen zur politischen Integration" (S. 79). Dieser Rekurs auf die Metaphysik eines „Gemeinschaftswillens" vermag allerdings nur schwer die im Grunde pessimistische Einschätzung der Zukunft der westeuropäischen Integration zu verhüllen.

Um Inhalt und Hintergrund der kontroversen Standpunkte von „Monetaristen" und „Ökonomisten", auch der französischen und der westdeutschen Regierung genauer kennenzulernen, sollte auf jeden Fall die von *Rainer Hellmann* zusammengestellte Dokumentation „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion" zu Rate gezogen werden. Diese umfaßt den Zeitraum zwischen der Haager Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 bis zur Ratsentschließung vom 21. März 1972 und enthält u. a. die verschiedenen nationalen Stufenpläne zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, die verschiedenen Fassungen des „Werner-Berichtes" bis zum „Brüsseler Kompromiß" (März 1971) sowie die Stellungnahmen und Beschlüsse des Rats und der Kommission zu den Auswirkungen der internationalen Währungskrise 1971/72. Hinzu kommt eine übersichtlich gegliederte Einführung des Herausgebers (S. 12—53), in der sowohl die Entwicklung der Diskussion über die Wirtschafts- und Währungsunion als auch der Inhalt der Beschlüsse vom 21. März 1971 zusammengefaßt werden. Angesichts des seit Anfang 1972 beschleunigten Zusammenbruchs des Systems von Bretton Woods und der zahlreichen nationalen und westeuropäischen währungspolitischen Entscheidungen, die in den letzten beiden Jahren getroffen wurden, ist die Dokumentation von Hellmann schon wieder etwas veraltet; darüber hinaus verzichtet sie darauf, die Entwicklung der europäischen Währungsordnung in den Kontext des kapitalistischen Weltwährungssystems und seiner Widersprüche zu stellen, so daß nur zu leicht der falsche Eindruck hervorgerufen werden kann, als handele es sich dabei um ein innereuropäisches Problem.

Der von *Hans v. d. Groeben* und *Ernst-Joachim Mestmäcker* herausgegebene „Bericht über eine Arbeitsgruppe im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld" unternimmt den Versuch einer Gesamtbilanz der Resultate der westeuropäischen Integration. Die Untersuchung „Ziele und Methoden der europäischen Integration" geht von der Überlegung aus, daß die EWG in eine Phase ihrer Entwicklung eingetreten ist, in der sich entscheiden muß, ob sie in „einer Politik intergouvernementalen Interessenausgleichs" (S. 67) stagniert — und damit letztlich die Idee der wirtschaftlichen und politischen Einheit Westeuropas zerfällt —, oder ob sie qualitativ fortentwickelt werden kann, d. h. ob die Erweiterung der EWG um Großbritannien, Dänemark und Irland und die Ver-

[6]) Vgl. z. B. W. Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf und Wien 1969, S. 234: „Will man einem Zustand entrinnen, in dem man Objekt fremden Gleichgewichts ist, so gibt es nur das eine Mittel, selbst Gewicht zu erlangen. Das aber ist nur möglich, indem man die zu klein gewordenen Einzelgewichte der europäischen Staaten zusammenlegt. Man muß das wirtschaftliche, militärische und politische Potential der Staaten der Gemeinschaft zusammenfassen, deren Zivilisationsstand keine geringeren Entwicklungs*möglichkeiten birgt*, als sie die Weltmächte genießen. Man muß diesen Teil Europas in Stand setzen, auch außenpolitisch mit einer Stimme zu sprechen. Dann hat man eine neue Einheit geschaffen, die zur Teilhabe an weltpolitischer Verantwortung fähig ist, weil sie jenen Mächten wenn nicht gleich so doch vergleichbar ist. Die Erfahrungen der Anfänge unserer europäischen Außenwirtschaftspolitik — im Gebiet der Handels- wie der Währungspolitik — *rechtfertigen diese Erwartung*."

tiefung der Integration durch die Wirtschafts- und Währungsunion in dem Sinne genutzt werden kann, „daß sich dadurch auch die politische Qualität der Gemeinschaft im Verhältnis zu Drittstaaten notwendig wandelt" (S. 13). Die Analyse folgt weitgehend der inneren Struktur des EWG-Vertrages. Im Anhang schließt sich ein „Modell für ein institutionelles System" von Hans v. d. Groeben sowie eine gesonderte, kritische Bewertung der Landwirtschaftspolitik der EWG durch Hermann Priebe an.

Schon in den Römischen Verträgen ist der Widerspruch zwischen Teil- und Vollintegration angelegt; denn während die Bestimmungen über den Abbau der Zölle und der Mengenbeschränkungen verbindlichen Charakter haben, beschränkt sich der Vertrag auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik auf Empfehlungen zur Koordination, die jedoch die nationalstaatliche Souveränität im Prinzip unangetastet lassen. Die Verfasser führen nun den widersprüchlichen Charakter der EWG — damit auch die Stagnations- und Desintegrationstendenzen der 60er Jahre — darauf zurück, daß die Gemeinschaft zwar durch die Realisierung des freien Warenverkehrs (Zollunion) einerseits ihre größten Erfolge erzielt habe (wenngleich auch aufgrund der nach wie vor bestehenden unterschiedlichen nationalen Rechts- und Steuervorschriften erst von einer „Zolltarifunion" [S. 27] gesprochen werden kann), daß aber andererseits im Hinblick auf die Herstellung eines Binnenmarktes keine Fortschritte erzielt worden sind. „Auf den Geld-, Kapital-, Arbeits- und Dienstleistungsmärkten sind die Aktionsbereiche noch traditionell national bezogen, und hier bilden unterschiedliche Strukturen, Rechts- und Verwaltungssysteme und nationales Denken wohl noch tatsächliche wie psychologische Barrieren" (S. 66). Daher ist in der gegenwärtigen Situation völlig offen, „ob die erreichten Liberalisierungen ausreichende Impulse liefern, die Mitgliedstaaten zu einem Überbau an gemeinschaftlicher Politik zu veranlassen, oder ob die nationalen Regierungsinteressen so stark sind, daß sie eine Renationalisierung oder einen Abbau des Freiverkehrs bei einer Politik intergouvernementalen Interessensausgleichs riskieren" (S. 67).

Die EWG wird demzufolge in einem circulus vitiosus von innen her aufgezehrt: Die mangelnde Vergemeinschaftung der Energie- und Technologie-, der Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik stärkt die nationalstaatliche Autonomie und Kompetenz, obwohl gerade die zunehmende Verflechtung der Produktion und des Handels zu wirtschaftlichen Entwicklungen führt, „die von den Mitgliedstaaten selbst nicht mehr beeinflußt werden können" (S. 97). Der Zwang, mit nationalen Maßnahmen auf die Internationalisierung der Wirtschaft reagieren zu müssen, der in der Kette der Währungskrisen besonders deutlich zutage getreten ist, konstituiert mithin „das Dilemma der staatlichen Politik" *und* der europäischen Gemeinschaft. Daß aufgrund dieser „Dominanz nationaler Interessen" (S. 102) der institutionelle und politische Zusammenhang der EWG noch weiter geschwächt und aufgebrochen wird, zeigt sich nach Auffassung der Verfasser daran, daß die Mitgliedstaaten im Ministerrat der EWG die intergouvernementalen Formen der Zusammenarbeit verstärkt haben und daß damit die Kommission im Verhältnis zum Rat aus allen Funktionen der Realisierung eines Gemeinschaftsinteresses verdrängt wurde (S. 101/102).

Trotz dieser negativen Gesamtbilanz, die noch um Priebes scharfe Kritik an der völlig verfahrenen Situation der Landwirtschaftspolitik ergänzt wird (S. 148 ff.), versucht die Arbeitsgruppe, zu realistischen Forderungen an die zukünftige EWG-Politik zu gelangen. Im Gegensatz zur Müller-Armackschen Konfliktstrategie, die alle währungspolitischen Vorgaben seitens der BRD strikt zurückweist, wird zunächst eine Politik flexibler Wechselkurse abgelehnt, da diese notwendig „die

mitgliedstaatlichen Politikmonopole für den eigenen Wirtschafts- und Währungsbereich" stärken (S. 112). Statt dessen befürworten die Verfasser als ersten Schritt die „Ergänzung des Gemeinsamen Marktes durch eine gemeinsame Währungspolitik" (S. 99). „Der nächste Schritt im Bemühen um eine Wirtschaftsunion sollte eine ordnungspolitische Lösung der Währungsfrage sein, die so verbindlich ist, daß sie zur Anpassung der nationalen Wirtschaftspolitiken entsprechend der sich anpassenden wirtschaftlichen Entwicklung führt und nicht von staatlichen Einzelinteressen wieder aufgesprengt werden kann" (S. 119). Der entscheidende Gesichtspunkt dieser Lösung ist die „politische Schaffung von Gemeinschaftskompetenz", die die nationale Politikautonomie aufhebt. Die Politik der Nationalstaaten soll also nicht besser koordiniert, sondern relevante Teile ihrer Kompetenz sollen auf supranationale Organe übertragen werden. Daraus ergibt sich — als zweite wesentliche Forderung der Arbeitsgruppe — die Notwendigkeit, verfassungspolitische Entscheidungen über die Demokratisierung der Gemeinschaft durchzusetzen, d. h. — wie v. d. Groeben im Anhang entwickelt (S. 145 ff.) — vor allem die Stärkung der Kommission und des europäischen Parlaments. Gleichwohl werden alle Versuche der Kommission, ihren eigenen Aktionsspielraum durch die Anwendung transnationaler, ökonomischer Planungsmechanismen zu erweitern, scharf zurückgewiesen. Das Konzept einer Industriepolitik, das die Kommission 1970 vorgelegt hat und das die Förderung von Unternehmenskooperation und -zusammenschlüssen vorsieht [7]), verfällt dem Verdikt einer protektionistischen Diskriminierungspolitik, die die freie Bewegung des Kapitals einzuschränken drohe und zugleich die Gefahr begründe, „daß die Unternehmensmacht mit der politischen Macht identifiziert wird" und so deren „rechtsstaatliche Grundlagen" gefährde (S. 67 und S. 106/107).

In dem vom Forschungsinstitut der „Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik" herausgegebenen Band „Regionale Verflechtung der BRD" versucht *Ulrich Everling* ebenso wie die Bielefelder Arbeitsgruppe, die bisherigen Resultate der Gemeinschaftspolitik zu bilanzieren. Sein Beitrag „Europäische Gemeinschaften und BRD — Zur Verflechtung der nationalen und der gemeinschaftlichen Politik" (S. 39—91) gelangt zu scheinbar neuen Resultaten; denn er konstatiert, daß sich die Integration „trotz aller Krisen ... konsequent fortentwickelt" (S. 39). „Durch eine ständige und konsequente Politik der vom Sachzwang geleiteten kleinen Schritte wurde mosaikartig eine Vielzahl von Gemeinschaftsbindungen geschaffen. Dieser Prozeß, der sich vielfach unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzieht, ist unverändert im Gang. Ihm verdankt die Gemeinschaft zu einem wesentlichen Teil ihre Dynamik und ihre Fortschritte" (S. 85). Wird diese optimistische Schlußfolgerung allerdings mit der Substanz der Analyse konfrontiert, so muß gefragt werden, ob hier nicht eher der Wunsch der Vater solch optimistischer Gedanken ist. Das Spannungsverhältnis zwischen gemeinschaftlicher und nationaler Politik, das im Zentrum der Betrachtung der politischen Strukturen wie der Entscheidungsprozesse steht, hat sich auf jeden Fall verschärft. Everling muß nämlich — durchaus in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Bielefelder Arbeitsgruppe — feststellen, daß in den für die Integration konstitutiven Politik-Bereichen von einer Vergemeinschaftung nicht gesprochen werden kann. Immer wieder muß der Verfasser eingestehen, daß bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen EWG-Politik — etwa auf dem Gebiet des Steuerrechts, der Wirtschafts- und Währungspolitik, der regionalen und sektoralen Strukturpolitik, der Agrarpolitik und der

---

[7]) Vgl.: Die Industriepolitik der Gemeinschaft. Memorandum der Kommission an den Rat. Brüssel 1970. Auch die immer wieder aufkommende Diskussion über die Errichtung eines westeuropäischen Chemiefaser-Investitionskartells unter der Kontrolle der Kommission, das weitere Überkapazitäten in diesem Sektor verhindern soll, zeigt die Richtung dieser industriepolitischen Konzeption.

Gesellschaftspolitik — nur „begrenzte Ergebnisse" erzielt bzw. eine eigenständige Gemeinschaftspolitik noch nicht entwickelt wurde. Der „unausweichliche Zwang", der sich aus der Einrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion ergeben soll, ist — angesichts der realen Schwierigkeiten, die sich jetzt schon beim Übergang in die zweite Stufe ergeben — ein nur schwach fundiertes Glaubensbekenntnis, das jedoch keineswegs die These vom stetigen Fortschreiten der Integration zu begründen vermag. Daß die EWG durch ihre Außenwirtschaftspolitik zugleich den Spielraum der nationalen Politiken — etwa der Außen- und Militärpolitik der BRD — einschränkt (S. 73), ist eine jener Einsichten, die gemeinhin als Binsenwahrheit bezeichnet werden. Theoretische und empirische Analysen der Integration haben sich aber — wollen sie ernst genommen werden — gegenwärtig nicht mit selbstverständlichen Erscheinungsformen der gewiß unbestrittenen Realität der EWG zu beschäftigen, sondern sollten sich um eine Antwort auf die Frage nach den Bedingungen ihrer inneren Stagnation, eben des vertieften Widerspruchs zwischen Innen- und Außenentwicklung, zwischen Gemeinschafts- und Nationalstaatspolitik bemühen.

Der Beitrag von *Rudolf Morawitz* im gleichen Band (Perspektiven der Verflechtung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion" [S. 93—118]) bemüht sich zumindest, einige jener Ursachen zu benennen, die den „Durchbruch zur Schaffung eines echten Binnenmarktes" behindern, und die gegenwärtige „Europamüdigkeit" (S. 94) erklären zu helfen. Die Ungleichmäßigkeiten und Widersprüche der ökonomischen, politischen und regionalen Strukturen zwischen den und innerhalb der Mitgliedstaaten der EWG bilden die Grundlage von manifesten Interessengegensätzen — besonders zwischen Frankreich und der BRD — und reproduzieren auf diese Weise immer wieder die unüberwindbaren Hindernisse für die Formulierung einer wirklichen Gemeinschaftspolitik. Gerade die Unterschiede zwischen der hohen „internationalen Wettbewerbsfähigkeit der (west-) deutschen Industrie" und der daraus resultierenden Weltmarktorientierung der Wirtschafts- und Währungspolitik der BRD-Regierung auf der einen und der relativ schwachen, auf den nationalen und den EWG-Markt konzentrierten französischen Industrie, die durch die „merkantilistische" Währungspolitik der französischen Regierung zwischen 1958 und 1968 gestützt werden mußte (S. 98), auf der anderen Seite verweisen auf die Unmöglichkeit eines nur bilateral befriedigenden Interessenausgleiches. Wird zudem berücksichtigt, daß gegenwärtig die italienische Regierung aufgrund der besonderen ökonomischen und politischen Widersprüche des Landes die Rückkehr in den Kreis der EWG-Blockfloating-Länder von der Errichtung eines großen europäischen Währungsfonds und von einer umfassenden europäischen Regionalpolitik abhängig macht — Forderungen, die gewiß nicht in absehbarer Zukunft einzulösen sind —, so wird das Dilemma des bisherigen „asymmetrischen" Verlaufs des Integrationsprozesses (S. 103 ff.) um so deutlicher. Auch die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die nach Morawitz mit der Währungspolitik zu parallelisieren ist, steht vor der unüberwindbaren Schwierigkeit, eine „endlose Reihe von unterschiedlichen Regeln und Instrumenten der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik" auf einen Nenner zu bringen. „Eine vergleichende Bestandsaufnahme der wirtschaftspolitischen Instrumente in den EWG-Ländern bietet ein buntes Bild. Ein dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (der BRD, d. V.) vergleichbares Instrument gibt es in keinem Partnerstaat. Dafür aber: Planifikation, Devisen-Zwangswirtschaft in mehr oder weniger offener Form, Beschränkung der ausländischen Investitionen und der Kapitalströme, selektive Kreditkontrolle als Mittel der Wirtschaftssteuerung, Lohnstopp, Mindestlöhne, Lohngleitklauseln, zweifelhafte Tarifautonomie, hoher Anteil staatlich kontrollierter und gegängelter Wirtschaftsunternehmen, inter-

ventionsträchtige Staatshaushalte und Steuerpolitik" (S. 106). Der Vorschlag des Verfassers für eine neue Kompetenzaufteilung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen Gemeinschaft und Nationalstaaten, der eine Übertragung wesentlicher wirtschaftspolitischer Entscheidungs- und Steuerungskompetenz auf die Gemeinschaftsorgane vorsieht (S. 109), erscheint daher als reichlich utopisch; denn: „Ohne eine Vereinheitlichung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Gemeinschaft wird es ... schwerlich eine entscheidende Umstrukturierung der Gemeinschaftsorgane geben" (S. 112).

Faßt man die Ergebnisse der bürgerlichen Sozialwissenschaften zum Verlauf und zum Grad der westeuropäischen Integration zusammen, ergibt sich zweifellos eine positive Antwort auf die auch von bürgerlichen Journalisten immer wieder gestellte Frage nach der „Existenzkrise der EWG" [8]). Überwiegend werden die Chancen der Herstellung eines Binnenmarktes, der Vergemeinschaftung der Politik und des harmonischen Ausgleichs der Interessen pessimistisch beurteilt. Dies gilt zumal für die Perspektive der eingeleiteten Wirtschafts- und Währungsunion, die in der Regel als labiler Kompromiß qualifiziert wird, da ihr der Unterbau harmonisierter Wirtschafts- und Sozialstrukturen, eines Kapitalmarktes und schließlich einer gemeinsamen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik fehle. Gleichwohl spiegelt das Spektrum divergierender Strategien, die zur Überwindung der gegenwärtigen Stagnation und Renationalisierung vorgeschlagen werden, die unterschiedlichen Interessen wider, die auch die Europa-Politik der BRD-Regierung prägen und die in der jüngsten gaullistischen Kritik am vorgeblichen Abrücken der Bonner Politik von der Gemeinschaft an die Oberfläche der politischen Auseinandersetzungen gedrungen sind. Solche Strategiekonzepte schwanken zwischen der bewußt selbständigen Außenwirtschaftspolitik der BRD, die auch das Scheitern der EWG nicht scheuen sollte, und dem blinden Vertrauen auf den Eigenmechanismus, den unausweichlichen Sachzwang fortschreitender Integration. Offensichtlich reproduzieren sich hier — wenn auch in modifizierter Form — jene kontroversen Positionen, die schon in der „Gründerphase" der EWG sowohl die Europa-Ideologie als auch die Politik der BRD-Regierung und des westdeutschen Kapitals bestimmten. Auf der einen Seite bildet die überlegene Stellung der westdeutschen Exportindustrien — nicht nur auf den EWG-Märkten, sondern auf dem Weltmarkt — die Grundlage für das Konzept des systematischen nationalen Ausbaus dieser Position, auch auf Kosten der Gemeinschaft. Auf der anderen Seite überwiegen diejenigen Überlegungen, die die Gemeinschaft nach wie vor als Basis der Stabilisierung der Weltmarktposition des westdeutschen Kapitals und der Sicherung seiner ökonomischen Führungsrolle in Westeuropa sowie als ein Instrument zur Stärkung des globalen politischen und militärischen Einflusses der BRD — vor allem auch gegenüber den sozialistischen Staaten — erhalten und ausbauen möchte. Es liegt auf der Hand, daß gerade diese Strategie immer wieder zu Kompromissen gezwungen wird, in denen kurzfristige Profit- und Machtinteressen gegenüber langfristigen Interessen zurückgestellt werden müssen. Zugleich wirkt jedoch diese Politik der Kompromisse (nicht: der Harmonisierung), die die EWG *und* die Autonomie nationaler Interessen zu bewahren sucht, als eine wesentliche Bedingung der Stagnation der letzten Jahre.

Das reale Dilemma der „Europamüdigkeit" wird noch in der wissenschaftlichen Hilflosigkeit, die Ursachen der Stagnation zu erklären, verdoppelt. Abgesehen von dem — im Ansatz einleuchtenden — Versuch von R. Morawitz, die politische „Asymmetrie" des Integrationsprozesses aus der ungleichmäßigen Entwicklung

[8]) So H. H. Götz, „Die EWG vor der Existenzkrise?", in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 7. 8. 1973.

der gesellschaftlichen und politischen Strukturen herzuleiten, rekurriert die Mehrzahl der bürgerlichen Sozialwissenschaftler auf das Symptom des „mangelnden politischen Willens" zur Integration, dessen Wurzeln letztlich in der Konsistenz des Nationalbewußtseins bzw. der Nationalinteressen gesehen werden. Ihre Erklärung wiederum liegt außerhalb der Kategorien einer nationalökonomisch oder politologisch orientierten Integrationsanalyse. Diese Tendenz zur Psychologisierung der Integrationswidersprüche bestätigt den desolaten Zustand der Theorie der internationalen Integration, die *Erwin Häckel* in seinem Beitrag „Theoretische Aspekte der regionalen Verflechtung" für den Band „Regionale Verflechtung der BRD" (S. 15—38) diskutiert. Er unterscheidet zwei Grundpositionen der Integrationstheorie: die eine nehme die „systemare Interdependenz der internationalen Politik", die andere die „politische Eigenständigkeit der Nationalstaaten" zum Ausgangspunkt der Analyse (S. 24). Für beide Auffassungen findet Häckel „gewichtige Argumente". „Die Kontroverse zwischen der optimistischen und der skeptischen Betrachtungsweise, die einmal den regionalen Verflechtungsprozeß und auf der anderen Seite die Autonomie der Nationalstaaten hervorhebt, ist beim heutigen Forschungsstand weder theoretisch noch empirisch zu lösen, ihre Positionen können nicht belegt und nicht widerlegt werden" (S. 27). Auch das Scheitern des „klassischen", neofunktionalistischen Ansatzes der Integrationstheorie (Hass, Lindberg u. a.) [9]), der bis zur EWG-Krise Mitte der 60er Jahre die politikwissenschaftliche Diskussion beherrschte und der — wie Häckel zu Recht betont — als „die offizielle Ideologie der Gemeinschaft" (genauer müßte es heißen: der Kommission) (S. 25) noch an Einfluß gewann, indiziert die allgemeine Verunsicherung der Integrationstheorie.

In diesem unvermittelten Nebeneinander verschiedener theoretischer Ansätze, die sich „immer noch weitgehend im Stadium der Spekulation, des Raisonierens, des Experimentierens mit Modellen und Perspektiven" bewegt (S. 36), reflektiert sich zweifellos die Spannung zwischen dem Fortschreiten internationaler — vor allem ökonomischer und technologischer — Verflechtungsprozesse und der wachsenden Bedeutung des Nationalstaates, genauer: der nationalstaatlichen Regulierungsfunktion für die nationalen wie internationalen Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale. Dennoch ist der von Häckel zusammengestellte Aufgabenkatalog für die theoretische und empirische Erforschung der Integration (S. 36 ff.) kaum geeignet, die von ihm skizzierten Schwächen der bisherigen Diskussion zu überwinden. Die u. a. geforderte Präzisierung des Integrationsbegriffes, die erneute Frage nach den „Zielen und Werten der Integration", selbst die emphatische Infragestellung des Begriffs „des Politischen" wird den Rahmen der herkömmlichen bornierten Betrachtungsweise kaum zu sprengen vermögen, zumal Häckel mit seiner formalistischen Definition des Integrationsbegriffes [10]) sowie mit seiner positivistisch-tautologischen Bestimmung dessen, was unter „Theorie" zu verstehen sei [11]), a priori solche tradierten Wege der Begriffslosigkeit einschlägt.

Gilbert Ziebura knüpft in seiner zusammenfassenden Schlußbetrachtung zu den Einzelbeiträgen des Bandes „Regionale Verflechtung der BRD" (S. 293—311) an diese Widersprüche und Schwächen der positivistischen Integrationstheorien an und wirft eine Reihe bemerkenswerter Fragestellungen auf, die in der Tat die

[9]) Vgl. dazu Sidjanski/Haas/Lindberg u. a., Erfolge und Krisen der Integration. Zusammengestellt und eingeleitet von Beate Kohler, Köln 1970.
[10]) „Integration . . . bezeichnet einen Prozeß der Gemeinschaftsbildung; politische (nationale, regionale, internationale) **Integration ist der Prozeß der politischen** (nationalen, regionalen, internationalen) Gemeinschaftsbildung" (S. 18).
[11]) „Theorie" wird verstanden „. . . als ein in sich geschlossenes System allgemeingültiger Aussagen mit dem Zweck, empirische Vorgänge zu erklären, d. h. untereinander und mit ihrer Umwelt in Beziehung zu setzen" (S. 17).

Integrationstheorie aus ihrer funktionalistischen und regionalen Beschränkung herausführen könnten. Zunächst bemüht er sich darum, die Theorie der internationalen Beziehungen ebenso wie die Theorie der regionalen Integration methodisch von der Abstraktionsebene inhaltloser „Sachzwänge" abzulösen und auf den Begriff der gesellschaftlichen Wirklichkeit selbst zu orientieren. „Der Hauptgrund für das Ungenügen der Theoriebildung ... liegt in der Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der objektiven Verhältnisse selber" (S. 299). Richtig sieht er zugleich, daß der regionale vom universalen Prozeß der Verflechtung nicht isoliert werden kann, wobei der Begriff der Verflechtung informelle sozialökonomische Transnationalisierungsvorgänge bezeichnet und damit vom Begriff der Integration, der „Formalisierung und Institutionalisierung dieser transnationalen Verflechtung mit dem Ziel der Installierung transnationaler Entscheidungszentren", im Sinne einer Basis-Überbau-Beziehung abgehoben ist (S. 300). Auf diesem Wege gelangt Ziebura zum Verständnis des widersprüchlichen Zusammenhangs von zunehmender transnationaler Verflechtung auf der einen und dem Anwachsen der nationalstaatlichen Aufgaben auf der anderen Seite. „Verlangt nicht gerade der Umstand, daß dieser Internationalisierungsprozeß tief in die Existenzfragen der ihn tragenden Gesellschaften eingreift oder zumindest potentiell einzugreifen in der Lage ist und unweigerlich ‚soziale Kosten' verursacht, daß der Nationalstaat eine neue Funktion als regulatives Gegengewicht erhält und damit die Vermehrung seiner Kompetenzen rechtfertigt?" (S. 299/300) Für die Perspektive der westeuropäischen Integration, in der „die Verflechtungsprozesse ... noch ganz in den ersten Anfängen stehen" (S. 301), schließt sich daher als nächste Frage an, „ob die Ebene der europäischen Verflechtung einen spezifischen Wert besitzt angesichts ... der Konzentration und Zentralisation des nationalen Kapitals ..., die dann, wenn sie eine bestimmte qualitative Stufe erreicht hat, sich nicht regional, sondern global (in Gestalt der multinationalen Konzerne) entfaltet und organisiert" (S. 303). Da Ziebura diese objektiven Vorgänge als den Gegenstand begreift, an dem sich die Rekonstruktion der Integrationstheorie abzuarbeiten hätte, und gleichzeitig davon ausgeht, daß diese „sich aus der Natur kapitalistischer Produktionsweise" ergeben (S. 303), kann die Beantwortung der von ihm thematisierten Fragen nur vermittels einer am Marxismus orientierten Methode der politisch ökonomischen Analyse erfolgen.

Der Vorwurf von Häckel, daß die marxistische Theorie und Praxis gegenüber den aktuellen Problemen der internationalen Integration durch eine bemerkenswerte „Hilflosigkeit" charakterisiert sei (S. 37), fällt daher allemal auf den Autor zurück, der nicht einmal den Versuch unternimmt, diese Theorie und Praxis überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Immerhin vermag die marxistische Theorie — aufbauend auf die Imperialismustheorien — die Gesetzmäßigkeit der internationalen Verflechtungsprozesse und der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den führenden imperialistischen Staaten als einen Zusammenhang zu erklären, der nicht nur durch die Anforderungen der Produktivkraftentwicklung an die Akkumulations- und Verwertungsbedingungen des Kapitals und durch die wachsende Rolle des Staates im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bestimmt ist, sondern auch durch die periodische Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, die durch die protektionistische Außenwirtschaftspolitik der Nationalstaaten ebenso vermittelt ist wie durch die internationale Monopolisierung. Und darüber hinaus hat die marxistische Theorie auf der Ebene der theoretischen und empirischen Konkretisierung dieser allgemeinen Gesetze kapitalistischer Entwicklung in der historischen Bewegung des Integrationsprozesses und der inneren Struktur des gesamtimperialistischen Systems nach 1945 durchaus die widersprüchlichen Triebkräfte dieser Bewegung herauszuarbeiten und ihre Ent-

wicklungsrichtung zu bestimmen vermocht: den Einfluß der Herausbildung des sozialistischen Staatensystems; die Bedeutung des beschleunigten Zerfalls der traditionellen Kolonialsysteme; den Einfluß der westeuropäischen Arbeiterbewegung in der Nachkriegsperiode; die widersprüchliche Interessenkonstellation zwischen den westeuropäischen Staaten — besonders zwischen der BRD und Frankreich — sowie zwischen den verschiedenen Zentren des Imperialismus, deren widersprüchliche Interessen sich zunehmend als ein bestimmender Faktor des internationalen kapitalistischen Systems herauskristallisieren. Gewiß besteht für die marxistischen Gesellschaftswissenschaften gegenwärtig die Aufgabe, durch die Analyse der Spezifik des westeuropäischen Integrationsprozesses — insbesondere der Analyse des Verhältnisses von Ökonomie und Politik sowie der Dialektik von inneren und äußeren Triebkräften der kapitalistischen Entwicklung [12]) —, aber auch durch die politisch-ökonomische Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals Erkenntnisrückstände abzubauen. Solche Erkenntnisse werden allerdings kaum dazu beitragen, die kapitalistische Integration zu beschleunigen bzw. die Realisierungsbedingungen der Europa-Strategie des westdeutschen Kapitals zu optimieren. Der Zusammenhang von Theorie und Praxis in der marxistischen Integrationstheorie wird sich in dem Maße erweisen, wie sich die wissenschaftliche Erkenntnis dieser Prozesse mit den praktischen Kampferfahrungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung verbindet und so dazu beiträgt, bereits vorhandene Ansätze einer nationalen und internationalen Strategie der Arbeiterbewegung zur Demokratisierung der EWG und zur friedlichen Zusammenarbeit aller Staaten Europas mit den nationalen Zielen der Arbeiterklasse zu verbinden und damit weiterzuentwickeln [13]).

Zu Theorie und Praxis der Jungsozialisten in der SPD

Von Christoph Butterwegge

Mit inzwischen 350 000 Mitgliedern, organisiert in 4500 örtlichen Arbeitsgemeinschaften, sind die Jungsozialisten gegenwärtig der größte politische Jugendverband Westeuropas [1]). Im Mittelpunkt unserer Darstellung von Theorie und Praxis der Jungsozialisten steht ein chronologischer Abriß der wichtigsten politischen Entwicklungsstufen des Verbandes auf Bundesebene. Im Rahmen unserer Fragestellung müssen jedoch zunächst die Mitgliederstruktur der Juso-Gruppen sowie eingespielte Mechanismen des innerverbandlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses einer kritischen Prüfung unterzogen werden, soll abschließend eine realistische Einschätzung der Chancen für eine theoretische und programmatische Weiterentwicklung der jungsozialistischen Diskussion vorgenommen werden können.

12) Vgl. z. B. L. Maier, Die allgemeine Krise des Kapitalismus, in: „IPW-Berichte", 5/1973, S. 2—16.
13) Vgl. als Ansatz: Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Köln 1972, bes. S. 59—64.
1) Vgl. Johano Strasser, Jungsozialisten: Doppelstrategie für eine sozialistische Gesellschaft, in: Jahrbuch 1971/72 Ring Politischer Jugend, Bonn o. J., S. 60.

I

Status der Jungsozialisten

Die Jungsozialisten sind eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welches bestimmt, daß auf Beschluß des Parteivorstandes für besondere Aufgaben Arbeitsgemeinschaften gebildet werden können, deren Tätigkeit „nach vom Parteivorstand hierfür beschlossenen Grundsätzen" erfolgt [2]).

Am 21. Februar 1972 erließ der Parteivorstand „Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD", die den innerparteilichen Status der Arbeitsgemeinschaften definieren und einen Funktionsrahmen abstecken, der von diesen je nach ihrem politischen Standort, dem eigenen Selbstverständnis und der innerparteilichen Gewichtigkeit mit verschiedenem Inhalt gefüllt wird.

Die Autonomie der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften schränken vor allem folgende Bestimmungen ein:

1) Die Arbeitsgemeinschaften sind keine Gliederungen im Sinne des Organisationsstatuts und haben daher nicht das Recht, Anträge an Parteitage zu stellen.

2) Die Finanzhoheit wird den Arbeitsgemeinschaften verweigert: „Soweit sie materielle und finanzielle Zuwendungen erhalten, müssen diese Mittel im Einverständnis mit den zuständigen Vorständen der Partei verwendet werden" [3]).

3) Die Öffentlichkeitsarbeit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften hat „im Einvernehmen" mit den zuständigen Vorständen der Partei zu erfolgen.

4) Nur Parteimitgliedern stehen Antragsrecht, Stimmrecht, aktives und passives Wahlrecht in den Arbeitsgemeinschaften zu.

5) Die Satzungsautonomie wird verweigert; die Arbeitsrichtlinien der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften bedürfen der Genehmigung des Parteivorstandes.

Organisationsaufbau

Der Organisationsaufbau der Jungsozialisten entspricht dem der SPD [4]). Die kleinste Organisationseinheit des Juso-Verbandes bildet die örtliche Arbeitsgemeinschaft. Diese ist dem Ortsverein der Partei zugeordnet und faßt dessen Mitglieder bis zu 35 Jahren zusammen. Zur Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft werden auch Nichtmitglieder der SPD angeregt.

Die Organe der Jungsozialisten sind der Bundeskongreß, der Bundesausschuß und der Bundesvorstand. Der Bundeskongreß, dem Bundesparteitag der SPD vergleichbar und das oberste Beschlußgremium der Jungsozialisten, findet seit 1969 jährlich statt. Ihm obliegen insbesondere die Kontrolle der Arbeit des Bundesvorstandes und -ausschusses, die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge sowie die Wahl des Bundesvorstandes und des Bundessekretärs, der vom Parteivorstand angestellt wird und das Bundessekretariat der Jung-

2) § 10 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Handbuch für die Jungsozialistenarbeit, Bonn 1971, S. II/3 (Nachtrag).
3) Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD, beschlossen durch den Parteivorstand am 21. 2. 1972 gemäß § 10 des Organisationsstatuts, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Handbuch für die Jungsozialistenarbeit, a. a. O., S. VII/1 (Nachtrag).
4) Vgl. zum folgenden: Richtlinien der Jungsozialisten in der SPD, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Beschlüsse des ordentlichen Bundeskongresses der Jungsozialisten in der SPD in Bonn-Bad Godesberg vom 9. bis 11. 3. 1973, Bonn o. J., S. 19 f.

sozialisten leitet. Unabhängig von seiner Größe entsendet jeder der 22 Bezirke einen Vertreter in den Bundesausschuß. Der Oberhausener Bundeskongreß (26.—27. Februar 1972) legte die Stellung und Aufgaben des Bundesausschusses fest [5]). Demnach ist dieser das höchste politische Beschlußgremium der Jungsozialisten zwischen den Bundeskongressen; die Mitglieder des Bundesvorstandes sind ihm rechenschaftspflichtig und nehmen an seinen Sitzungen ohne Stimmrecht teil.

Der seit dem Bremer Bundeskongreß (11.—13. Dezember 1970) aus dem Vorsitzenden und sechs Beisitzern (Stellvertretern) bestehende Juso-Bundesvorstand ist für die Ausführung bzw. Weiterleitung der Beschlüsse des Bundeskongresses und -ausschusses zuständig. Der Bundesvorstand erledigt die laufenden Geschäfte und vertritt die Jungsozialisten in der Öffentlichkeit.

Mitgliederstruktur

Da repräsentatives Zahlenmaterial über die soziale Strukturierung der Juso-Arbeitsgemeinschaften nicht vorliegt, soll hier auf die Ergebnisse einer Umfrage zurückgegriffen werden, die in den letzten drei Monaten des Jahres 1971 im Unterbezirk Dortmund durchgeführt worden war. Zwar kann die „Untersuchung zur Organisation und Information der Jungsozialisten" keine Repräsentativität für den Gesamtverband beanspruchen, doch darf man davon ausgehen, daß die Umfrageergebnisse die soziale Rekrutierung der aktiven Dortmunder Jungsozialisten (definiert als die Gruppe derjenigen, die kontinuierlich, temporär oder sporadisch in den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ihrer Arbeitsgemeinschaft eingreifen und an deren Versammlungen teilnehmen) widerspiegeln [6]). Die Untersuchungsresultate vermitteln jedoch nicht nur einen empirisch fundierten Einblick in die soziale Anatomie der befragten Gruppen, sondern verdeutlichen auch strukturelle, organisatorische und technische Schwierigkeiten der Juso-Basisorganisation, wodurch insbesondere das Verständnis der Beschränktheit ihrer politischen Alltagspraxis wesentlich erleichtert wird. Es hat in der Vergangenheit immer wieder Bestrebungen seitens sozialdemokratischer Spitzenfunktionäre und einzelner Untergliederungen gegeben, durch eine drastische Senkung der oberen Juso-Altersgrenze von 35 auf 25 oder 30 Jahre den innerparteilichen Einfluß der Jungsozialisten und ihr Gewicht in der Öffentlichkeit herabzumindern. Zwar stehen die Jungsozialisten gerade einer unter taktischen Vorzeichen von der Partei verfügten Herabsetzung der oberen Altersgrenze scharf ablehnend gegenüber, doch scheint die von einigen Autoren geäußerte Vermutung unzutreffend zu sein, daß die Senkung des Juso-Höchstalters automatisch „eine erhebliche Schwächung des organisatorischen Rückhalts" der Jungsozialisten nach sich ziehe [7]). Die gewöhnlich zur Untermauerung dieser Behauptung herangezogenen Zahlen einer auf Beschluß des Juso-Bundesausschusses im Januar 1969 durchgeführten Befragung, nach denen eine Herabsetzung der Altersgrenze auf 25 Jahre in 80 % der Arbeitsgemeinschaften und eine Herabsetzung auf 30 Jahre immer noch in 14 % der Arbeitsgemeinschaften über die Hälfte der Mitglieder treffen würde [8]), dürften einer Prüfung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr standhalten.

---

5) Vgl. den Beschluß „Aufgaben des Bundesausschusses" des Oberhausener Bundeskongresses der Jungsozialisten, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Handbuch für die Jungsozialistenarbeit, a. a. O., S. XIII/9 f. (Nachtrag).

6) Vgl. Christoph Butterwegge, Organisation und Information der Jungsozialisten, in: „Die neue Gesellschaft", Nr. 9/1972, S. 678 ff.

7) Vgl. Emil-Peter Müller, Juso-Sozialismus, Programm und Strategie der Jungsozialisten in der SPD, Köln 1972, S. 17.

8) Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1968/1969, Bonn-Bad Godesberg o. J., S. 254.

So erbrachte die Dortmunder Untersuchung ein Durchschnittsalter von 24,2 Jahren. Mehr als die Hälfte der Befragten waren 23 Jahre alt oder jünger. Von den Dortmunder Jungsozialisten wären nur noch knapp über 15 % durch die Herabsetzung des Höchstalters auf 30 Jahre getroffen worden. Zu erklären ist die allgemein feststellbare Verjüngungstendenz in erster Linie mit der in München 1969 vollzogenen programmatischen Kursänderung der Jungsozialisten [9]), die in den Funktionärskörper des Verbandes Lücken riß, welche in der Folgezeit vornehmlich durch das Nachströmen jüngerer, von der Außerparlamentarischen Opposition beeinflußter Kräfte geschlossen wurden.

Die weiblichen Mitglieder sind im Kreis der aktiven Jungsozialisten deutlich unterrepräsentiert. Der merklich schlechtere Informationsstand und das geringe Interesse an politischen Problemstellungen läßt sich sowohl auf das niedrige Durchschnittsalter (das Durchschnittsalter der weiblichen Befragten lag in Dortmund bei 20,9 Jahren, dasjenige der männlichen Befragten bei 25,0 Jahren) als auch auf die Mitläuferfunktion vieler weiblicher Mitglieder zurückführen: Das politisch eher indifferente Mädchen/Frau begleitet den engagierten Freund/Mann zu den Versammlungen der Juso-Gruppe, ohne mehr als ein oberflächliches solidarisches Interesse an deren politischer Arbeit zu entwickeln. Hier zeigt sich das deprimierende Resultat einer geschlechtsspezifischen Sozialisation, die das Mädchen von frühester Jugend an in das Korsett einer gesellschaftlich definierten Frauenrolle zwängt und in strenge parteipolitische Abstinenz einübt.

In seiner Rede zum Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes nannte der damalige Bundesvorsitzende Karsten Voigt auf dem Oberhausener Juso-Kongreß einige interessante Zahlen zur Berufsstruktur des Gesamtverbandes. Demnach wären ca. 31 % der Jungsozialisten Angestellte, 24 % Arbeiter, 22 % Beamte und 11 % Studenten [10]). Voigt wies in diesem Zusammenhang besonders auf die Tatsache hin, daß der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Mitgliedschaft bei den Jungsozialisten sowohl absolut als auch prozentual größer ist als bei den Jugendorganisationen von CDU, CSU und FDP [11]).

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte die Dortmunder Untersuchung, die nur in den Arbeitsgemeinschaften aktive Jungsozialisten erfaßte, während die sogenannten Karteileichen unberücksichtigt blieben. Von den 196 befragten Jungsozialisten aus 29 Arbeitsgemeinschaften waren ca. 33 % Angestellte, 22 % Schüler/Studenten, 18 % Arbeiter, 14 % Beamte und 7 % Auszubildende. Das vorliegende empirische Material läßt zwar eine genaue Klassenanalyse des Verbandes nicht zu, doch kann festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft deutlich unterrepräsentiert ist. Der aktive Kern der jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften rekrutiert sich überwiegend aus den lohnabhängigen Zwischenschichten. Neben vielfach um ihrer beruflichen Karriere willen in der SPD organisierten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes läßt sich ein stark studentischer Einschlag verzeichnen, von dem die politische Ausrichtung des sozialdemokratischen Jugendverbandes entscheidend geprägt wird.

Arbeitsweise

Trotz unübersehbarer Fortschritte auf informationspolitischem Gebiet sind die für die Programmatik des Gesamtverbandes maßgeblichen Resolutionen im Be-

[9]) Vgl. Kapitel II.
[10]) Vgl. Karsten D. Voigt, Rede zum Rechenschaftsbericht, gehalten am 26. 2. 1972 in Oberhausen, hektographiertes Manuskript, S. 9.
[11]) Ebd.

reich der Juso-Basisorganisation weitgehend unbekannt. Beschränkte sich die Aneignung programmatisch-theoretischer Grundlagen bislang nahezu ausschließlich auf besonders interessierte, autodidaktisch befähigte Mitglieder, so müssen die Arbeitsgemeinschaften zukünftig selbst durch die Intensivierung theoretischer Schulung, systematische Aufarbeitung und kollektive Vermittlung des von den höheren Juso-Gliederungen zu beziehenden Informationsmaterials die Voraussetzungen für eine Abkehr vom heute vielerorts anzutreffenden isolierten Pragmatismus schaffen. Noch immer überwiegt die Neigung, traditionelle Arbeitsmodelle und Versammlungsmuster der sozialdemokratischen Basisorganisation kritiklos zu übernehmen, was die Gefahr heraufbeschwört, daß die Juso-Arbeitsgemeinschaft zum „Ortsverein im Ortsverein" entartet, mit ähnlichen Problemen, gleichen strukturellen Erstarrungstendenzen und derselben eher apolitischen Konsummentalität.

II

Ohne die politisch-programmatische Entwicklung der Jungsozialisten leichtfertig in ein starres, die Komplexität historischer Prozesse deformierendes bzw. simplifizierendes Schema zu zwängen, läßt sich die Geschichte des sozialdemokratischen Jugendverbandes von seiner Nachkriegsgründung bis zum Anfang der 70er Jahre in die folgenden drei Perioden unterteilen: Patronisierungs-, Politisierungs- und Polarisierungsphase.

Die Patronisierungsphase

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war das Verhältnis zwischen Jungsozialisten und SPD dadurch gekennzeichnet, daß die Partei gegenüber ihrem Jugendverband als Schutzherrin fungierte und von ihm in dieser Rolle akzeptiert wurde. Während der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus in politischer Unmündigkeit verharrend, kam die sozialdemokratische Nachwuchsorganisation nicht über das Selbstverständnis der Jugendabteilung eines Sportvereins hinaus.

Bereits im Jahre 1945 waren vereinzelt Gründungen auf lokaler Ebene erfolgt, doch wurde die offizielle Wiedergründung der jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaft erst im Mai 1946 vorgenommen, als die SPD in Hannover ihren ersten Parteitag nach dem Krieg abhielt. Ein halbes Jahr später stellte der Parteivorstand einen für die Jungsozialisten-Arbeit zuständigen „Zentralsekretär" an, was vordergründig mit der Notwendigkeit gerechtfertigt wurde, eine „zentrale Sichtung und Lenkung des gesamten Schulungs- und sonstigen Materials" vornehmen zu müssen [12]). Unter dem Deckmantel einer Effektivierung der Organisation waren die Führungsgremien der deutschen Sozialdemokratie in der Folgezeit darum bemüht, den wiedergegründeten Jugendverband „straff zu zentralisieren" [13]). Auf diese Weise sollten solche Konflikte verhindert werden, wie es sie während der Zeit der Weimarer Republik gegeben hatte, als die Jungsozialisten schließlich sogar aufgelöst wurden [14]).

In den ersten beiden Jahrzehnten nach der erfolgten Wiedergründung freilich konnte die Parteispitze aufgrund unleugbarer Erfolge der angewandten Patronisierungsstrategie mit ihrer Nachwuchsorganisation durchaus zufrieden sein. Während dieser Zeit richteten sich nur vereinzelte Sanktionen gegen völlig iso-

12) Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946, Bonn o. J., S. 32.
13) Gert Börnsen, Innerparteiliche Opposition, Hamburg 1969, S. 23.
14) Vgl. ebd., S. 18 ff.

liert agitierende Jungsozialisten, die von der breiten Basis ihrer Arbeitsgemeinschaft keinerlei Unterstützung zu erwarten hatten. Denn die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, nach Aussage einer neueren Werbebroschüre ihres Bundesvorstandes bis weit in die 60er Jahre „lammfrommes Anhängsel der SPD" [15], verkörperte den Prototyp einer parteivorstandskonformen Jugendorganisation und war Übungsplatz für sozialdemokratische Parteiloyalität schlechthin.

Überhaupt kennzeichnete ein nahezu ungetrübtes Verhältnis zwischen Jugendverband und Sozialdemokratie diese Entwicklungsperiode, was zweifellos darin begründet lag, daß die Parteispitze jungsozialistische Initiativen vom frühestmöglichen Zeitpunkt an unter ihre Fittiche nahm, um freiwerdendes Konfliktpotential in die von ihr bestimmten Bahnen lenken zu können. Dies geschah durch finanzielle Beteiligung ebenso wie über organisatorische und personelle Anbindung des Parteiapparates bei konfliktträchtigen Vorhaben der Jungsozialistengremien. Eine solche Taktik konnte indes nur gelingen, weil ein Großteil junger Sozialdemokraten in der Arbeitsgemeinschaft ohnehin nichts anderes als ein willkommenes Sprungbrett für die ersehnte Parteikarriere sah, eine Vorstellung, die in idealer Weise mit der dem Jugendverband von der Parteiführung zugedachten Aufgabe als Rekrutierungsbasis des sozialdemokratischen Funktionärsnachwuchses korrespondierte. Wegen der überwiegend opportunistischen und karrierebeflissenen Grundeinstellung der führenden Funktionsträger jener Tage kann auch die Tatsache nicht überraschen, daß sämtliche Bundesvorstandsmitglieder der Jungsozialisten aus den Jahren bis 1967 dem Siebten Deutschen Bundestag angehören, der ehemalige Bundesvorsitzende Dr. Günther Müller jedoch — vielleicht ebenso bezeichnend — als Mitglied der CDU/CSU-Fraktion. Im Mittelpunkt der Juso-Aktivitäten stand eine zentralistisch konzipierte Schulungsarbeit, die als jugendspezifischer Transmissionsriemen der reformistischen Ideologeme sozialdemokratischer Anpassungspolitik fungierte und den linientreuen Nachwuchsfunktionären den letzten Schliff für ihren innerparteilichen Aufstieg geben sollte. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes beschränkte sich auf eine positive Selbstdarstellung und unreflektierte Sympathiewerbung in der bundesdeutschen Jugend für eine Sozialdemokratische Partei, welche die Integration in ein Gesellschaftssystem propagierte, dessen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen sie über Jahrzehnte hinweg als unmenschlich gebrandmarkt hatte. Die Jungsozialisten billigten den Godesberger Kurswechsel der Sozialdemokratie, obwohl selbst der ideologisch-phraseologischen Flexibilität des Programmentwurfs nicht die Verschleierung seiner Absicht gelingen konnte, sozialistische Theorie endgültig zu eliminieren. Ihre Hauptaufgabe erfüllten die Jungsozialisten jedoch in Wahlkampfzeiten: „sie organisierten Jungbürgerveranstaltungen und bildeten Plakatklebekolonnen, bei Großveranstaltungen der Partei stellten sie die Ordner" [16]. Obwohl unkritische Rezipienten des von der Parteispitze unablässig gepredigten „Sachlichkeits- und Gemeinsamkeitsfetischismus" [17], sollten die Jungsozialisten der Sozialdemokratie jenes jugendlich-dynamische Image vermitteln, das sie auf große Resonanz bei jungen und fortschrittlichen Wählergruppen hoffen ließ.

Die Politisierungsphase

Mitte der 60er Jahre ging nicht nur die Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus, sondern auch die Zeit des politischen Idylls der Jung-

15) Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Alle reden von den Jusos, Das wollen sie wirklich, Bonn o. J., S. 3.
16) Gert Börnsen, Innerparteiliche Opposition, a. a. O., S. 26.
17) Ebd., S. 27.

sozialisten allmählich ihrem Ende entgegen. Den sozialdemokratischen Jugendverband erfaßte ein politisch-programmatischer Gärungsprozeß, als dessen Fermente der Vietnam-Krieg, die Große Koalition und die Notstandsgesetzgebung bezeichnet werden können.

Auf dem Berliner Bundeskongreß des Jahres 1963 hatten Delegierte des traditionell linken Bezirks Hessen-Süd das Parteiestablishment mit der Forderung erschreckt, die Ostermarschbewegung auf die Tagesordnung zu setzen und die von der SPD-Führung gegenüber der Hallsteindoktrin bezogene Haltung zu diskutieren. Waren diese ersten schüchternen Politisierungsversuche noch am entschlossenen Widerstand einer überwältigenden Delegiertenmehrheit gescheitert, so zeigten die Auseinandersetzungen zwischen dem damaligen Bundesvorsitzenden Dr. Günther Müller und seinen Kritikern um den Hamburger Juso-Chef Herbert Ludz zwei Jahre später, daß sich die Jungsozialisten in einer Übergangsphase befanden und ein Wandel ihrer parteivorstandskonformen Friedlichkeitspolitik nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Zwar charakterisiert Börnsen den Hamburger Bundeskongreß 1965 ebenso wie seine Godesberger Fortsetzung im März des folgenden Jahres noch als reinen Akklamationskongreß [18]), doch dürfen darüber nicht die ersten Politisierungsansätze der sozialdemokratischen Nachwuchsorganisation vergessen werden, die sich u. a. in jener Antragsflut niederschlugen, welche die Vertagung der Bundeskonferenz nach Bad Godesberg erforderlich machte.

Obwohl die Führungsgremien der Jungsozialisten auf Bundesebene keine offizielle Erklärung zum Entschluß der SPD-Spitze abgaben, mit den Unionsparteien zusammen die neue Bundesregierung zu bilden, verdient doch die überwiegend ablehnende Haltung der Bezirke und Landesverbände in bezug auf die sozialdemokratische Koalitionsentscheidung Beachtung, denn es bleibt festzuhalten, „daß sich die Jungsozialisten mit ihren Stellungnahmen gegen die Große Koalition erstmals nach dem Kriege in einer politischen Frage von grundsätzlicher Bedeutung öffentlich gegen eine Entscheidung der Partei-Führung gestellt haben und damit zwangsläufig in die Nähe derer gerückt sind, die den Weg der SPD seit Godesberg ohnehin mit Skepsis verfolgt haben" [19]).

Auf dem Mainzer Bundeskongreß vom Dezember 1967 zeichneten sich die Konturen der politischen Umorientierung des sozialdemokratischen Jugendverbandes bereits deutlich ab. Das fraktionelle Patt des Kongresses spiegelte sich nicht nur in den verabschiedeten Resolutionen wider, sondern auch in der personellen Zusammensetzung des neuen Bundesvorstandes. Da weder die rechte noch die linke Gruppe über eine Mehrheit in diesem Gremium verfügte, gab das Zusammenspiel zwischen dem konservativen Bundesvorsitzenden Peter Corterier und der Parteispitze bei strittigen Entscheidungen den Ausschlag. Unterstützt wurde Corterier von Bundessekretär Ernst Eichengrün, der einzelne Beschlüsse des Juso-Vorstandes offen boykottierte.

Die Beratung der auf dem Mainzer Bundeskongreß nicht mehr behandelten Anträge fand ein halbes Jahr später in Frankfurt statt. Mittlerweile hatten sich die Kräfteverhältnisse weiter zugunsten der Linken verschoben, was allerdings weniger auf einen allgemeinen Bewußtwerdungsprozeß an der Juso-Basis als auf die zunehmende Politisierung des mittleren Funktionärskörpers zurückzuführen war. Dagegen machte die innerverbandliche Aufklärungskampagne trotz vielversprechender Ansätze in einigen Bezirken nur geringe Fortschritte. Anknüpfen konn-

18) Vgl. ebd., S. 42 f.
19) Helmut Bilstein u. a., Jungsozialisten — Junge Union — Jungdemokraten, Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik, Opladen 1971, S. 27 f.

ten die Jungsozialisten an Aktionen der SPD vor Godesberg sowie an Aktivitäten der Parteilinken beispielsweise in Schleswig-Holstein und im Bezirk Hessen-Süd (Wiederaufrüstungsdebatte, Kampagne „Kampf dem Atomtod" usw.).

Es ist später viel über den Einfluß der Außerparlamentarischen Opposition auf den allmählichen Gesinnungswandel des sozialdemokratischen Jugendverbandes gerätselt worden, ohne daß Einigkeit in dieser Frage erzielt werden konnte: Während Leo Bauer die These von der systematischen Unterwanderung des Jugendverbandes seiner Partei durch Teile der Außerparlamentarischen Opposition aufstellte [20]), vertrat der ehemalige Juso-Bundessekretär Ernst Eichengrün in einem nach ihm benannten vertraulichen Diskussionspapier für den Parteivorstand die Auffassung, die APO habe „mehr durch ihre zeitweiligen Erfolge bei der Jugend und ihre übergroße Publizität ansteckend als durch direkte Unterwanderung" gewirkt [21]). In der Tat darf die katalysatorische Wirkung der jugendlichen Protestbewegung auf innerverbandliche Emanzipationsbewegungen der sozialdemokratischen Nachwuchsorganisation keineswegs unterschätzt werden, kam doch dem von der APO ausgehenden Politisierungsschub eine mindestens ebenso große Bedeutung in bezug auf die allmähliche Distanzierung der Jungsozialisten vom pragmatisch-technokratischen Reformismus der Parteiführung zu wie jenen versprengten Mitgliedern der Außerparlamentarischen Opposition, die nach deren Zerfall der SPD beitraten und ihre im Kampf gegen die Herrschaftsorgane des spätkapitalistischen Gesellschaftssystems gesammelten Erfahrungen nun in den politischen Aufbruch der Jungsozialisten einbrachten. Von nun an erfüllten die Jungsozialisten im Rahmen der Gesamtpartei die Funktion, kritische Randgruppen an die SPD zu binden.

Bei der Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten für die Bundestagswahl 1969 suchten die Jungsozialisten, die sich selbst als Testamentsvollstrecker der APO verstanden, das Bündnis mit der regional unterschiedlich starken Altlinken und stellten Gegenkandidaten in erster Linie gegen solche Bundestagsabgeordnete auf, die sich während der Beratung über die reaktionären Notstandsgesetze der Großen Koalition mit Ordnungsparolen à la Strauß hervorgetan hatten. Insgesamt gab es dreimal mehr Kampfabstimmungen als in der Kandidatenaufstellung 1965 [22]). Wenn sich linke Gegenkandidaten auch nur in den seltensten Fällen gegen etablierte Sozialdemokraten behaupten konnten, so erfüllten Personaldebatten und Kandidatenbefragungen in den Ortsvereinen doch die wichtige Funktion, zur Politisierung der eher indifferenten Parteibasis beizutragen.

Die Polarisierungsphase

Schon Monate vorher von Vertretern der linken Bezirke in gemeinsamen Treffen intensiv vorbereitet, wurde der Münchener Bundeskongreß (5.—7. Dezember 1969) zum Tribunal für die konservativen Karrieristen des Juso-Bundesvorstandes und zum Forum für die politisch-programmatische Neuformierung der Jungsozialisten. Völlig zu Recht gilt der Münchener Kongreß heute als kopernikanische Wende des sozialdemokratischen Jugendverbandes hin zu einer sozialistischen Politik.

20) Leo Bauer laut „Der Spiegel" v. 15. 12. 1969, S. 31: „Fünftausend Apo-Leute haben den Verband unterwandert und umgedreht." Bauer wies dieses Zitat später als „freie Erfindung" des Hamburger Nachrichtenmagazins zurück.
21) Ernst Eichengrün, Zur Lage der Jungsozialisten, zit. nach: „rheinruhrspiegel", Magazin der Jungsozialisten in Nordrhein-Westfalen, Nr. 1/1970, S. 19.
22) Vgl. Gert Börnsen, Entwicklung des innerparteilichen Konflikts, in: Norbert Gansel (Hrsg.), Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 20.

Ebenso spektakulär wie der Vorstandssturz mußten Kongreßbeobachtern die meisten Sachentscheidungen des Münchener Delegiertentreffens erscheinen. Der Unmut des sozialdemokratischen Jugendverbandes über die politischen Verhältnisse der BRD schlug sich in einer Resolution zum Zustand und zur Aufgabe der SPD nieder. Der Bundeskongreß geißelte nicht nur den „falschen Pragmatismus" einer sich den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und der vorherrschenden Bewußtseinslage der westdeutschen Bevölkerung immer weiter anpassenden Sozialdemokratie, sondern beklagte auch die verhängnisvollen Folgen einer „weitgehenden Sterilität des Parteilebens" und forderte die konsequente Wahrnehmung der Interessen des lohnabhängigen Bevölkerungsteils, die Demokratisierung aller Lebensbereiche sowie die Überführung der Produktionsmittel „in die Nutzung und Verantwortung der Gesamtgesellschaft" [23]).

Zwar wußten die Jungsozialisten nach der intensiven politischen Vorbereitung gerade dieser Konferenz sehr genau, was sie nicht wollten, jedoch nicht recht, was sie wollten. Übereinstimmung herrschte in der emotionalen Ablehnung des Bestehenden („Überwindet den Kapitalismus . . ."), Uneinigkeit in der Einschätzung des Möglichen und der Gestaltung des Zukünftigen.

Da er konkrete Aussagen über strategische Ansatzpunkte ebenso wie organisatorisch-praktische Orientierungshilfen für die Untergliederungen weitgehend schuldig blieb, lag die Bedeutung des Münchener Bundeskongresses vor allem darin, „daß er ein Signal für das Wiedererwachen sozialistischen Denkens in der SPD darstellte und in seinen Beschlüssen die Richtung wies, in der die Suche nach einer konkreten Alternative zur Anpassungspolitik der SPD-Führung zu gehen hatte" [25]).

Die innerverbandliche Diskussion nach München wurde zunehmend von zwei Begriffen beherrscht, die für das Verständnis der neueren Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Jugendorganisation von zentraler Bedeutung sind: „Strategie der systemüberwindenden Reformen" und „Doppelstrategie".

Obwohl von Börnsen in seinem Buch über die Herausbildung einer „innerparteilichen Opposition", das vor dem Münchener Kongreß erschienen war und viel von Jungsozialisten gelesen wurde, bereits ausdrücklich erwähnt, waren beide Begriffe ebenso wie die mit ihnen umrissene strategische Gesamtkonzeption weder unmittelbar vor noch auf dem Bundeskongreß ein bestimmendes Thema der innerverbandlichen Diskussion gewesen. Wie Norbert Gansel mit Erstaunen feststellt, findet sich die Bezeichnung „Strategie systemüberwindender Reformen" in den Münchener Beschlüssen nur ein einzigesmal, und zwar in einer Resolution zur Bildungspolitik [26]). Da die dringend erforderliche Begriffspräzisierung durch Kongreßbeschlüsse der Jungsozialisten ausblieb, kann man, einem Aufsatz Knut Nevermanns aus dem Jahre 1968 folgend, Reformen im Gegensatz zu systemerhaltenden bzw. technokratischen Problemlösungsversuchen dann „systemüberwindend" nennen, wenn sie geeignet erscheinen, „bestehende Machtpositionen, die mittelbar oder unmittelbar Resultat des Eigentums an Produktionsmitteln sind, zu erobern, um sie der demokratischen Bestimmung jener zu unterwerfen, die von der Machtausübung betroffen werden" [27]).

[23]) **Zustand und Aufgabe** der SPD, Beschluß des Münchener Bundeskongresses, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Handbuch für die Jungsozialistenarbeit, a. a. O., S. III/1.
[24]) Entfällt.
[25]) Johano Strasser, Jungsozialisten: Doppelstrategie für eine sozialistische Gesellschaft, a. a. O., S. 62.
[26]) Vgl. Norbert Gansel, Die Strategie in der Diskussion der Jungsozialisten, in: Ders. (Hrsg.), Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?, a. a. O., S. 85.
[27]) Knut Nevermann, Zur Strategie systemüberwindender Reformen, in: Sozialdemokratie und Sozialismus heute, Beiträge zur Analyse und Veränderung sozialdemokratischer Politik, Köln 1968, S. 212.

Der schwelende Streit um den Vorrang von Partei- und Basisarbeit fand seine begriffliche Lösung im Schlagwort von der „Doppelstrategie". In der Praxis war diese Frage ohnehin längst auf andere Weise entschieden — es wurde überwiegend Parteiarbeit betrieben. Die Doppelstrategie, „aus den positiven und negativen Erfahrungen des Kampfes der nichtautoritären Sozialisten innerhalb und außerhalb der SPD in den 60er Jahren" [28]) entwickelt, beinhaltet die konsequente Nutzbarmachung des bei der gezielten Kombination außerparlamentarischer Mobilisierungsaktionen mit innerinstitutionellen Reformbestrebungen auftretenden Rückkoppelungseffektes für sozialistisch orientierte Umwandlungsprozesse: „... Die Jungsozialisten arbeiten politisch auf zwei Ebenen, die eng miteinander verbunden sind. Sie versuchen, ihre politischen Vorstellungen auf demokratische Weise in Diskussionen und Abstimmungen in der Partei durchzusetzen, und sie übernehmen Parteiämter und öffentliche Ämter, um an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken. Außerparlamentarisch organisieren sie auf örtlicher und betrieblicher Ebene breitangelegte Mobilisierungskampagnen für die Interessen der abhängig Beschäftigten, um die Gesellschaft für demokratische Reformbestrebungen vorzubereiten ..." [29])

Ernst Eichengrün hatte in seiner nach dem Münchener Bundeskongreß für den Parteivorstand erstellten Vorlage, die Anfang 1970 von den nordrhein-westfälischen Jungsozialisten unter dem Titel „Das Skelett im Schrank" veröffentlicht wurde und in jüngster Zeit durch innerverbandliche Entwicklungstendenzen erneut an Aktualität gewann, vor der Annahme gewarnt, „bei der JS-Linken handele es sich um eine Gruppe, die auf einer linksopportunistischen Welle zu Ämtern und Mandaten gelangen wolle, um sich alsdann mehr oder weniger leicht ins Establishment integrieren zu lassen" [30]). Während der ehemalige Bundessekretär der Jungsozialisten von einer Auflösung des sozialdemokratischen Jugendverbandes abriet, da sie innerparteilich auf Widerstand treffen und dem Ansehen der Gesamtpartei in der Öffentlichkeit eher schaden werde, forderte er flexible Gegenmaßnahmen und empfahl, die schweigende Mehrheit der Jungsozialisten „allmählich von ihren radikalen Wortführern zu lösen" [31]). Mit dieser Strategie werde es gelingen, die Lage bei den Jungsozialisten langfristig zu ändern: „Frühestens in vier bis sechs Jahren wird es möglich sein, die Organisation wieder halblinks zu stabilisieren und damit in ihrer Wirkung innerhalb und außerhalb der Partei zu neutralisieren" [32]).

Während sich die Juso-Spitzenfunktionäre auf früheren Parteitagen der SPD meist durch parteivorstandskonforme Schaufensterreden zu profilieren gesucht hatten, wurde für den Saarbrücker Parteitag (11./14. Mai 1970) erstmals eine Strategie in den Juso-Gremien diskutiert und mit den Exponenten der Sozialdemokratischen Altlinken abgesprochen. Trotz zu verzeichnender Minimalerfolge in Einzelfragen muß der Saarbrücker Parteitag als deutliche Absage an die mit großer Vehemenz vorgetragene Position der Jungsozialisten bezeichnet werden. Symptomatisch für die politisch-inhaltliche Diskussion war eine Debatte im Anschluß an das Hauptreferat des Parteivorsitzenden, in deren Verlauf Hans Eichel die Münchener Neuorientierung aus der Sicht eines Bundesvorstandsmitglieds der Jungsozialisten kommentierte. Die Strategie systemüberwindender Reformen bezeichnete Eichel als die Aufhebung der Antinomie von Reform und Revolution,

28) Karsten D. Voigt, Rede zum Rechenschaftsbericht, gehalten am 26. 2. 1972 in Oberhausen, hektographiertes Manuskript, S. 1.
29) Beschluß des Bundesausschusses der Jungsozialisten vom 22. 11. 1970, zit. nach: Norbert Gansel, Die Strategie in der Diskussion der Jungsozialisten, a. a. O., S. 92.
30) „rheinruhrspiegel", Nr. 1/1970, S. 20.
31) Ebd., S. 21.
32) Ebd.

wobei unter systemüberwindenden Reformen solche zu verstehen seien, „die in ihrem Selbstvollzug über das bestehende Gesellschaftssystem hinausweisen" [33]).

Vom Parteivorstand antwortete Herbert Wehner, der auf das klare Bekenntnis Eichels zur marxistischen Klassenanalyse bezeichnenderweise nicht einging, sich jedoch mit den Ausführungen zur Juso-Strategie beschäftigte und in diesem Zusammenhang davor warnte, zwischen technokratischen und systemüberwindenden Reformen zu unterscheiden [34]).

Die von Juso-Arbeitsgemeinschaften im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin durchgeführten Mobilisierungsaktionen beschränkten sich im wesentlichen auf den Reproduktionsbereich, der den Jungsozialisten aufgrund der Mitgliederstruktur des eigenen Verbandes eher zugänglich war als der betriebliche Bereich. Blieb die erwartete Solidarisierung der angesprochenen Bevölkerungsgruppen mit weitergehenden Juso-Zielvorstellungen auch meistens aus, so bestärkten punktuelle Fortschritte bei der Politisierung direkt Betroffener die Jungsozialisten doch in ihrer Meinung von der prinzipiellen Richtigkeit ihres strategischen Ansatzes. Von nun an standen Demonstrationen, Bürgerinitiativen und Projektgruppen häufig auf der Tagesordnung jungsozialistischer Basisarbeit, wobei allerdings der sozialistische Aspekt solcher Aktivitäten nicht selten hinter dem sozialen zurückstand, weil die systemproblematisierende Perspektive meistens zugunsten einer Überbetonung der karitativen Komponente ausgeklammert wurde.

Ihre politisch-ideologische Zuverlässigkeit im Sinne des Kapitals zum wiederholten Male unter Beweis stellend, nahmen die Führungsgremien der Sozialdemokratie als Antwort auf die Bündnispolitik vieler Juso-Gruppen am 14. November 1970 eine Abgrenzung zu kommunistischen Organisationen vor, in der alle Parteigliederungen aufgefordert werden, solche Mitglieder, die zusammen mit Kommunisten gemeinsame Veranstaltungen durchführen, gemeinsame Publikationen herausgeben, gemeinsame Aufrufe, Flugblätter, Einladungen usw. unterzeichnen oder an von DKP, SEW, SDAJ und FDJ (West-Berlin) gesteuerten Publikationen mitarbeiten, auf „den parteischädigenden Charakter ihres Verhaltens hinzuweisen und notfalls Parteiordnungsverfahren einzuleiten" [35]). In dieser Diffamierung und Illegalisierung der für die Politik anderer Parteien der Sozialistischen Internationale konstitutiven Aktionseinheit der Arbeiterklasse manifestiert sich nicht nur der pathologische Antikommunismus, sondern auch der politiktheoretische Minderwertigkeitskomplex einer verbürgerlichten und ideologisch verhärteten deutschen Sozialdemokratie. Bezeichnenderweise dauerte es über drei Monate, bis der administrativ verfügten Abgrenzung die politisch-inhaltliche Begründung folgte, in der keineswegs die verschiedene Haltung zum Privateigentum, sondern der Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung als wichtigste Unterscheidungsmerkmale zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus herausgestellt wurden [36]).

Bei innerparteilichen Auseinandersetzungen wurde der als Münchner Parteiratsbeschluß bekanntgewordene Abgrenzungserlaß schon bald zum Hauptinstrument einer auf die Disziplinierung kritischer Minderheiten abzielenden Säuberungsstrategie.

---

33) Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll des Parteitages der SPD vom 11.—14. 5. 1970 in Saarbrücken, Bonn o. J., S. 495.
34) Ebd., S. 509 f.
35) Abgrenzung zur DKP, SEW, SDAJ und FDJ (Westberlin), in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1970—1972, Bonn-Bad Godesberg o. J., S. 555.
36) Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus, ebd., S. 557 ff.

Im Juni des Jahres 1970 war es zum Zerwürfnis zwischen Norbert Gansel und dem Bundesvorsitzenden Karsten Voigt gekommen. Dieser hatte sich während eines DDR-Aufenthaltes in Begleitung von Wolfgang Roth und Bundessekretär Wolfgang Kiehne zu einem Empfang des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht begeben, obwohl sich die sozialdemokratische Parteispitze und die Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes gegen ein solches Zusammentreffen ausgesprochen hatten. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Voigt und Gansel traten nunmehr immer deutlicher zutage und gipfelten in Gansels Gegenkandidatur auf dem nächsten Bundeskongreß, der vom 11. bis 13. Dezember 1970 in Bremen stattfand. Politisch im Verband nicht vermittelt, läßt sich die Kontroverse Gansel — Voigt, die Vorbereitung und Verlauf des Bremer Kongresses stark überschattete, auf die unterschiedliche Haltung zur Bündnisfrage reduzieren. Im Hinblick auf andere Organisationen zeigten sich diese verschiedenen Auffassungen besonders auf und im Anschluß an den offenen Lehrlingskongreß, der zwei Wochen vor dem Bremer Delegiertentreffen in Düsseldorf stattgefunden hatte und von linksextremen Gruppen zu Angriffen gegen die Jungsozialisten genutzt worden war. Während Karsten Voigt seinem Konkurrenten das Verlassen der gemeinsamen „marxistischen Basis" vorwarf und in der Partei faule Kompromisse mit deren offen prokapitalistischer Führung ablehnte, befürwortete der „ethische Sozialist" Norbert Gansel Bündnisse bis hin zur Parteimitte. Voigt erhielt 138 Stimmen und wurde erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt, Gansel erhielt 59 Stimmen und hat sich im nachhinein durchgesetzt. Wie sich zeigen sollte, gewannen die integrationistischen Tendenzen in der Politik des Juso-Bundesvorstandes allmählich die Oberhand, der „Ganselismus" wurde in die Praxis umgesetzt.

Die wichtigsten Beschlüsse des Bremer Bundeskongresses waren Resolutionen zum westeuropäischen Kapitalismus, zur Mitbestimmung und zur Wirtschaftspolitik, in denen die Jungsozialisten noch einmal ihren Willen zur Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems bekräftigten, ohne daß die inhaltliche Präzisierung und theoretische Weiterentwicklung der Münchener Kongreßbeschlüsse gelungen wäre.

Während die sozialdemokratische Führungsspitze nach München eine kurzfristige Stabilisierung des gemäßigten Flügels ihrer Jugendorganisation offensichtlich noch für möglich gehalten hatte, weshalb sie sich darauf beschränkte, auf die Widersprüchlichkeit einiger Resolutionen hinzuweisen und die Verpflichtung zur Parteiloyalität hervorzuheben, wurden die Sachentscheidungen des Bremer Delegiertentreffens nicht mehr als „diskussionswürdig, aber auch sehr diskussionsbedürftig" [38]) bezeichnet; vielmehr wird in einer Vorbemerkung des Parteivorstandes zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Bremer Bundeskongresses ganz lapidar festgestellt: „In der langfristigen wirtschaftspolitischen Zielsetzung kann von einer gemeinsamen Basis von SPD und Jungsozialisten dann nicht mehr gesprochen werden, wenn die Bremer Beschlüsse zur Grundlage der Politik der Jungsozialisten würden" [39]).

Die vorliegenden Anträge zur Kommunalpolitik hatte der Bremer Bundeskongreß an eine kommunalpolitische Konferenz überwiesen, die am 24./25. April 1971 in Mannheim stattfand.

---

37) Entfällt.
38) Vgl. Stellungnahme des Parteivorstandes zum Beschluß: Zustand und Aufgabe der SPD, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Stellungnahmen des SPD-Parteivorstandes zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der Jungsozialisten in München vom 5.—7. 12. 1969, Reihe Jugend, Heft 1, Bonn o. J., S. 12.
39) Vorbemerkung zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Jungsozialisten-Kongresses 1970 in Bremen, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Stellungnahmen des SPD-Parteivorstandes zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bremen vom 11.—13. 12. 1970, Reihe Jugend, Heft 2, Bonn o. J., S. 10.

Im Februar forderte der Parteirat den Parteivorstand auf, außerordentliche Bundeskongresse der Jungsozialisten entweder zu verhindern oder für den Ausschluß der Öffentlichkeit zu sorgen [40]).

Statt diese Konfliktsituation zur Verdeutlichung jungsozialistischer Positionen zu nutzen, arrangierte sich der Juso-Bundesvorstand mit der Parteispitze und verpflichtete sich sogar, die von einem kommunalpolitischen Ausschuß erstellten Konferenzvorlagen noch einmal zu überarbeiten. Unter der Federführung von Wolfgang Roth wurden die darin enthaltenen rätedemokratischen Ansätze wegredigiert. Auf diese Weise unterstrich der Bundesvorstand seine Bereitschaft zur Kooperation mit sozialdemokratischen Kommunalpolitikern wie Hans-Jochen Vogel, der gerade durch seinen Feldzug gegen den Münchener Unterbezirksvorstand der SPD und die Jungsozialisten bundesweites Aufsehen erregt hatte [41]). Auf Beschluß des Bremer Kongresses sollte 6 bis 8 Wochen vor dem gesellschaftspolitischen Parteitag der SPD ein außerordentlicher Bundeskongreß über „Fragen der Strategie und der Realisierung systemüberwindender Reformen" einberufen werden, um einen kollektiven Beitrag der Jungsozialisten zum Reformprogramm der SPD zu leisten und zu versuchen, „die Konzeption der systemüberwindenden Reformen zu einer einheitlichen Strategie der Jungsozialisten voranzutreiben und den gegenwärtig sehr unterschiedlichen Diskussionsstand der Gruppen in diesen Fragen zu überwinden" [42]). Weil der Bundesvorstand die Vorbereitung des Strategiekongresses jedoch aus Gründen der innerparteilichen Konfliktvermeidung und mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Altlinke verschleppte, konnte der vom Bremer Bundeskongreß angesetzte Termin nicht eingehalten werden. Vom Ruch befreit, ein „Vorparteitag" der Linken zu sein, wurde der Strategiekongreß für den 11./12. Dezember 1971 nach Hannover einberufen.

Im Gegensatz zur kommunalpolitischen Konferenz fand der Hannoveraner Strategiekongreß nicht als „interne Arbeitstagung" statt. Auf dem Kongreß ließen sich im wesentlichen die folgenden vier Gruppierungen unterscheiden: 1) Das sogenannte sozialistische Zentrum. Diese Gruppe um den Juso-Bundesvorstand setzte sich vornehmlich aus nordrhein-westfälischen, baden-württembergischen und hessischen Delegierten zusammen und verfügte über eine relativ stabile Mehrheit, die sie in den drei Arbeitskreisen des Kongresses ebenso wirksam zur Geltung zu bringen wußte wie bei den letztlich entscheidenden Plenarabstimmungen.

2) Die sogenannten ethischen Sozialisten. Diese Gruppe um Norbert Gansel kam der Bundesvorstandslinie noch am nächsten, hatte dem Strategiekongreß von vornherein ablehnend gegenübergestanden und versuchte am zweiten Verhandlungstag, eine Beschlußfassung durch langwierige Geschäftsordnungdebatten zu vereiteln. Dies mißlang, obwohl Norbert Gansel eine „Koalition aller überstimmten Minderheiten" zustande und damit den Kongreß an den Rand des Scheiterns brachte [43]).

3) Die sogenannten Nichtrevisionisten. Diese Gruppe um den Bezirk Hannover und die studentischen Delegierten der SHB-Minderheitsfraktion hob besonders die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus hervor, unterzog die reformistische Strate-

40) Vgl. Norbert Gansel, Die Strategie in der Diskussion der Jungsozialisten, a. a. O., S. 95 ff.
41) Vgl. zum Eklat des Münchener Oberbürgermeisters: Sylvia und Wolfgang Streeck, Der Fall Vogel, Über die Grenzen innerparteilicher Mobilisierung, in: Dies., Parteiensystem und Status quo, Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt, Frankfurt/M 1972, S. 55 ff.
42) Beschlüsse des Bremer Bundeskongresses der Jungsozialisten, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hsrg.), Handbuch für die Jungsozialistenarbeit, S. IV/1.
43) Friedrich Schepsmeier, Bericht über den Strategiekongreß der Jusos in Hannover, hektographiertes Manuskript, S. 5.

gie der Sozialdemokratie einer scharfen Kritik und postulierte den Vorrang der Basismobilisierung gegenüber der Parteiarbeit mit dem erklärten Ziel, die Arbeiterklasse auf die Krise des Systems vorzubereiten.

4) Die sogenannte Stamokap-Gruppe um die Landesverbände Berlin und Hamburg, den Bezirk Nord-Niedersachsen und die SHB-Mehrheitsfraktion. Diese Gruppe stellte die in den Münchener und Bremer Beschlüssen weitgehend ungeklärte Frage nach der Rolle des Staates in den Vordergrund ihrer Analyse, betonte die wachsende Konzentration und Zentralisation des Kapitals und kam zu dem Schluß, die Verflechtung von Staat und Monopolen sei so weit fortgeschritten, daß von einem System des staatsinterventionistischen Monopolkapitalismus gesprochen werden könne. Aus dieser Analyse wurde die Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes der Arbeiterklasse und anderer vom Monopolkapital ausgebeuteter Schichten abgeleitet, um so den Einfluß der Monopole zurückzudrängen.

Zwar konnte der ohnehin in die Defensive gedrängte und eher reaktiv als aktiv in die Strategiedebatte eingreifende Bundesvorstand seine kurzfristig eingebrachten Thesenpapiere mit Abstrichen durchsetzen, doch machten Vorbereitung und Verlauf des Kongresses deutlich, daß die für die theoretische Weiterentwicklung des Gesamtverbandes konstitutiven Impulse fortan von anderer Seite kommen würden. Hilflos zwischen der Szylla des Hannoveraner Antirevisionismus und der Charybdis des Hamburger Antimonopolismus treibend, verlegte sich der Bundesvorstand auf taktisches Lavieren und versuchte in den Diskussionsvorlagen für die Arbeitskreise, zentrale Begriffe der Gegenseite zu tabuieren und möglichst viele ideologische Strömungen mittels neutraler Formulierungen zu integrieren. Johano Strasser weiß von den überstürzten Abwehrreaktionen des Bundesvorstandes zu berichten, der alles daran setzte, „den Begriff des ‚Monopols', der in der Kongreßvorlage der ‚Stamokap'-Vertreter eine hervorragende Rolle spielte, in den Strategie-Thesen nicht erscheinen zu lassen, weil man befürchtete, mit der Übernahme dieses Begriffs sich der ‚Stamokap'-Theorie auszuliefern" [44]). Dieser Kritik an der taktischen Marschroute des Bundesvorstands ist weiter nichts hinzuzufügen, als daß sie einem 13 Monate nach dem Hannoveraner Strategiekongreß erschienenen, im Bundesvorstand ausgiebig diskutierten und von diesem autorisierten Artikel entstammt.

Das in Hannover als Zwischenergebnis der jungsozialistischen Strategiediskussion beschlossene Thesenpapier umfaßt 26 Einzelthesen zur polit-ökonomischen Analyse und zu strategischen Ansätzen, 17 Thesen zum Abbau der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel (Betrieb — Gewerkschaft — Staat) sowie 12 Thesen zur Massenmobilisierung und Organisation [45]). Ausgehend vom kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung, analysieren die Hannoveraner Thesen den Klassenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital als fundamentalen Interessengegensatz, um anschließend den wachsenden Einfluß der industriellen Großkonzerne zu konstatieren. Außerdem gelang es den Hamburger Delegierten, im analytischen Teil des Thesenkatalogs die Feststellung zu verankern, daß der kapitalistische Produktionsprozeß ohne massive ökonomische Interventionen des Staates nicht mehr denkbar ist. Statt wie das Hamburger Strategiepapier von einem „voll entwickelten System des staatsinterventionistischen Monopolkapi-

44) Johano Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei den Jungsozialisten, in: Der Thesenstreit um „Stamokap", Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 105.

45) Vgl. zum folgenden: Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie — außerordentlicher Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover vom 11.—12. 12. 1971, in: Der Thesenstreit um „Stamokap", a. a. O., S. 80 ff.

talismus" [46]) zu sprechen, ist von einem System die Rede, „in dem es den großen Konzernen gelingt, ihre Interessen in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Tragen zu bringen" [47]). Die nächste These begreift den Staat zwar als Instrument der herrschenden Klasse, schränkt jedoch ein, daß sich die politische Macht des Kapitals nicht in allen Bereichen staatlichen Handelns gleichermaßen und uneingeschränkt niederschlägt. An die Stelle der Strategie systemüberwindender Reformen ist die Forderung nach „antikapitalistischen Strukturreformen" getreten, um Zielrichtung und Methode jungsozialistischer Politik begrifflich zu präzisieren. Grundvoraussetzung für den Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte der arbeitenden Bevölkerung und die strategische Operationalisierung der bereits im Anfangsstadium antikapitalistischer Strukturpolitik als Antwort des Kapitals zu erwartenden Krise im Sinne der Lohnabhängigen ist die wachsende Entfaltung der organisierten Macht der Arbeiterklasse. Die Angst der traditionellen Partei- und Gewerkschaftspolitik vor einer Radikalisierung der Massen überwindend, muß die Mobilisierung der Lohnabhängigen für ihre eigenen Interessen vorangetrieben werden, um eine starke Gegenmacht zu organisieren und schon innerhalb des bestehenden Systems Machtpositionen als „Breschen im Kapitalismus" [48]) zu erkämpfen. Wichtige Forderungen der Thesen von Hannover sind die Demokratisierung der Planung und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien sowie die Verstaatlichung des Banken- und Kreditwesens. Doppelstrategie wird definiert als Aufgabe der Jungsozialisten, die punktuelle Selbstorganisation von fallweise Betroffenen zu initiieren, deren Effektivität und Kontinuität zu gewährleisten sowie durch den so entstehenden Basisdruck die Partei und die staatlichen Institutionen zu zwingen, Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen.

Mit dem Hannoveraner Strategiekongreß kann die politisch-programmatische Polarisierung von Jungsozialisten und Sozialdemokratischer Partei als abgeschlossen betrachtet werden, wodurch ein ideologischer Freiraum für innerverbandliche Kontroversen entstand, den es aufgrund der gemeinsamen Frontstellung aller linken Kräfte gegen die integrationistische Ausrichtung des sozialdemokratischen Jugendverbandes vorher nicht in diesem Maße gegeben hatte.

III

Als die Delegierten den Hannoveraner Strategiekongreß, der am Schluß in ein Chaos auszuarten drohte, verließen, sah die sozialdemokratische Nachwuchsorganisation einer äußerst ungewissen Zukunft entgegen. Zwar war die Spaltung des Verbandes noch einmal vermieden worden, doch hatte die Fraktionierung scharfe Konturen angenommen, bedingt sowohl durch ideologische Gegensätze als auch durch die beharrlichen Versuche des Bundesvorstandes zur Neutralisierung der innerverbandlichen Theoriediskussion.

Halblinke Stabilisierung?

Der Parteivorstand beschäftigte sich erst auf seiner Sitzung am 21. Februar 1972 mit dem Hannoveraner Strategiekongreß und gab eine kurze Stellungnahme ab [50]). Wenige Tage vor dem nächsten ordentlichen Bundeskongreß der Jungsozialisten, der am 26./27. Februar in Oberhausen abgehalten wurde, legte sich die Parteispitze spürbar Zurückhaltung auf, um den sozialdemokratischen

46) Das Hamburger Strategiepapier, in: Der Thesenstreit um „Stamokap", a. a. O., S. 52.
47) Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie, a. a. O., S. 81.
48) André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt/M 1967, S. 13.
49) Entfällt.
50) Vgl. zum folgenden: Stellungnahme zum Strategie-Kongreß der Jungsozialisten, in Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1970—1972, a. a. O., S. 574 f.

Jugendverband nicht durch zu harte Worte aus seiner Katerstimmung nach dem Strategiekongreß aufzuschrecken. So begrüßte der Parteivorstand in seiner Stellungnahme die Abgrenzung der Jungsozialisten vom Kommunismus, tat die in den Hannoveraner Thesen enthaltene Gesellschaftsanalyse als unrealistisch ab und bekräftige die Bereitschaft zur Fortsetzung der Diskussion mit den Jungsozialisten.

Obwohl zu diesem Zeitpunkt noch niemand vorauszusehen vermochte, daß die Bundestagswahl noch im Jahre 1972 stattfinden würde, stand die Vorbereitung des Juso-Wahlkampfes im Vordergrund des Oberhausener Bundeskongresses. Während ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Eilbek ausdrücklich betonte, daß es in dem bevorstehenden Wahlkampf nicht darum gehen könne, unmittelbar den Kampf um den Sozialismus aufzunehmen, sondern darum, die Rechtskräfte durch Aufklärung der Bevölkerung über ihre reaktionäre Politik zurückzudrängen, forderte der Bundesvorstand die offensive Vertretung der grundlegenden Kongreßbeschlüsse der Jungsozialisten seit München, um sowohl innerhalb des lohnabhängigen Bevölkerungsteils als auch innerhalb der SPD selbst die antikapitalistische Bewußtseinsbildung voranzutreiben. Nach mehrstündiger kontroverser Diskussion einigte man sich auf einen Kompromiß, der einerseits der Intention des Bundesvorstandes in bezug auf einen über die Aussagen der Partei hinausgehenden „eigenständigen Wahlkampfbeitrag" der Jungsozialisten Rechnung trug, andererseits jedoch die von Hamburger und Berliner Delegierten besonders herausgestellte Agitation gegen die Rechtskräfte zu einem integralen Bestandteil der Gesamtkonzeption werden ließ [51]). Als wichtigste Punkte der Wahlkampfauseinandersetzungen nennen die Oberhausener Thesen zur Wahlkampfführung die Ostpolitik, die als Etappenziel der Arbeiterbewegung verstandene Erweiterung der Mitbestimmung, Fragen der Bildung und Ausbildung sowie die demokratische Planung im Interesse der Lohnabhängigen. Weiterhin legten die Jungsozialisten fest, bei der Aufstellung der SPD-Kandidaten zum Deutschen Bundestag nur solche Sozialdemokraten zu unterstützen, von denen die uneingeschränkte Unterstützung einer konsequenten Reformpolitik im Sinne des demokratischen Sozialismus zu erwarten sei [52]).

Bedingt durch die schwindende Parlamentsmehrheit der sozial-liberalen Koalition, den beinahe gelungenen Kanzlersturzversuch der Opposition sowie die vorgezogene Bundestagswahl, verlagerte sich der Schwerpunkt der Juso-Aktivitäten im Jahre 1972 von der innerverbandlichen bzw. innerparteilichen Diskussion auf die Öffentlichkeitsarbeit. Im Sommer gab der Bundesvorstand der Jungsozialisten einen Informationsdienst mit dem Titel „Kandidatenaufstellung als Chance innerparteilicher Veränderung und Mobilisierung" heraus, der die örtlichen Arbeitsgemeinschaften nicht nur über den Ablauf der Kandidatenaufstellung und die Rechtslage unterrichten, sondern ihnen auch einen Leitfaden an die Hand geben sollte, die politische Einstellung der Kandidaten mittels gezielter Fragen aus verschiedenen Sachgebieten zu erkunden. Holger Börner, Bundesgeschäftsführer der SPD, verhinderte die Auslieferung der mit einem Vorwort von Wolfgang Roth versehenen Broschüre, die dann später zusammen mit dem Kommuniqué über die das Vorgehen Börners billigende Parteiratssitzung sowohl an die sozialdemokratischen Untergliederungen als auch an die ursprünglichen Adressaten, die Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten, versandt wurde. Partei-

---

51) Vgl. zum folgenden: Thesen zur Wahlkampfführung durch die Jungsozialisten, Beschluß des ordentlichen Bundeskongresses der Jungsozialisten in der SPD in Oberhausen vom 26. bis 27. 2. 1972, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Handbuch für die Jungsozialistenarbeit, a. a. O., S. XIII/8 (Nachtrag).
52) Vgl. Kandidatenaufstellung, Beschluß des Oberhausener Bundeskongresses der Jungsozialisten, a. a. O., S. XIII/8 f.
53) Entfällt.

rat, Parteivorstand und Kontrollkommission sahen in dem beanstandeten Papier Ansätze zu fraktioneller Arbeit in der Partei und bemängelten insbesondere die vorgenommene Differenzierung zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten in der SPD. Indem der Juso-Bundesausschuß die Kritik an dieser terminologischen Unterscheidung akzeptierte, gingen die Jungsozialisten von einer früher vertretenen Position ab, zu der sich die Bundesvorstandsmitglieder Roth und Kretschmer noch im Jahre 1971 ausdrücklich bekannt hatten [54]). Überhaupt unterstrich die äußerst zurückhaltende Reaktion der Jungsozialisten auf die Beschlagnahme ihres Informationsdienstes nicht nur die an politische Selbstverleugnung grenzende Parteiloyalität des sozialdemokratischen Jugendverbandes in Wahlkampfzeiten, sondern offenbarte auch die zunehmende Anpassung jungsozialistischer Spitzenfunktionäre auf Bundesebene.

Im Januar 1973, nur zwei Monate vor dem nächsten ordentlichen Bundeskongreß, veröffentlichte der Juso-Vorstand eine von Johano Strasser ausgearbeitete Stellungnahme zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei den Jungsozialisten, worin den Vertretern der Theorie vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus" außer analytischen und strategischen Fehleinschätzungen vorgeworfen wurde, einen autoritären und bürokratischen Sozialismus anzustreben [55]). Hatte der Bundesvorstand in den Monaten nach dem Hannoveraner Strategiekongreß jegliche Initiative vermissen lassen und auch später wenig für die innerverbandliche Theoriediskussion getan, so mußte die polemische Abrechnung mit der sogenannten Stamokap-Gruppe zu einem Zeitpunkt, als Landeskonferenzen in Berlin und Hamburg unmittelbar bevorstanden und der Juso-Linken, wie sich die Stamokap-Vertreter nennen, praktisch keine Antwortmöglichkeit bis zum Bundeskongreß gegeben war, Zweifel an der Redlichkeit der Motive des Juso-Bundesvorstandes aufkommen lassen. Das sogenannte Strasser-Papier wurde sofort nach seinem Erscheinen von der bürgerlichen Presse aufgegriffen, als unverdächtiger Zeuge für die kommunistische Unterwanderung des sozialdemokratischen Jugendverbandes ins Feld geführt und von Sozialdemokraten bei innerparteilichen Konflikten, beispielsweise im Unterbezirk Frankfurt, zur Diffamierung kritischer Jungsozialisten eingesetzt.

Kein Wunder also, wenn die Kontroverse um Strassers Streitschrift und die von ihr befehdete „Stamokap"-Theorie auf dem Bundeskongreß in Bad Godesberg vom 9. bis 11. März 1973 breiten Raum einnahm *), was einige Delegierte dazu veranlaßte, von einem geschickt inszenierten Ablenkungsmanöver des eher durch öffentlichkeitswirksame Erklärungen, innerparteiliche Profilierungsversuche und persönliche Kungeleien als durch zielstrebige Arbeit im Interesse des Gesamtverbandes hervorgetretenen Bundesvorstandes zu sprechen. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch jene offensichtlich bewußt an das Ende des Rechenschaftsberichtes gerückten Äußerungen Wolfgang Roths zur „Stamokap"-Problematik, die eine höchst abstrakte, über die Köpfe der meisten Delegierten hinwegrauschende, die Vorjahresaktivitäten des amtierenden Bundesvorstandes nur am Rande berührende Strategiediskussion provozierten, in deren Verlauf sich zwar eine Rationalisierung und Entemotionalisierung der „Stamokap"-Kontroverse ebenso abzuzeichnen begann wie die dringend erforderliche Klärung der gegensätzlichen Positionen, die jedoch erneut unter der Dominanz taktischer Rücksichtnahmen zu leiden hatte.

54) Vgl. „Der Sozialismus beginnt nicht am Tag X", „Spiegel"-Gespräch mit den Juso-Vorstandsmitgliedern Dieter Kretschmer und Wolfgang Roth, in: „Der Spiegel" v. 1. 3. 1971, S. 32.
55) Vgl. Johano Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei den Jungsozialisten, a. a. O., S. 123.
*) Vgl. die Gegenüberstellung der Thesen der „Stamokap"-Kontroverse bei den Jungsozialisten (Zusammenfassungen) in „Blätter", 4/1973, S. 444 ff.

Albers und Wand haben bereits auf die unbefriedigende politische Vorbereitung des Godesberger Delegiertentreffens durch Bundesvorstand und -ausschuß hingewiesen [57]). Um so besser wurde der Kongreß verfahrensmäßig ferngesteuert, worunter in erster Linie die von den Untergliederungen eingebrachten Anträge zu leiden hatten. Sehr häufig wurde von der Möglichkeit der Nichtbefassung Gebrauch gemacht. Nicht minder beliebt war die Weiterleitung strittiger Papiere an neue Kommissionen, die beauftragt wurden, Beschlußvorlagen und Diskussionsmaterial noch einmal zu überarbeiten. Im Falle von Bildung und Betrieb vertagte man die Problemlösung auf themenspezifische Fachkonferenzen, unausgegorene Anträge aus anderen Sachgebieten wurden an die wieder einmal beschworene „Basis" zurückverwiesen. Wenn man mit Strasser die Auffassung teilt, die Aufgabe des Godesberger Bundeskongresses habe in der Weiterentwicklung und Konkretisierung der Doppelstrategie gelegen, also darin, „zu konkreten Handlungsanweisungen zu kommen, die die tägliche Praxis der Jungsozialisten koordinierbar und an den Erfordernissen einer antikapitalistischen Strategie überprüfbar machen" [58]), so läßt sich rückblickend resümieren, daß dieser Kongreß solch hochgesteckten Erwartungen ebensowenig gerecht zu werden vermochte wie andere vor ihm.

In der Aussprache zum Rechenschaftsbericht und bei der Personalbefragung vor der Wahl des Bundesvorsitzenden kam der Diskussion um einen Informationsdienst des Bundesvorstandes zur Regierungserklärung ein besonderer Stellenwert zu, weil die linke Opposition an dieser Verlautbarung des Bundesvorstandes dessen reformistisch-integrationistische Anpassungstendenzen exemplarisch aufzuzeigen versuchte. Detlev Albers und andere Exponenten der „Stamokap"-Gruppe bemängelten insbesondere den methodischen Ansatz des Bundesvorstandes, der erklärtermaßen nicht von einer „konsequent-sozialistischen Position" aus an die Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Brandt/Scheel herangegangen war und bei seiner „immanenten" Kritik zu dem Ergebnis kam, die Jungsozialisten könnten die Allgemeinheit und die „Klassenneutralität" der Regierungserklärung nicht einfach hinnehmen [59]). Obwohl Wolfgang Roth den von der linken Opposition heftig befehdeten Ausdruck „Klassenneutralität" auf eine entsprechende Frage Kurt Wands hin als begriffliche Fassung des Versuchs der Regierungserklärung interpretierte, ihren Klassencharakter zu verschleiern, sahen mehrere Redner in dieser und ähnlichen Äußerungen des Bundesvorstandes ein Symptom für die „halblinke Stabilisierung", die Ernst Eichengrün den Jungsozialisten bereits nach ihrem Münchener Bundeskongreß geweissagt hatte.

Einen Monat nach dem Juso-Kongreß fand in Hannover der wegen der Bundestagswahl vom 19. November um ein knappes halbes Jahr verschobene ordentliche Bundesparteitag der SPD statt. Die bürgerliche Presse hatte rechtzeitig das Gerücht von der bevorstehenden „Machtergreifung" des linken Parteiflügels in Umlauf gesetzt, was ihr durch die Kassandrarufe sozialdemokratischer Spitzenpolitiker und die offene Rücktrittsdrohung Willy Brandts erleichtert worden war. Die publizistische Mobilisierung antisozialistischer Emotionen konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß selten zuvor ein Parteitag mit gleicher Sorgfalt in den sozialdemokratischen Untergliederungen inhaltlich vorbe-

---

56) Entfällt.
57) Vgl. Detlev Albers und Kurt Wand, Der „Stamokap"-Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses, in: „Blätter", 4/1973, S. 372.
58) Johano Strasser, Weiterentwicklung der Doppelstrategie, in: „Juso", Nr. 3/4 1973, S. 8.
59) Vgl. Zur Regierungserklärung, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), „Jungsozialisten Informationsdienst", Nr. 2/1973, S. 4.

reitet worden war. Den größten Erfolg hatten Jungsozialisten und Altlinke bereits im Vorfeld des Hannoveraner Parteitags errungen, als der systemkonforme Kommissionsentwurf eines „ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens 1973 bis 1985" durch eine intensive Diskussion an der Parteibasis zu Fall gebracht worden war.

Die Parteitagstaktik der äußerst heterogenen Linken, mit nahezu einem Drittel der Delegierten stark vertreten und zum erstenmal wieder koalitionsfähig, war zwar im Frankfurter Kreis, den seine Juso-Kritiker als Machtinstrument der reformistischen Altlinken betrachten und dessen „Subkulturcharakter" auf wachsenden Widerstand stößt, abgesprochen worden, konnte jedoch im Verlauf des Parteitages aufgrund unvorausgesehener Kommunikations- und Koordinationsschwierigkeiten nicht durchgehalten werden. Die Beschlußfassung über die Vermögensbildung brachte, da man im Frankfurter Kreis keinen Konsens in dieser Frage hatte finden können, eine knappe Niederlage für die Kritiker des von der Kommission „Vermögensbildung" beim Parteivorstand ausgearbeiteten Konzeptes, zu denen nach einem entsprechenden Bundeskongreßbeschluß auch die Jungsozialisten gehörten [60]); beim Schwerpunktthema Bodenrechtsreform konnte die Linke einen Achtungserfolg erringen, entsprach doch der in diesem Bereich verabschiedete Beschlußkatalog im wesentlichen ihren langjährigen Forderungen; außenpolitisch hatte die Parteitagslinke wegen des Fehlens einer eigenen Konzeption nichts zu bestellen und resignierte frühzeitig. Nach Kompromissen in der Antragskommission konnte der Parteivorstand seine Linie im wesentlichen durchsetzen. Nur bei der Abstimmung über den Antrag des Bezirks Hessen-Süd, die private Maklertätigkeit gesetzlich zu unterbinden und die Wohnungsvermittlung zu kommunalisieren, erlitt der Parteivorstand trotz der heftigen Gegenwehr dreier Bundesminister eine deutliche Niederlage. Wie schon auf dem Bonner Sonderparteitag, versuchte die Linke, außer fortschrittlichen Gewerkschaftern auch einen Teil der Kommunalpolitiker zu sich herüberzuziehen, um das Stimmenübergewicht des Parteivorstandes durch Problemmehrheiten wenigstens sporadisch zu brechen. Die Anpassungspolitik der Parteispitze hat jedoch trotz verbaler Zugeständnisse das Spiel noch einmal gewonnen [61]).

Diese allgemeine Einschätzung gilt in besonderer Weise für die Beschlußfassung zum „Radikalenerlaß" der Ministerpräsidenten, auch wenn vom Bundesvorstand der Jungsozialisten nach dem Parteitag in Fettdruck verkündet wurde: „Ministerpräsidentenbeschluß ist weg!" [62]) Die Erfolgsmeldungen jungsozialistischer Spitzenfunktionäre, nach denen der sogenannte Radikalenerlaß vom 28. Januar 1972 per Parteitagsbeschluß und über Nacht von der politischen Bühne hinweggefegt worden war, offenbaren nicht nur ein an Naivität kaum noch zu überbietendes Politikverständnis und ein irrationales Urvertrauen in die praktische Relevanz sozialdemokratischer Parteitagsresolutionen, sondern riefen an der verunsicherten Juso-Basis Illusionen wach, deren demobilisierende Wirkung sich durch Richtigstellungen in einer späteren Ausgabe desselben Informationsdienstes nicht mehr aufheben ließ [63]). Der Landesausschuß der nordrhein-westfälischen Jungsozialisten rügte denn auch die Verharmlosung, die vom Bundesvorstand in Sachen Ministerpräsidentenbeschluß ausging, und stellte klar, daß der Radikalenerlaß nach wie vor die berufliche Existenz kritischer und politisch

60) Vgl. den Beschluß „Vermögensbildung" des Godesberger Bundeskongresses, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Beschlüsse des ordentlichen Bundeskongresses der Jungsozialisten in der SPD in Bonn-Bad Godesberg vom 9. bis 11. 3. 1973, a. a. O., S. 29.
61) Vgl. Wolfgang Abendroth, Zur Situation der SPD nach dem Parteitag von Hannover, in: „Blätter", 5/1973, S. 481.
62) Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), „Jungsozialisten Informationsdienst", Nr. 3/1973, S. 1.
63) Vgl. den Artikel „Der Ministerpräsidentenbeschluß und die Stellung der Jungsozialisten", in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), „Jungsozialisten Informationsdienst", Nr. 5/1973, S. 3 f.

engagierter Linker bedroht. Außerdem verwies er auf die Disziplinierungsfunktion des Parteitagsbeschlusses gegenüber der innerparteilichen Linken, die damit „in die Abwiegelungsstrategie des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten" integriert werden sollte [64]).

Aufgrund einer geschickten Personalpolitik gelang es zwar der Linken wie auf keinem Parteitag zuvor, eigene Kandidaten in den Parteivorstand zu bringen, das Gewohnheitsrecht der Wiederwahl zu durchbrechen und die Wahl einiger Exponenten des rechten Flügels zu verhindern, doch zeigte schon die Wahl des Präsidiums durch den neuen Parteivorstand, daß das erfolgreiche Bündnis der Linken mit der Parteimitte nur punktueller Natur gewesen, das weit verbreitete Gerede von der „Drittelparität" (je ein Drittel Linke, Rechte und Vertreter der Parteimitte) illusorisch und die Vorherrschaft des konservativen Flügels ungebrochen war.

Hatte der Bundesvorstand der Jungsozialisten nach dem Saarbrücker Parteitag vom Mai 1970 noch ein Heft der Zeitschrift „JS-Magazin" unter dem Motto „Die Juso's in Saarbrücken" herausgegeben, in der die Vorgehensweise der Jungsozialisten eingehend geschildert wurde, so war in einem unmittelbar nach Hannover im Informationsdienst des Bundesvorstandes veröffentlichten Parteitagskommentar, der bezeichnenderweise den Titel „Die Linke (!) auf dem Parteitag" trägt, von der spezifischen Rolle der Jungsozialisten nur mehr am Rande die Rede [66]). Die Integration der Jungsozialisten in die reformistische Parteilinke unter Verzicht auf die offensive Vertretung eigener Positionen kann heute weitgehend als abgeschlossen betrachtet werden, was, wie man sieht, nicht zuletzt im Sprachgebrauch des Bundesvorstandes seinen Niederschlag findet.

Zwischen Integration und Isolation

Wie kaum eine zweite politische Jugendorganisation in der Bundesrepublik sehen sich die Jungsozialisten einem Phänomen konfrontiert, das sich treffend als „theoretical gap" bezeichnen läßt. Aufweisbar ist sowohl eine vertikale als auch eine horizontale Problemdimension, klafft doch nicht nur zwischen führender Funktionärsschicht und einfacher Mitgliedschaft, sondern auch zwischen ganzen Bezirksorganisationen eine breite Lücke sozialistischen Theorieverständnisses, wobei der individuell verschiedene Bildungsstand ebenso eine Rolle spielt wie das vielzitierte Stadt-Land-Gefälle und die regional differierenden Parteistrukturen (z. B. Vorhandensein oder Fehlen einer sozialdemokratischen Altlinken). Um die unmittelbar die Alltagspraxis des Gesamtverbandes tangierenden Folgen dieses Mankos auszuschalten bzw. abzuschwächen, bedarf es verstärkter Bemühungen um einen rational durchgeplanten Strukturausgleich, einer breit angelegten Schulungsarbeit und einer gezielten Popularisierung der innerverbandlichen Strategiediskussion.

Wenn auch nicht auf den sozialdemokratischen Jugendverband beschränkt, so doch eng mit dem Theorielücken-Problem verbunden, läßt sich die tendenzielle Vergrößerung einmal zustande gekommener Informationsvorsprünge konstatieren. Beruflich, geografisch oder bildungsmäßig benachteiligte Jungsozialisten werden von einem Teil des innerverbandlichen Informationsflusses allein schon dadurch abgeschnitten, daß Funktionen und Delegiertenmandate eher solchen

[64]) Presseerklärung des Landesausschusses NRW der Jungsozialisten, in „rheinruhrspiegel", Nr. 2/1973, S. 11.
[65]) Entfällt.
[66]) Vgl. Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), „Jungsozialisten Informationsdienst", Nr. 3/1973, S. 2 f.

Kandidaten zufallen, die zeitlich ungebunden, nicht an der Peripherie des betreffenden Parteibezirks beheimatet und akademisch vorgebildet sind. Vorstandsämter und Delegiertentätigkeit erleichtern wiederum den Zugang zu weiteren wichtigen Informationen; es schließt sich der Teufelskreis eines die soziale Unterprivilegierung bestimmter Schichten auf der parteipolitischen Ebene reproduzierenden Informationsrückstandes.

Charakteristisch für die Juso-Arbeit seit 1969 ist das Nachhinken der Alltagspraxis in den Untergliederungen gegenüber den vorausformulierten, scheinbar theoretisch fundierten Beschlußpostulaten der Bundeskongresse. Dieser „practical lag" gilt auch und gerade im Hinblick auf die „Doppelstrategie". Die in den örtlichen Arbeitsgemeinschaften aktive, überwiegend kleinbürgerlich-radikaldemokratische Mitgliedschaft setzt sich vornehmlich aus Schülern, Studenten, Angestellten und Beamten zusammen. Die Praxisfelder der Jungsozialisten sind denn auch von vornherein auf den Reproduktionsbereich konzentriert, wohingegen die embryonalen Ansätze jungsozialistischer Betriebsarbeit in den meisten Bezirken eine reine Feigenblattfunktion erfüllen. Festzustellen bleibt jedoch, daß die betriebliche Basismobilisierung unter den modernen Bedingungen kapitalistischer Großproduktion konstituierender Bestandteil jeder sozialistischen Praxis ist.

Die innerverbandlich praktizierte Arbeitsteilung, wonach einer intellektuellen Avantgarde, die Juso-Strategie als Glasperlenspiel begreift, das geistige Produktionsmonopol für Strategiepapiere vorbehalten bleibt und eine an deren Zustandekommen völlig unbeteiligte Basisorganisation auf die praktische Umsetzung strategischer Idealvorstellungen verpflichtet wird, trägt ebenso zur Zementierung des desolaten Zustandes in den meisten Untergliederungen bei wie das ideologische Schattenboxen des Bundesvorstandes. Auch wenn der Begriff „Doppelstrategie" längst zum festen Bestandteil jungsozialistischer Kongreßbeschlüsse geworden ist, gibt es nach wie vor den heimlichen Primat der Parteiarbeit, die bei Vernachlässigung des anderen Beins der Doppelstrategie nichts anderes sein kann als ein schwindelerregender Drahtseilakt zwischen Isolation und Integration. Angesichts der politischen und organisatorischen Situation an der Juso-Basis wäre es eine Illusion zu glauben, aus dem programmatischen Gebot der Doppelstrategie könne unmittelbar eine praktische Perspektive für die Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems erwachsen.

Von einer „halblinken Stabilisierung" des sozialdemokratischen Jugendverbandes kann heute jedoch insofern nicht ernsthaft gesprochen werden, als sich eine ganze Reihe von Bezirken und Unterbezirken, die Hessen-Süd als sozialistische Enklave der sechziger Jahre abgelöst haben, eindeutig links vom Juso-Bundesvorstand definieren. Die Prognose des ehemaligen Bundessekretärs Ernst Eichengrün steht in Gefahr, durch eine linke Stabilisierung in diesen Bereichen unterlaufen zu werden.

Um den Verband angesichts von der Parteirechten angezettelter Gegenoffensiven (Brandts Rücktrittsdrohung vor dem Hannoveraner Parteitag, Gründung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Ausschluß von 12 Kreuzberger Jungsozialisten) auf ideologischer Ebene zu konsolidieren, bedarf es einer solidarischen Diskussion, die sich eine Klärung der unterschiedlichen Positionen sowie die theoretische Vereinheitlichung auf Bundesebene zum Ziel setzen muß. Einen ersten wertvollen Beitrag hierzu leistete die sogenannte Stamokap-Gruppe im Sommer 1972 mit der Gründung des „Hannoveraner Kreises", eines überregionalen Diskussionskreises, der zur besseren Koordination

der Opposition gegen die Politik des Juso-Bundesvorstandes und zur Weiterentwicklung des im Hamburger Strategiepapier umrissenen theoretischen Ansatzes dienen sollte.

Während einige Untergliederungen mit der Ausarbeitung von Aktionsprogrammen nach dem Vorbild des gemeinsamen Regierungsprogrammes der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich begonnen haben, sind die lehrreichen Erfahrungen der chilenischen Unidad Popular im Rahmen der innerverbandlichen Strategiediskussion noch weitgehend unberücksichtigt geblieben. Hier liegen wichtige Ansatzpunkte für weiterführende strategische Überlegungen der Jungsozialisten, auch wenn sich die Volksfrontkonzepte der französischen und chilenischen Linken nicht bruchlos auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der BRD übertragen lassen.

Die ideologisch-theoretische Auseinandersetzung leidet heute vor allem unter der gezielten Moralisierung der Strategiediskussion. Das begann mit den unsachlichen Vorwürfen im Strasser-Papier und endete mit der Diffamierung und Disziplinierung unzähliger kritischer Jungsozialisten in den Untergliederungen.

Die Anpassungspolitik des Bundesvorstandes und seine Unfähigkeit zur Weiterentwicklung und Vereinheitlichung von Theorie und Praxis des Gesamtverbandes sowie die von der Bundesspitze vorangetriebene Integration der Jungsozialisten in die reformistische Parteilinke stoßen in weiten Bereichen der Juso-Organisation auf wachsenden Widerstand. Es wird nicht mehr lange dauern, bis der Ruf nach einem neuen München erschallt, und wenn nicht alles trügt, wird er wiederum aus dem mittleren Funktionärskörper des Verbandes kommen, der das Dilemma der Juso-Arbeit zwischen der perspektivlosen Alltagspraxis weitgehend voneinander isolierter Untergliederungen und der karrieristisch-integrationistischen Politik der jungsozialistischen Führungsspitze auf Bundesebene am deutlichsten zu spüren bekommt.

Bundeswehr, BGS, Polizei – Hüter der Verfassung?

Von Jürgen Roth

Der chilenische Militärputsch, durch den eine demokratisch gewählte sozialistische Regierung gestürzt wurde, sowie die anschließende Welle von Verfolgung und Terror lösten in der BRD ein zwiespältiges Echo aus. Die Anhänger und Führungskräfte von Parteien, die eine „wehrhafte Demokratie" propagieren und als „Verfassungsparteien" aufzutreten lieben, CDU und auch FDP-Kreise, triumphierten oder rieben sich heimlich die Hände. Sozialdemokraten waren bestürzt, solidarisierten sich mit dem gestürzten Staatspräsidenten Allende oder sie erklärten, insbesondere der rechte Flügel der Partei, „jetzt sehe man die Unvereinbarkeit von Demokratie und Sozialismus". Auf jeden Fall setzte das ein, was schon lange überfällig war, nämlich das Überdenken der Rolle, die Militär, Bundesgrenzschutz (BGS) und Polizei heute in der BRD spielen.

Plötzlich dachte man darüber nach, ob ein ähnlicher Militärputsch, mit ähnlicher Unterstützung der Christdemokraten wie in Chile, in der BRD wirklich undenkbar sei. Die Vorwürfe des SPD-Abgeordneten Horn, der die Frage nach dem Demokratieverständnis in der Bundeswehr stellte und erklärte, „daß auch in Bonn die Generale in Gedanken mit Verfassungsbruch spielen", bildeten den Anfang der Auseinandersetzung. Es folgte die Forderung des Bundestagsabgeordneten Hansen, man müsse den Militärs auf die Finger sehen, wenn man ihnen Waffen in die Hand gebe, auch und gerade der Bundeswehr. Es sei „nicht zu übersehen, daß die Bundeswehr von rechtem Gedankengut bestimmt ist". Allein die Reaktion auf diese kritischen Äußerungen gegenüber der Bundeswehr ist bezeichnend. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Kühn wies die Warnungen als „törichte Gedankenakrobatik" zurück, denn in der Bundeswehr „gibt es keine chilenischen oder griechischen Strömungen". Nicht die völlig unpolitische Aussage über die Funktion der Bundeswehr als integrierter Bestandteil der NATO-Streitkräfte ist so typisch, sondern die willfährige Verbeugung zu den Generalen der Bundeswehr hin. Ihnen wird hurtig eine demokratische Gesinnung attestiert, deren Inhalt jedoch nicht hinterfragt; was die Generale nämlich für Demokratie halten, ist offenbar ihre Sache. Ebenso wichtig wie die Frage nach dem Demokratieverständnis der Bundeswehrgenerale ist die Frage nach dem Demokratieverständnis der CDU. Chile zerriß bei vielen Abgeordneten den Mantel der Verfassungskonformität und ließ etwas von dem autoritären Geist sichtbar werden, der diese Partei heute beherrscht. CDU-Abgeordnete reisten schon kurz nach dem Militärputsch in das geknechtete Land und ließen sich von den Faschisten bei Cocktailparties davon überzeugen, daß es Allende war, der die Verfassung gebrochen habe, und sie, die Generale, Chile auf den Boden der Verfassung zurückführen wollten. Von Mord und Terror schließlich könne überhaupt keine Rede sein. Auch der CDU-Abgeordnete Heinrich Gewandt gehörte zu den ersten Chile-Pilgern, die die Junta verteidigten. Schon zu Zeiten des ehemaligen christdemokratischen Staatspräsidenten Frei zählte Gewandt zu den häufigsten Besuchern Chiles, so daß er sich sogar bemühen mußte, dem Gerücht entgegenzuwirken, „er sei der heimliche Herr des südamerikanischen Kupferstaates Chile" [1]. „Fünfmal hat Gewandt unser Land besucht", schrieb die Abendzeitung „Ultima Hora", „und jeder Besuch war mit wichtigen politischen Entscheidungen für Chile verknüpft." Man muß nicht lange rätseln, was Gewandt jetzt wieder in Chile sucht: Kontakte zu den Generalen knüpfen, um mitzuhelfen, „das zerrüttete Wirtschaftssystem wieder aufzubauen". Gewandt profitierte also von dem Militärputsch, wenn er ihn über seine zahlreichen Kanäle zu den chilenischen Christdemokraten hin nicht sogar unterstützt hat. Die peinliche Verleugnung des Mordens und des Terrors und die Bejubelung des Putsches durch CDU-Politiker — von den Konzernrepräsentanten ganz zu schweigen — legt den Schluß nahe, daß es um den Versuch einer präventiven Legitimierung für ähnliche Entwicklungen in der BRD geht. Dabei redet die CDU lieber von einer „Niederlage des Sozialismus" als von der Zerstörung der Demokratie. So kann sie die Vorgänge in Chile als Schablone benutzen, um sozialistische Bestrebungen in der BRD als verfassungsfeindlich zu bestimmen. Inwieweit dabei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung tangiert werden, ist nicht gefragt. Ähnliche Stimmen, wie die aus der CDU, kamen aus dem rechten Lager der Sozialdemokraten. Symptomatisch erscheint hierzu die Aussage des Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Brigadegenerals (!) Friedrich Beermann, der erklärte: „Nun ist der marxistische Alptraum ausgeträumt. Und das chilenische Experiment kann nur eine Warnung sein für all die Länder, die glauben, Marxismus wäre der Weg, um aus Elend und Unterentwicklung rauszukommen."

---

[1] „Der Spiegel", Nr. 12/1965.

Neben diesen Erklärungen, die direkt zu den Vorgängen um den Militärputsch in Chile Stellung nehmen, sind für das Verständnis der innenpolitischen Polarisierung zwei weitere Stimmen aus dem Lager der CSU/CDU außerordentlich wichtig. Da erklärt der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg, bei einem Besuch der Buchmesse 1972 auf dem Stand von türkischen Sozialisten, die die in ihrem Heimatland verbotene Literatur ausstellten: „Mich wunderts, daß sie noch nicht im Flugzeug sitzen". Als er darauf als Faschist bezeichnet wurde, erklärte er: „Von Roten als Faschist bezeichnet zu werden, ist eine Ehre für mich." Und in München posaunte der bayerische Kultusminister Maier über die hohe Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahl hinaus, „die BRD befinde sich in einer Staatskrise. Symptom dafür sei die erschreckend hohe Wahlbeteiligung von über 90 %, die an ähnliche Zahlen in totalitären Systemen erinnere" [2]).

Aber nicht nur Äußerungen von CDU-Politikern sind ein Seismograph dafür, wie gefährdet die Struktur der Demokratie ist. Ein wesentliches Element zur Frage, ob ein Militärputsch z. B. auch in der BRD möglich wäre, ist die polizeiliche Aufrüstung, ist die Funktion der Ordnungsstreitkräfte, von Polizei über Bundesgrenzschutz bis hin zur Bundeswehr. Man kann auch so fragen: Wie bereitet sich das kapitalistische System unter den Bedingungen, da die Massenloyalität schwindet und eine wirtschaftliche Krise das gesamte kapitalistische Wirtschaftssystem zu erschüttern droht, auf die Konfrontation mit der um die Erfüllung elementarer Bedürfnisse kämpfenden arbeitenden Bevölkerung vor?

Zur Einschätzung, wie stark die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD sind, ist die Bespitzelung ein probates und auch klassisches Mittel — gleichzeitig *das* Instrument überhaupt, den heimlichen Notstand vorzubereiten. In den Vereinigten Staaten erstellte eine Studiengruppe, die vom wissenschaftlichen Beirat des Weißen Hauses ernannt wurde, ein „absolutes Kommunikationssystem". „Das System muß 24 Stunden am Tag operieren und 100 % der Bevölkerung erreichen und selbst Schlafende aufwecken. Die Bürger können den Lautsprecher nicht abstellen, selbst wenn sie es wollen" [3]).

In der BRD observiert und kontrolliert man schon mit ähnlichen Methoden, insbesondere was die Auswertung der gesammelten Informationen betrifft. Zu dieser planmäßigen und totalen Kontrolle gehört das inzwischen vom Bundestag verabschiedete Registrierungssystem, nach dem alle persönlichen Daten im Computer gespeichert werden und jederzeit abgerufen werden können. Dadurch lassen sich alle persönlichen Informationen in einem zentralen Datenlager sammeln. Noch nicht einmal das gefährlichste Übel mag das sein, worüber sich der DGB beklagte: Arbeitnehmer werden durch Speicherung von Daten über das Verhalten, die Leistung, die Gesundheit und die Beurteilung durch Vorgesetzte benachteiligt, weil sie selbst keine Einflußnahme auf die gespeicherten Informationen haben. In einem „Spiegelreport" über die geplante Einführung der Personenkennziffer heißt es dazu: „Die Nummern erleichtern den Zugang zu persönlichen Informationen in dem Computer von Staat und Wirtschaft. Auf Knopfdruck könnten Angaben über Intelligenz und Gesinnung, Einkünfte und Sexualverhalten aller Bürger abgerufen werden". Tatsache ist, daß jetzt schon in den meisten bundesrepublikanischen Gemeinden sich Karteien mit umfangreichen Dossiers über nahezu jeden Teilnehmer an systemkritischen politischen Aktionen sowie über fast alle politischen Organisationen und Gruppen befinden. Auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) hat bekanntgegeben, daß er schon über 3 Millionen Sicherheitsüberprüfungen getätigt hat. Welche Informationen gesammelt wurden, weiß niemand der

[2]) „Süddeutsche Zeitung" v. 17. 2. 1973.
[3]) „Frankfurter Neue Presse" v. 3. 11. 1972.

Überprüften. Er kann auch nie wissen, wie sie gegen ihn benutzt werden. 150 000 Bürger wurden allein vom MAD bereits auf Schwarze Listen gesetzt.

Schon jetzt wird ein solches gespeichertes Computerwissen praktisch ausgewertet. Auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen wird mit einer elektronischen Personenfahndung gearbeitet, die innerhalb von Sekunden Auskünfte über mehr als 120 000 Personen geben kann, die von der Polizei aus den verschiedensten Gründen gesucht werden bzw. in der Kartei des Bundeskriminalamtes enthalten sind.

Gesammelt werden die Informationen demgegenüber noch klassisch einfach, ebenso klassisch ist auch, über wen Informationen gesammelt werden. Denn die Bespitzelungsaktionen richten sich weniger gegen die faschistischen und reaktionären Kader in Politik, Bundeswehr oder Polizei, nicht gegen das Heer von Alt- und Neonazis in Justiz und Ministerialverwaltung, sondern gegen demokratisch eingestellte Arbeiter, Gewerkschafter und Intellektuelle. Auch gegen Angehörige der Bundeswehr, die gegen die revanchistischen Kräfte in der Bundeswehr selbst kämpfen, wird ermittelt. Das fällt in die Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes. Dabei wird ihnen z. B. vorgeworfen, „daß sie hauptsächlich eine Bewußtseinsänderung der Soldaten anstreben". Auch die ständig wachsende Zahl der Anträge auf „Befreiung vom Wehrdienst" ist schon ein Zeichen für „Landesverrat". Der MAD befürchtet, daß hinter der Masse der Anträge nicht die Überzeugung zum humanitären Pazifismus, sondern Ablehnung der verfassungsmäßigen Grundordnung stehe.

Daß es den Abwehrorganen in der Bundeswehr weniger um die Abwehr antidemokratischer Kräfte geht, vielmehr ausschließlich um die Abwehr von demokratischen Inhalten, zeigen zwei Beispiele. Zum einen ist die Bundeswehr die Einrichtung mit dem höchsten Organisationsgrad von NPD-Angehören. Ein anderes Alarmsignal ist es, wenn vor kurzem, auf Verfügung des Truppengerichts Karlsruhe, in der Ulmer Wilhelmsburg „zersetzende" Zeitschriften beschlagnahmt wurden. Dazu zählen für den MAD: „ÖTV-Wehrreport", „Gewerkschafter", Metall", die DGB-Jugendzeitschrift „ran", das Jugendmagazin „Elan" und die antifaschistische Wochenzeitung „Die Tat". Alle Spinde der Soldaten wurden nach diesen Zeitungen untersucht [4]).

Der Soldat, bei dem die oben genannten Zeitschriften gefunden wurden, wurde zuerst von einem Beamten des Landeskriminalamtes verhört und anschließend noch zweieinhalb Stunden vom MAD. Der Soldat: „Während meines Arrestes wurde ich wieder dem MAD vorgeführt. Er bedrohte mich mit ein bis zehn Jahren Gefängnisstrafe, weiterer Überwachung nach meiner Entlassung aus der Bundeswehr und er würde meine beschlagnahmten Sachen an die ‚richtigen Stellen' schicken" [5]).

Neben Soldaten, aktiven Arbeitern und Gewerkschaftern werden auch die Bewerber für den öffentlichen Dienst extrem bespitzelt. Zur Vervollkommnung des Spitzelsystems sieht z. B. im Saarland ein „Gesetz zur Änderung des Gesetzes 588 über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz" vor, daß jeder einzelne Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes zu Spitzeldiensten für den Verfassungsschutz verpflichtet werden soll [5a]). Natürlich werden auch demokratisch gewählte Studentenvertretungen bespitzelt. Ein Beispiel: Während eines Streiks zum neuen baden-württembergischen Hochschulgesetz setzten der Verfassungsschutz und die politische Polizei zahlreiche Beamte ein, die alle

4) „Unsere Zeit" v. 21. 12. 1973.
5) „die tat" (Frankfurt/M) v. 5. 1. 1974.
5a) Ebd.

Aktivitäten der Studenten notieren sollten. Legitimiert wurde das von der Regierung so: „Die Diskussion um das Reformprogramm sowie sonstige innen- und außenpolitische Ereignisse werden dabei planmäßig und überlegt zur Verfolgung, aber auch gleichzeitig zur Tarnung verfassungsfeindlicher Absichten eingesetzt". Um das zu verhindern werden Beamten mit folgender Ausrüstung eingesetzt: 1 Taschenlampe, 1 Pistole mit Magazin, 1 Fernglas, 1 Paar Handschellen, 1 Verbandspäckchen, 3 Abhörgeräte, 3 Paar Plastikhandschuhe und 1 Stoß Totenscheine [5b]).

Neben den deutschen Geheimdiensten und Verfassungsschützern arbeiten auch ausländische Geheimdienste mit gezielten Aktionen gegen hier lebende Demokraten und Sozialisten. Beispiele: Nach dem Militärputsch in der Türkei, im März 1971, und den darauf folgenden Protesten und Demonstrationen gegen die NATO-Militärdiktatur bildete die türkische Regierung ca. 2000 Angehörige des türkischen Geheimdienstes MIT aus und schickte sie nach Europa. 70 % dieser Agenten wurden in die BRD eingeschleust. Hier wirken sie nun seit ca. einem Jahr zusammen mit der türkischen Botschaft, türkischen Konsulaten, dem Verfassungsschutz und der politischen Polizei und versuchen den demokratischen Widerstand zu zerschlagen. Schon 1967 betraten zahlreiche Agenten des persischen Geheimdienstes SAVAK die BRD und setzten iranische Oppositionelle unter Druck. Ähnliches praktiziert der portugiesische Geheimdienst in der BRD, der in der portugiesischen Fluggesellschaft TAP und den Handelskammern sitzt und die portugiesischen Oppositionellen unter Druck setzt. Auch die alliierten „Sicherheitsstellen" sammeln zahlreiche Informationen über Demokraten und Sozialisten in der BRD. Es sind Informationen, die sie nach ihren eigenen Worten ihren deutschen Kollegen nicht zukommen lassen wollen, „weil man nicht weiß, in wessen Hände sie letztlich gelangen, denn der bundesdeutsche Polizeiapparat wird schon nicht mehr als völlig dicht erachtet."

II

Die Bespitzelung als Ausdruck von Präventivmaßnahmen des internationalen Monopolkapitals gegenüber systemkritischen Kräften ist wiederum nur ein Teilaspekt, der für die Einschätzung der Möglichkeit eines Putsches in der BRD wichtig ist. Die chilenischen Generale rühmen sich offen, daß langfristig vorbereitete umfassende Karteien über Gewerkschafter, Politiker und aktive Bürger ihren Putsch ermöglichten.

Ein weiterer Aspekt ist die Ausdehnung des Polizeiapparates, die Aufstellung von Sonderkommandos oder ganz allgemein die Zentralisierung und Militarisierung der Polizei. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden 1973 für 17 Mio DM neue Polizeimittel angeschafft, während die Haushaltsmittel für Universitäten und Schulen um rund 40 Mio DM gekürzt wurden. So verfügt die Polizei jetzt über eine eigene Fernsehübertragungsanlage, Hubschrauber werden mit Fernsehkameras ausgestattet, und über das ganze Land werden entsprechende Aufzeichnungsstationen errichtet. Zur Vergrößerung der Mobilität kleinerer Polizeikommandos kaufte der Innenminister von NRW von den Fordwerken 120 Spezial-LKW mit doppelten Ausstiegstüren zum Gesamtpreis von 2,3 Mio DM [6]). Außerdem wurden Panzerwagen mit „Rundumsichtfenstern angeschafft", die „Demonstranten Angst machen sollen". Geleitet wird dieses militärische Instrumentarium von Innenminister Weyer, der schon längst Stellung dazu bezogen hat, welche Funktion die Polizei in diesem Staat haben solle. Er warnte vor drastischen Refor-

[5b]) „Berliner Extra-Dienst" v. 3. 7. 1973.
[6]) „Berliner Extra-Dienst" v. 11. 12. 1973.

men und richtete scharfe Angriffe gegen „Reformisten", die gegen alles seien, was an Militär erinnere, und die den BGS als paramilitärischen Verband ablehnten [7]). Auch in anderen Bundesländern wird die Polizei kräftig aufgerüstet. In Baden-Württemberg soll die Zahl der Polizisten um 6000 Beamte auf 22 500 erhöht werden. Während die Polizeiminister die Steigerung der Effektivität der Polizei in der Militarisierung sehen und darin, daß die kommunalen Polizeibehörden aufgelöst werden, zum größeren Nutzen der Länderpolizeichefs, fordert die Gewerkschaft der Polizei eine wissenschaftliche Ausbildung der Polizei. Sie verspricht sich davon eine Demokratisierung und erreicht doch nur eine höhere individuelle Potenz des Apparates. Damit schließlich die von Steuergeldern finanzierten Waffen wie Maschinengewehre, Schnellfeuergewehre und Handgranaten legalistisch eingesetzt werden können, befassen sich Taktiklehrer in Polizeischulen mit Einsätzen unter den Bedingungen des militärischen Kampfes. Der Weg von dem faktischen Demonstrationsverbot bis zu bürgerkriegsähnlichen Einsätzen gegen Demonstranten und Bürgerinitiativen bzw. streikende Arbeiter ist inzwischen sehr kurz geworden. So schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in einem Leitkommentar zur Frage der Legitimität von Demonstrationen: „Denn die linken Faschisten wollen mit möglichst vielen Demonstrationen für möglichst edle Sachen vor allem dies demonstrieren: daß der normale demokratische Willensbildungs- und Vermittlungsprozeß Betrug und Klassenherrschaft sei, eine Verschwörung nach der Art der Weisen von Zion, mit welchem Hirngespinst man ehedem auf Rattenfang ging. Wer heute und bei uns mitdemonstriert, gewinnt nicht die Würde freier Meinungsäußerung, er wird zum nützlichen Idioten der Radikalen" [8]). Die Ideologie, die aus solchen Sätzen spricht, war bei den Nazis sehr gefragt und wurde in Chile wiederum bittere Realität, die Verketzerung demokratischer Bewegungen nämlich, an die sich dann Verbote und Verfolgung anschlossen. Das bedeutet für unser Land, daß unter bestimmten politischen Erscheinungen und der entsprechenden Lokalisierung des „politischen Gegners" die grundgesetzlich garantierten Rechte ohne Skrupel außer Kraft gesetzt werden können. Es liegt im polizeilichen Ermessen, politische Massenbewegungen zu zerschlagen, wenn sie die Stabilität des kapitalistischen Systems erschüttern.

Dieser aktuelle Zustand läßt sich am besten an den Demonstrationen gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn aufzeigen. Nachdem die Bürger jahrelang umsonst gegen den terroristischen Lärm klagten, verliehen sie ihrem Protest Nachdruck, indem sie den Bombenabwurfsplatz im Juni 1973 besetzten und dadurch stilllegten. Schließlich wurde Bereitschaftspolizei eingesetzt, um den „Frieden wiederherzustellen"; im Morgengrauen stürmte sie das Gelände, mit Wasserwerfer wurden die Demonstranten vertrieben. Hubschrauber des BGS gingen im Tiefflug auf das Zeltlager der Demonstranten nieder und rissen durch den Sog der Rotorblätter die Zelte auseinander.

Auch bei anderen Einsätzen des Polizeiapparates ist ein wachsendes Maß an Willkür und Terror zu beobachten. Im Herbst 1973 konnte der NPD-Parteiführer Thadden in Frankfurt seit Jahren wieder triumphieren und auf dem Podium verkünden, „daß die Polizei jetzt auf der richtigen Seite steht". Mit drei Wasserwerfern und Einsatzkommandos hatten zuvor die Polizeibeamten den Weg für Thadden und seine Anhänger freigeprügelt. Ausschlaggebend für den Stimmungsumschwung innerhalb des Polizeiapparates, unter Umständen auch gegen die Bevölkerung zu kämpfen, waren die Auseinandersetzungen mit streikenden Arbeitern im Herbst 1973. Dabei kam es (30. 8. 1973) zu Auseinandersetzungen

7) „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" v. 15. 2. 1973.
8) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 10. 2. 1973.

mit Tausenden von streikenden Arbeitern (Ford Köln), wobei außerdem die „Schutzhaft" praktiziert wurde, als Streikführer festgenommen und verhört wurden. Wochen zuvor (Ende Juni) hatte beim Streik der Klöckner-Belegschaft in Bremen Bereitschaftspolizei bereitgestanden. Auch hier fehlte nicht der obligatorische Hinweis auf radikale, betriebsfremde Gruppen, die zufriedene und arbeitswillige Klöckner-Stahlwerker zum illegalen Aufstand zu zwingen versucht hätten. Diese Spaltungs- und Denunzierungstaktik hatte dann in Köln Erfolg, als die Polizei, zusammen mit Werkschutz und Angestellten, den Streik der Arbeiter zerschlug. Als die Belegschaft der Hella-Werke im Juli 1973 die Produktion lahmlegte und einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten forderte, riegelte ein massives Polizei-Aufgebot das Werksgelände ab, nahm Sprecher der Streikenden fest und verhinderte die Solidarisierung durch Knüppeleinsätze. In Heidelberg, Karlsruhe und Göppingen erschien im September/Oktober 1973 politische Polizei in den Betrieben und nahm präventiv „Ermittlungen" auf, um später aufgrund von Streikaktionen der Belegschaften „Rädelsführer" festnehmen bzw. feststellen zu können. Ministerpräsident Filbinger, früherer Kriegsgerichtsrat Hitlers, deckte ausdrücklich seinen Innenminister Schieß, der die auf Kriminalisierung des Streikrechts abzielenden Polizeimaßnahmen angeordnet hatte. Diese Entwicklung legt den Schluß nahe, daß auch in der BRD in dem Moment, in dem Arbeiter, Angestellte, Gewerkschaften die Herrschaft des Großkapitals in Frage stellen, ohne Skrupel von der heimlichen Unterdrückung zur terroristischen übergegangen wird, um, wie man dann später sagen wird, „dem sozialistischen Spuk ein Ende zu bereiten".

Neben der Polizei spielt der Bundesgrenzschutz, nachdem am 22. Juni 1973 das neue BGS-Gesetz verabschiedet wurde, eine wichtige Rolle innerhalb der innenpolitischen Auseinandersetzung. Inzwischen ist die 1951 aufgebaute Truppe, ein Sammelbecken alter Nazioffiziere und Kaderreserve für Bundeswehr und Polizei, zum totalen Zerschlagungsinstrument des Staates umgerüstet worden. Seine Stärke beträgt momentan 22 000 Mann, geplant ist eine Erhöhung auf 30 000 BGS-Beamte. Der BGS ist aber nicht, wie es seine Propagandisten im Innenministerium erklären, eine Polizeibehörde, sondern war von Anfang an und von seiner Aufgabenstellung, Organisation und Bewaffnung her ein paramilitärischer Truppenverband, der im Falle von Auseinandersetzungen einen militärischen Kampfauftrag hat. Fast alle Übungspläne des BGS beziehen sich auf Auseinandersetzungen mit „Störern", mit Linken. Innerhalb kürzester Zeit können die Reservisten des BGS dienstverpflichtet werden, so daß sich die Stärke des BGS jederzeit auf ca. 60 000 Beamte erhöhen läßt. Es sind Beamte, zu deren Ausbildung Praktiken wie die im folgenden beschriebenen gehören:

„Unsere Gruppe wurde bald nach Übungsbeginn in einem Bauernhof gefangen und unter körperlicher Mißhandlung zur Militärpolizei gebracht. Wir trauten unseren Augen nicht, als wir in vorbereitete Folterkammern gesperrt wurden. In diesen engen, überhitzten Zellen wurden wir unmenschlichen Kaltwasserduschen und unerträglichen Geräuschen ausgesetzt. Bei den Vernehmungen wurden wir, obwohl wir gefesselt waren, geschlagen. Einmal beobachtete ein Major des BGS, begleitet von einem hageren US-Offizier, die Folterungen." Zu Übungssituationen des BGS zählte unter anderem: „Bergarbeiter der Zeche Bismarck in Recklinghausen sind für höhere Löhne in den Streik getreten. Einsatz von Truppen: pioniertechnische Züge, 72 Maschinengewehre, 27 Panzerkanonen, 36 Granatwerfer und 20 Panzerwagen" [9]).

[9]) Hans Wirth, Handbuch der Ausbildung und Taktik von Truppen- und Polizeiverbänden, Regensburg 1954.

Auch die Bundeswehr schießt sich inzwischen auf ihren innenpolitischen Gegner ein. Der „Berliner Extra-Dienst" meldete kürzlich, daß ein Oberstleutnant der Bundeswehr, der als Taktiklehrer an der Heeresoffizierschule 2 in Hamburg lehrte, auf die Frage, ob er einen Putsch in der BRD für möglich halte, antwortete: „Ja, darüber wird im Kasino durchaus diskutiert. Dieser Fall ist gegeben, wenn eine linke Regierung über bestimmte Verstaatlichungsmaßnahmen hinaus die Grundsubstanz der verfassungsmäßigen Ordnung, die Artikel 1—19 des Grundgesetzes antasten würde. Und dies ist schließlich eine Frage der Interpretation" [10]). Und unvergessen ist der Kasinoausspruch eines höheren Offiziers: „Wir müssen nicht immer nur vom Staat im Staate reden, sondern danach handeln und hier mal Ordnung schaffen" [11]).

Wer dazu in Frage kommt, die verfassungsmäßige Ordnung des Monopolkapitals anzutasten, geht eindeutig aus den Manöverübungen der Bundeswehr hervor:

— „In der Heeresfliegerwaffenschule in Bückeburg hatten wir auch Unterricht über Notstandsrecht. Der Fahnenjunker, der den Unterricht abhielt, räumte dabei auch die Möglichkeit des Objektschutzes bei VW ein. Nicht möglich soll der Einsatz bei gewerkschaftlichen Streiks sein, möglich jedoch bei illegalen Streiks, wie damals bei Mannesmann und Hoesch."

— Unter dem Code „Römerkastell" hatten Soldaten des Raketen-Artillerie-Bataillons 22 in der nordhessischen Gemeinde Treysa Ende Mai 1973 geübt, wie streikende Arbeiter der Kasseler Henschelwerke auseinandergetrieben werden sollen. Als „innerer Zustand" wurden „Arbeitskämpfe" angenommen, die von „politischen Gruppen" angezettelt worden waren. „Saboteure sind am Werk, zersetzende Flugblätter werden an Soldaten verteilt. In Gießen und Marburg fordert die Polizei bei Demonstrationen Unterstützung an". Und: „Bundeswehrsoldaten werden gegen Demonstranten eingesetzt, da Arbeiter ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung streiken."

— „Am 4. Oktober 1973 erfuhren die Arbeiter bei Bosch-Blaupunkt in Hillesheim, was unter der Zusammenarbeit der NATO-Streitkräfte zu verstehen ist. 5000 Soldaten einer britischen Division übten die Niederschlagung eines Arbeitskampfes. Die beiden Werke waren systematisch durch 30 Panzerfahrzeuge eingekreist. Getarnt wurden diese Fahrzeuge und das Probespiel durch einen Wald, der die Firma umgibt. Sichtbar war den Kollegen nur ein Panzerfahrzeug, daß den Eingang der beiden Werke bewachte" [12]).

— Und beim letzten Winter-Manöver im März 1973 wurde u. a. von folgender Lage ausgegangen: „In der ganzen Zeit, die den kriegerischen Auseinandersetzungen vorausging, wurde in Presseberichten dargestellt, wie die Unruhe in der westdeutschen Bevölkerung zunimmt. Im Raum Mannheim/Ludwigshafen wird der Generalstreik ausgerufen. In Ulm besetzen Demonstranten den Hauptbahnhof und verhindern Truppentransporte in Richtung Osten. In Baden-Württemberg entsteht eine Bewegung, die für Neutralität eintritt" [13]).

Es zeigt sich deutlich, daß der gesamte staatliche Machtapparat in einer Weise ausgebaut und perfektioniert wird, der auf massive Klassenauseinandersetzungen hindeutet. Sichtbar ist auf jeden Fall die Bereitschaft des Großkapitals, durch Einsatz von Polizei und Militär unter allen Bedingungen, also auch des Putsches, seine Herrschaft absichern zu lassen. Aus diesem Grund wird der Machtapparat der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr ausgebaut. Die kon-

10) „Berliner Extra-Dienst" v. 7. 12. 1973.
11) „die tat" (Frankfurt/M) v. 8. 12. 1973.
12) „Koblenzer Kasernen-Zeitung", Nr. 6, Dezember 1973.
13) Ebd.

kreten polizeilichen und militärischen Aktionen bzw. Übungslagen gegen Arbeiter machen deutlich, daß von einem festen Demokratieverständnis bei der Polizei und bei der Bundeswehr nicht ausgegangen werden kann. Die Vorbereitung von Polizei und Bundeswehr auf Auseinandersetzungen mit Massen von Arbeitnehmern geschieht vor dem Hintergrund einer drohenden politischen Wirtschaftskrise in der BRD. Man geht also davon aus, daß sich breite Teile der Bevölkerung nicht mehr durch Reden einlullen lassen werden, sondern für ihre fundamentalen Rechte kämpfen werden.

Unter diesen Voraussetzungen muß — um wieder auf den Ausgangspunkt der Überlegung zurückzukommen, ob ein Militärputsch in der BRD Wirklichkeit werden könne — das Verhalten von Polizei und Militär betrachtet und analysiert werden, um dadurch auch die Reaktion des Monopolkapitals und seiner politischen Repräsentanten illusionsloser einschätzen zu können. Der Glaube an ein fest verankertes demokratisches Bewußtsein bei den staatlichen Ordnungsmächten sollte einer kritischen Vorsicht weichen und gleichzeitig Anlaß dazu sein, die demokratischen Kräfte in Polizei und Bundeswehr intensiver als bisher zu unterstützen. Chile und die Reaktionen darauf sind unmißverständliche Warnzeichen.

Die spontanen Streiks 1973

Verlauf, Ergebnisse und Konsequenzen

Von Horst Löffler und Ulrich Schreyer

Zweifelsohne bildeten die Streikaktionen 1973 den bisherigen Höhepunkt der Klassenauseinandersetzungen in der BRD. Niemals zuvor beteiligten sich daran derart viele Lohnabhängige am Kampf um ihre materiellen Rechte wie im vorigen Jahr [1]). Aber auch niemals zuvor trat der antagonistische Widerspruch zwischen den Beherrschten und den Herrschenden dieser Gesellschaft, trat der Klassencharakter des bürgerlichen Staates so offen zutage [2]). Inwiefern sich das schon in den Köpfen der Mehrzahl der an den Streiks beteiligten Arbeiter und Angestellten niedergeschlagen hat, läßt sich heute noch nicht ausmachen. Sicher ist, daß die sozialreformistischen Kräfte und Ideologen Schwerstarbeit leisten müssen, um halbwegs glaubhaft und wirkungsvoll die heile Welt einer „sozialen Industriegesellschaft" zu propagieren.

Die nachfolgende vorläufige Einschätzung der Streikbewegung gliedert sich in 2 Teile. Teil 1: Rekonstruktion der Tarifverhandlungen 1972/73 der IG Metall; Teil 2: Skizzierung der spontanen Streikkämpfe im Sommer 1973.

[1]) An den spontanen Streiks 1969 nahmen ca. 150 000 Lohnabhängige teil; dies war bisher die größte Streikaktion. Diese Zahl ist im August 1973 um ca. 160 000 Streikende übertroffen worden. Hinzu kommt, daß in diesem Jahr die Streikaktionen sich über wesentlich mehr Betriebe verteilten als 1969.
[2]) Bisher galten die Aussperrungen im gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiterstreik 1971 in Baden-Württemberg als die krasseste Form der Klassenauseinandersetzung.

Wenn im folgenden nur die Vorgänge in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie beleuchtet werden, so liegt dies einfach daran, daß hier die Materiallage für eine adäquate Einschätzung am besten ist. Dies erklärt sich daraus, daß einmal die Streiktradition und Kampfstärke hier am höchsten sind, zum anderen die im Tarifbereich der IG Metall liegenden Industriekapitale für die Reproduktion des Gesamtkapitals eine bevorzugte Stelle einnehmen.

Der Verlauf der Tarifrunde 1972/73 im Bereich der IG Metall

Noch bevor die eigentliche Lohnrunde im Tarifbereich der IG Metall begann, setzten sich die dem DGB angegliederten Gewerkschaften für die bevorstehenden Lohnauseinandersetzungen einen eigenen Maßstab: am 24. November 1972 veröffentlichte der DGB in der „Welt der Arbeit" seine Zielprojektion bis zum Jahr 1977. Die Gewerkschaften bekundeten darin ihre Bereitschaft, eine jährliche Reallohnsteigerung von rund 4,5 bis 5 % zu erkämpfen [3]). Bei einer gegebenen Inflationsrate von rund 6 %, zuzüglich erhöhter Abzüge, und wissend um die unterschiedlich schwierigen Kampfbedingungen in den einzelnen Akkumulationsphasen des Kapitals (Boomphase = positive Kampfbedingungen, Rezession = negative Kampfbedingungen), hätte die Tarifrunde 1972/73 mit einer tariflichen Lohnerhöhung zwischen 13 und 15 % abgeschlossen werden müssen. Innerhalb dieser Marge bewegten sich denn auch die meisten Lohn- und Gehaltsforderungen aus den Betrieben: so verlangten beispielsweise die Beschäftigten von John-Deere-Lanz (Mannheim) eine mindestens 15prozentige Lohnerhöhung; die Vertreterversammlung der IG Metall Ludwigshafen erhob dieselbe Forderung. Ganz anders dagegen die Vertreter der Kapitalseite: die Unternehmer der Eisen- und Stahlindustrie veröffentlichten am 5. Dezember 1972 ihr provokatives Angebot von 5,6 %, obgleich die Inflationsrate schon höher lag und die Pro-Kopf-Leistung der Eisen- und Stahlarbeiter innerhalb eines Jahres um 12 % gestiegen war [4]).

Eine erste Protestwelle ging durch die Betriebe, als bekannt wurde, daß die einzelnen Tarifkommissionen der IG Metall die Lohn- und Gehaltsforderungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute um bis zu 5 % herunterdrückten (Niedersachsen 10,8 %, Schleswig-Holstein 12 %).

Wie nicht anders zu erwarten war [5]), platzten die Tarifverhandlungen der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen [6]). In der sich daran anschließenden Urabstimmung über einen Streik in Nordrhein-Westfalen (Eisen- und Stahlindustrie) kam folgendes Bild zustande:

Tabelle 1

Abstimmungsergebnis:	
Abstimmungsberechtigt	*153 095*
Abgestimmt haben (90,55 %)	*138 638*
Für Streik stimmten (96,99 %)	*134 478*
Gegen Streik stimmten (2,79 %)	*3 879*
Ungültig	*281*

[3]) Der Text ist auch abgedruckt im „Gewerkschafts-Spiegel", 1972/73, 24.
[4]) Vgl. die Krupp-Hütte (Bochum), wo sich die Belegschaft vom 3. Quartal 1971 bis 3. Quartal 1972 um 1184 Mann reduzierte, die Rohstahlproduktion sich aber um 250 000 Tonnen steigerte („Handelsblatt" v. 9. 11. 1972).
[5]) Da die SPD/FDP-Regierung nicht als unbestrittener politischer Exekutor des BRD-Kapitals gezählt werden kann — so steuerte beispielsweise das Kapital über 100 Mio DM für den Wahlkampf 1972 der CDU bei —, ergreifen die Unternehmerverbände im Rahmen des Möglichen und Notwendigen jegliche Gelegenheit, die Bedingungen für eine Machtergreifung der CDU zu verbessern. Eine Möglichkeit hierzu ist, den Konflikt einer SPD/FDP-Regierung zwischen ihrer Staatsfunktion und ihrer sozialen Befriedungsfunktion zu erweitern. Näher kann hier darauf leider nicht eingegangen werden.
[6]) Hier liefen die alten Tarifverträge nur bis zum 30. 11. 1972, in der Metallindustrie endeten sie zum 31. 12. 1972.

Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Georg Fülberth, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Hans Karl Rupp. Redaktion: Dr. Horst Ermel.

Je Heft 48 Seiten Umfang, Preis DM 3,—

In der Bundesrepublik gibt es noch immer zu wenig Historiker und Publizisten, die als entschiedene Demokraten an der Revision einer überholten Geschichtsschreibung arbeiten. Die Gewerkschaften haben als Interessenvertreter von Millionen von Arbeitern und Angestellten im Gegensatz zu den Unternehmerverbänden erst ansatzweise auf die Gestaltung der Lehrinhalte der Schulen einwirken können. Angesichts dieses ungleichen Kräfteverhältnisses haben Herausgeber und Autoren der vorliegenden Reihe es sich zur Aufgabe gestellt, für den Bereich der deutschen Geschichte seit 1870 eine demokratische Alternative zum bestehenden Unterrichtsangebot zu realisieren.

Anfang Februar 1974 sind lieferbar:

1. Horst Ermel, Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland
2. Georg Fülberth, Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg
3. Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik
5. Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD

Im Frühjahr 1974 erscheinen:

4. Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Außenpolitik
6. Anne und Gerhard Weiß, Geschichte der deutschen Spaltung von 1945 bis 1955
7. Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945

In Vorbereitung:

— Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik
— Aufstieg und Sieg des Faschismus
— Quellenheft zur faschistischen Politik
— Der Restaurationsprozeß in der BRD
— Verfassungsänderungen und Verfassungsbrüche seit 1949
— Die Antinotstandsbewegung
— Die Europapolitik der westdeutschen Regierungen
— Die Politik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie
— Geschichte der CDU von 1945 bis heute
— Die SPD von 1945 bis Bad Godesberg
— Geschichte der Gewerkschaften von 1945 bis zur Gegenwart
— Arbeit und Kapital
— Zur Funktion der Sozialstaatstheorie
— Wesen und Kritik der Richtlinien für den Geschichts- und Sozialkundeunterricht

Pahl-Rugenstein Verlag

Daraufhin beschloß am 22. Dezember 1972 die Große Tarifkommission der Eisen- und Stahlindustrie der IG Metall Nordrhein-Westfalen, dem Vorstand der IG Metall die Einleitung des Arbeitskampfes vorzuschlagen. Der Vorstand billigte am 28. Dezember 1973 diesen Vorschlag, erinnerte jedoch nachdrücklich — trotz des klaren Abstimmungsergebnisses — an seine Gesprächsbereitschaft.

Während die Streikvorbereitungen in den Betrieben auf vollen Touren liefen, trafen sich die Tarifpartner erneut am 5. Januar 1973 in Krefeld und handelten einen Kompromiß aus, der u. a. eine 8,5prozentige Lohn- und Gehaltssteigerung (umgerechnet 46,— DM) vorsah [7]). Angesichts der Preissteigerungen, der erhöhten Sozialversicherungsabgaben, der Lohnsteuerprogression und unabhängig von der gestiegenen Arbeitsproduktivität, die sich völlig zugunsten des Kapitals niederschlug, bedeutete dieses Ergebnis für die Lohn- und Gehaltsempfänger eine Reallohnsenkung.

Bei Bekanntwerden des Ergebnisses häuften sich die Proteststreiks, so in der Rheinstahl-Gießerei Duisburg, bei den Hoesch-Hüttenwerken Dortmund, bei Ford in Saarlouis etc. Die Reaktion der Belegschaften dokumentierte die Unzufriedenheit mit dem Krefelder Ergebnis und die Distanz zum Verhalten des IG Metallvorstands wie zur Großen Tarifkommission.

Das Ergebnis der zweiten durchgeführten Urabstimmung am 11. und 12. Januar 1973, ob dieser Kompromiß Gültigkeit erlangen sollte, isolierte die IG Metall-Repräsentanten in bisher unbekanntem Ausmaß.

Tabelle 2

Abstimmungsergebnis:	
Abstimmungsberechtigt	*154 363*
Abgestimmt haben (ca. 78 %) [8])	*121 090*
Gegen Kompromiß gestimmt (52,22 %)	*80 612*
Für Kompromiß gestimmt (25,97 %)	*40 101*
Ungültig	*377*

Das Ergebnis mußte nach der Satzung angenommen werden, da keine 75 % aller Abstimmungsberechtigten gegen das ausgehandelte Ergebnis votierten.

Über das Ergebnis zeigte sich IG Metall-Vorsitzender Eugen Loderer „bestürzt", und er konstatierte — völlig zu Recht — eine „erhebliche Fehleinschätzung" [9]). Jedoch, trotz „Bestürzung" und „Fehleinschätzung" wurde das am 5. Januar 1973 in Krefeld ausgehandelte Ergebnis zur Richtschnur für alle Tarifverhandlungen der metallverarbeitenden Industrie.

Als Fazit dieser Lohnrunde kann festgehalten werden:

1) Obgleich schon Ende 1972 abzusehen war, daß weder die Inflationsrate sinken, noch die sich anbahnende konjunkturelle Verbesserung nachlassen würde [10]), griff die IG Metall-Führung die aktive Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen nicht auf, um ein akzeptables Ergebnis auszuhandeln. Wie die IG Metall-Führung die vom DGB ausgegebene Zielprojektion von 4,5—5 % jährlicher Real-

[7]) Innerhalb der Großen Tarifkommission stimmten 67 für den Kompromiß, 35 stimmten dagegen, einer enthielt sich der Stimme.
[8]) Die ungemein hohe Zahl an Nichtwählern resultiert aus einer gewissen Resignation und einer spontanen Protesthaltung.
[9]) Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 15. 1. 1973.
[10]) Vgl. die Analysen von E. Lüdemann, Die Wirtschaft der imperialistischen Länder an der Jahreswende 1972/73, IPW 1973/1; und G. Bessau, Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, „Nachrichten", 1972/12.

lohnsteigerung verwirklichen wollte bzw. will, bleibt schleierhaft. Der vorzeitige, unbefriedigende Tarifabschluß kann nur als freiwilliges Entgegenkommen gegenüber der Bundesregierung interpretiert werden. Da schon die Tarifrunde 1971/72 ohne eine reale Lohnerhöhung abgelaufen war, stagniert der Lebensstandard der eigentlichen Wertproduzenten seit geraumer Zeit. Die Produktivitätsfortschritte gingen voll in die Taschen der Unternehmer.

2) Was bei einer umfassenden Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten hätte erreicht werden können, zeigte sich in Ansätzen bei der Tarifbewegung in Südwürttemberg-Hohenzollern, wo 40 000 Lohnabhängige spontan streikten und immerhin im Durchschnitt ein Ergebnis von 9,2 % erzielten.

3) Die angekündigte Selbstkritik der IG Metall-Führung blieb — wenigstens kurz nach deren Desaster — aus. Auf der Ende Januar stattgefundenen Beiratstagung vermißte man die erwarteten Reflexionen.

4) Wie stark sich die IG Metall-Führung in die Isolation getrieben hatte, belegen gerade die Abstimmungsergebnisse in den Zentren des Tarifbezirkes Nordrhein-Westfalen. Den Krefelder Kompromiß lehnten ab: in Dortmund 73,5 %, in Gelsenkirchen 84,5 %, bei Rheinstahl in Duisburg über 80 % . . .

Ein weiteres Indiz ist die ungemein scharfe Kritik von annähernd 1000 Gewerkschaftsfunktionären der IG Metall-Verwaltungsstelle Köln. Sie forderten im einzelnen:

— Betriebsnahe Tarifpolitik soll durch Öffnungsklauseln und zusätzliche Tarifverträge ermöglicht werden.

— Die Wahl der Bezirksleiter und der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertreterversammlung, mit dem Vorschlagsrecht für Vertrauensleutekörper, muß satzungsgemäß verankert werden.

— Übertarifliche Lohnbestandteile sollen eine Absicherung erfahren.

— In Zukunft müssen Festbeträge gefordert werden, damit die Spanne zwischen den unteren Lohngruppen und den höchsten nicht ständig vergrößert wird.

— Einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte.

— Preisgleitklauseln müssen in die Tarifverträge aufgenommen werden, damit die Arbeitnehmer nicht durch ständige Preissteigerungen belastet werden, die durch die Unternehmer hervorgerufen sind.

— Tarifverträge, die ohne Mitwirkung der Mitglieder in den Betrieben zustande kommen, sind den Mitgliedern zur Urabstimmung vorzulegen [11]).

Ähnlich argumentierten auch die anderen Kolleginnen und Kollegen [12]).

Die spontanen Streiks des Jahres 1973

Dem Unmut und der Kritik der Metaller folgten wenig später Taten. Ungeachtet des offiziellen Abschlusses der Tarifrunde gärte die Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben weiter. Die IG Metall-Führung konnte die Bewegung nicht mehr kanalisieren: nach dem niedrigen Lohnabschluß verlagerte sich die Kampfbereitschaft auf die jeweilige betriebliche Ebene. Damit verkomplizierte sich die Situation für die Gewerkschaftsführung. Die Bewegung abwiegeln — und damit den Kontakt zur Basis völlig verlieren; die Protesthaltung

11) Vgl. „Unsere Zeit", 1973/Nr. 8. Dem ist nichts hinzuzufügen!
12) Als Beispiel von vielen: die Stellungnahme der Vertreterversammlung der IG Metall Düsseldorf, die im Namen von 38 000 Beschäftigten sprach. Näheres vgl. „Unsere Zeit", 1973/Nr. 7.

unterstützen — und damit die Unterstützung der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung einschränken? Aus dieser verzwickten Situation, in die sie sich selbst hineinmanövriert hatte, versuchte sich die IG Metall-Führung dadurch zu befreien, daß sie zwischen den beiden Polen hin und her lavierte [13]). Mittelpunkt ihrer Strategie wurde der berechtigte Vorwurf an die Monopole, trotz „einer gesamtgesellschaftlich verantwortungsvollen Haltung der IG Metall in der Frage des Lohnabschlusses" rigoros die Preise zu erhöhen bzw. erhöht zu haben. In den Hintergrund wurde damit die Tatsache gerückt, daß schon vor den Tarifverhandlungen die Preise konstant stiegen und dies sich unbedingt im Lohnabschluß hätte niederschlagen müssen.

Im folgenden wollen wir nun — anhand ausgewählter Konzerne — die wichtigsten Daten wiedergeben, die unseres Erachtens für eine Analyse der spontanen Streiks 1973 von Bedeutung sind [14]).

a) Hoesch AG (Dortmund)

Vom 8. bis 10. Februar 1973 streikten 20 000 Belegschaftsmitglieder der drei Hoesch-Hütten in Dortmund. Aktueller Anlaß des Streiks war eine neue Lohntabelle, die die Belegschaft nach einem raffinierten Punktesystem (Analytische Arbeitsplatzbewertung) aufspalten sollte und keine Lohnerhöhung vorsah. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter hätte bei Annahme dieses Systems weniger als 5 Pfennig die Stunde mehr erhalten. Die Arbeiter forderten hingegen 14 Pfennig zusätzliche Lohnerhöhung je Stunde für jeden. (Damit wurde an die ursprüngliche Lohnerhöhungsforderung der Metallarbeiter von 60 Pfennig die Stunde angeknüpft.) Die IG Metall unterstützte diesen spontanen Streik nicht, wodurch heftige Kritik an der Gewerkschaft laut wurde. Der Streik ist nach 3 Tagen mit dem Ergebnis einer 5-Pfennig-Lohnerhöhung für jeden abgebrochen worden. Nachdem die Konzernleitung 8 streikaktive Kollegen (u. a. Betriebsräte und Vertrauensleute) entlassen wollte, kam es zu einer ungemein starken Solidarisierung innerhalb der Belegschaft wie in der Bevölkerung. Die Kündigungen mußten zurückgezogen werden. Großer Zorn herrschte über die Berichterstattung der Presse.

Der Streik war offensichtlich zu früh begonnen worden; eine wenig intakte Koordination zwischen den drei Hütten und die fehlende Hilfestellung der Gewerkschaft schwächten die Position der Streikenden zusätzlich.

b) Mannesmann AG (Huckingen)

Im Profilwalzwerk der Mannesmann AG streikten vom 28. Februar bis 9. März 1973 450 Duisburger Walzwerker. Anlaß der Arbeitsniederlegung war die Weigerung der Unternehmensleitung, dem Vorschlag einer paritätischen Kommission zuzustimmen, der eine Lohnsummenerhöhung von 300 000 DM bei gleichzeitiger Verminderung der Lohngruppen auf 20 vorsah (vorher existierten fast 900 verschiedene Akkorde). Ihre Lohnforderungen basierten darauf, daß durch neue Lohnfindungsmethoden im Zuge der Konzern-Marktaufteilung mit Thyssen ihr alter Lohn nominell gesunken war, obwohl bei gleicher Belegschaft 1969 monat-

13) Gerade in solchen Situationen werden die Unterschiede zwischen kleinbürgerlichen, verantwortungslosen Chaoten bzw. politischen Abenteurern und den der Gesamtbewegung verantwortlichen, klassenbewußten Arbeiterführern offen sichtbar. Klassenbewußten Arbeitern stellt sich hier eben nicht die Aufgabe, beispielsweise eine „RGO-Politik" zu betreiben und damit automatisch die einheitliche Klassenorganisation und die einheitliche Klassenbewegung zu schwächen bzw. zu hemmen, sondern in Kenntnisnahme der objektiv schwierigen Kampfsituation den Kapitalvertretern gegenüber die eigene Kampfstärke zu demonstrieren. Solange die Differenzen zum offiziellen Gewerkschaftskurs, gleichgültig in welcher Frage, höher bewertet werden als die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen von Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher politischer Anschauung, solange ist noch nicht begriffen, daß das sozialistische Bewußtsein u. a. notwendiges Produkt der Klassenbewegung ist und kein Geschenk des Himmels. Der Sprung zum blinden Aktionismus und damit zum Ausstieg aus der Arbeiterbewegung wäre dann nicht mehr weit.

14) Dies kann im gegebenen Rahmen nur in Kürze geschehen.

lich 57 000 Tonnen gewalzt wurden, 1970 = 70 000 Tonnen und im Januar 1973 = 108 000 Tonnen. Die Bevölkerung stand dem Streik sehr positiv gegenüber, Frauen verteilten kostenlos Essen und Getränke. Der Streik wurde von deutschen und türkischen Kollegen gemeinsam getragen. Dagegen waren die Meister und Vorarbeiter von der Konzernleitung beauftragt, die Solidarität innerhalb der Belegschaft zu zerschlagen. Die gewerkschaftliche Vertrauensleuteleitung verweigerte eine Unterstützung der Streikenden, gewerkschaftliche Vertrauensleute waren teilweise sogar die ersten Streikbrecher. Obgleich die Konzernleitung mit Geldstrafen bzw. ersatzweise Haft und Aussperrung drohte, mußte sie als Ergebnis akzeptieren: Erhöhung des Stundenlohnes zwischen 25 und 35 Pfennig, keine Entlassung, keine Schadenersatzforderungen und Prämienerhöhung für die 9900 Beschäftigten bis zu 5 %. Insgesamt mehr, als anfangs gefordert wurde! Zorn herrschte auch hier über die Berichterstattung der Presse.

Nachspiel zum Streik: Bei der Vertrauensleutewahl wenige Tage nach dem Streik wurde die alte, sich im Streik passiv verhaltende Leitung komplett abgewählt. Sämtliche 11 Leitungsmitglieder unterlagen Kandidaten, die während des Streiks auf der Seite der 450 Walzwerker gestanden hatten.

c) Hella-Werke (Lippstadt und Paderborn)

Während den 800 deutschen Facharbeitern im Werkzeugbau eine Lohnerhöhung von 15 Pfennig zugebilligt wurde, sollten die ungelernten, meist ausländischen Kolleginnen und Kollegen, die alle in der Lohngruppe 2 und 3 standen (d. h. 600 bis 700 DM netto erhielten), keine finanzielle Aufbesserung erhalten. Daraufhin streikten diese vom 16. bis 19. Juli 1973. Die Forderung der Streikenden war: 50 Pfennig mehr die Stunde und Bezahlung der Streiktage. Weil die IG Metall nebst vielen Betriebsräten und Vertrauensleuten den Streikenden keine Unterstützung anbot, kam eine heftige Kritik an der Gewerkschaft wie am Betriebsrat auf. Der Streik gewann dadurch an Schärfe, daß die Polizei gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter brutal einschritt. Die Polizei saß sogar im Werk und beschützte — teilweise von Hunden begleitet — die streikunwilligen Kollegen. Der Streik endete mit einer Lohnerhöhung um 30 bis 40 Pfennig pro Stunde und der Bezahlung von 3 Streiktagen.

d) Pierburg AG (Neuss)

Dem Streik vom 13. bis 17. August 1973 ging schon ein Streik im Juni 1973 voraus, der jedoch nach zwei Tagen abgebrochen wurde, nachdem 300 Arbeiter verschiedene Aufbesserungen des Stundenlohnes erreicht hatten. Der August-Streik von 2000 meist ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern (900 Griechinnen, 500 Türkinnen, 200 Italienerinnen, Spanierinnen und Jugoslawinnen) wurde relevant, weil die Pierburg AG eine der wichtigsten Autovergaser- und Autopumpenherstellerin der BRD ist und die großen Automobilfabriken bei einem ausgedehnten Streik stark betroffen gewesen wären. Die Forderung nach 1 DM mehr die Stunde, Wegfall der Lohngruppe 2 (die meisten ausländischen Arbeiterinnen verdienten knapp 600 DM netto) leitete sich von der gestiegenen Arbeitsproduktivität her: 1969 wurden von einer Bandeinheit je Arbeitsschicht 750 Vergaser produziert, 1972 bei fast gleicher Technik 1400. Und dies bei einer quasi Akkordarbeit, ohne jedoch Akkordzuschläge zu bekommen. Die Polizei ging äußerst hart gegen die Streikenden vor, zugleich wurde die Politische Polizei eingeschaltet (der Neusser Polizeichef Dr. Knecht: „Ein wilder Streik ist eine Revolution"). Der Streik wurde — nachdem sich am dritten Tag auch die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter aktiv solidarisierten — erfolgreich beendet:

Wegfall der Lohngruppe 2 und eine Stundenlohnerhöhung zwischen 53 und 65 Pfennig. Als streikverschärfend wirkte die Tatsache, daß, um den Kampf für den Wegfall der Leichtlohngruppe 2 abzublocken, im Herbst 300 Arbeiterinnen gegen 300 neue ausländische Kolleginnen ausgetauscht werden sollten. Im 23köpfigen Betriebsrat sind die Ausländer mit 7 Vertretern bei einem Belegschaftsanteil von 70 % stark unterrepräsentiert.

e) Opel AG (Bochum)

Während der Zeit vom 22. bis 24. August 1973 legten 19 000 Opel-Arbeiter geschlossen die Arbeit nieder. Ihre Forderung nach einer 300-DM-Teuerungszulage stand vor dem Hintergrund einer 300prozentigen Umsatzsteigerung von Opel-Bochum in den letzten zehn Jahren. Die Produktion erhöhte sich vom 1. Quartal 1972 zum 1. Quartal 1973 um 22,3 %. Oder noch anders formuliert: der Produktionsausstoß vergrößerte sich, bei gleicher Belegschaft, von 1966—1972 um 42 %. Im Schnitt verdienen die Arbeiter und Angestellten bei Opel 150 DM weniger als beispielsweise bei VW. Völlig unterbezahlt sind hierbei die ausländischen Kollegen, die beispielsweise am Band für die gleiche Arbeit, wie sie ein deutscher Kollege verrichtet, 80—90 Pfennig weniger die Stunde erhalten. Neben der miserablen Entlohnung ist das Arbeitsklima unfreundlich und die Arbeitsordnung fast mittelalterlich repressiv [15]). Zudem versteht es die Konzernleitung, die Vereinheitlichung der Arbeiterforderung weitgehendst zu verhindern; Ausfluß davon war bei den letzten Betriebsratswahlen die Existenz von 11 Wahllisten. Während des Streiks herrschte einerseits eine große Solidarität innerhalb der Belegschaft und bei der Bevölkerung, andererseits war die Bespitzelung sehr stark — selbst leitende Angestellte und Detektive, verkleidet als Arbeiter, mischten sich unter die Streikenden. Vor dem Werksgelände stand die Polizei immer einsatzbereit. Das Ende des Streiks kam, als die Bezahlung einer Teuerungszulage von 380 DM und 50 Pfennig mehr die Stunde für jeden zugesichert wurden.

f) Ford AG (Köln)

Der vom 24. bis 29. August 1973 währende Streik war wegen seiner Militanz auf beiden Seiten der spektakulärste dieser spontanen Streikrunde 1973. Die Arbeitsniederlegung, anfänglich von 20 000 Arbeitern getragen, brach aus, nachdem 300 aus dem Urlaub zu spät gekommene Türken fristlos entlassen werden sollten. Die Streikenden, unter ihnen waren die ausländischen Kollegen in der Mehrheit, forderten: 1 DM höheren Stundenlohn, 13. Monatsgehalt für jeden Kollegen, Senkung des Arbeitstempos, Übernahme der Fertigungsarbeiter in die Lohngruppe 6, verbesserte Arbeitsbedingungen, Urlaubsverlängerung für die türkischen Kollegen auf 6 Wochen [16]), Wiedereinstellung der 300 entlassenen Ausländer. Der umfassende Forderungskatalog ist Reflex der schlechten Arbeitssituation bei Ford. 85 % der Bandarbeiter sind Ausländer (davon allein 12 500 Türken, daneben Spanier, Portugiesen, Italiener). Sie werden bezahlt nach Lohngruppe 4—6; die 8500 deutschen Arbeiter bekommen ihre Entlohnung nach den Lohngruppen 7—10. Die Lohnhöhe selbst wird jährlich für jeden Arbeiter vom Vorgesetzten neu bestimmt.

---

15) Auszüge aus der Arbeitsordnung siehe „Unsere Zeit", 1973/Nr. 12.
16) Gerade diese Forderung traf bei den deutschen Kollegen auf wenig Verständnis. Angesichts mangelnder Information — eine umfassende Aufklärung wurde leider nicht betrieben — über die Strapazen und den Zeitaufwand, mit dem der Heimaturlaub für die türkischen Kollegen verbunden ist, kann diese Reaktion nicht überraschen. Sehr aufschlußreich hierzu der Bericht von Max von der Grün in: „Unsere Zeit" v. 5. 10. 1973.

Während des Streiks waren gemeinsame Protestaktionen nur anfänglich möglich. Die Isolation der türkischen Arbeiter — oder der deutschen Arbeiter?! — nahm von Tag zu Tag zu. Die Ursachen lagen in den grundsätzlichen Spannungen zwischen den ausländischen und deutschen Kollegen, in den schwierigen Kommunikationsmöglichkeiten, in der Pogromhetze der Berichterstattung, in der vom ersten Tag an demonstrativen Anwesenheit von 800 Polizisten vor dem Werkstor, in der militanten Haltung der Werksleitung und in der aktionistischen, jedoch völlig unverantwortlichen, sich selbst isolierenden Haltung vieler linksradikaler Gruppen. Gerade die Werksleitung versuchte mit provozierenden Schlägereien, inszeniert von Managern, vom Werkschutz, von mittleren Angestellten, die Einheit der Arbeiter zu spalten und den Einsatz der Polizei zu erreichen. Dies gelang ihr. Wäre der Streik von der Polizei schließlich nicht brutal niedergeschlagen worden (am 29. August), hätten die Bänder in den Fordwerken Düren, Saarlouis und Genk wegen fehlender Zulieferung gestoppt werden müssen.

Der Einfluß linksradikaler Sekten war schon deswegen relativ stark, weil der gewerkschaftliche Vertrauenskörper nicht die Führung des Streiks übernahm und einige Betriebsräte, voran der Betriebsratsvorsitzende, mit körperlichem Einsatz dem Streik ein Ende bereiten wollten. Antikommunistische Parolen und Hetztiraden taten dementsprechend ihre negative Wirkung. (Die Vertrauensleute-Vollkonferenz verabschiedete wenige Tage nach dem blutigen Streikende einen Aufruf, in dem sie an die Solidarität *aller* appellierte, die Unternehmensleitung, die Polizei und die maoistischen Zirkel hart kritisierte und den Betriebsratsvorsitzenden zum Rücktritt aufforderte.)

*

Wie erklären sich die spontanen Streiks? Die vorliegenden Daten belegen, daß es bei den betrieblichen Kämpfen fast ausschließlich um die Erhöhung des Lohnes, teilweise sogar nur um die Absicherung des alten Lohnbestandes ging. Ausschlaggebender Grund für die große Kampfbereitschaft war die schleichende inflationäre Entwicklung der Reproduktionskosten, sprich Lebenshaltungskosten. Parallel dazu wurde die Arbeitsintensität immer größer und damit der körperliche Verschleiß stärker [17]). Ein Blick auf die Lohntabelle zeigt folgende Entwicklung:

Tabelle 3

BRD-Lohnsituation

	Brutto	*Netto* [18])	*Lebenshaltungskosten*	*Reallohn*
1969	+ *9,2 %*	+ *6,2 %*	+ *2,7 %*	+ *3,5 %*
1970	+ *14,7 %*	+ *10,2 %*	+ *2,8 %*	+ *6,4 %*
1971	+ *11,9 %*	+ *8,2 %*	+ *5,1 %*	+ *3,1 %*
1972	+ *9,5 %*	+ *5,7 %*	+ *5,8 %*	— *0,1 %*
1973 (1. Quartal)	+ *11,5 %*	+ *7,5 %*	+ *6,7 %*	+ *0,8 %*

(Quelle: Autorenkollektiv, Die Wirtschaft der imperialistischen Länder im 1. Halbjahr 1973, IPW-Berichte 1973/9, S. 15.)

17) Um nur ein Merkmal dieses Prozesses herauszugreifen: Im Saarland sind 75 % der Arbeiter Frühinvaliden, das Durchschnittsalter beträgt 55 Jahre! Finanziell bedeutet dies eine Schmälerung der Altersrente um 20 %! Vgl. „Unsere Zeit", 1973/Nr. 34, S. 8.

18) Der Klassencharakter unserer Steuergesetzgebung zeigt sich am Anteil der einzelnen Steuern am Gesamtsteueraufkommen:

	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftssteuer
1964	16,4 %	14,2 %	8,1 %
1972	26,5 %	11,7 %	4,1 %

(Quelle: R. Gutermuth, Inflation — Geißel der Arbeiterklasse, IPW-Berichte, 1973/8, S. 45.)
Die Abzüge vom Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten stiegen ständig: 1950 = 13,9 %, 1960 = 17,7 %, 1970 = 25,4 %, 1972 = 26,5 %. (Quelle: R. Gutermuth, a. a. O.)

Die monatliche Entwicklung des Inflationsprozesses 1972/73 sieht wie folgt aus:

Tabelle 4

Dezember 1972	*6,6 %*
Januar 1973	*6,6 %*
Februar 1973	*6,8 %*
März 1973	*7,0 %*
April 1973	*7,4 %*
Mai 1973	*7,9 %*
Juni 1973	*7,9 %*
Juli 1973	*7,2 %*

(Quelle: „Frankfurter Rundschau", lfd.)

Die Steigerungsraten wichtiger Preise und Tarife der BRD vom 2. Quartal 1972 zum 2. Quartal 1973 zeichnen ein noch anschaulicheres Bild der existentiellen Situation der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Tabelle 5

Kartoffeln	*78,0 %*
Obst/Gemüse	*28,0—33,0 %*
Heizöl	*17,3 %*
Schuhe	*10,2 %*
Schuhreparaturen	*12,3 %*
Eisenbahntarife im Personenverkehr	*11,7 %*
Postgebühren	*29,1 %*
Zigaretten/Zigarren	*18,7 %*
Frischfleisch (1. Quartal)	*15,1 %*
Frischfisch (1. Quartal)	*23,8 %*

(Quelle: R. Gutermuth, a.a.O., S. 43, und Leisewitz/v. Heiseler, Zu den ökonomischen Kämpfen und Bewegungen in der BRD im ersten Halbjahr 1973, „Sozialistische Politik", 1973/25, S. 64.)

Im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1973 verstärkten sich die Unruhen und die Aktionsbereitschaft in den Betrieben derart, daß Teile der Bundesregierung — so z. B. Bundesminister Ehmke — und die Stahlindustriellen selbst sich mehr oder weniger freiwillig bereitfanden, für einen zusätzlichen Pauschalbetrag zu votieren: Ende Mai 1973 handelte die IG Metall mit den Stahlbossen einen einmaligen Inflationszuschlag von 280 DM für alle im Eisen- und Stahlbereich Tätigen aus. Auch in der Metallindustrie zahlten die Kapitalvertreter — angesichts der hohen Auftragslage bzw. der günstigen Profitproduktion — oftmals freiwillig die von den Belegschaften geforderte Lohnerhöhung; die Gefahr des Produktionsausfalls war vielen zu groß. Das Argument, die Unternehmer könnten nicht zahlen, überzeugte niemanden. Denn im selben Zeitraum prognostizierte der Bonner Sachverständigenrat — ein von marxistischen Kenntnissen der Konzernanalyse durchaus unbelecktes Gremium — für das Jahr 1973 eine 17prozentige Zunahme bei den „Nettoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen", für das 2. Halbjahr 1973 sogar eine 24,5prozentige Steigerung. Im ersten Halbjahr 1973 stieg die Arbeitsproduktivität in der eisenschaffenden Industrie gegenüber dem Vorjahr um 14 %. Die Gewinnexpansion bei den einzelnen Großunternehmen verlief noch gewaltiger:

Tabelle 6

Klöckner-Humboldt-Deutz	50 %
Gutehoffnungshütte	50 %
DEMAG	50 %
MAN	37 %
AEG	25 %
BMW	22 %
VW	20 %
Farbwerke Hoechst	20 %

(Quelle: G. Bessau, Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, „Nachrichten", 1973/6; die Zahlen sind die Steigerungsraten 1973 im Vergleich zu 1972.)

Im Spätsommer 1973 reagierte die Bundesregierung wesentlich kompromißloser, nachdem sich zeigte, daß mit minimalen und punktuellen Zugeständnissen an die Streikenden keine Beruhigung an der Lohnfront eintrat. Höhepunkt dieser Politik war die Fernsehansprache Bundeskanzler Brandts am 28. August 1973, in der er vor überzogenen Lohnforderungen warnte und die Unruhestifter in den Betrieben bei den „politischen Extremisten" finden wollte [19]).

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß die Kapitalseite natürlich täglich besorgt war um die „gesamtwirtschaftliche Stabilität" bzw. um den „verantwortungsvollen Kurs der Bundesregierung". Sie folgerte, daß „höhere Löhne automatisch höhere Preise erzwingen", und sah überhaupt die konjunkturelle Situation „kurz vor dem Abkippen in eine tiefe Rezession mit hoher Arbeitsplatzunsicherheit".

*

Als Ergebnis der Lohnkämpfe 1973 läßt sich festhalten:

1) Die Streiks waren nicht politisch motiviert, sondern ökonomische Defensivkämpfe. Um nicht hinter ihren gegebenen Lebensstandard zurückzufallen, mußten sich die Metaller kämpferisch zur Wehr setzen. Die IG Metall ist dabei ihrer Funktion als Massen- und Klassenorganisation der Arbeiter und Angestellten der Metallbranche nicht voll gerecht geworden. Im Lavieren zwischen einem politischen Kompromiß und einer uneingeschränkten Interessenvertretung ihrer Basis kam sie — zumindest in der Anfangsphase — in deutliche Opposition zu den Massen.

2) Obgleich die Kämpfe kein politisches Niveau hatten, griffen die Bundestagsparteien [20]) sehr energisch — im Sinne des Kapitals — in die Auseinandersetzungen ein. Ein weiterer Beleg für die enge Verflechtung von Ökonomie und Politik im jetzigen Stadium des Kapitalismus.

3) In diesen Streiks sammelten viele Arbeiter erstmals Erfahrungen im Kampf mit dem Kapital. Verliefen die Auseinandersetzungen auch zumeist anders als erhofft — speziell in den mittleren und kleineren Betrieben [21]) —, so ist doch der Einblick in die Organisierung eines Streiks ein erheblicher Fortschritt. Hervorzuheben im Kreis der Neulinge sind die Belegschaften von VW (Kassel, Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hannover, Emden), die erfolgreich die Forderung nach einer 8prozentigen Erfolgsprämie des jährlichen Bruttoeinkommens, gültig bis 1975, erkämpften.

19) Wenige Tage später forderte Brandt im Stahlwerk Salzgitter die Arbeiter auf, auch einmal „eine Stagnation des Realeinkommens in Kauf zu nehmen", und bezeichnete die Streiks als eine „Nichteinhaltung erprobter Spielregeln".
20) Auf eine differenzierte Einschätzung müssen wir hier leider verzichten.
21) Vgl. hierzu exemplarisch den ersten Arbeitskampf der 1400köpfigen Belegschaft der Fa. Bäuninger (Gießen), in: „Unsere Zeit", 1973/Nr. 30.

Als Vorreiter und Mobilisator der Streiks fungierten die Kolleginnen und Kollegen, die schon in den letzten Jahren an den Klassenauseinandersetzungen aktiv teilnahmen (Hoesch, Mannesmann, Klöckner etc.) [22]).

4) Nie zuvor ist den Arbeitern und Angestellten die Mär von der sogenannten Lohn-Preis-Spirale besser und eindringlicher demonstriert und teilweise sicher auch bewußt geworden wie im vorigen Sommer.

5) Die integrationistischen Arbeiterorganisationen wie SPD und (noch) IG Metall stoßen bei den Kämpfen der Arbeiterklasse zusehends an die Grenze ihres eigenen Selbstverständnisses [23]). Ihre soziale Basis in der Arbeiterklasse kollidiert mit ihren historischen Funktionen und isoliert sie bei schärferen Klassenauseinandersetzungen von den Arbeitermassen. Inwiefern dadurch schon das verbreitete Sozialstaatsverständnis abgebaut wurde bzw. wird, ist noch nicht einzuschätzen. Jedoch hat die Autorität einiger sozialdemokratischer Politiker wie Gewerkschaftsfunktionäre erheblich gelitten.

6) An Schärfe, Militanz und Repression nahmen die spontanen Streiks 1973 — seit Bestehen der BRD — eine neue Qualität an. Der Einsatz der Polizei und die provozierende Agitation der Kapitalvertreter nebst höheren Angestellten sind ein neues Merkmal der Klassenauseinandersetzungen. Vor diesem massiven Einsatz standen die Streikenden oftmals verblüfft, hilflos und erschrocken [24]). Mit dazu beigetragen hat die kapitalfreundliche Berichterstattung der Presse. Daneben sind die Versuche, systematisch streikaktive Kolleginnen und Kollegen fristlos zu entlassen, in diesem Ausmaß ebenfalls eine neue Variante des Kapitals [25]).

7) Soweit aus den Streikberichten hervorgeht — eine genauere Untersuchung steht hierzu noch aus —, beteiligten sich an den Kämpfen zumeist nur die Arbeiter, in geringem Maß die Angestellten. Dies läßt darauf schließen, daß sich die Angestellten auf dem jetzigen Niveau der Klassenkämpfe zwar bei gewerkschaftlich organisierten Streiks mobilisieren lassen [26]), bei spontanen Aktionen jedoch noch Zurückhaltung üben. Erstmals gelang es jedoch, die Frauen in den ökonomischen Kampf einzugliedern, was im Hinblick auf die Vereinheitlichung der Kampfaktionen ein bemerkenswerter Fortschritt ist.

8) Der mit Abstand mobilste Teil der Streikenden waren die ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Die Gründe sind offensichtlich: sie sind die schlechtbezahltesten Arbeitergruppen, die dem inflationären Prozeß am härtesten ausgesetzt sind, die Arbeitsintensivierung am stärksten verspüren und innerhalb wie außerhalb des Betriebs konstant diskriminiert werden. Es scheint, als seien sich die Ausländer ihrer ökonomischen Funktion für das Kapital bewußt geworden. Dieses gegebenenfalls ökonomische Bewußtsein darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele einfach deprimiert sind über ihre mangelnde soziale Integration in die BRD-Gesellschaft.

---

22) Vgl. Autorenkollektiv, Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt/M 1969, S. 54 ff.
23) Ein erster Hinweis ergibt die Gegenüberstellung von spontanen und gewerkschaftlich organisierten Streiks, die sich praktisch gegenseitig aufwiegen; vgl. R. Kalbitz, Die Entwicklung von Streiks und Aussperrungen in der BRD, in: Jacobi u. a. (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf, Frankfurt/M 1973, S. 171 ff.
24) So beispielsweise bei John-Deere/Mannheim und Klöckner/Bremen.
25) Berüchtigtestes Beispiel ist die Entlassung von Heinz Röpke, Betriebsratsvorsitzender bei Klöckner in Bremen, bei der sogar engagierte Sozialdemokraten für das Kapital Spitzeldienste übernahmen.
26) Vgl. L. Müller u. a., Streik — Aussperrung 1971. Zum Lohnkampf der Metallarbeiter im Herbst 1971, Hamburg o. J., S. 42.

Andererseits verdeutlichte sich die Kluft zwischen den deutschen, meist besser bezahlten, Arbeitern und den Ausländern [27]). Diese mangelnde Klassensolidarität erweiterte die Möglichkeit der Konzernleitungen, einen Keil zwischen die Industriearbeiterschaft zu treiben und somit die gemeinsame Aktion zu verhindern, wenigstens zu schwächen [28]).

Tendenzen in der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Bulgariens

Von Marko Markov, Sofia

Das neue Bulgarien, das in diesem Jahr sein dreißigjähriges Bestehen feiern kann, ist ein sich dynamisch entwickelndes sozialistisches Land. Das „Land der Rosen", in dem die Armut sprichwörtlich war, exportiert heute Maschinen, und der Lebensstandard seiner Einwohner ist stark gestiegen. Städte und Dörfer sind erneuert. Es wurden prinzipiell neue demokratische Macht- und Leitungsinstitutionen geschaffen. Besonders fruchtbar war das letzte Jahrzehnt. In dieser Zeitspanne sind die Vorzüge des Sozialismus in allen Lebensbereichen immer sichtbarer zum Ausdruck gekommen.

Vervollkommnung der gesellschaftlichen Verhältnisse

So groß auch die Erfolge in der Entwicklung der Industrie und der anderen Volkswirtschaftszweige sind, können sie Bulgarien als sozialistisches Land doch nicht vollständig charakterisieren. Mit dem Sieg der sozialistischen Revolution begann der tiefgreifendste Umschwung in den sozialen Verhältnissen Bulgariens, den es in seiner Geschichte je gegeben hat. Statt Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wurden Produktionsverhältnisse auf der Grundlage kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistands geschaffen. Anstelle des in der Vergangenheit existierenden Staates wurde ein prinzipiell neues staatliches System errichtet, das bei der Führungsrolle der Arbeiterklasse unter Mitwirkung aller Werktätigen funktioniert.

Es vollzieht sich ein gesetzmäßiger, wenn auch nicht immer gleichmäßiger Prozeß der Befreiung der Werktätigen von den Überbleibseln der Vergangenheit. Bei allen noch vorhandenen negativen Erscheinungen ist doch *dies* das charakteristische Merkmal der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse. Dabei müssen die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht als etwas Endgültiges, sondern

27) Hierbei dürfen die vielen Gegenbeispiele, so u. a. auf der Bremer Vulkan-Werft oder bei Hülsbeck und Fürst (Velbert), nicht unterschlagen werden. Das Problem als solches aber besteht.
28) Wie bei den Chemiestreiks in Hessen und Rheinland 1971 zeigte sich übrigens, daß dort, wo sich die gewerkschaftlichen Vertrauensleute an die Spitze der Streikbewegung stellten, die Spaltung der Belegschaften fürs Kapital viel schwieriger wurde und der Einfluß ultralinker Kräfte ohne Bedeutung war. Näheres erübrigt sich!

lediglich als Anfangsphase des Umschwungs im Leben der Gesellschaft betrachtet werden, der sich beim Übergang von der antagonistischen Klassengesellschaft zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft vollzieht. In den letzten Jahren wurde ein neuer wichtiger Schritt zur Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse gemacht. Ihre Vervollkommnung kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß in den zwei Eigentumsformen — dem staatlichen und dem genossenschaftlichen Eigentum — komplizierte quantitative und qualitative Veränderungen stattfinden, wobei sie einander immer mehr angenähert werden und sich der Prozeß ihrer allmählichen Verschmelzung zu einem einheitlichen Eigentum des ganzen Volkes entfaltet. Das staatliche Eigentum wird erweitert und seine Rolle in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft erhöht. Es entwickelte sich auch das genossenschaftliche Eigentum, und die Produktionsmittel werden weiter vergesellschaftet.

Ein anschauliches Beispiel dafür sind die bulgarischen Agrar-Industriekomplexe. Ein Großteil davon wurde durch freiwillige Vereinigung sowohl von genossenschaftlichen als auch von staatlichen landwirtschaftlichen Betrieben geschaffen. Die Einführung industriemäßiger Methoden in die Produktion und die Leitung der Landwirtschaft, die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und den genossenschaftlichen Wirtschaftseinheiten führen gesetzmäßig zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft als einheitlicher Volkswirtschaftskomplex, zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet der Planung, der Finanzierung und des Kreditwesens, der Verteilung der Einkünfte, der Organisierung des Arbeitslohnes und anderem mehr.

Es besteht kein Zweifel, daß dadurch das Tempo der Annäherung der sozialen Gruppen beschleunigt wird. Die Rolle der Arbeiterklasse als wichtigste Produktivkraft und führende Klasse in der Gesellschaft wächst weiter. Allen ihren Hauptmerkmalen nach gleichen sich die Genossenschaftsbauern immer mehr der hochentwickelten Arbeiterklasse an. Der Prozeß der Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land und zwischen der geistigen und der körperlichen Arbeit wird beschleunigt.

Und nun möchten wir auf einige Fakten hinweisen: Es ist vor allem die Tendenz vorhanden, die Unterschiede zwischen den Einkünften der Arbeiter und denen der Genossenschaftsbauern zu verringern. 1971 betrug z. B. das durchschnittliche Nominaleinkommen der Arbeiter und Angestellten 1175 Leva und das der Genossenschaftsbauern 995 Leva, während sie sich vor fünfzehn Jahren entsprechend auf 492 Leva und 275 Leva beliefen. Das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten ist im Jahresdurchschnitt um 5 % und das der Genossenschaftsbauern um 7,2 % gestiegen. Das alles veranschaulicht den allmählichen Ausgleich des Lebensniveaus der beiden wichtigsten sozialen Gruppen in der neuen Gesellschaft.

Eine der wichtigsten Erscheinungen des Sozialismus ist die angestrebte Überwindung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Immer deutlicher tritt die Tendenz des Ausgleichs der Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Dorfe zutage. Zahlreiche bulgarische Dörfer wurden von Grund auf umgebaut und verfügen über einen großen Wohnraumfonds, Dienstleistungseinrichtungen, Kulturhäuser, Schulen usw. Die rasche Entwicklung des Transport- und Verkehrswesens und der Massenmedien hat den Abstand zwischen Stadt und Land unglaublich „verkürzt". Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß Bulgarien jetzt zu jenen Ländern gehört, in denen die Überwindung der Unterschiede zwischen Stadt und Dorf am intensivsten vor sich geht.

Wenn wir von den neuen Tendenzen in der Annäherung zwischen dem Dorf und der Stadt sprechen, so müssen wir auch auf die große Bedeutung des einheitlichen Systems der Dienstleistungen eingehen, das bereits in allen Bezirken und Ortschaften errichtet wird. In jeder territorialen Einheit sollen die verschiedenen Dienstleistungen — Versorgung durch den Handel, kommunale Dienstleistungen, Güter- und Personenverkehr, gesundheitliche Betreuung, Dienstleistungen auf dem Gebiet der Körperkultur und des Sports, des Bildungswesens, der Kultur und Kunst sowie administrative Dienstleistungen — effektiv koordiniert werden. Dadurch wird jeder Bürger Bulgariens — wo er auch wohnen mag — die Möglichkeit haben, sich die Errungenschaften der modernen materiellen und geistigen Kultur zugute kommen zu lassen.

Ein charakteristisches Merkmal der gesellschaftlichen Entwicklung Bulgariens ist das quantitative Wachstum der Intelligenz. Nicht minder wesentlich ist die Tatsache, daß sich die Produktivität der intellektuellen Arbeit, die einen immer stärkeren Einfluß auf die Gesellschaft und die Menschen ausübt, erhöht. Die körperliche Arbeit wird immer mehr mit intellektuellem Inhalt ausgefüllt, geistig bereichert, in eine technologische Anwendung der Wissenschaft umgewandelt. Je mehr sich die Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen annähern und mit den Interessen der Arbeiterklasse verschmelzen, um so mehr wird sich die soziale und politische Einheit des bulgarischen Volkes festigen.

Tendenzen in der Entwicklung der sozialen Leitung

Eine der charakteristischen Besonderheiten der Entwicklung Bulgariens ist in den letzten Jahren die Vervollkommnung der sozialen Leitung, was sich in zwei miteinander verbundenen Richtungen — Erhöhung der Wissenschaftlichkeit und Entfaltung des demokratischen Prinzips in der Leitung — vollzog. In der Arbeit der Leitungsorgane nehmen die modernen wissenschaftlichen Leitungsmethoden und -mittel (systematisches planmäßiges und zielgerichtetes Vorgehen, Modellierung, Prognostizierung, Operationsforschung, konkrete soziale Untersuchungen usw.) einen immer breiteren Platz ein. Auf dieser Basis werden die mit der Leitung verbundenen Entschlüsse immer begründeter und effektiver.

In den letzten Jahren kommt die für den Sozialismus gesetzmäßige Tendenz, die Rolle der wählbaren Macht- und Leitungsorgane zu heben, immer klarer zum Ausdruck. Laut der neuen, durch ein Referendum angenommenen Verfassung vereint die Volksversammlung die gesetzgebende und die ausführende Tätigkeit des Staates und übt die höchste Kontrolle aus. Die Schaffung eines Staatsrates, dessen Funktionen im Vergleich zu denen des früheren Präsidiums der Volksversammlung neu sind, bestätigt den Entschluß, das repräsentative Organ in eine „arbeitende Korporation" umzuwandeln, die die Fassung von Beschlüssen mit deren Erfüllung vereint.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, die durch ein dynamisches soziales Leben und tiefgreifende, durch die Einführung der Errungenschaften der Wissenschaftlich-technischen Revolution hervorgerufene Umwandlung gekennzeichnet sind, muß die Leitungsstruktur so beschaffen sein, daß sie sich rasch den sich verändernden Bedingungen anzupassen vermag. Besonders stark tritt die Rolle der adaptionsfähigen Leitungssysteme bei der programmgemäßen Leitungsmethode hervor. Die Anwendung dieser Methode, die immer mehr in den Mittelpunkt der Leitungstechnologie rückt, erfordert, daß sich die Struktur der Leitungsorgane rasch den sich geänderten Bedingungen anpaßt und den Zielen und Programmen entspricht, die die Gesellschaft in der gegebenen Etappe ihrer Entwicklung realisiert.

Das, was die soziale Leitung im Sozialismus kennzeichnet, ist vor allem ihre weitgehende praktizierte Demokratie, die reale Beteiligung des Volkes an der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse. Das kommt besonders in der Tätigkeit des sozialistischen Staates zum Ausdruck. Er ist keine konservative Kraft, die der gesellschaftlichen Selbsttätigkeit der Werktätigen entgegenwirkt, sondern die reale Verkörperung der Volksherrschaft. Einer seiner spezifischen Züge ist, daß er den Keim der gesellschaftlichen Selbstverwaltung in sich trägt und ihre Aufgaben gemäß der Etappe der Gestaltung der neuen Gesellschaft realisiert. So sind zum Beispiel die Volksräte nicht nur örtliche Organe der Selbstverwaltung der Werktätigen. Der demokratische Arbeitsstil der sachlichen Erörterung und Lösung der für die Werktätigen lebenswichtigen Fragen wird in der Praxis immer weitgehender angewandt.

Die sozialistische Demokratie tritt in noch einer anderen wesentlichen Beziehung in Erscheinung: in der immer breiteren Beteiligung der gesellschaftlichen Organisationen an der sozialen Leitung. Im sozialistischen Bulgarien sind die gesellschaftlichen Organisationen kein Anhängsel des Staates, sondern eine selbständige Kraft, die am Leitungsprozeß teilnimmt.

Die bulgarischen Gewerkschaften spielen eine große Rolle, deren Bedeutung ständig wächst. Sie haben das Recht auf gesetzgebende Initiativen in bezug auf Fragen, die mit der Arbeit, den beruflichen Interessen und dem Lebensstandard der Werktätigen in Zusammenhang stehen. Die Praxis, daß staatliche und nichtstaatliche Organe gemeinsam Entscheidungen treffen, setzt sich immer mehr durch. So erfolgte z. B. die Lohnerhöhung für eine Reihe von Kategorien von Werktätigen im Jahre 1973 aufgrund einer Verordnung des Ministerrates und des Zentralrates der Gewerkschaften.

Hier stellt sich logischerweise die Frage: Wie sollen sich die zwei wesentlichen Seiten der sozialistischen Demokratie — der Staat und die selbsttätigen gesellschaftlichen Organisationen — weiterhin entwickeln? Diese prinzipielle Frage erörternd, gelangte die Bulgarische Kommunistische Partei zu der außerordentlich wichtigen Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, Organe neuen Typs, nämlich gesellschaftlich-staatliche, zu bilden, die die Vorzüge der beiden koordinieren und eine effektivere Leitung der sozialen Prozesse gewährleisten sollen. Schon im Jahre 1967 wurde das staatliche Organ für die Leitung der Kultur und Kunst in ein gesellschaftlich-staatliches umgewandelt und das Komitee für Kunst und Kultur konstituiert. Das so formierte Organ erhielt staatsrechtliche Befugnisse, und sein Vorsitzender wurde Mitglied der Regierung. Die gesamte Tätigkeit des Komitees für Kunst und Kultur gründet sich auf die Unterstützung und die Mitwirkung der künstlerischen Intelligenz und deren Organisationen. Die gesammelten Erfahrungen analysierend, bestätigte der II. Kongreß der Kultur, der Ende 1972 tagte, die Effektivität des gesellschaftlich-staatlichen Prinzips bei der Leitung. Aufgrund dieses Prinzips wurde in nationalem Maßstab ein System errichtet, das die Bemühungen der schöpferischen Intelligenz mit der gesellschaftlichen Initiative vereinte, günstige Bedingungen für den Aufschwung der sozialistischen Kunst schuf und die soziale Basis der Kulturpolitik des Staates außerordentlich erweiterte. Die unter der aktiven Mitwirkung der gesellschaftlichen Organisationen, der schöpferischen Intelligenz und der Kulturinstitute aufgebauten Räte für Kunst und Kultur haben ihre Lebensfähigkeit als regionale Organe für eine komplexe und effektive Leitung des kulturellen Lebens bewiesen.

Die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse im System der sozialen Leitung

In der Etappe der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst gesetzmäßig die Rolle der Partei im System der sozialen Leitung. Im Partei-

programm sind die Hauptgründe und Faktoren aufgezeigt, die diese Tendenz bedingen, und zwar: Die Erhöhung der Maßstäbe und der Kompliziertheit des sozialistischen Aufbaus; die Beschleunigung der sozialen Prozesse unter der Einwirkung der sich rasch entfaltenden Wissenschaftlich-technischen Revolution; die Intensivierung der schöpferischen Aktivität der Massen und die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie; die wachsende Bedeutung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, die Verallgemeinerung der neuen Praxis und der großen Aufgaben der kommunistischen Erziehung des Volkes; der Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der Weltarena; die Notwendigkeit, eine richtige Linie in den internationalen Beziehungen festzulegen; die internationale Verantwortung des neuen, des sozialistischen Staates.

Die Stellung der Kommunistischen Partei im System der wissenschaftlichen Leitung der Gesellschaft in der heutigen Etappe wird durch ihr sozial-politisches Wesen und ihre sozial-politische Rolle bestimmt. Sie ist eine Klassenorganisation der Arbeiterklasse auf hohem Niveau, sozialer Vertreter der marxistisch-leninistischen Ideologie und der konsequenteste Kämpfer für die Sache des Kommunismus. Unter den Bedingungen des Sozialismus erweiterte sich die soziale Basis der Partei. Die Partei legt die Generallinie, die allgemeine Politik des sozialistischen Aufbaus fest und bestimmt die Hauptrichtungen der Entwicklung der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Kultur, der Verbesserung des Lebensstandards wie auch der Außenpolitik. Mit einem Wort: sie ist berufen, alle gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozesse komplex, als Synthese zu studieren und zu umfassen, die Hauptaufgaben und -perspektiven der sozialistischen Entwicklung des Landes wissenschaftlich zu bestimmen und die Werktätigen im Kampf um Sozialismus und Kommunismus zu organisieren und zu inspirieren.

Die Bulgarische Kommunistische Partei löst wie in der Vergangenheit so auch heute erfolgreich die verantwortungsvolle Aufgabe, die theoretischen Probleme der Gestaltung der neuen Gesellschaft wissenschaftlich zu behandeln. In einer Reihe von sorgfältig vorbereiteten Plena befaßte sich das ZK der BKP mit folgenden kardinalen Problemen der Entwicklung Bulgariens: der Vervollkommnung des Systems der sozialen Leitung (1968); der Einführung der Errungenschaften der Wissenschaftlich-technischen Revolution in die Volkswirtschaft (1969); der Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage industriemäßiger Methoden und Technologien (1970); der Bildungsreform und der Reorganisation der wissenschaftlichen Front und des Hochschulwesens (1969—1971); der komplexen Befriedigung der geistigen und materiellen Bedürfnisse der Werktätigen (1972).

Ein wichtiges Merkmal der theoretischen Analyse der Grundprobleme des sozialistischen Aufbaus, durch das die wichtigsten Dokumente besonders seit dem Juliplenum des ZK der BKP (1968) gekennzeichnet sind, ist das komplexe Vorgehen. Die Partei untersucht die gegenseitige Verbindung zwischen allen grundlegenden Prozessen und gewährleistet ihre Synchronisation. Das erhöht die Effektivität der Leitung und schafft Voraussetzungen für die Lösung der im Parteiprogramm gestellten Aufgaben, alle Komponenten der Gesellschaft relativ gleichmäßig zu entwickeln.

Nachdem die theoretischen Fragen des sozialistischen Aufbaus ausgearbeitet sind und die politische Linie der Partei bestimmt ist, erlangt die systematische und zielgerichtete Arbeit zur Erfüllung der Parteibeschlüsse erstrangige Bedeutung. In diesem Sinne ist die organisatorische Funktion der Partei jetzt, da das auf dem X. Parteitag (1971) beschlossene neue Parteiprogramm die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft „als höchstes und abschließendes Stadium

in der Entwicklung des Sozialismus, als erste Phase der kommunistischen Formation" auf die Tagesordnung gesetzt hat und die wichtigsten Probleme theoretisch ausgearbeitet sind, von besonderer Bedeutung.

Neben der Kommunistischen Partei nimmt auch die Bulgarische Bauernpartei einen wichtigen Platz im System der Leitung ein. Der weitere Aufbau des Sozialismus wird zu engeren Beziehungen zwischen der Bulgarischen Kommunistischen Partei und der Bulgarischen Bauernpartei, zur Bereicherung und Vertiefung der gemeinsamen Tätigkeit beider Organisationen und zu deren allmählicher Annäherung im Kampf und in der Arbeit für die Erreichung der gemeinsamen Ziele und Ideale führen.

Der Mensch im sozialistischen Bulgarien — Mittel oder Zweck der Entwicklung?

Jeder Mensch denkt wohl über die Frage nach, wem die moderne Zivilisation dient, worin der reale Effekt der Entwicklung der Wirtschaft und der Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen besteht. Dem bulgarischen Bürger, dem die Ergebnisse des Sozialismus zugute kommen, ist eindeutig klar, daß die Entwicklung unter den Bedingungen des Sozialismus nur *einen* Sinn und *eine* Bedeutung haben kann: immer günstigere Lebensbedingungen zu schaffen und die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zu fördern. Die Bulgarische Kommunistische Partei hat die Devise „Alles im Namen des Menschen, alles für das Wohl des Menschen" in ihr Programm aufgenommen. Die Entwicklung Bulgariens in den letzten Jahren ist eine weitere Bestätigung des humanen Wesens der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

In Bulgarien ist der Mensch höchstes Gut und Ziel des sozialistischen Aufbaus. Alle Politik zielt darauf, seine Würde und Ehre zu wahren, seine Lebensbedingungen zu optimieren. Bei der Lösung dieser Aufgabe läßt sich die BKP von dem Erfordernis leiten, die in Zusammenhang mit der menschlichen Persönlichkeit stehenden Probleme komplex, in ihrer dialektischen Wechselbeziehung, als Ganzes zu behandeln, so wie sie im Leben auftreten. Die Komplexmethode bildet die Grundlage des 1972 ausgearbeiteten Nationalen Programms für die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Die Steigerung des Wohlstands erfordert in erster Linie ein hohes Niveau des Realeinkommens. In den letzten Jahren stieg das Realeinkommen nicht nur in hohem und stabilem Tempo, es traten auch progressive Veränderungen in seiner Struktur ein. Der Anteil der Werktätigen mit niedrigerem Einkommen hat sich verringert. Seit Anfang 1973 wurde der Mindestlohn um 23 % erhöht.

Das Niveau des Realeinkommens der Bevölkerung in Bulgarien hängt in immer höherem Maße vom Wachstum der gesellschaftlichen Konsumfonds ab. Jeder bulgarische Bürger erhält von den gesellschaftlichen Fonds durchschnittlich 283 Leva jährlich in Form von unentgeltlicher Ausbildung, medizinischer Betreuung usw.

Gegenwärtig wird in Bulgarien eine Reform des Lohnsystems vorbereitet, die darauf ausgerichtet ist, eine größere Einheitlichkeit in der Bewertung der verschiedenen Arbeitsarten je nach deren Kompliziertheit, den Arbeitserschwernissen und Arbeitsbedingungen zu schaffen; die Elemente der Gleichmacherei bei der Entlohnung entschieden zu überwinden; das Grundgehalt in einen genügend elastischen Mechanismus zur Bewertung der individuellen Fähigkeit der Werktätigen umzuwandeln; das Wachstum der Grundgehälter möglichst vollständig mit dem Arbeitseffekt, mit der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität zu verbinden.

Das Lebensniveau der Werktätigen in Bulgarien wird auch infolge der planmäßig und zielgerichtet durchgeführten sozialen Maßnahmen erhöht. In den Jahren 1956 bis 1971 ist die Gesamtzahl der Renten z. B. von 798 000 auf 1 749 000 und der durchschnittliche Betrag einer Rente auf das 4,3fache gestiegen.

Allmählich, dem Heranreifen der wirtschaftlichen Bedingungen entsprechend, wird die Aufgabe gelöst, daß der Unterhalt der heranwachsenden Generation von der Gesellschaft übernommen wird. Die einmaligen Barleistungen bei Entbindung und die Kinderzuschläge werden erhöht sowie das System der Stipendien vervollkommnet. In naher Zukunft soll auch der unbezahlte Urlaub für die Pflege von Kindern im Alter bis zu drei Jahren verlängert werden, ohne daß die Mütter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Optimierung der Lebensbedingungen der Bevölkerung erfordert die bevorzugte Lösung einer der schärfsten sozialen Fragen — der Wohnungsfrage. In der Nachkriegsperiode sind über 1 400 000 Wohnungen mit einer Wohnfläche von 62 Millionen qm gebaut worden. 60 % des gesamten Wohnraumfonds Bulgariens sind erneuert worden. Trotzdem ist der Bedarf an Wohnraum noch nicht völlig befriedigt. Aus diesem Grunde wird in den letzten Jahren der Wohnungsbau besonders forciert.

Eine wichtige Komponente der Lebensbedingungen ist die Dauer der Arbeitszeit. Parallel mit der Verkürzung der Arbeitszeit wird das Notwendige zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Vervollkommnung der Wechselbeziehungen Mensch—Maschine getan.

Die Produktion von hocheffektiven technischen Mitteln und Materialien zur Optimierung des Arbeitsmilieus, von Schutzmitteln und spezieller Arbeitskleidung wird erweitert. Auch das Arbeitsgesetz wird erneuert. In Vorbereitung ist ein neues Arbeitsgesetz, das die größeren sozialen Rechte und Errungenschaften der Werktätigen rechtlich garantieren und gleichzeitig ihre gewachsene Verantwortung als Bürger einer dynamischen, hochorganisierten Gesellschaft berücksichtigen wird.

Erziehung und Bildung

K.-H. Heinemann, Arbeit und Technik in der Erziehung. Studien zum polytechnischen Unterricht in der DDR. 173 S., DM 14,80.

F. Hofmann, Allgemeinbildung. Eine problemgeschichtliche Studie. 175 S., DM 12,80.

W. Kienitz (Hrsg.), Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen. Ein internationaler Vergleich. 389 S., DM 19,80.

J. Lompscher, Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins. 315 S., DM 19,80.

A. W. Lunatscharski, Über die Volksbildung. Aus dem Russischen. 215 S., DM 12,80.

G. Neuner, Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung. 307 S., DM 14,80.

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

DER TERROR
DER KOMMENTATOREN

Dienstag, 18. Dezember 1973: Terrorüberfall auf dem römischen Flughafen, Entführung von Geiseln. Der Ausgang des Abenteuers ist noch ungewiß, die Täter nicht identifiziert, noch weniger ihre Auftraggeber. So muß nach der letzten Tagesschauausgabe die Fortsetzung des Krimis auf den nächsten Tag verschoben werden. Aber vorher machen die Fernsehkommentatoren, in beiden Programmen schnell herbeigerufen und hergerichtet, den Überfall von Rom zu einer Sternstunde des Fernseh-Mediums.

Länger als üblich ist die Pause, ehe sie anfangen zu sprechen: „Wieder einmal . . .". Trockener als sonst ist ihre Stimme beim nochmaligen genauen Aufzählen der Greuel, und ein wenig Pathos stellt sich ein, wenn sie erzählen, was noch nicht geschehen ist, aber passieren wird: „Natürlich werden die Palästinenser-Organisationen sich von dem Überfall distanzieren . . .". Und dann folgt der stechende Blick direkt ins Auge des Feindes, als der sich der Zuschauer urplötzlich vor dem Gerät wiederfindet. Der lange Blick, der das Medium für Augenblicke zur inneren Stimme werden läßt, und die folgenschweren Worte: Selbst wenn die palästinensischen Organisationen nachweisbar nichts mit diesem neuen terroristischen Gewaltakt zu tun haben sollten, so kommt ihnen doch die Verantwortung dafür zu, denn sie haben das Klima von Haß, Terror und Verherrlichung der Gewalt jahrelang geschürt, unter dessen Einfluß die Terroristen von Rom gehandelt haben (so sinngemäß in beiden Programmen). Mit solch genialer Schlußfolgerung haben es die Kommentatoren fertiggebracht, den Krimi dieses Dienstagabends doch noch bis zum Höhepunkt zu treiben. Sie haben den Punkt erreicht, wo der Täter seine Schlechtigkeit erkennen läßt, sich durch einen neuen Mord selbst der nun beginnenden Jagd aussetzt, die mit wohltuender Routine und aufregender brutaler Gewalt die Sache zu Ende führt. Eine solche Handlungsführung ist praktisch, erspart sie doch die Diskussion über Schuld, Motiv oder die lästige Frage nach dem Cui bono?.

Sternstunde des Fernseh-Mediums: Die Kommentatoren haben es fertiggebracht, die Informations- und die Unterhaltungsfunktionen des Fernsehens zum terroristischen Gesamtkunstwerk zu verschmelzen. Die Zuschauer sind längst eingeübt in die Überzeugung, daß das Verbrechen immer aus dem Dunkel der einzigen Schlechtigkeit des Täters kommt (vgl. Medienspalte Dezember 1973). Die Kommentatoren brauchen daher nur diese Schlechtigkeit zu „beweisen", und die Jagd ist frei. Etwaige Zweifel ersticken der Ernst der Lage und der stechende Blick des Kommentators, der den Zuschauer vor der eigenen Gutmütigkeit schaudern macht.

Terror wird ausgeübt, um Angst zu wecken, um den Widerstand von Noch-nicht-Opfern zu brechen.

Der Terror der Kommentatoren schürt die Angst vor normalen Reaktionen: die Angst vor dem Verständnis für die Forderungen der Palästinenser, die Angst vor der Einsicht, daß es ungerecht ist, den Arabern als Verbrechen anzulasten, was die Ölkonzerne ausgiebig tun: ihre Ware teurer verkaufen, die Angst vor dem Glauben, der arabische Student, der in der Nachbarschaft zur Untermiete wohnt, sei doch ein guter Mensch — trotzdem. Mit solchen „humanitären" Standpunkten muß jetzt Schluß sein, denn machen wir uns nicht schuldig am Terror, wenn uns das Wort von der „arabischen Erpressung" zu zögernd von den Lippen geht?

Der Terror der Kommentatoren trägt dazu bei, den Widerstand der Noch-nicht-Opfer der künstlich herbeigeführten Energiekrise zu schwächen, damit der große Kommissar bei der Jagd auf andere „Terroristen und Gewaltanbeter" auf mehr Verständnis stößt.

Günter Giesenfeld/Wulf D. Hund

Dokumente zum Zeitgeschehen

UNO-Resolutionen zur Reduzierung der Militärausgaben der Ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates vom 7. Dezember 1973

(Wortlaut)

Am 7. Dezember 1973 befaßte sich die 28. Vollversammlung der Vereinten Nationen unter dem Tagesordnungspunkt „Kürzung der Militärbudgets um 10 % seitens derjenigen Staaten, die dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehören; Verwendung eines Teils der dadurch eingesparten Geldmittel zur Hilfe für Entwicklungsländer" mit einem sowjetischen und einem mexikanischen Resolutionsentwurf, die beide mit großen Mehrheiten beschlossen wurden. Die BRD und die anderen NATO-Staaten enthielten sich (Island, Norwegen und die Türkei stimmten der mexikanischen Resolution zu, China und Albanien stimmten gegen beide Resolutionen. Nachstehend der ungekürzte Text beider Resolutionen (übersetzt von Rudolf Schultz). D. Red.

Resolutionsentwurf A/L. 701/Rev. 1 (eingebracht von der Sowjetunion)

Die Vollversammlung

nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß sich als Ergebnis der auf bilateraler und regionaler Grundlage unternommenen Bemühungen deutlich ein Trend zur Stärkung des Friedens, zur Spannungsverminderung und zur Lösung strittiger Fragen mit friedlichen Mitteln herausgebildet hat;

ist der Auffassung, alle Staaten sollten wirksame Schritte mit dem Ziel unternehmen, die militärischen Konfliktherde zu beseitigen, die nach wie vor in verschiedenen Teilen der Welt existieren;

glaubt, daß politische Entspannung in der Welt durch militärische Entspannung ergänzt werden sollte;

und stellt fest, daß eine Kürzung der Militärausgaben zur Beschränkung des Wettrüstens beitragen und eine weitere Verbesserung der internationalen Lage bewirken sowie es gleichzeitig ermöglichen würde, wesentliche Mittel freizusetzen, die zur friedlichen Entwicklung aller Staaten einschließlich der Hilfeleistung für Entwicklungsländer benötigt werden.

Die Generalversammlung

1) empfiehlt daher, daß alle Staaten, die dem Sicherheitsrat als Ständige Mitglieder angehören, ihre Militärbudgets im kommenden Haushaltsjahr um 10 Prozent der 1973 dafür aufgewendeten Mittel verringern sollten;

2) appelliert an die vorstehend genannten Staaten, 10 Prozent derjenigen Geldmittel, deren Freisetzung durch die Kürzung der Militärausgaben bewirkt wird, zur Hilfe für Entwicklungsländer zu verwenden, damit in diesen Ländern die dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Projekte verwirklicht werden können;

3) gibt dem Wunsche Ausdruck, weitere Staaten — insbesondere solche, die über ein beträchtliches Wirtschafts- und Militärpotential verfügen — möchten ebenfalls Schritte zur Verringerung ihrer Militärbudgets einleiten und einen Teil der dadurch freigesetzten Mittel zum Zwecke der Hilfe für Entwicklungsländer einsetzen;

4) setzt einen Sonderausschuß ein, der die durch Kürzung der Militärausgaben freigesetzten Geldmittel zum Zwecke der Hilfe für Entwicklungsländer verteilt, und zwar zusätzlich zur Hilfe, die ihnen bereits im Rahmen der bestehenden Einrichtungen gewährt wird. Dem Ausschuß gehören die folgenden Länder an: China, Frankreich, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika; ferner je drei Länder aus den regionalen Gruppierungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie je zwei Länder aus den regionalen Gruppierungen Osteuropas, westeuropäischer und anderer Staaten. Die Ausschußmitglieder werden vom Präsidenten der Vollversammlung nach Beratungen mit jenen regionalen Gruppierungen benannt. Die Vollversammlung beauftragt den Sonderausschuß, die obengenannten Geldmittel auf unparteiischer Grundlage und ohne jede Diskriminierung zu verteilen — wobei die dringendsten Bedürfnisse und Anforderungen der Empfängerländer zu berücksichtigen sind — sowie die Höhe der den verschiedenen Ländern zu-

gesprochenen Geldmittel zu bestimmen und eine Aufstellung über die Verwendung der Gelder vorzulegen;
5) ersucht den Generalsekretär, dem Sonderausschuß alle mögliche Hilfe bei seiner Arbeit zu gewähren;
6) und schlägt vor, daß der Sonderausschuß der neunundzwanzigsten Sitzung der Vollversammlung einen Bericht über seine Arbeit vorlegen wird.

Für den sowjetischen Resolutionsentwurf stimmten 83 Staaten (Afghanistan, Algerien, Bahrain, Barbados, Bhutan, Botswana, Bulgarien, Burma, Bjelorussische SSR, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Zypern, Tschechoslowakei, Dahomey, VDR Jemen, Dominikanische Republik, Ekuador, Ägypten, El Salvador, Äthiopien, Fidschi, Finnland, Gabun, Deutsche Demokratische Republik, Ghana, Guatemala, Haiti, Honduras, Ungarn, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Jordanien, Kenia, Khmer Republik, Kuwait, Laos, Libanon, Lesotho, Liberia, Libyen, Madagaskar, Malaysia, Mali, Malta, Mexiko, Mongolei, Nepal, Nikaragua, Niger, Nigeria, Oman, Panama, Peru, Philippinen, Polen, Qatar, Rumänien, Ruanda, Saudi-Arabien, Senegal, Singapur, Spanien, Sri Lanka, Sudan, Suaziland, Syrien, Togo, Tunesien, Uganda, Ukrainische SSR, Sowjetunion, Vereinigte Arabische Emirate, Uruguay, Venezuela, Jemen, Jugoslawien.
Dagegen stimmten 2 Staaten (Albanien, China).
38 Staaten enthielten sich der Stimme (Argentinien, Australien, Österreich, Bahamas, Belgien, Brasilien, Kanada, Kongo, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Guinea, Guayana, Island, Irland, Israel, Italien, Elfenbeinküste, Jamaika, Japan, Luxemburg, Malawi, Mauretanien, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Portugal, Südafrika, Schweden, Thailand, Trinidad und Tobago, Türkei, Großbritannien, Tansania, Vereinigte Staaten von Amerika, Sambia.

Resolutionsentwurf A/L. 715 (eingebracht von Mexiko)

Die Vollversammlung
hat den Tagesordnungspunkt „Kürzung der Militärbudgets um 10 Prozent seitens derjenigen Staaten, die dem Sicherheitsrat als Ständige Mitglieder angehören; Verwendung eines Teils der dadurch eingesparten Geldmittel zur Hilfe für Entwicklungsländer" geprüft;
ist überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, daß die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates eine Kürzung ihrer Militärbudgets vereinbaren; sie hält entsprechende Maßnahmen der übrigen Staaten mit beträchtlichem Wirtschafts- und Militärpotential für wünschenswert;
ist des weiteren davon überzeugt, daß ein Teil der durch eine derartige Kürzung freigesetzten Geldmittel zugunsten einer zunehmenden internationalen Hilfe für Entwicklungsländer bereitgestellt werden sollte.
Sie ist sich bewußt, daß die Vereinten Nationen nicht in der Lage waren, diese wichtige Frage mit der erforderlichen Tiefe und Sorgfalt zu studieren.
Die Vollversammlung
1) ersucht deshalb den Generalsekretär, unter Mithilfe qualifizierter beratender Experten, die von ihm ernannt werden, einen Bericht über die Kürzung der Militärbudgets seitens der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates vorzubereiten. Der Bericht sollte auch andere Staaten mit beträchtlichem Wirtschafts- und Militärpotential berücksichtigen und sich ferner mit der Verwendung eines Teils der auf diese Weise eingesparten Geldmittel zu internationaler Hilfe für Entwicklungsländer befassen;
2) ruft alle Regierungen auf, dem Generalsekretär ihre volle Mitarbeit zukommen zu lassen, um zu gewährleisten, daß die Untersuchung mit größter Effektivität durchgeführt wird;
3) bittet den Generalsekretär, seinen Bericht der Vollversammlung rechtzeitig zu übermitteln, damit er auf ihrer neunundzwanzigsten Sitzung geprüft werden kann.

Für den Resolutionsentwurf stimmten 93 Staaten (Afghanistan, Algerien, Argentinien, Australien, Österreich, Bahrain, Bhutan, Botswana, Bulgarien, Burma, Bjelorussische SSR, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Zypern, Tschechoslowakei, Dahomey, VDR Jemen, Dominikanische Republik, Ekuador, Ägypten, El Salvador, Äthiopien, Fidschi, Finnland, Gabun, Deutsche Demokratische Republik, Ghana, Guatemala, Guayana, Haiti, Honduras, Ungarn, Island, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Jamaika, Jordanien, Kenia, Khmer Republik, Kuwait, Laos, Libanon, Lesotho, Libyen, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Mali, Malta, Mexiko, Mongolei, Neuseeland, Nikaragua, Niger, Nigeria, Norwegen, Oman, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Polen, Qatar, Rumänien, Saudi-Arabien, Senegal, Singapur, Sri Lanka, Sudan, Suaziland, Schweden, Syrien, Thailand, Trinidad und Tobago, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukrainische SSR, Sowjetunion, Vereinigte Arabische Emirate, Tansania, Uruguay, Venezuela, Jemen, Jugoslawien, Zaire, Sambia.
Dagegen stimmten 2 Staaten (Albanien, China).
26 Staaten enthielten sich der Stimme (Bahamas, Barbados, Belgien, Brasilien, Kanada, Kongo, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Guinea, Irland, Israel, Italien, Elfenbeinküste, Japan, Liberia, Luxemburg, Mauretanien, Niederlande, Portugal, Südafrika, Spanien, Togo, Großbritannien, Vereinigte Staaten von Amerika.

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 10. und 11. Dezember 1973 in Brüssel

(Wortlaut)

1) Der Nordatlantikrat kam am 10. und 11. Dezember 1973 in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen.

2) Die Minister befaßten sich mit den seit ihrer Tagung im Juni eingetretenen Entwicklungen der internationalen Lage. Sie zeigten sich ermutigt angesichts der weiteren Entwicklung der bi- und multilateralen Ost/West-Kontakte in einem weiten Bereich. Sie stellten jedoch fest, daß der Frieden in der Welt nach wie vor ungesichert ist, und betonten erneut die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der vollen militärischen Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses.

3) Die Minister erinnerten an ihren im Juni gefaßten Beschluß zur Überprüfung der Beziehungen zwischen den Bündnispartnern angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die sich zur Zeit in allen Bereichen internationaler Beziehungen vollziehen. Sie stellten fest, daß eine Prüfung dieser Veränderungen zu wesentlichen Fortschritten in Richtung auf eine Einigung über eine gemeinsame Atlantische Erklärung geführt hat. Sie vereinbarten, diese wichtige Arbeit bis zu ihrem erfolgreichen Abschluß fortzusetzen. Eine derartige Erklärung, die eine den künftigen Aufgaben gerecht werdende Perspektive widerspiegelt, würde dem Bündnis bei dessen lebenswichtiger Aufgabe, den Frieden zu wahren, die Ost/West-Beziehungen zu verbessern und größere Sicherheit und größeren Wohlstand zu fördern, als Richtschnur dienen.

4) Die Minister bekräftigten erneut, daß die Solidarität des Bündnisses und somit sein Erfolg bei der Aufrechterhaltung einer wirksamen Abschreckung und einer zuverlässigen Verteidigung die Grundlage weiterer Fortschritte bei der Entspannung ist. In dieser Perspektive werden sie einen möglichst umfassenden Meinungs- und Informationsaustausch sowie enge Konsultation und Zusammenarbeit aufrechterhalten. Sie erteilten dem Ständigen Rat die Weisung, die geeignetsten Mittel zur Gewährleistung der vollen Wirksamkeit dieser Konsultation zu prüfen.

5) Die Minister befaßten sich mit den Ereignissen im Nahen Osten. Sie begrüßten die Schaffung einer UN-Friedensstreitmacht und nahmen mit Befriedigung die Fortschritte in Richtung auf die Durchführung einer Friedenskonferenz zur Kenntnis.

Sie brachten erneut die Unterstützung aller ihrer Regierungen für die diesbezüglichen Entschließungen des UN-Sicherheitsrats sowie ihr besonders starkes Interesse an einer gerechten und dauerhaften Lösung des Nahostproblems zum Ausdruck.

Die Minister nahmen darüber hinaus den Bericht des Ständigen Rats über die Lage im Mittelmeer zur Kenntnis, der auf Grund ihrer auf der letzten Tagung erteilten Weisung ausgearbeitet worden war. Die Minister baten den Ständigen Rat, die Lage weiterhin zu beobachten und erneut einen Bericht vorzulegen.

6) Die Minister erörterten den bisherigen Verlauf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie stellten fest, daß nach der Ministertagung in Helsinki, auf der die Tagesordnung für die Konferenz verabschiedet worden war, die bisher in Genf durchgeführten methodischen Arbeiten insoweit Erfolg hatten, als sie zu einer gründlichen Prüfung bestimmter Fragen geführt haben; dies ist ihrer Auffassung nach wesentlich, wenn die Konferenz in absehbarer Zeit zu befriedigenden Ergebnissen führen soll. Sie wiederholten die Entschlossenheit ihrer Regierungen, die Verhandlungen unter Berücksichtigung der Bedeutung sämtlicher Verhandlungsthemen, insbesondere der menschlichen Kontakte, auch weiterhin in konstruktivem Geist zu führen.

7) Die Minister nahmen zur Kenntnis, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik im September 1973 gleichzeitig in die Vereinten Nationen aufgenommen worden sind. Sie bekräftigten erneut ihre Auffassung, daß eine befriedigende Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unter Berücksichtigung der besonderen Lage in Deutschland einen bedeutsamen Beitrag zu einem weiteren Abbau der Spannungen in Europa leisten kann.

8) In bezug auf Berlin widmeten die Minister ihre besondere Aufmerksamkeit den bisher mit der Anwendung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 gemachten Erfahrungen. Sie brachten erneut ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die strikte Ein-

haltung und volle Anwendung dieses Abkommens eine befriedigende Lösung praktischer Fragen im Interesse der Menschen in Berlin ermöglicht und eine Voraussetzung für dauerhafte Entspannung und Stabilität in Europa darstellt.

9) Die Minister der am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO beteiligten Staaten begrüßten die Eröffnung der von ihnen vorgeschlagenen Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen am 30. Oktober. Sie prüften einen Bericht der Unterhändler des Bündnisses in Wien und stellten fest, daß die Gespräche in sachlicher Atmosphäre ihren Fortgang nehmen. Sie erteilten dem Ständigen Rat die Weisung, seine Arbeit an den Verhandlungen fortzusetzen.

10) Diese Minister erinnerten daran, daß, wie am 28. Juni auf den vorbereitenden Konsultationen vereinbart wurde, es das allgemeine Ziel der Verhandlungen sein werde, zu stabileren Beziehungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen. Zu diesem Zweck haben die alliierten Unterhändler in Wien die Herstellung eines ungefähren Gleichstandes beider Seiten in Form einer übereinstimmenden Höchststärke des gesamten Personalbestandes der Landstreitkräfte jeder Seite in dem Raum, in dem Verminderungen stattfinden würden, unter Berücksichtigung der Kampfkraft, vorgeschlagen. Sie haben ebenfalls eine Vereinbarung über die erste Phase vorgeschlagen, die die Verminderung sowjetischer und amerikanischer Landstreitkräfte in dem Raum vorsieht. Diese Minister bestätigten ihre Entschlossenheit, auf der Basis des vereinbarten alliierten Herangehens an die beiderseitigen und ausgewogenen Truppenverminderungen einschließlich damit zusammenhängender Maßnahmen ein ausgewogenes und gerechtes Ergebnis anzustreben, das die unverminderte Sicherheit für alle Beteiligten sicherstellen würde.

11) Diese Minister betonten erneut die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und Verbesserung der Streitkräfte des Bündnisses in Europa und brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß Reduzierungen nur im Zusammenhang mit MBFR vorgenommen werden sollten. Sie erkannten darüber hinaus an, daß die Beibehaltung amerikanischer Streitkräfte in Europa in ihrem derzeitigen Umfang eine gemeinsame Anstrengung der Bündnispartner zur Herbeiführung einer Lösung der den Vereinigten Staaten dadurch erwachsenden finanziellen Probleme erfordert. Zu diesem Zweck bekräftigten die Minister die Beschlüsse der Verteidigungsminister und brachten ihre Unterstützung für den Inhalt der Ziffern 9—12 des am 7. Dezember 1973 herausgegebenen Kommuniqués des Verteidigungs-Planungsausschusses zum Ausdruck *).

12) Die Minister zeigten sich befriedigt über die anhaltenden Bemühungen der Vereinigten Staaten bei SALT II, die zu einem dauerhaften Abkommen zur Beschränkung strategischer Offensivwaffen führen sollen. Sie nahmen die am 21. Juni 1973 unterzeichnete „Erklärung über die Grundprinzipien der Verhandlungen über die weitere Beschränkung

*) Die Ziffern 9—12 des Kommuniqués des Verteidigungs-Planungsausschusses haben folgenden Worlaut (d. Red.): 9) Hinsichtlich der MBFR begrüßten die Minister die Feststellung der Vereinigten Staaten, daß sie ihre Streitkräfte in Europa bei entsprechender Verhaltensweise ihrer Bündnispartner beibehalten und verbessern und sie nicht einseitig vermindern werden. Sie erkannten ebenfalls an, daß die Beibehaltung amerikanischer Streitkräfte in Europa in ihrer derzeitigen Stärke eine gemeinsame Anstrengung der Bündnispartner zur Lösung der finanziellen Probleme erfordert, die den Vereinigten Staaten dadurch erwachsen. — 10) In diesem Zusammenhang prüften die Minister den Bericht einer besonderen Studiengruppe über die Haushalts- und Zahlungsbilanzprobleme, die sich aus der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa ergeben, und erörterten eine Anzahl von Lösungsmöglichkeiten. Sie nahmen zur Kenntnis, daß eine Studie der Frage in Angriff genommen worden ist, wie eine Anzahl dieser Maßnahmen auf bi- oder multilateraler Grundlage durchgeführt werden kann. Den Vereinigten Staaten ist zugesichert worden, daß diese Prüfung auf positiver Basis durchgeführt werden wird. Sie anerkannten die besonderen Anstrengungen, die von der Bundesrepublik Deutschland in den bilateralen Verhandlungen in Aussicht genommen sind, die zur Zeit mit den Vereinigten Staaten über Vorkehrungen zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten geführt werden, die sich aus der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Diese Vorkehrungen werden einen wichtigen Beitrag zu einer gemeinsamen Lösung darstellen. Sie betonten die Notwendigkeit, daß auch andere Länder des Bündnisses aktive Maßnahmen zu diesem Zweck treffen. Sie erklärten die Absicht ihrer Länder, sich an bi- oder multilateralen Vorkehrungen für eine gemeinsame Lösung der Probleme der Vereinigten Staaten zu beteiligen, und erteilten ihren Stäben die Weisung, dieses Ziel aktiv und zügig zu verfolgen. In diesem Zusammenhang wiesen mehrere Länder auf den Beitrag hin, der durch die beabsichtigte Beschaffung militärischen Geräts in den Vereinigten Staaten zu einer Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz geleistet werden würde. — 11) Die Minister vereinbarten, zu prüfen, wie der Anteil der Vereinigten Staaten an den zivilen und militärischen Haushalten sowie am gemeinsamen Infrastrukturprogramm der NATO wesentlich verringert werden kann. — 12) Die Minister nahmen den Stand der Festlegung des Umfangs und des Kostenteilungsschlüssels des neuen NATO-Infrastrukturprogramms (1975 bis 1979) zur Kenntnis. Sie nahmen zur Kenntnis, daß die Frage der Erweiterung der Finanzierbarkeit von Vorhaben aus dem gemeinsamen NATO-Infrastrukturprogramm z. Z. geprüft wird.

strategischer Offensivwaffen" zur Kenntnis, die insbesondere die Anerkennung der gleichen Sicherheitsinteressen beider Seiten enthält.
13) Die Minister nahmen den Fortschrittsbericht des Vorsitzenden des Umweltausschusses zur Kenntnis und begrüßten den Beginn der Zusammenarbeit bei der Entwicklung zusätzlicher Energiequellen durch die Nutzung der Sonnenenergie und der Erdwärmeenergie sowie bei der Beseitigung gefährlicher Abfälle und giftiger Industrieemissionen. Die Minister nahmen die internationale Entschließung des Umweltausschusses über Straßenverkehrssicherheit sowie die Richtlinien des Umweltausschusses über nationale Planung bei der regionalen Entwicklung zur Kenntnis. Die Minister brachten ihre Befriedigung über die praktische Arbeit des Umweltausschusses auf anderen Gebieten, wie die Luft- und Wasserverschmutzung, die Gesundheitsfürsorge und der städtische Massenverkehr, zum Ausdruck.
14) Die Minister erteilten dem Ständigen Rat die Weisung, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags in das Jahr 1974 fällt, Ort und Zeit für die nächste Tagung des Nordatlantikrats auf Ministerebene zu prüfen und festzulegen.

Kommuniqué über den Besuch von Bundeskanzler Willy Brandt in Prag vom 12. Dezember 1973

(Wortlaut)

Auf Einladung des Ministerpräsidenten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Dr. Lubomir Strougal, hielt sich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, am 11. und 12. Dezember 1973 zu einem offiziellen Besuch in Prag auf. Der Bundeskanzler wurde vom Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Walter Scheel, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Dr. Paul Frank, und dem Regierungssprecher, Staatssekretär Rüdiger Freiherr von Wechmar, begleitet.
Bundeskanzler Brandt und der Bundesminister des Auswärtigen, Scheel, sowie Ministerpräsident Strougal und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Chnoupek, unterzeichneten am 11. Dezember 1973 den Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik *).
Während des Besuches fanden Gespräche des Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der KPC, Dr. Gustav Husak, und Ministerpräsident Strougal statt. Der Bundesminister des Auswärtigen, Walter Scheel, führte Gespräche mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der CSSR, Dipl.-Ing. Bohuslav Chnoupek.
Der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Armeegeneral Ludvik Svoboda, empfing Bundeskanzler Brandt am 11. Dezember 1973.
Die Gespräche waren konstruktiv und nützlich. In offener und sachlicher Atmosphäre wurden Meinungen und Standpunkte zu bilateralen Fragen und gegenwärtigen Problemen der internationalen Entwicklung ausgetauscht.
Beide Seiten brachten ihre Genugtuung über die Unterzeichnung des Vertrags über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zum Ausdruck. Sie sprachen die Überzeugung aus, daß der Vertrag einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zieht und die Voraussetzung für eine Wende in den Beziehungen zwischen beiden Staaten schafft. Beide Seiten begrüßten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik am 11. Dezember 1973.
Beide Seiten waren sich darüber einig, daß die Unterzeichnung des Vertrags und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik nicht nur für beide Staaten große Bedeutung hat, sondern für die weitere Entwicklung in Europa insgesamt.

*) Wortlaut in „Blätter", 7/1973, S. 790 ff (d. Red.).

Beide Seiten sehen in dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ebenso wie in den vorangegangenen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der DDR sowie im Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 einen bedeutsamen Beitrag zum Prozeß der Entspannung in Europa.
Beim Meinungsaustausch über aktuelle Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage bekannten sich beide Seiten zum Prinzip der friedlichen Zusammenarbeit zu gegenseitigem Nutzen auch zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie bekräftigten ihren Entschluß, die Verhandlungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aktiv zu unterstützen und ihren erfolgreichen Abschluß anzustreben. Auch den Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa messen beide Seiten große Bedeutung bei.
Beide Seiten betrachten es als wünschenswert, den Meinungsaustausch über Fragen von beiderseitigem Interesse auf verschiedenen Ebenen fortzusetzen.
Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, lud den Ministerpräsidenten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Dr. Lubomir Strougal, zu einem offiziellen Besuch der Bundesrepublik Deutschland ein. Diese Einladung wurde angenommen, der Zeitpunkt des Besuchs wird später festgelegt werden.

Übersicht über den Stand der internationalen Beziehungen der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam

Das Pariser Vietnamabkommen vom 27. Januar 1973 geht davon aus, daß es in Südvietnam zwei kontrollierte Gebiete, zwei Armeen und zwei Verwaltungen gibt, die Saigoner Verwaltung (Thieu) und die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR). Die Pariser Schlußakte trägt neben den Unterschriften der Außenminister der USA, der DRV und Saigons die Unterschrift des Außenministers der PRR der Republik Südvietnam (RSV).
Die Bundesregierung hat das Pariser Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam begrüßt, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Provisorischen Revolutionären Regierung steht jedoch aus.
Folgende Staaten unterhalten mit der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bereits diplomatische Beziehungen (Stand 15. August 1973):
Ägypten — Äquatorial-Guinea — Albanien — Algerien — Bangla Desh — Bulgarien — Burundi — Chile — VR China — CSSR — Republik Dahome — DDR — Gabun — Republik Guinea — Irak — Jemen (VDRJ) — Jugoslawien — Kambodscha (Regierung der Nationalen Einheit) — Kamerun — VR Kongo — VDR Korea — Kuba — Mali — Malta — Mauretanien — Mongolische VR — Polen — Rumänien — Sambia Senegal — Somalia — UdSSR — Sri Lanka (Ceylon) — Sudan — Syrien — Tansania — Uganda — Ungarn
Außerdem hat die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam eine Ständige Vertretung in Indonesien und 5 Informationsbüros in Frankreich, Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark errichtet. Darüberhinaus unterhält die PRR freundschaftliche Beziehungen mit 102 Parteien und Organisationen in der ganzen Welt.
Die Provisorische Revolutionäre Regierung wurde von den über 80 Teilnehmerstaaten an der Konferenz der „Blockfreien" in Algier (4.—9. 9. 1973) als einzige südvietnamesische Regierung zugelassen. Der Generalsekretär der UNO, Waldheim, hat der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam eine Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen angeboten.
Über 150 000 Unterschriften gingen bisher bei der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" ein, die sich für die Forderung nach Genehmigung eines Informationsbüros der RSV in der BRD einsetzen.

Offener Brief an den hessischen Kultusminister zur Unterstützung der Berufung Horst Holzers an die Universität Marburg vom 6. Dezember 1973

(Wortlaut)

Im Sommersemester 1973 schlug der Fachbereich 09 (Neuere deutsche Literatur und Kunstwissenschaften) der Philipps-Universität Marburg dem hessischen Kultusminister den Münchener Soziologen Prof. Dr. Horst Holzer zur Berufung auf eine Professur für Neuere deutsche Literatur, Theater- und Medienwissenschaft vor. Diese Nominierung wurde durch Gutachten der Professoren Karl Martin Bolte (München), Urs Jaeggi (Berlin), Walter Jens (Tübingen) und Friedrich Knilli (Berlin) unterstützt. Im Fachbereich 09 der Marburger Universität arbeiten Germanisten, Kunst- und Musikwissenschaftler. Die wachsende Bedeutung, welche die Massenmedien für diese Disziplinen und insbesondere für die Tätigkeit von künftigen Deutschlehrern gewinnen, hatte die Kommission bewogen, einen Kommunikationssoziologen vorzuschlagen.

Unmittelbar nach der Nominierung leitete der „Bund Freiheit der Wissenschaft" gegen Holzer eine Kampagne ein. Im Juli 1973 lehnte der hessische Kultusminister dessen Berufung ab.

Der Fachbereich hat daraufhin weitere Gutachten eingeholt: von den Professoren Roland Barthes (Paris), Stuart Hall (Birmingham), Jost Hermand (Madison/USA), Hans-Wolf Jäger (Bremen), Robert Minder (Paris) und Michael Nerlich (Berlin). Sämtliche Stellungnahmen lauteten positiv. Am 5. Dezember 1973 schlug der Fachbereich Neuere deutsche Literatur und Kunstwissenschaften Holzer dem Kultusminister ein zweitesmal vor. Gleichzeitig wandten sich zahlreiche Kulturschaffende — Schriftsteller, bildende Künstler, Wissenschaftler, Journalisten aus den Massenmedien u. a. — in einem Offenen Brief an den Minister und wiesen auf die Notwendigkeit einer Berufung Holzers hin.

Dieser Vorgang ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Einmal erscheint die Berufung eines Medienwissenschaftlers in einen Fachbereich, in dem in erster Linie Deutschlehrer ausgebildet werden, als Fortschritt über die bislang noch vorherrschende literarische Einseitigkeit dieses Studiengangs. Ferner findet sich hier erstmals ein Universitätsorgan nicht mit verbalen Protesten gegen staatliche Fachaufsicht ab, sondern setzt dieser seine eigene wissenschaftliche Kompetenz in voller Übereinstimmung mit Artikel 5 Abs. 3 GG entgegen. Drittens schließlich ergreift ein Teil der mittelbar Betroffenen — nämlich Kulturschaffende, die an einer wissenschaftlichen Erhellung ihrer Arbeitsbedingungen in demokratisierender Absicht interessiert sind — in einer Berufungsangelegenheit öffentlich Partei und erklärt einen Universitätsstreit zur eigenen Sache.

Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut des Offenen Briefes an den hessischen Kultusminister. D. Red.

Marburg, den 6. Dezember 1973
An den
hessischen Kultusminister
Herrn Prof. Dr. Ludwig v. Friedeburg
6200 Wiesbaden
Luisenplatz 10

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften der Philipps-Universität Marburg hat Ihnen Prof. Dr. Horst Holzer zur Berufung auf eine Professur für Neuere Deutsche Literatur, Theater- und Medienwissenschaft vorgeschlagen.

Wir begrüßen und befürworten diese Nominierung.

In unserer Arbeit sind wir auf Verlage und Zeitungen, auf Theater, Funk oder Fernsehen angewiesen und werden fast täglich konfrontiert mit der Notwendigkeit einer Reform der Massenmedien im Interesse des Publikums, aber auch im Interesse der Kulturproduzenten und derjenigen, die Objekte von Berichterstattung und Meinungsbildung sind.

Die wissenschaftlichen Analysen von Prof. Holzer, der u. a. die Realität der Massenkommunikation in der Bundesrepublik am Demokratieanspruch des Grundgesetzes mißt, dienen zweifellos einer demokratischen Reform. Über die akademische Qualifikation von Herrn Holzer liegen Ihnen Fachgutachten vor. Es ist uns bekannt, daß er als einer der fähigsten Medienwissenschaftler in der Bundesrepublik gilt. Unter denjenigen, die bisher

noch keinen Ruf auf eine Professur erhalten haben, ist er wahrscheinlich der am stärksten ausgewiesene.
Wir wissen allerdings auch, daß Sie bereits im Sommer dieses Jahres, als Ihnen der Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften in Marburg Holzer ein erstesmal vorschlug, starkem öffentlichen Druck — vor allem durch den konservativen „Bund Freiheit der Wissenschaft" — gegen eine Berufung ausgesetzt waren. Die Vorurteile, die sich gegen Holzers Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei richten, waren der Grund dafür, daß seine Bewerbungen an den Universitäten Bremen und Oldenburg 1971 und 1972 scheiterten.
Wir sind der Ansicht, daß niemand wegen seiner Zugehörigkeit zu einer legalen Partei dem öffentlichen Dienst ferngehalten werden darf. Selbst die Gegner Holzers haben ihm bis heute nicht ein einzigesmal grundgesetzwidriges oder verfassungsfeindliches Verhalten vorwerfen können.
Mit einer Berufung Holzers würden Sie der wissenschaftlichen Erforschung der Massenmedien, ihrer demokratischen Reform und den Interessen derer, die in diesen Medien arbeiten oder ihnen ausgesetzt sind, ebenso einen wertvollen Dienst erweisen wie dem Kampf gegen die Diskriminierung kritischer Minderheiten in der Bundesrepublik.
Deshalb bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Vorschlag des Fachbereichs Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften der Philipps-Universität zu akzeptieren.
Hochachtungsvoll!

*

Den vorstehenden Offenen Brief unterzeichneten bisher über 500 Persönlichkeiten, darunter Wolfgang Abendroth (Politikwissenschaftler) — Arnfried Astel (Schriftsteller) — Jörg Auffermann (Medienwissenschaftler) — Jörg Barczynski (dju-Landesvorsitzender Hessen) — Erdmuthe Beha (Journalistin) — Wolfgang Beutin (Hochschullehrer) — Horst Bingel (Schriftsteller) — Ernst Bloch (Philosoph) — Wolf Brannasky (Liedermacher) — Dieter Brumm (dju-Landesvorsitzender Nordmark) — Peter O. Chotjewitz (Schriftsteller) —

Änderung der Anschrift

Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.

Pahl-Rugenstein Verlag

Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag

Name ..... Vorname .....

Alte Anschrift bis ..... Neue Anschrift ab .....

Ort ( ) ..... Ort ( ) .....

Straße ..... Straße .....

....
(Unterschrift) (Kunden-Nr.)

Emil Carlebach (dju-Bundesvorstandsmitglied) — Dankwart Dankwerts (Hochschullehrer) — Franz-Josef Degenhardt (Rechtsanwalt und Liedermacher) — Kurt Desch (Verleger) — Karlheinz Deschner (Schriftsteller) — Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin) — Jörg Drews (Journalist) — Tankred Dorst (Schriftsteller) — Wolfgang Ebert (Schriftsteller) — Rolf Eckart (GEW-Landesvorsitzender Bayern) — Bernt Engelmann (Vize-Präsident des Pen-Clubs) — Günter Erken (Theaterwissenschaftler) — Rainer Werner Fassbinder (Regisseur, Filmemacher) — Inge Feltrinelli (Verlegerin) — Max Frisch (Schriftsteller) — Uwe Friesel (Schriftsteller) — Gerd Fuchs (Schriftsteller) — Günter Bruno Fuchs (Schriftsteller) — Christian Geissler (Schriftsteller) — Ernesto Grassi (Hochschullehrer) — Barbara Grunert-Bronnen — Karl Guggomos (dju-Landesvorsitzender Westberlin) — Anton-Andreas Guha (Redakteur) — Jens Hagen (Publizist) — Günter Herburger (Schriftsteller) — Wolfgang Fritz Haug (Hochschullehrer) — Gerhard F. Hering (Intendant) — Uwe Herms (Schriftsteller) — Rolv Heuer (Journalist) — Richard Hiepe (Kunsthistoriker) — Friedrich Hitzer (Publizist) — Urs Jaeggi (Sozialwissenschaftler) — Josef W. Janker (Schriftsteller) — Walter Jens (Literaturwissenschaftler) — Uwe Johnson (Schriftsteller) — Robert Jungk (Publizist) — Marie-Luise Kaschnitz (Schriftstellerin) — Heinar Kipphardt (Schriftsteller) — Friedrich Knilli (Medienwissenschaftler) — Otto Köhler (Publizist) — Klaus Konietzky (Schriftsteller) — Theodor Kotulla (Filmemacher) — Franz Xaver Kroetz (Schriftsteller) — Reinhard Lettau (Schriftsteller) Angelika Mechtel (Schriftstellerin) — Ulf Miehe (Schriftsteller) — Uwe Nettelbeck (Journalist) — Oscar Neumann (Dipl.-Ing., Publizist) — Hans-Erich Nossack (Schriftsteller) — Enno Patalas (Filmkritiker) — Hermann Peter Piwitt (Schriftsteller) — Harry Pross (Hochschullehrer) — Ernst-Alexander Rauter (Publizist) — Josef Reding (Schriftsteller) — Luise Rinser (Schriftstellerin) — Roman Ritter (Schriftsteller) — Josef Rothmann (Schauspieler) — Peter Rühmkorf (Schriftsteller) — Erika Runge (Schriftstellerin) — Johannes Schaaf (Filmemacher) — Carlo Schellemann (Maler) — Volker Schlöndorff (Filmemacher) — Erasmus Schöfer (Schriftsteller) — Peter Schütt (Schriftsteller) — Ulrich Sonnemann (Publizist) — Kurt Sontheimer (Politikwissenschaftler) — Monika Sperr (Redakteurin) — Eckart Spoo (dju-Bundesvorsitzender) — Dorothee Steffensky-Sölle (Theologin) — Jürgen P. Stoessel (Schriftsteller) — Uwe Timm (Schriftsteller) — Thaddäus Troll (Schriftsteller) — Vera Tschechowa (Schauspielerin) — Günter Wallraff (Schriftsteller) — Martin Walser (Schriftsteller) — Johannes Weidenheim (Schriftsteller) — Clemens Wlokas (Schriftsteller, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt) — Wolf Wondratschek (Schriftsteller) — Guido Zingerl (Maler) — Gerhard Zwerenz (Schriftsteller).

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 37 31 04. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

SUBKOW, Dr. Anatoli, geb. 1927, Abteilungsleiter im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion; Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten über die Probleme der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern sowie zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern. *** *ARNALDS, Ragnar,* Vorsitzender der an der regierenden Koalition beteiligten Volksallianz Islands, lebt in Reykjavík. *** *GENTZ-PELLATON, Ursula,* geb. 1943 in Hamburg, Studium der Pädagogik in Berlin (West); Zeitschriftenveröffentlichungen, besonders über skandinavische Schulfragen. *** *BUNEMANN, Dr. phil. Richard,* geb. 1920 in Hamburg, MdL, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein und des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten", wohnt in Plön. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BUTTERWEGGE, Christoph,* geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Studium der Sozialwissenschaft in Bochum, Mitglied des Landesausschusses NRW der Jusos; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ROTH, Jürgen,* geb. 1945 in Frankfurt/M, lebt dort als Journalist; Buchveröffentlichungen: Armut in der Bundesrepublik (Frankfurt/M 1971), Ist die Bundesrepublik ein Polizeistaat? (Frankfurt/M 1971), Partner Türkei? oder: Volldampf für die Freiheit des Westens (zusammen mit Brigitte Heinrich, Reinbek 1973); Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *LÖFFLER, Horst,* geb. 1948 in Reutlingen, Studium der Politischen Wissenschaften und Geschichte an der FU Westberlin; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHREYER, Ulrich,* geb. 1949 in Reutlingen, Studium der Volkswirtschaftslehre und Politischen Wissenschaften an der FU Westberlin; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MARKOV, Dr. Marko,* geb. 1930, bulgarischer Wissenschaftler, Studium der Philosophie an der Universität Sofia; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Berichtigung: In Heft 12/1973 wurde unser Mitarbeiter Karl Unger irrtümlich als Hochschullehrer bezeichnet; Unger ist z. Z. Wissenschaftlicher Angestellter. D. Red.

Preisliste für Sonderdrucke

Von Beiträgen aus der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können nach Vereinbarung mit dem Verlag Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

SUBKOW, Dr. Anatoli, geb. 1927, Abteilungsleiter im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion; Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten über die Probleme der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern sowie zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern. *** *ARNALDS, Ragnar,* Vorsitzender der an der regierenden Koalition beteiligten Volksallianz Islands, lebt in Reykjavík. *** *GENTZ-PELLATON, Ursula,* geb. 1943 in Hamburg, Studium der Pädagogik in Berlin (West); Zeitschriftenveröffentlichungen, besonders über skandinavische Schulfragen. *** *BUNEMANN, Dr. phil. Richard,* geb. 1920 in Hamburg, MdL, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein und des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten", wohnt in Plön. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BUTTERWEGGE, Christoph,* geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Studium der Sozialwissenschaft in Bochum, Mitglied des Landesausschusses NRW der Jusos; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ROTH, Jürgen,* geb. 1945 in Frankfurt/M, lebt dort als Journalist; Buchveröffentlichungen: Armut in der Bundesrepublik (Frankfurt/M 1971), Ist die Bundesrepublik ein Polizeistaat? (Frankfurt/M 1971), Partner Türkei? oder: Volldampf für die Freiheit des Westens (zusammen mit Brigitte Heinrich, Reinbek 1973); Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *LÖFFLER, Horst,* geb. 1948 in Reutlingen, Studium der Politischen Wissenschaften und Geschichte an der FU Westberlin; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHREYER, Ulrich,* geb. 1949 in Reutlingen, Studium der Volkswirtschaftslehre und Politischen Wissenschaften an der FU Westberlin; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MARKOV, Dr. Marko,* geb. 1930, bulgarischer Wissenschaftler, Studium der Philosophie an der Universität Sofia; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Berichtigung: In Heft 12/1973 wurde unser Mitarbeiter Karl Unger irrtümlich als Hochschullehrer bezeichnet; Unger ist z. Z. Wissenschaftlicher Angestellter. D. Red.